

Identitätsrhetoriken als (De-) Legitimierungsstrategien

Eine diskursanalytische Untersuchung der Verwendung (de-) legitimierender Argumente im Kontext der Intervention im Irak in den deutschen, amerikanischen, spanischen und britischen Medien

Simone Schmidt

Berlin 2011

Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades
Doktorin der Philosophie (Dr. phil.)

Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
Freie Universität Berlin

Erstgutachter: Prof. Dr. Thomas Risse
Zweitgutachterin: Prof. Dr. Cathleen Kantner
Tag der Disputation: 17.06.2011

Danksagung

Diese Arbeit ist im Rahmen des DFG-Forschungsprojekts „Auf der Suche nach einer Rolle in der Weltpolitik. Die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik (GASP/ESVP) im Lichte massenmedial ausgetragener kollektiver Selbstverständigungsdiskurse“ unter der Leitung von Prof. Dr. Thomas Risse und Prof. Dr. Cathleen Kantner an der Freien Universität Berlin entstanden. Mein Dank gilt Prof. Dr. Thomas Risse, da er mein Forschungsvorhaben vom ersten Exposé an unterstützte und mir die Möglichkeit gab, meine Dissertation im Rahmen des Forschungsprojekts zu realisieren.

Besonderer Dank gebührt der Deutschen Forschungsgemeinschaft (RI 798/8-1, -2) und dem Forschungsverbund RECON („*Reconstituting Democracy in Europe*“), finanziell gefördert durch die Europäische Kommission im Rahmen des sechsten Forschungsrahmenprogramms (CIT4-CT-2006 bis 028698), sowie der FAZIT-Stiftung für den Zugriff auf das Archiv der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

| | | |
|----------|--|------------|
| 1 | Einleitung..... | 5 |
| 2 | Konstruktivismus: Legitimation außenpolitischer Handelns..... | 15 |
| 2.1 | Ideelle Faktoren in der konstruktivistischen Betrachtung von Außenpolitik | 17 |
| 2.2 | Außen- und Sicherheitspolitik aus konstruktivistischer Perspektive | 22 |
| 2.3 | Theoretische Überlegungen zur Konstruktion von Identität | 26 |
| 2.3.1 | Identität und außenpolitisches Handeln..... | 26 |
| 2.3.2 | Interventionsdiskurse und Identität..... | 34 |
| 2.3.3 | Konstruktion von Identität durch Fremd- und Selbstzuschreibungen..... | 36 |
| 2.3.4 | „Europäische Identität“ und „transatlantische Beziehungen“..... | 41 |
| 2.3.5 | Zusammenhang von kollektiver Identität und Interesse..... | 42 |
| 2.4 | Irak-Krieg: Legitimation einer unilateralen und präventiven Intervention..... | 44 |
| 3 | Methodisches Vorgehen | 50 |
| 3.1 | Diskursanalyse | 50 |
| 3.2 | Länderauswahl..... | 53 |
| 3.3 | Auswahl der Zeitungen | 56 |
| 3.4 | Samplingstrategie | 57 |
| 3.5 | Fallauswahl - Untersuchte Diskursereignisse..... | 61 |
| 3.5.1 | Rumsfeld-Äußerung | 62 |
| 3.5.2 | Brief der Acht..... | 63 |
| 3.5.3 | Habermas-Derrida..... | 66 |
| 4 | Darstellung der (De-) Legitimierungsstrategien..... | 68 |
| 4.1 | Diskursereignisse und ihre (de-) legitimierende Wirkung | 69 |
| 4.2 | Legitimation durch Pro-Argumente..... | 76 |
| 4.3 | Legitimation durch Contra-Argumente..... | 86 |
| 4.3.1 | Die Meinung der Öffentlichkeit als Legitimationsressource | 90 |
| 4.3.2 | Unspezifische Contra-Argumente als Legitimationsressource | 94 |
| 4.4 | Europa als Legitimationsressource..... | 97 |
| 4.4.1 | Europas Krise..... | 104 |
| 4.4.2 | USA: Hauptschuldiger der europäischen Krise | 109 |
| 4.4.3 | Notwendigkeit der GASP als Lehre aus der Irak-Krise | 111 |
| 4.4.4 | Europäische Identitätsbildung in Abgrenzung zu den USA | 123 |
| 4.4.5 | Europäischer Anti-Amerikanismus | 130 |
| 4.4.6 | Europa: Die Notwendigkeit „mit einer Stimme“ zu sprechen | 136 |
| 4.4.7 | Europa: „Nie wieder Krieg“ als Legitimationsressource | 139 |
| 4.4.8 | Zusammenfassung der Zuschreibungen Europas | 144 |
| 4.5 | Zuschreibungen Amerikas als Legitimationsressource..... | 146 |
| 4.6 | Transatlantische Beziehungen als Legitimationsressource..... | 152 |
| 4.7 | Legitimation durch die Konstruktion von Allianzen | 169 |
| 4.7.1 | Koalition der Willigen..... | 170 |
| 4.7.2 | Von der „Achse des Bösen“ zur „Achse der Feiglinge“ | 172 |
| 4.7.3 | Vilnius-Gruppe als Legitimationsressource | 176 |
| 4.7.4 | „Altes und neues Europa“ als Legitimationsressource..... | 177 |
| 4.7.5 | „Der Westen“ als Legitimationsressource..... | 181 |
| 4.7.6 | Gemeinsame Position von Deutschland und Frankreich..... | 184 |
| 4.7.7 | Zusammenfassung | 185 |

| | | |
|-------------|--|------------|
| 4.8 | Nationale Zuschreibungen als Legitimationsressource | 187 |
| 4.8.1 | Zuschreibungen Deutschlands | 188 |
| 4.8.2 | Zuschreibungen Großbritanniens..... | 190 |
| 4.8.3 | Zuschreibungen Spaniens..... | 192 |
| 4.9 | Legitimation durch historische Bezüge | 194 |
| 4.10 | Interdependente Identitätszuschreibungen | 200 |
| 5 | <i>Thesen zur Legitimation außenpolitischer Handelns</i> | 203 |
| 5.1 | Relevanz der Pro- und Contra-Argumente als Legitimationsressource..... | 203 |
| 5.2 | Relevanz der identitären Zuschreibungen als Legitimationsressource | 205 |
| 5.3 | Relevanz der Ergebnisse für den Interventionsdiskurs..... | 212 |
| 6 | <i>Literatur</i> | 219 |

1 Einleitung

In Diktaturen und Demokratien müssen Kriege vor der jeweiligen Öffentlichkeit legitimiert werden. Vor allem in westlichen Gesellschaften mit „postheroischer Mentalität“ ist die kriegsbedingte Opferbereitschaft generell gesunken (vgl. Münkler 2002: 230). Ein präventives kriegerisches Vorgehen erhöht diesen Rechtfertigungsdruck zusätzlich. Die Bevölkerung muss von der Notwendigkeit der militärischen Kosten und Risiken überzeugt werden. Dies geschieht vor allem im öffentlichen Diskurs unter Verwendung sachlicher Argumentationen oder durch den Verweis auf die Legitimation durch autorisierte Institutionen. In Interventionsdiskursen werden aber auch ein außenpolitisches Selbst- und ein Fremdverständnis kommuniziert, wodurch zusätzliche Legitimationsressourcen und Erklärungspotenziale für außenpolitisches Handeln entfaltet werden. Der Diskurs über die Irak-Krise war von erheblicher Relevanz für Europa, da er Grundpfeiler der Europäischen Union, nämlich die „Wahrung des Friedens“ und die „Stärkung der internationalen Sicherheit entsprechend der Charta der Vereinten Nationen“¹, berührte. Die kulturelle und politische Identität Europas ist immer wieder aus der negativen Erfahrung der Weltkriege und dem Gedanken, aus der Geschichte zu lernen, verhandelt worden. Die Irak-Krise rührt an einen der Grundgedanken der Europäischen Verträge, den europäischen Gründungsmythos und somit auch an die europäische Identität.

¹ Präambel im Amsterdamer Vertrag „(Die Unterzeichneten) sind entschlossen, eine gemeinsame Außen und Sicherheitspolitik zu verfolgen, wozu nach Maßgabe des Artikels 17 auch die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehört, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte, und so die Identität und Unabhängigkeit Europas zu stärken, um den Frieden, Sicherheit und den Fortschritt in Europa und in der Welt zu fördern.“
Amsterdamer Vertrag Artikel 11 (1) „Die Union erarbeitet und verwirklicht eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die sich auf alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik erstreckt und folgendes zum Ziel hat:
- die Wahrung der gemeinsamen Werte, der grundlegenden Interessen, der Unabhängigkeit und der Unversehrtheit der Union im Einklang mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen;
- die Stärkung der Sicherheit der Union in allen ihren Formen;
- die Wahrung des Friedens und die Stärkung der internationalen Sicherheit entsprechend den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen sowie den Prinzipien der Schlussakte von Helsinki und Zielen der Charta von Paris, einschließlich derjenigen, welche die Außengrenzen betreffen[...].“

In diesem Vorhaben untersuche ich, wie im Kontext von Intervention und Krieg der Diskurs über eine europäische Beteiligung am Irak-Krieg einhergeht mit Identitätsrhetoriken und Identitätskonstruktionen. Der Begriff Identitätsrhetorik bezeichnet im Folgenden auf rhetorischen Mitteln beruhende Techniken der Legitimierung (vgl.: Schwab-Trapp 2001: 274, Wodak 1998: 73ff). Er wird verwendet, da er den wirkungsorientierten und strategischen Gebrauch von identitären Zuschreibungen betont. Die Rhetorik unterstützt die Überzeugungskraft von Argumenten und „setzt dort ein, wo ein Mangel an solchen Gründen besteht, diese vielmehr selber in Frage stehen“ (Llanque 2000: 18, vgl. Bubner 1990: 69). Rhetorische Figuren sind hierbei u.a. Abwertung, Aufwertung, Beschwichtigung, Verallgemeinerung, die Übersteigerung eigener Verdienste und die rhetorische Strategie, eigennützige Ziele als uneigennützig auszugeben (vgl. Grieswelle 2000: 64 nach Zimmermann 1972: 160f).

Um das Legitimationspotenzial von identitären Zuschreibungen in Interventionsdiskursen zu untersuchen, wurden drei Diskursereignisse ausgewählt: Rumsfeld-Äußerung „Altes Europa“², „Brief der Acht“³ und der von Habermas-Derrida mit dem Artikel „Die Wiedergeburt Europas“⁴ ausgelöste Intellektuellendiskurs nach dem offiziellen Kriegsende. Diese drei diskursiven Ereignisse, die sich während der Irak-Krise an prominenter Stelle in einem relativ kurzen Zeitraum entfalteten, verdeutlichen die Verquickung der Diskurse. Die Zusammenhänge zwischen diesen Diskursen und die jeweiligen nationalen Besonderheiten sowie die weiteren identitätsrhetorischen Auswirkungen im Diskursverlauf dieser Ereignisse, bilden den Hintergrund für die sozialwissenschaftliche Fragestellung. Eine Verschlechterung der transatlantischen Beziehungen wird daher oftmals mit Verweis auf das europäische Selbstverständnis bewusst in Kauf genommen. Hat die Konstitution der europäischen Identität per se Einfluss auf das transatlantische Verhältnis und umgekehrt? Auf der anderen Seite wird

² In einer Pressekonferenz des US-Verteidigungsministeriums am 22.01.2003 nannte Rumsfeld Deutschland und Frankreich das „alte Europa“. Im Folgenden bezeichne ich diese Äußerung über das ‚alte und neue Europa‘ als Rumsfeld-Äußerung.

³ Als „Brief der Acht“ wurde die Erklärung von acht Regierungschefs bezeichnet, die als offener Brief veröffentlicht wurde. The Wall Street Journal, 30.01.2003, United We Stand. Eight European leaders are as one with President Bush.

⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.05.2003, Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas.

in der wissenschaftlichen Literatur die Diagnose gestellt, dass es Europas Schwäche ist, nicht mit einer Stimme zu sprechen. Eine fehlende verteidigungspolitische, europäische Identität ist die Begründung für die Schwierigkeiten in den transatlantischen Beziehungen (vgl. Kratochwil 2002: 239).

Die zentralen Forschungsfragen befassen sich damit, welche kollektiven Selbst- und Fremdzuschreibungen im Diskurs über eine Intervention im Irak entstehen und in welcher Form diese identitären Zuschreibungen dazu beitragen, außenpolitisches Handeln zu legitimieren. Inwieweit dienen also identitäre Zuschreibungen im Vergleich zu den im Diskurs auftauchenden sachlichen Argumente als handlungsleitender Referenzrahmen und Legitimationsressourcen? Welche Eigenschaften werden national, europäisch, transatlantisch zugeschrieben, um außenpolitisches Verhalten zu legitimieren? Darüber hinaus soll untersucht werden, inwieweit sich durch diesen identitätsrhetorisch hoch aufgeladenen Diskurs Aussagen über eine europäische Identitätsbildung treffen lassen.

Ausgelöst durch die Diskursereignisse können zunächst vor Ausbruch des Irak-Krieges folgende Zuschreibungen Europas und der „transatlantischen Beziehungen“ systematisiert werden, die ein (de-) legitimierendes Potenzial entfalten. Im weiteren Diskursverlauf werden diese Zuschreibungen durch Politiker, Intellektuelle und andere Akteure modifiziert und umgedeutet. Das diskursive Ereignis der Rumsfeld-Äußerung enthält mit der Zuschreibung Europas als „altes“ und „neues Europa“ eine differenzierte Fremdzuschreibung seitens der USA. Dadurch wurde das „neue Europa“ aufgewertet und die außenpolitische Position des „alten Europa“ abgewertet und somit delegitimiert. Dieses Ereignis löste eine Reaktion europäischer und amerikanischer Intellektueller über europäische Identität und transatlantische Beziehungen aus, die ein breites Spektrum von Selbst- und Fremdzuschreibungen enthält, die es im Rahmen dieser Arbeit zu untersuchen gilt. Im „Brief der Acht“ scheint die differenzierte Fremdzuschreibung seitens der USA durch eine differenzierte Selbstzuschreibung und die Uneinigkeit der europäischen Haltung bezüglich der Intervention im Irak ihre Bestätigung zu finden und könnte ein Hinweis auf eine diskursive Interdependenz sein. In diesem Brief wird die beabsichtigte Intervention einiger europäischer Staaten unter anderem auch durch die

Betonung der transatlantischen Wertegemeinschaft kontextualisiert und dadurch rhetorisch legitimiert: „Die wahren Bande zwischen den Vereinigten Staaten und Europa sind die Werte, die wir teilen: Demokratie, persönliche Freiheit, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit.“⁵ Im Bezug auf die transatlantischen Beziehungen lässt die Rumsfeld-Äußerung vor Ausbruch des Irak-Krieges vermuten, dass differenzierte Fremdzuschreibungen Europas seitens der USA existieren. Der „Brief der Acht“ offenbart, dass es eine differenzierte Selbstzuschreibung seitens der europäischen Nationen in Bezug auf Amerika gibt und ein Teil der europäischen Nationalstaaten sich den USA anschließen.

Im Zuge des „Pralinengipfels“⁶ offenbart sich eine differenzierte Selbstzuschreibung bezüglich einer europäischen Verteidigungsidentität, da sich das so genannte „Kerneuropa“⁷ um eine unabhängige Verteidigungspolitik bemüht, diese Position jedoch von anderen europäischen Ländern nicht geteilt wird. Unterschiedliche innereuropäische Haltungen zu einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) werden in diesem Ereignis sichtbar. Ebenso wird ein Richtungsstreit um die zukünftige Außen- und Sicherheitspolitik der EU deutlich. Durch diese Initiative während des Irak-Krieges werden die transatlantischen Beziehungen und das außenpolitische Vorgehen Amerikas und eines Teils der Europäer weiter in Frage gestellt. Dies drückt sich in der Diskussion um die Notwendigkeit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik Europas aus. Seitens der USA und Großbritanniens wird das so genannte „Kerneuropa“ gewarnt, es solle in seinen außen- und sicherheitspolitischen Bestrebungen keine Konkurrenz zur NATO aufbauen.

Nach dem offiziellen Ende des Irak-Krieges enthält der Artikel „Die Wiedergeburt Europas“ von Habermas, der sich selbst als eine Antwort auf den Brief der Acht versteht, eine differenzierte Selbstzuschreibung Europas. Habermas fordert eine

⁵ Dieses Zitat ist der erste Satz aus dem sogenannten „Brief der Acht“. The Wall Street Journal, 30.01.2003, United We Stand. Eight European leaders are as one with President Bush.

⁶ Während des Irak-Krieges kam es zu erneuten transatlantischen und innereuropäischen Verstimmungen im Zuge eines Gipfeltreffens, das zwischen Belgien, Deutschland, Frankreich und Luxemburg Ende April stattfand. Die Regierungschefs vom so genannten „Kerneuropa“ wollten dort den Grundstein zu einer unabhängigen Verteidigung Europas legen.

⁷ Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Belgien werden als „Kerneuropa“ bezeichnet.

Stärkung Kerneuropas als Gegenmodell zu den USA und entfaltet somit rückwirkend nach Kriegsende eine legitimierende Wirkung für die Haltung Kerneuropas im Interventionsdiskurs.

Nach dem offiziellen Kriegsende treten auf internationaler politischer Ebene zunehmend Rückversicherungsbekundungen bezüglich der transatlantischen Wertegemeinschaft auf. Es findet eine Reparatur der innereuropäischen und transatlantischen Beziehungen auf rhetorischer und symbolischer Ebene statt, was im Rahmen dieser Arbeit zu zeigen ist.

Der kurze Überblick über die zu untersuchenden Diskursereignisse und die durch sie ausgelösten Reaktionen legt die Vermutung nahe, dass die Diskurse über „Europa“ und das „transatlantischen Verhältnis“ nicht beliebig und unabhängig voneinander geführt werden, sondern vielmehr systematisch aufeinander bezogen sind. Diese Ausgangslage legt somit ein diskursanalytisches Nachzeichnen von Diskursereignisketten nahe. In diesem Zusammenhang erscheint es besonders aufschlussreich, eine Diskursanalyse nicht nur auf der Ebene einer nationalen Öffentlichkeit zu untersuchen, sondern Interdependenzen in unterschiedlichen europäischen und amerikanischen Kontexten in die Analyse mit einzubeziehen. Werden in den jeweils nationalen Medien unterschiedliche Konstruktionen „europäischer Identität“ und „transatlantischer Beziehungen“ geschaffen? Wird die Antwort der Intellektuellen auf die Rumsfeld-Äußerung in den amerikanischen Medien überhaupt wahrgenommen oder handelt es sich um ein diskursives Ereignis innerhalb der europäischen Medien? Falls in den Diskursen Deutungen über die jeweiligen nationalen Identitäten auftauchen, über das Selbstverständnis Amerikas in den amerikanischen oder europäischen Medien oder andere Identitätskonstruktionen, wie beispielsweise die „Achse des Bösen“ oder die „Koalition der Willigen“, werden diese Konstruktionen ebenfalls berücksichtigt und hinsichtlich ihres Legitimationspotenzials untersucht. Die Konstruktion und das Selbstverständnis der europäischen Identität in der Zeit der Irak-Krise ist vom jeweils nationalen Selbstverständnis und den jeweils zugrunde liegenden transatlantischen Beziehungen entscheidend geprägt, da die europäischen Nationen in außenpolitischen Entscheidungen eigenständig bleiben wollten. Bemerkenswert neu an dieser Entwicklung ist, dass während der Irak-Krise die Verschlechterung der transatlantischen Beziehungen

mit der Diskussion über eine europäische Identität und ein europäisches Selbstverständnis verknüpft wird. Das jeweils nationale europäische Selbstverständnis bildet sich dann entsprechend dem strategischen Interesse in Abgrenzung zu den USA oder mit der Betonung der Gemeinsamkeiten der westlichen Zivilisation. Je nach strategischem Interesse werden in diesem kurzen Zeitfenster national, europäisch und transatlantisch unterschiedliche Deutungen von Identitätskonstellationen im Diskurs um Intervention angeboten.

Weiter wird untersucht, wie mit der entstandenen Krise seitens Europas und Amerikas umgegangen wird und welche Interdependenzen, Fremd- und Selbstzuschreibungen „transatlantischer Beziehungen“ und „europäischer Identität“ festgestellt werden können. Vor der Irak-Krise korreliert die Selbstzuschreibung der Europäischen Union und der europäischen Identität nicht so sehr mit dem Stand der transatlantischen Beziehungen und mit den Fremdzuschreibungen der USA. Im Zuge der Irak-Krise ist zwar kein grundlegendes Neuverhandeln der transatlantischen Partnerschaft und der europäischen Identität zu beobachten. Dieser Akt der Neugewichtung fand schon vor der Irak-Krise statt und wird auf ein neu erstarktes Selbstbewusstsein in Europa und einen selbstgenügsamen Unilateralismus in der amerikanischen Außenpolitik zurückgeführt (vgl. Hönigke Moore 2002: 150). Jedoch war der Diskurs über die transatlantische Partnerschaft und die europäische Identität während der Irak-Krise von besonderer Intensität, weshalb es gilt, diese identitären Selbst- und Fremdzuschreibungen detaillierter zu untersuchen, um etwas über die Absicht von Identitätsrhetoriken in Interventionsdiskursen bzw. über deren strategische Verwendung und subtiles Legitimationspotenzial herauszufinden. Die Diskussion um die Legitimation der Intervention während der Irak-Krise ging in hohem Maße mit Selbstverständigungsrhetoriken und symbolischer Identitätsrhetorik einher und bietet sich von daher als geeignetes diskursanalytisches Forschungsfeld an. „Der Irak-Krieg ist zum Katalysator einer breiten Diskussion über europäische Erneuerung und europäische Identität geworden“ (König 2004: 7). Nach Becks Ansicht hat der Irak-Krieg „schon lange existierende Spannungen und Interessenkonflikte in Europa sichtbar gemacht“, aber auch ein „neues Gemeinschaftsgefühl geweckt“ (vgl. Beck 2004: 68).

In dieser Arbeit wird empirisch gezeigt, ob und in welcher Form identitäre Zuschreibungen zur Legitimation außenpolitischen Verhaltens herangezogen werden. Darum zeichne ich den Diskurs und die Rekonstruktion der Bemühungen um die legitime Sichtweise außenpolitischen Handelns nach.

Die theoretische Grundlage für einen solchen Ansatz liefert der Konstruktivismus, der im Gegensatz zu traditionellen Außenpolitikanalysen, den diskursiven Identitätskonstruktionen eine große Erklärungskraft für außenpolitisches Handeln zuschreibt (vgl. Wendt 1994: 385). Durch das Selbstverständnis kollektiver Akteure wird der Rahmen festgelegt, innerhalb dessen das außenpolitische Handeln legitim ist. Gleichzeitig hat praktizierte Außenpolitik wiederum Einfluss auf die Identitätsbildung und geht in die kollektive Mythenbildung ein (vgl. Hill/Wallace 1996: 9).

Folgende Hypothesen liegen der Arbeit zu Grunde und werden im Verlauf der Analyse untersucht:

1. In den nationalen Diskursen gibt es einen unterschiedlichen Gebrauch von Argumenten, die auf unterschiedliche Identitäten und strategische Kulturen (*strategic cultures*⁸) verweisen.
2. Identitätsrhetoriken werden strategisch zur Begründung und damit zur (De-)Legitimierung außenpolitischen Verhaltens herangezogen. Die identitären Zuschreibungen und Deutungen korrespondieren mit den Zielen und Interessen der außenpolitischen Akteure. Im Diskurs über eine militärische Intervention während der Irak-Krise entwickeln sich diskursive Gemeinschaften und damit einhergehende europäische und transatlantische Identitätsrhetoriken analog zu den nationalen außenpolitischen Interessen.
3. In konfliktreichen transatlantischen Auseinandersetzungen während der Irak-Krise sind die europäischen Nationalstaaten aufgefordert, sich sowohl transatlantisch als auch europäisch zu positionieren. Eine Positionierung zu Europa wird als Abwertung der

⁸ Meyer/Zdrada definieren *strategic culture* als „the dominant socially transmitted, identity-derived norms, ideas, and patterns of behaviour that are shared among a broad majority of actors and social groups within a given security community’s and which help to shape a ranked set of options for a community’s pursuit of security and defence goals.“ (Meyer/Zdrada 2006: 25)

transatlantischen Beziehungen wahrgenommen und eine Verbundenheit mit Amerika als Gefahr für eine gemeinsame europäische Identität gewertet.

4. Die Inszenierung diskursiver Ereignisse und der Rückgriff auf Identitätsrhetoriken treten vor allem dann auf, wenn es gilt, auf symbolischer Ebene politisches Handeln zu legitimieren und neue Identitätskonstellationen und Allianzen durchzusetzen und zu etablieren.

In der methodischen Umsetzung wird eine vergleichende Diskursanalyse durchgeführt, da gerade sie die geeignete Methode darstellt, um Identitätskonstruktionen zu ermitteln (vgl. Boekle/Nadoll 2003: 164) und Deutungen legitimen Handelns zu untersuchen (vgl. Schwap-Trapp 2002: 36). Die dazu verwendeten Dokumente umfassen Artikel und Medienbeiträge der amerikanischen, deutschen, spanischen und britischen Presse, die militärische Intervention und den Irak-Krieg als Haupt- oder Nebenthema⁹ behandelten und im Zuge der ausgewählten Diskursereignisse erschienen. Unmittelbar vor dem Krieg traten folgende diskursive Ereignisse auf: die *Rumsfeld-Äußerung*, der *Brief der Acht* sowie die Reaktion auf diese Ereignisse durch *Habermas*. Diese Ereignisse waren identitätsrhetorisch sehr aufgeladen und offenbarten die europäische und transatlantische Krise im Zuge des Irak-Konflikts. Mit Hilfe der Samplingstrategie gelang es, Qualitätsartikel zu erhalten, die identitätsrhetorisch aufgeladen sind. Die empirische Datenmenge ist dazu geeignet, eine qualitative Untersuchung praktikabel zu gestalten.

In meiner Analyse gilt es, in einem ersten Schritt zu zeigen, welche sachlichen Pro- und Contra-Argumente im Interventionsdiskurs des Irak-Krieges zur Legitimation außenpolitischen Verhaltens eine Rolle spielten. Dazu wurden sämtliche Textstellen, die Pro- oder Contra-Argumente enthalten, codiert und ausgewertet. In einem zweiten Analyseschritt wird gezeigt, wie die im Diskurs vorgefundenen ideellen Faktoren, insbesondere identitäre Zuschreibungen „Europas“ und der „transatlantischen Beziehungen“ im Zusammenhang mit der Irak-Krise (vor, während und nach dem Irak-

⁹ Hauptthema: Irak-Krieg betreffende Fragestellungen stehen im Zentrum des Artikels. Nebenthema: Eine andere Thematik steht im Zentrum des Artikels, wie beispielsweise Wirtschaftspolitik, aber der Irak-Krieg wird als Nebenthema verhandelt.

Krieg), narrativ gedeutet und konstruiert werden, um außenpolitisches Handeln zu legitimieren. Dazu wurden sämtliche identitäre Fremd- und Selbstzuschreibungen induktiv codiert und anschließend quantitativ und qualitativ ausgewertet. Außerdem wurden historische Bezüge sowie vor allem bi- und multinationale Identitätszuschreibungen und identitäre Begriffsneuschöpfungen berücksichtigt, wie beispielsweise „altes Europa“, „neues Europa“, „Brief der Acht“ oder „Achse des Bösen“.

Dabei gilt es auch, Wechselwirkungen zwischen den jeweiligen Konstruktionen „transatlantischer Beziehungen“ und „europäischer Identität“, die in diesem Zeitraum bestanden haben, zu rekonstruieren und aufzuzeigen, welche länderspezifischen Deutungen nationaler, europäischer Identität und „transatlantischer Beziehungen“ im Interventionsdiskurs vorhanden sind, um außenpolitisches Handeln zu legitimieren.

Eine Erkenntnis der Arbeit ist es, dass das transatlantische Beziehungsgefüge ein dialektisches und kontingentes ist, das im Diskurs Deutungen von Interdependenz und Eigenständigkeit, Partnerschaft und Konkurrenz, gemeinsamer und unterschiedlicher Werte zulässt.

Der Interventionsdiskurs hat sich zum europäischen Selbstverständigungsdiskurs entwickelt, in dem der Frage nachgegangen wird, wer „wir“ als Europäer sind, und in dem die jeweiligen nationalen Medien unterschiedliche Deutungen „europäischer Identität“ anbieten. Diese und andere Identitätskonstruktionen wurden rhetorisch eingesetzt, um im Diskurs um Intervention ein zusätzliches Legitimationspotenzial zu erzeugen.

Um die Untersuchung der Legitimation außenpolitischen Handelns durch kollektive Selbst- und Fremdzuschreibungen vorzubereiten, wird zunächst in dem theoretischen Kapitel 2 der Zusammenhang zwischen Identität und Legitimation dargestellt, da dieser aus der konstruktivistischen Perspektive ein bedeutsames Erklärungspotenzial für außenpolitisches Handeln darstellt. Diese theoretischen Überlegungen zur Konstruktion von Identität dienen als analytische Folie für die quantitative und qualitative Analyse der Ergebnisse, um Aussagen über die identitätsbildende Kraft des Interventionsdiskurses

treffen zu können. Im letzten theoretischen Kapitel 2.4 werden die Besonderheiten der Legitimation des unilateralen und präventiven Irak-Krieges dargestellt.

Als Methode wurde die Diskursanalyse gewählt und in Kapitel 3 als geeignetes Instrument zur Beantwortung der Forschungsfragen begründet. Die für die Untersuchung relevante empirische Datenbasis von 758 Zeitungsartikel wurde mit Hilfe der in den Diskursereignissen auftauchenden Begriffe „altes Europa“, „Brief der Acht“ und „Habermas“ gesammelt. Anschließend wurden alle im Diskurs auftauchenden Argumente und identitären Zuschreibungen als Textstellen codiert. In Kapitel 4 werden die im Diskursausschnitt aufgetretenen de-legitimierenden sachlichen Argumente dargestellt und nach quantitativen und qualitativen Gesichtspunkten analysiert und interpretiert. Anschließend werden die Legitimationsressourcen der identitären Zuschreibungen quantitativ und qualitativ ausgewertet. In Kapitel 5 werden die Ergebnisse bezüglich der Legitimation der Intervention im Irak thesenartig zusammengefasst. Das folgende Kapitel befasst sich mit den theoretischen Prämissen dieser Arbeit.

2 Konstruktivismus: Legitimation außenpolitisches Handelns

Die zentralen theoretischen Prämissen dieser empirischen Untersuchung werden aus dem Konstruktivismus abgeleitet. Bei der konstruktivistischen Betrachtung von Außenpolitik spielen ideelle Faktoren eine wichtige Rolle, auf die in Kapitel 2.1 gesondert eingegangen wird. Da sich meine zentrale Forschungsfrage mit der Legitimation außenpolitisches Handelns durch identitäre Fremd- und Selbstzuschreibungen befasst, stellt die theoretische Auseinandersetzung mit der Konstruktion von kollektiven Identitäten und die Bedeutung von kollektiven Identitäten in Interventionsdiskursen einen wichtigen Aspekt dieser Arbeit in den Kapiteln 2.2 und 2.3 dar. Das theoretische Kapitel thematisiert abschließend in Kapitel 2.4 die Besonderheiten der Legitimation eines unilateralen und präventiven Krieges.

Zunächst werde ich einige Arbeiten vorstellen, die sich mit ähnlichen Forschungsfragen auseinandersetzen und mit diskursanalytischen Methoden die Legitimation außenpolitisches Handelns untersuchten. Es gibt bereits einige Forschungen, die mit Hilfe der Diskursanalyse Kriegsdiskurse untersucht haben, trotzdem kann von einer Forschungslücke gesprochen werden, die mit dieser Arbeit teilweise geschlossen werden kann, da die Berücksichtigung von Ideen und Normen in der empirischen Forschung nach wie vor unterrepräsentiert ist (vgl. Kohler-Koch 2004: 323).

Besonders erwähnenswert ist die Studie „Kriegsdiskurse“ von Schwab-Trapp (2002), der eine vergleichende Untersuchung des Golfkriegs, Jugoslawienkriegs und des Kosovokriegs durchführte, um herauszufinden, ob und wie sich die deutsche politische Kultur des Krieges durch die Diskussionen und die Konflikte selbst verändert hat. Die Diskursanalyse bietet sich als Verfahren an, um außenpolitisches Handeln auf sein Legitimationspotenzial hin zu untersuchen, da der Diskurs Deutungen für politisches Handeln produziert und politische Diskurse politisches Handeln legitimiert (vgl. Schwab-Trapp 2002: 37). Mit einer vergleichenden Rekonstruktion der Diskussionen über die verschiedenen Kriege versuchte Schwab-Trapp den politischen Wandel der

Kultur des Krieges empirisch zu bestimmen. Dieser Wandel konnte insofern festgestellt werden, da die deutsche Basiserzählung des Nationalsozialismus im Laufe der Kriegsdiskurse unterschiedlich – von der Selbstbeschränkung bis hin zur moralischen Verantwortung – kontextualisiert wurde und diese „historische Kontextualisierung“ eine spezifische „Technik der Legitimierung“ darstellte (Schwab-Trapp 2002: 358). Stahl & Harnisch (2009) verbanden mit ihrer Arbeit zum Kosovo-Konflikt auch das Ziel, die Wirkungsweise der außenpolitischen nationalen Identitäten auf die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union zu untersuchen. Sie stellten fest, dass im Konfliktverlauf unterschiedliche nationale Identitätselemente zum Tragen kommen. Meyer & Zdrada (2006) führten eine vergleichende qualitative Studie der britischen und polnischen Medien zum Irak-Krieg durch und untersuchten die Frage, ob die unterschiedliche strategische Kultur in den beiden Ländern Einfluss auf die Außen- und Sicherheitspolitik hat. Sie kamen unter anderem zu dem Ergebnis, dass der Irak-Krieg in beiden Ländern unterschiedlich legitimiert wurde. In den britischen Medien war die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen das zentrale Argument, wohingegen in den polnischen Medien humanitäre Aspekte zur Legitimation außenpolitischen Verhaltens eine größere Rolle spielten.

Meine Arbeit liefert einen Beitrag zur Legitimation außenpolitischen Verhaltens aus konstruktivistischer Perspektive und stützt sich auf die Annahme, dass die normative Qualität der Ideen eine erhebliche Wirkung auf politische Entscheidungsprozesse hat. Ideelle Faktoren, vor allem Identitäten, fungieren in meiner Untersuchung als wichtigste Hintergrundvariable zur Legitimation außenpolitischen Verhaltens.

Damit liefert diese Studie einen Forschungsbeitrag zur sozialkonstruktivistischen Außenpolitikforschung. Checkel fordert eine Feinanalyse von Ideen, um soziale Konstruktionsprozesse besser erklären zu können. „The result is that constructivism, while good at the macrofoundations of behavior and identity (norms, social context), is very weak on the microlevel.“ (Checkel 1998: 342) Die außenpolitische Identitätsforschung wird von Checkel in einen positivistischen Strang und in einen interpretativen Strang eingeteilt (vgl. Checkel 2008: 72, Stahl & Harnisch 2009: 32). Meine Fragestellungen sind eher der interpretativen Identitätsforschung zuzuordnen, die

sich auch mit diskursiv erzeugten identitären Rechtfertigungen und Begründungen von Verhalten auseinandersetzt (vgl. Stahl & Harnisch 2009: 33, Barnett 1999: 10). Diese Arbeit ist somit eine Feinanalyse der ideellen Faktoren, die in diesem untersuchten Ausschnitt des Interventionsdiskurses zur Legitimation außenpolitischen Verhaltens herangezogen werden. Mit Bezug auf Ideen, Werte, Normen und Identitäten wird im Rahmen meiner vergleichenden Diskursanalyse aufgeschlüsselt, welche Aspekte zu welchem Zeitpunkt als Legitimationsressourcen in den jeweiligen Diskursarenen avancieren.

2.1 Ideelle Faktoren in der konstruktivistischen Betrachtung von Außenpolitik

Ideelle Faktoren sind im Konstruktivismus im Gegensatz zu anderen Theorien der Internationalen Beziehungen, wie bsp. dem Liberalismus oder dem Realismus, das handlungsleitende Motiv. Eine konstruktivistische Betrachtung von Außenpolitik geht davon aus, dass Akteure Konfliktsituationen unterschiedlich wahrnehmen und interpretieren und ihre Deutung von Konflikten stark von Ideen und Interpretationen geprägt ist (vgl. Krell 2004: 348). „Ideen werden dabei nicht nur als Ausdruck von Interessen oder als Filter für die Wahrnehmung von Interessen verstanden“ (Krell 2004: 348). In dieser Form wären sie auch im utilitaristischen Institutionalismus ein mögliches handlungsleitendes Motiv. Nach dieser Theorie verhalten sich die Akteure in sozialen Situationen oder Konflikten nutzenmaximierend, basierend auf rationalistisch und vernunftorientiert Argumenten (vgl. Müller 1994, Keck 1991). Nach Ansicht von Krell haben Ideen eine darüber hinausgehende Funktion, da sie erst Handlungsspielräume und Strategien ermöglichen. „Interessen werden in Bezug auf Ideen definiert, ja Akteure konstituieren sich selbst und ihre Interessen erst mit und durch Ideen.“ (Krell 2004: 348). Ideen kann man dabei als ein „Wissen über die Wirklichkeit“ begreifen, das „nicht nur harte Daten einschließt, sondern auch Normen, ästhetische Urteile und Vorstellungen über die Identität des Akteurs im Verhältnis zu anderen Akteuren“ (Jachtenfuchs 1995: 428).

Der Konstruktivismus leugnet nicht, dass es eine eigenständige materielle Realität gibt. Aber zentral für den Konstruktivismus ist, dass „diese materielle Realität nur einen geringen Teil der gesamten Wirklichkeit ausmacht, wichtiger ist für ihn die ideelle Wirklichkeit“ (vgl. Krell 2004: 349). Diese ideelle Wirklichkeit wird über Diskurse konstruiert und kann mit Alexander Wendt (1999: 133) als Grundlage des Handelns betrachtet werden. „Human nature does not tell us whether people are good or bad, aggressive or pacific, power-seeking or power-conferring, even selfish or altruistic. These are all socially contingent, not materially essential.“ (Wendt 1999: 133)

Nach Wendt sind die Ideen den Interessen vorgelagert, „*in the end interests are mostly a function of their ideas*“ (Wendt 1999: 133), deswegen ist es für die Legitimation außenpolitischen Verhaltens sehr aufschlussreich zu untersuchen, welche Ideen herangezogen werden, um das jeweilige Verhalten und möglicherweise auch die Interessen zu legitimieren. Im Rahmen der konstruktivistischen Perspektive entwickeln diese Ideen selbst dann ein legitimierendes Potenzial, wenn sie nicht objektiv richtig bzw. intersubjektiv geteilt sind. In konfliktreichen Situationen scheint es eher der Regel zu entsprechen, dass differierende Ideen ihre Wirkung entfalten.

„In this sence, ideas can have an impact even when no one genuinely believes in them as principled or causal statements. One of the best examples of this process is seen in the case of legal doctrines – socially constructed sets of ideas that constrain contemporary policy making“ (Goldstein/Keohane 1993: 20).

In meinem Vorhaben untersuche ich den Diskurs um Intervention vor, während und nach dem Irak-Krieg. Diskurse um Intervention sind im Allgemeinen mit ideellen Faktoren, wie Identitätsrhetoriken, verbunden. Dies gilt im Besonderen für den Diskurs über eine mögliche Intervention im Irak, da der gemeinsam handelnde außenpolitische Akteur, das sozusagen handelnde „Wir“, erst ermittelt werden musste.

Ideen bedingen das Handlungsrepertoire und die Präferenzen von Akteuren, da sie den Handlungsrahmen abstecken (vgl. Giddens 1984). Ohne Ideen bleibt somit eine interessenbasierte Analyse außenpolitischer Legitimation unvollständig. Auch Max Weber war überzeugt, dass zwar Interessen das unmittelbare Handeln der Menschen bestimmen, jedoch geben Ideen als „Weichensteller“ die Richtung vor, in der „die

Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegt“ (vgl. Weber 1992: 414). John Hall fasst den Zusammenhang zwischen der Selbstdefinition eines kollektiven Akteurs und der darauf basierenden Formulierung von Interessen folgendermaßen zusammen: „a ,we’ needs to be established before its interests can be articulated.“ (Hall 1993: 51) Die zugrunde liegenden Ideen eröffnen somit den Akteuren erst Handlungsmöglichkeiten. Erst das Selbstverständnis der Amerikaner, auch unilateral handeln zu können, stellt ihnen diese Handlungsoption zur Verfügung. Somit steht die Identität als der wichtigste Teil der ideellen Faktoren im Zentrum des Handlungsinteresses. Nach Habermas (1981) enthalten Handlungsvorschläge auch normative Ansprüche, wie bspw. „Dankbarkeit“, und enthalten eine normative Vorstellung von Pflicht und Schuld. Diese normativen Ansprüche haben aus konstruktivistischer Perspektive eine Erklärungskraft für außenpolitisches Verhalten und die Legitimation von Politik, da die Normen festlegen, nach welchen Zielen Staaten legitimerweise streben sollten (vgl. Rittberger 1999: 9). So definiert etwa Peter Katzenstein (1996: 5) internationale Normen als „collective expectations for proper behaviour of actors with a given identity“. Zudem haben Normen für ihn einen konstitutiven und definierenden Charakter für kollektive Identitäten. „In such instances norms have ,regulative’ effects that specify standards of proper behavior. Norms thus either define (or constitute) identities or prescribe (or regulate) behavior, or they do both.“ (Katzenstein 1996: 5).

Der Bezug auf Normen hat insofern auch ein erhebliches Legitimationspotenzial für außenpolitisches Verhalten, als sie die Grundlage für die Beurteilung des Akteursverhaltens darstellen: „normative ideas that specify criteria for distinguishing right from wrong and just from unjust“ (Goldstein/ Keohane 1993: 9).

In Anlehnung an die Studie von Ecker-Ehrhardt (2006), führe ich als Analysekatoren „moralische“ und „konsequenzialistische Argumente“ ein. Diese Begriffe verdeutlichen, dass auch in anscheinend rein sachlichen Argumenten ideelle Faktoren transportiert werden. Um außenpolitisches Verhalten im gesellschaftlichen Raum zu legitimieren, schließen normative Argumentationen an den geteilten Horizont gesellschaftlicher Moral- und Identitätsvorstellungen an (vgl. Ecker-Ehrhardt 2006: 73). Welche Werte erzielen Anschlussfähigkeit und Legitimität? Beispielsweise erscheinen die Werte

„Ruhm“ und „Macht“ vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte keinesfalls als legitime Ziele deutscher Außenpolitik (vgl. Ecker-Ehrhardt 2006: 32). Um Deutungshoheit über die legitime Sichtweise im Diskurs zu erreichen, kann auch auf „moralische Argumentationen“ zurückgegriffen werden. Eine „moralische Argumentation“ kann als

„rhetorische Figur bezeichnet werden, bei der ein Sprecher eine Position im Verweis auf eine bestimmte Norm begründet bzw. die Angemessenheit einer fremden Position im Verweis auf eine bestimmte Norm bestreitet. Die Norm selbst bleibt dabei implizit, wird aber über Schlüsselbegriffe wie ‚Gerechtigkeit‘, ‚Schuld‘ oder ‚Verantwortung‘ als den wesentlichen ‚Daten‘ normativer Argumentationen erschlossen“ (Ecker-Ehrhardt 2006: 99).

Im Falle des Interventionsdiskurses spielen normative Argumentationen vor allem in historischen Bezügen eine große Rolle, weil in diesen historischen Bezügen oftmals Schuld und Dankbarkeit als Legitimationspotenzial herangezogen werden. Legitimation für das jeweilige außenpolitische Handeln kann auch durch „konsequenzialistische Argumentationen“ erreicht werden. Eine „konsequenzialistische Argumentation“ meint ebenfalls eine rhetorische Figur, „bei der der Sprecher eine Position mit Verweis auf die Erwartung einer bestimmten Konsequenz begründet“ (Ecker-Ehrhardt 2006: 99). So können in meinem Diskurs unterschiedliche Konsequenzerwartungen angeführt werden. Beispielsweise können als Konsequenzen eine Verschlechterung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) in der EU, die Beendigung des Terrors oder die Erreichung des Friedens im Nahen Osten thematisiert werden und dadurch kann das außenpolitische Handeln gerechtfertigt werden. Es folgt ein Beispiel für eine auf Konsequenzen abzielende Argumentation: „Bush hat unmissverständlich die Befriedung des Nahen Ostens als umfassende Zielsetzung seiner Irakpolitik verkündet.“¹⁰

Dieser Arbeit liegt die Prämisse zugrunde, dass mit Hilfe von Identitätsrhetoriken das außenpolitische Handeln legitimiert wird. Die Betonung der Wichtigkeit der transatlantischen Beziehungen im „Brief der Acht“ ist eine solche identitäre

¹⁰ Süddeutsche Zeitung, 25.06.2003, Lüge von Massenvernichtungswaffen.

Zuschreibung, die eine legitimierende Funktion hat. „In Kooperation mit der EU und der UN können die USA ihre Macht legitimieren und damit erweitern“ (Beck 2004: 328).

Neben den identitären Zuschreibungen können auch andere ideelle Faktoren zur Begründung außenpolitischen Verhaltens erklärungsfähig sein. Ein Legitimationspotenzial mit Hilfe von ideellen Faktoren kann beispielsweise über die Erörterung des Nutzens für andere entwickelt werden. So kann der außenpolitische Akteur sein Handeln in den Dienst eines höheren Ziels stellen und dadurch das eigene Handeln legitimieren. Im Interventionsdiskurs taucht beispielsweise ein langfristiges geostrategisches Ziel, den Frieden in Nahost zu erreichen, als Argument für ein militärisches Vorgehen auf. In demokratischen Gesellschaften mit einer „postheroischen Mentalität“ (Münkler 2002: 230) sind jedoch die Gründe, die sich zur Legitimierung eines militärischen Vorgehens heranziehen lassen, sehr begrenzt.

„Zu den dabei relevanten Normen gehören eine geringe Neigung zu Gewaltlösungen und eine grundsätzliche Achtung des menschlichen Lebens. Dies beschreibt einen der Gründe, weshalb die europäische Öffentlichkeit so entscheidend gegen den aufziehenden Irak-Krieg opponierte“ (Sieg 2004: 46).

Auch die Bush-Administration sah sich mit dem Problem der Legitimation eines unilateralen und präventiven Vorgehens vor der eigenen Öffentlichkeit konfrontiert. Darauf werde ich später in Kapitel 2.4 noch näher eingehen.

Konstruktivistische Theorien messen den ideellen Faktoren eine große Erklärungskraft für außenpolitisches Verhalten bei. Teilweise werden auch in anscheinend rein sachlichen Argumenten bestimmte Wertvorstellungen transportiert, die außenpolitisches Verhalten legitimieren, wie in den moralischen und konsequenzialistischen Argumentationen dargestellt wurde.

2.2 Außen- und Sicherheitspolitik aus konstruktivistischer Perspektive

Konstruktivistische Ansätze der Außenpolitik gehen von einer Wechselwirkung zwischen politischer Kultur und Außenpolitik aus, das heißt, dass nicht nur eine bestimmte politische Kultur sich auf die Außenpolitik auswirkt, sondern auch eine bestimmte Außenpolitik auf die Kultur und Identität eine prägende Wirkung hat (vgl. Hellmann 2006: 189). Mein Forschungsdesign basiert auf konstruktivistischen Ansätzen, da sie diskursiven Identitätskonstruktionen einen hohen Einflussfaktor in der Außenpolitik zuschreiben (vgl. z.B. Wendt 1994: 385). In den traditionellen Außenpolitikanalysen wird solchen identitären Sinnkonstruktionen keine besondere Bedeutung zur Erklärung außenpolitischen Verhaltens von Akteuren beigemessen. Dieses Verhalten von Akteuren wird in den traditionellen Theorien vorwiegend von Interessen und machtpolitischen Realitäten (realistische Theorie), den Anforderungen im gesellschaftlichen Umfeld (liberale Theorie) oder den Institutionen (institutionalistische Theorie) geleitet (vgl. Risse 2007: 49). Der Konstruktivismus geht davon aus, dass die äußeren Zwänge der Welt von Menschen gemacht, somit sozial konstruiert und damit grundsätzlich veränderbar sind. Deshalb kann die gesellschaftliche Welt, wie auch immer objektiviert, immer wieder neu von ihnen hergestellt und verändert werden (vgl. Berger/Luckmann 1980).

Identitäre Konstruktionen werden aus konstruktivistischer Perspektive aber auch den jeweiligen veränderten Rahmenbedingungen in der Außen- und Sicherheitspolitik angepasst. „Gesellschaftliche Strukturen konstituieren Akteure, insofern sie ihnen eine soziale Identität vermitteln und darüber hinaus Handlungsmöglichkeiten eröffnen und ebenso einschränken“ (Risse 2003a: 103). So konstituierten die nationalstaatlichen Akteure beispielsweise nach den Umbrüchen 1989 auch ihr außen- und sicherheitspolitisches Selbstverständnis neu (vgl. Martens 2005: 31). Durch die gemeinsame Bedrohung wurde die Zusammenarbeit gestärkt und Meinungsverschiedenheiten wurden abgeschwächt. Nach dem Zusammenbruch befürchtete man eine Entfremdung zwischen Europa und den USA (vgl. Grieco 2002: 267). Mit den veränderten Rahmenbedingungen hat sich die Bedrohungswahrnehmung der Europäer verändert, was auch zu einer

Veränderung des Selbstverständnisses führte. Die Wahrnehmung der Bedrohung durch den Irak weist zwischen den USA und Europa im Gegensatz zum Kalten Krieg erhebliche Unterschiede auf. So fühlten sich die Europäer vom Irak selbst dann nicht bedroht, falls er Massenvernichtungswaffen besessen hätte. Zudem fühlen sich die Europäer auch nicht mehr durch das „Reich des Bösen“ bedroht, daher wurde die einstige Legitimationsressource für amerikanisches außenpolitisches Handeln obsolet. Die einstige Bedrohung und der von den Amerikanern gebotene Schutz eignen sich jedoch dafür, von den Verbündeten für diesen gewährten Schutz nun in der neuen Bedrohungslage Unterstützung abzuverlangen. Bei der Bedrohung durch die Sowjetunion konnte „die Identität des ‚Westens‘ trotz aller Unterschiedlichkeiten zwischen den ‚westlichen‘ Staaten begründet, legitimiert und aufrechterhalten werden“ (Diez 2008: 196 f.). In der Auseinandersetzung um eine Intervention im Irak wird die Identität des „Westens“ und der transatlantischen Beziehungen ebenso hinterfragt wie die der „europäischen Identität“. Dies zeigt den konstruktivistischen Charakter von Identitäten, unter anderem verursacht durch veränderte Rahmenbedingungen, unterschiedliche Bedrohungswahrnehmungen und Lösungsansätze in Konflikten. Zum Zeitpunkt des Irak-Konfliktes markierten im Diskurs um Intervention diese veränderten Rahmenbedingungen bereits die europäischen und transatlantischen Konfliktlinien. „Der Irakkrieg und die aus ihm erwachsenen Zerwürfnisse in den transatlantischen Beziehungen haben eine ohnehin auseinander driftende Entwicklung zwischen Amerika und Europa nur noch verstärkt und beschleunigt“ (Martens 2005: 31).

In dem von mir untersuchten Interventionsdiskurs kommen die darin veränderten Rahmenbedingungen und daran angepassten Identitätskonstruktionen zum Vorschein und werden teilweise strategisch zur Legitimation des außenpolitischen Handelns eingesetzt. Die „gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit“ (Berger/Luckman 1980), die sich auch durch unterschiedliche Fremd- und Selbstbilder manifestiert hat, weist zwischen den einzelnen Nationen und im chronologischen Verlauf des medialen Diskurses markante Unterschiede auf, die es nachzuzeichnen gilt. Die USA können beispielsweise ihr außenpolitisches Handeln legitimieren, indem sie das Selbstbildnis eines „guten Hegemons“ für sich konstruieren, der andere Nationen beschützt und uneigennützig handelt. Das Selbstverständnis der Europäer könnte stark verbunden sein

mit der Vorstellung, nie wieder Krieg zu führen. Das Selbstverständnis kollektiver Akteure legt den Rahmen fest, innerhalb dessen die außenpolitischen Akteure ihr Handeln legitimieren. Konstruktivistische Theorieansätze führen das außenpolitische Verhalten von Staaten auf ihre jeweiligen nationalen Identitäten zurück, deshalb wird es aus dieser theoretischen Perspektive solange unterschiedliche Europapolitik geben, solange die soziale Konstitution der Staaten primär im nationalen und weniger im europäischen Kontext stattfindet. Damit Europa als Akteur anerkannt und wahrgenommen werden kann, muss es versuchen, eine eigene Außenpolitik zu formulieren und auszubauen. „(D)efense becomes symbolic of unic-ness; defense and identity becomes mutually constitutive“ (Waeber 1995: 407). Praktizierte Außenpolitik wiederum prägt sich unabhängig vom kurzfristig erzielten Erfolg in das kollektive Gedächtnis und in die kollektiv geteilte Mythenbildung ein (vgl. Hill/Wallace 1996: 9). Diese soziale Konstitution und die darauf basierenden Begründungsstrukturen, wie beispielsweise Rückgriffe auf kulturelle Erfahrungen und kulturelle Eigenarten außenpolitischen Handelns, gilt es in diesem Interventionsdiskurs anhand spezifischer Diskursereignisse zu erfassen und zu strukturieren. So können beispielsweise negative Fremdzuschreibungen, wie „die notorische Uneinigkeit der Europäer“¹¹, strategisch legitimierend für das eigene nationale außenpolitische Handeln eingesetzt werden.

Dem außenpolitischen Selbstverständnis der EU liegt ein sehr konstruktivistischer Gedanke zugrunde, da die Mitgliedstaaten die Absicht verfolgen, durch die GASP eine eigene Identität zu schaffen. Mit den Verträgen von Maastricht und Amsterdam haben sich die Staaten der Europäischen Union (EU) verpflichtet,

„eine gemeinsame Außen- Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu verfolgen, (...) und so die Identität und Unabhängigkeit Europas zu stärken, um Frieden, Sicherheit und Fortschritt in Europa und der Welt zu fördern“ (Präambel EUV).

Die Staaten der EU wollen dazu ihre jeweilige nationale Politik zu einem europäischen Standpunkt bündeln, um in den internationalen Institutionen mit einer gewichtigen Stimme sprechen zu können. Jedoch konnten im Zuge der Irak-Krise die europäischen

¹¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.01.2003, Abschied von einer Illusion

Standpunkte nicht gebündelt werden und der „Koordinationsreflex“ blieb aus (Risse 2003b: 117). Ohne europäische Konsultationen und Absprachen verfolgten vor allem Großbritannien und Deutschland nationale Interessen. Der innereuropäische Konflikt wurde somit durch nationale Alleingänge ausgelöst. Gerade in Krisenzeiten scheinen die europäischen Nationalstaaten sich eher auf nationale als auf gemeinsame europäische Positionen zu beziehen. Wenn es in Krisenzeiten keine einheitliche europäische Position gibt, wird ein Selbstverständigungsdiskurs begonnen.

„Debatten um militärische Auslandseinsätze in Konfliktgebieten und um die Rolle Europas in der Welt sind immer auch Selbstverständigungsprozesse. Hier wird besonders intensiv diskutiert, wer ‚wir‘ als Europäer sind, wie eng ‚wir‘ sicherheitspolitisch zusammenarbeiten wollen.“ (Risse/Kantner 2004: 5)

In dieser Studie gilt es zu zeigen, wie Fremd- und Selbstzuschreibungen im Diskurs eingesetzt werden, um das eigene Verhalten zu legitimieren. Sind solche Konstruktionsversuche stabil oder verflüchtigen sie sich wieder, nachdem der Konflikt beendet ist? In der folgenden Analyse untersuche ich, inwieweit die amerikanische Regierung mit ihrem Vorgehen und mit ihrer Haltung den europäischen Identitätsbildungsprozess beeinflusst hat. Für die Amerikaner waren die innereuropäischen Kontroversen von Nutzen. Eine geschlossene, einheitliche europäische Haltung der Europäer gegen den Krieg hätte fatale Folgen für die Bush-Administration und die Legitimierung des Krieges vor der eigenen amerikanischen Öffentlichkeit gehabt, da die Mehrheit der Amerikaner einer Intervention nur mit europäischen Verbündeten zustimmte. Das Fehlen einer breiten internationalen Koalition war eines der zentralen Argumente der Kriegsgegner im eigenen Land (vgl. Viehrig 2008: 144).

Die europäische Krise zu Zeiten des Irak-Krieges ging einher mit einem Selbstverständigungsdiskurs Europas und der Diskussion um die Neuausrichtung einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Diesem Zusammenhang wende ich mich im Rahmen einer qualitativen Feinanalyse im Ergebnisteil in Kapitel 4.4 ausführlich zu, um zu zeigen, wie Vorstellungen der Außen- und Sicherheitspolitik mit Vorstellungen kollektiver Identität verbunden sind und welches Legitimationspotenzial sie enthalten.

2.3 Theoretische Überlegungen zur Konstruktion von Identität

Aus konstruktivistischer Perspektive kommt Identitäten zur Erklärung außenpolitischen Handelns eine bedeutende Rolle zu. Deshalb stelle ich in den folgenden Kapiteln einige theoretische Überlegungen zur Konstruktion von Identität dar. Dabei wende ich mich zunächst noch einmal dem Zusammenhang von Identität und außenpolitischem Verhalten aus konstruktivistischer Perspektive zu (Kapitel 2.3.1), danach werde ich auf einige spezifischen Aspekte der Identitätsbildung in Interventionsdiskursen eingehen (Kapitel 2.3.2). Die Konstruktion von Identität durch Fremd- und Selbstzuschreibungen sind das analytische Raster meiner Studie, deshalb werden diese theoretischen Aspekte in Kapitel (2.3.3) dargestellt, ebenso einige Besonderheiten in Bezug auf die „europäischen Identität“ und die „transatlantischen Beziehungen“ (Kapitel 2.3.4). Die identitätstheoretischen Überlegungen schließen mit der Darstellung des Zusammenhangs von Identität und Interesse ab (Kapitel 2.3.5).

2.3.1 Identität und außenpolitisches Handeln

In den Theorien der Internationalen Beziehungen und in der vergleichenden Außenpolitikforschung nehmen Studien über Identität zu (vgl. Boekle/Nadoll 2003: 160). In konstruktivistischen Ansätzen werden kollektiven Identitäten wichtige Funktionsweisen im außenpolitischen Handeln zugeschrieben. Aus dieser Perspektive werden Identitäten nicht als gegeben angesehen. Im Unterschied dazu gehen die meisten klassischen Theorien, wie beispielsweise der Realismus und der Neorealismus, davon aus, dass „Staaten und Nationen als gegebene Größe internationaler Politik existieren“ (Bonacker 1996: 189). Aus konstruktivistischer Sicht zeigen kollektive Identitäten die Handlungsoptionen außenpolitischen Handelns auf. „Kollektive Identitäten definieren also den Raum möglichen außenpolitischen Handelns“ (Risse 2007: 52). Nach Stahl und Harnisch wirken außenpolitische Identitäten sinnstiftend und rechtfertigend, „da sie dem Akteur Ziele, Strategien und Instrumente nahelegen, die im Einklang mit der angenommenen Identität stehen“ (Stahl & Hanisch 2009: 31). Kollektive Identität kann noch eine weitere konstitutive Eigenschaft für außenpolitisches Handeln aufweisen, da

sie „die Wahrnehmung außenpolitischer Probleme steuert und die grundlegenden ‚nationalen Interessen‘ definiert“ (Risse 2007: 52). Auch nach der so genannten „Kopenhagener Schule“ stellen Identitäten den „*deepest discursive layer*“ dar, um außenpolitisches Verhalten zu legitimieren. Identitäten bilden den Referenzrahmen für außenpolitische Diskurse und stellen Legitimationsressourcen für Außenpolitik bereit (vgl. Boekle/Nadoll 2003: 164).

Die Erklärungskraft kollektiver Identitäten für die Außenpolitik ist abhängig von der jeweiligen Kohärenz.

„Je größer der nationale Konsens über die eigenen Identität, desto eher wird man Identitätsvorstellungen zur Erklärung (außen-) politischen Handelns heranziehen können [...]. Umgekehrt gilt, dass in Zeiten, in denen die nationale Identität umstritten ist oder in denen es zu tief greifenden Identitätskrisen kommt, Identitätsvorstellungen nur am Rande zur Erklärung konkreter Außenpolitik herangezogen werden können“ (Risse 2007: 53).

Dieser Zusammenhang lässt sich auch auf andere kollektive Identitäten, wie die europäische Identität, übertragen. Die europäische Außenpolitik ist nach wie vor nationalstaatlich geprägt, deshalb eignet sich eine europäische Identitätsvorstellung weniger zur Erklärung außenpolitischen Handelns, da diese national unterschiedlich konstruiert ist. Somit kann Außen- und Sicherheitspolitik nicht unabhängig von den dahinter liegenden Identitätsstrukturen betrachtet werden, sondern außen- und sicherheitspolitisches Handeln ist im Gegenteil maßgeblich von Identitätskonstruktionen geprägt. „Foreign policy is about identity, about who we are, what do we want to achieve and who do we want to achieve it with“ (Hill and Wallace 1996: ix). Außerdem setzt außenpolitisches Handeln eine „Definition von Selbst“ voraus, um Interessen formulieren zu können: „a ‚we‘ needs to be established before its interests can be articulated“ (Hall, John 1993: 51). Ein gemeinsames Handeln, wie beispielsweise in der Form einer „Koalition der Willigen“ oder anderer Koalitionen, bedarf der Definition der jeweils Handelnden. Welche „imaginierten Gemeinschaften“ (Anderson 1994) oder identitären Zuschreibungen tauchen im Zusammenhang von Interessenvermittlung bzw. Legitimation auf? Neben der Nation als stärkste „imagined community“ können auch

andere Wir-Konstruktionen, etwa transnationale „Sicherheitsgemeinschaften“ wie die NATO oder „Europa“, „der Westen“ und die Akteure des „Brief der Acht“, als handlungsleitendes „Wir“ im Diskurs konstruiert werden.

Kollektive Identitäten haben einerseits eine besondere Bedeutung für die Gestaltung der Außenpolitik. Andererseits wirkt die praktizierte Außenpolitik aus konstruktivistischer Perspektive auf die diskursiven Identitätskonstruktionen zurück. Reale Außenpolitik und Identitätsbildung stellen somit einen sich gegenseitig konstituierenden Prozess dar. Akteure konstruieren die aktuelle Identität durch ihr Handeln, aber ebenso hat sich rückblickend das handelnde „Wir“ durch gemeinsame kollektive Erfahrung konstruiert, welche dann im Diskurs wieder durch unterschiedliche historische Bezüge erinnert und zur Legitimation des Handelns herangezogen wird. Es besteht ein Wechselverhältnis zwischen Identität und außenpolitischem Verhalten (vgl. Boekle/Nadoll 2003: 170). Die Konstruktion der kollektiven Identität bedarf der Anerkennung durch andere Akteure. Um ihre volle Wirkung zu entfalten, sollte die kollektive Identität im Idealfall intersubjektiv von den am Diskurs teilnehmenden Akteuren geteilt werden. „Identität entsteht als Selbstbehauptung und Selbstbestimmung von handelnden Subjekten. Aber diese Selbstbestimmung gelingt nur dann, wenn sie von anderen anerkannt wird“ (Giesen 1999a: 18).

Im Zusammenhang meiner qualitativen Untersuchung ist die diskursive Anerkennung von besonderer Bedeutung, denn diskursiv umstrittene kollektive Identitäten eignen sich zur Legitimation außenpolitischen Verhaltens weniger und erreichen für ihr kollektives Selbstverständnis dadurch eher keine Deutungshoheit im Diskurs. So bedarf beispielsweise ein neues außenpolitisches Selbstverständnis der USA, das sich auf eine neue Sicherheitsstrategie bezieht, ebenso der Anerkennung und sollte im Idealfall intersubjektiv geteilt sein, damit sich dieses neu entwickelte Selbstverständnis als legitime Sichtweise im Diskurs durchsetzen kann. Durch wechselseitige Zuschreibungen werden Identitäten stets diskursiv konstruiert (vgl. Resse-Schäfer 1999, Wodak et al. 1998).

Kantner (2006: 8f.) differenziert in ihrem theoretischen Konzept zur europäischen Identität in Anlehnung an Tietz (2002) zwischen *we* _{2/commercium} und *we* _{2/communio}. Mit

we ^{2/}commercium sind kollektive Identitätskonstruktionen gemeint, die gemeinsam interagieren und kooperieren, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen, und sie sind ausreichend, damit demokratische Institutionen funktionieren. Diese kollektive Identität ist schwächer, da sie ihre Kraft lediglich aus der geteilten Interpretation und Bewusstwerdung aus kooperativen Unternehmungen bezieht (vgl. Kantner 2006: 8). Im Unterschied dazu sind we ^{2/}communio kollektive Identitätskonstruktionen, die ein gemeinsames ethisches Selbstverständnis besitzen und auf gemeinsamen Werten basieren (vgl. Kantner 2006: 7). Diese theoretische Unterscheidung wird in der Analyse der Ergebnisse unter anderem als theoretische Folie dienen, um zu beurteilen, inwieweit der Interventionsdiskurs europäische Identitätsbildungsprozesse auslöste.

Im Folgenden werde ich einen theoretischen Überblick über weitere Aspekte der Identitätsbildung liefern:

a) Identitätsbildung durch Mythen und Vergangenheitsbezüge

Mythen nivellieren innerhalb von Gemeinschaften Unterschiede und konstruieren Gleichheit und Gemeinschaftlichkeit. Mit Hilfe von Mythen werden Gemeinschaften fundiert und legitimiert. Der Mythos hat somit eine identitäts- und integrationsstiftende Funktion. „Der Mythos verbindet lebende und tote Generationen zu einer Gemeinschaft, er konstituiert eine gemeinsame Geschichte, indem er alle bedeutenden Ereignisse und Entscheidungen auf die Erzählung vom Ursprung des Gemeinwesens rückbezieht“ (Münkler 1996: 26). Darüber hinaus entfalten Mythen auch eine Außenwirkung und liefern die ideelle Grundlage für das außenpolitische Selbstverständnis einer Nation oder eines kollektiven „Wir“. Je nach strategischem Interesse werden entsprechende Mythen herangezogen und wird außenpolitisches Verhalten begründet.

Für mein Forschungsdesign ist der Rückgriff auf den Gründungsmythos Europas „Nie wieder Krieg“ der Aspekt, der sich besonders gut zur Identitätsbildung über die einzelnen europäischen Nationalstaaten hinweg eignet, da viele Länder negative Erfahrungen mit den europäischen Kriegen gemacht haben und die Gründung der

Europäischen Union als oberstes Ziel hatte, zukünftig Kriege zu vermeiden. Zur Identitätsbildung eignet sich aber auch der Rückgriff auf moderne Mythen, die erst in jüngster Vergangenheit entstanden sind und zur Identitätsbildung herangezogen werden. So geht beispielsweise das Selbstverständnis der Amerikaner, Kontinente zu befreien und Diktatoren zu stürzen, in die neue amerikanische Mythenbildung genauso ein, wie sich auch die friedliche Revolution und die Wiedervereinigung zur Mythenbildung in der deutschen Geschichte eignen. Ein weiteres in meinem Untersuchungsdesign vorkommendes Diskursereignis, der „Brief der Acht“, bezieht sich auf den Gründungsmythos der USA und verweist auf die langen transatlantischen Beziehungen und den europäischen Ursprung Amerikas, indem auf die ersten Siedler hingewiesen wird, die nach Amerika kamen:

„Die wahren Bande zwischen den Vereinigten Staaten und Europa sind die Werte, die wir teilen: Demokratie, persönliche Freiheit, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Diese Werte überquerten den Atlantik mit jenen Menschen, die von Europa aufbrachen, um beim Aufbau der USA zu helfen.“¹²

Hier zeigt sich, dass sogar in bilateralen Beziehungen wie den transatlantischen zur gemeinsamen Identitätsstiftung und Begründung außenpolitischen Handelns auf Ursprungsmythen zurückgegriffen wird.

„Kollektive Identität ist ein Prozess, in dem die ‚Vergangenheit‘ als positiver oder negativer Bezugsrahmen handlungsorientierende und identitätsstiftende Funktion hat.“ (Eder 2006: 167, vgl. Münkler 1997) Hier stellt sich also die Frage, welche Erinnerungen auf welche Weise herangezogen werden, um außenpolitisches Verhalten zu legitimieren. Schwab-Trapp (2002: 358) bezeichnet in seiner Studie „Kriegsdiskurse“ den Gebrauch von Vergangenheitsbezügen, die als Argument für oder gegen eine Beteiligung an militärischen Interventionen eingesetzt werden, als „historische Kontextualisierung“, die eine spezifische „Technik der Legitimierung“ im Diskurs darstellt. Er weist in seiner Studie nach, dass mit der deutschen Basiserzählung des Nationalsozialismus und den häufig zitierten Lehren „Nie wieder Krieg“ und „Nie wieder Auschwitz“ in den

¹² aus dem „Brief der Acht“ erschienen am 30. Januar in der New York Times.

Kriegsdiskursen unterschiedliche Handlungsanforderungen verknüpft wurden (Schwab-Trapp 2002: 364).

Entsprechend wird in meinem Untersuchungsdesign auch berücksichtigt, welche „historischen Kontextualisierungen“ herangezogen werden, wie beispielsweise die Befreiung vom Kommunismus, um einem aktuellen, politischen Argument Stichhaltigkeit zu verleihen. Historische Kontextualisierungen bilden dann in der aktuellen Debatte den Rahmen, in dem sich das neue Selbstverständnis entwickelt und innerhalb dessen der außenpolitische Handlungsrahmen festgelegt wird. Die Erinnerung an die kriegerische europäische Vergangenheit fungiert als identitätsbildende Abgrenzungsstrategie. Der „Andere“, von dem man sich diskursiv abgrenzt, ist die eigene Vergangenheit. „’Doing Europe’ ist das tatgewordene ‚Nie-Wieder’“ (Beck 2004: 161).

b) Identitätsbildung durch Unterscheidung, Homogenisierung und Abgrenzung

Nach Münch bildet sich eine kollektive Identität durch Unterscheidung. Diese kann von der bloßen „Wahrnehmung der Andersartigkeit“ bis hin zu „kriegerischen Auseinandersetzungen“ reichen (vgl. Münch 1999: 224). Vor allem in einer Staatengemeinschaft wird die eigene Identität in Bedrohungssituationen stärker wahrgenommen. „Europa erlebt seine Einheit vor allem dann, wenn es um die Abwehr einer gemeinsamen Gefahr geht, und es verliert diese Einheit, wenn die Gefahr verschwunden ist“ (Schulze 1995: 22). Nach Delanty (vgl. 1999: 270) beinhaltet der Identitätsbegriff Abgrenzung gegenüber anderen und beruht auf äußerer Anerkennung. Identität ist demzufolge eine Erscheinung der sozialen Konstruktion. Mit dem Begriff der Identität verbindet sich die Vorstellung von Zusammengehörigkeit oder Zugehörigkeit, die oft nicht über objektive Gemeinsamkeitsmerkmale zu verstehen ist, sondern vielmehr emotionale Komponenten beinhaltet. Die Herausbildung einer spezifischen Identität und ihre eventuelle inhaltliche Modifikation ist vielmehr immer ein Produkt sozialer Interaktion und Kommunikation (vgl. Mead 1991: 333, 244 f.).

Auch Münch (1993) weist auf die Identitätsbildung durch äußere Abgrenzung und Konfliktaustragung hin. „Zunächst liegen die Wurzeln jeder kollektiven Identität in der Abgrenzung der eigenen Gruppe, Gemeinschaft oder Nation gegen andere Gruppen,

Gemeinschaften oder Nationen. [...] Solche identitätsstiftenden Abgrenzungen stärken die innere Solidarität, den Konsens und die innere Ordnung des sozialen Lebens“ (Münch 1993: 16). Jedoch kann das, was innerhalb einer symbolischen Grenzziehung bleibt, weiterhin sehr verschieden sein. „Identität und Differenz/ Verschiedenheit sind nur die zwei Seiten einer Medaille. [...] Die Frage ist vielmehr, wieviel und welche Verschiedenheit durch die symbolische Markierung einer Identität innerhalb des Identischen zugelassen wird“ (Eder 1999: 148).

Die Entwicklung einer kollektiven Identität wird durch äußere Konkurrenz eher begünstigt und führt dazu, bestehende Differenzen, Ungleichheiten und Spannungen innerhalb einer kollektiven Identität abzutragen (vgl. Münch 1993: 18). Eine Konkurrenzsituation entsteht auch, wenn es um die Deutungshoheit im Interventionsdiskurs geht. Hier konkurrieren verschiedene Vorstellungen der Akteure miteinander und jeder Diskursteilnehmer möchte seine Sicht der Dinge durchsetzen. Im Falle des Interventionsdiskurses über den Irak haben die Amerikaner versucht ihre Sicht der Dinge gegenüber den europäischen Verbündeten durchzusetzen. Die dazu konkurrierende Sichtweise entstammt aus den Reihen einiger europäischer Verbündeter, vor allem aber durch die ablehnende Haltung Deutschlands und Frankreichs. Eine kollektive Identität könnte sich somit auch über konkurrierende Vorstellungen, über ein adäquates außenpolitisches Handeln und die richtige Vorgehensweise in internationalen Konflikten entwickeln. Nach Stuart Hall (vgl. 1994, 202 ff.) gibt es fünf diskursive Strategien, kollektive Identitäten herzustellen: die Erzählung der Nation (oder im vorliegenden Fall der Europäischen Union), die Betonung der Ursprünge, Kontinuität, Zeitlosigkeit, die Erfindung der Tradition und des Ursprungsmythos und die Idee des „reinen ursprünglichen Volkes.“

Diskursive Strategien enthalten die Betonung der Ursprünge, der Kontinuität und der Zeitlosigkeit. Es gilt zu untersuchen, welche diskursiven Strategien in den zu untersuchenden Medientexten auftauchen.

c) Identitätsbildung durch Verfahren

In dem von Habermas (1974) entwickelten prozeduralen Identitätskonzept konstituieren Individuen ihre Wir-Bilder nun mehr durch die Teilhabe an gemeinsamen diskursiven Prozessen. Bei diesem „posttraditionalen“ Ansatz werden die identitätsstiftenden Merkmale nicht mehr unreflektiert übernommen, sondern die Akteure beteiligen sich am Identitätsbildungsprozess. Somit ist nach Habermas „kollektive Identität heute nur noch in reflexiver Gestalt denkbar [ist], nämlich so, dass sie im Bewusstsein allgemeiner und gleicher Chancen der Teilnahme am Kommunikationsprozess begründet ist, in denen Identitätsbildung als kontinuierlicher Lernprozess stattfindet“ (Habermas 1974: 15).

In komplexen Gesellschaften beteiligen sich die Individuen vielmehr selbst an den zu entwerfenden Wir-Bildern, wobei diese gemeinsame Praxis eine unverzichtbare Legitimierungsgrundlage für politische Systeme und damit auch für deren außenpolitisches Handeln darstellt. „Die Staatsbürger finden ihre Identität nicht in ethnisch-kulturellen Gemeinsamkeiten, sondern in der Praxis von Bürgern, die ihre demokratischen Teilnahme- und Kommunikationsrechte aktiv ausüben.“ (Habermas 1994: 13). Ein Beispiel für diese Art der Identitätsbildung sind die Demonstrationen gegen den Irak-Krieg, die von Habermas und Derrida auch als „Die Wiedergeburt Europas“¹³ gedeutet werden. Über die aktive Teilhabe am Thematisierungs- und Willensbildungsprozess werden Wir-Bilder entworfen, denen ein besonders identitätsstiftender Charakter beigemessen werden kann und die gleichzeitig als Legitimationsgrundlage außenpolitischen Handelns dienen können.

Die konstruktivistische vergleichende Außenpolitikforschung misst Identitäten einen hohen Stellenwert bei. Sie bilden gerade in Diskursen einen Referenzrahmen und eine wichtige Legitimationsressource für außenpolitisches Verhalten. Wie mit Hilfe von identitären Zuschreibungen außenpolitisches Verhalten legitimiert wird, zeige ich anhand meiner qualitativen Studie.

¹³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.05.2003, Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas.

2.3.2 Interventionsdiskurse und Identität

Untersuchungen zur kollektiven Identität zeigen, dass Selbstverständigungsprozesse vor allem in Reaktion und im Verlauf von Krisenerfahrungen sowie im Zusammenhang des Scheiterns entstehen (vgl. Giesen 2002). Die Selbstverständigungsprozesse haben im Vorfeld des Irak-Krieges einen quantitativen Höhepunkt erlebt und es ist eine öffentliche Debatte über die nationale, europäische und transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik entstanden. Diesen quantitativen Höhepunkt der Selbstverständigungsprozesse möchte ich anhand meines Forschungsdesigns untersuchen.

Das häufige Auftreten von Selbstverständigungsprozessen im Interventionsdiskurs im Vorfeld des Irak-Krieges liegt unter anderem daran, dass in Krisenerfahrungen und ganz besonders in Situationen, wo es um die Existenz und das Leben der Nation geht, die kollektive Identität und das Selbstverständnis eines Akteurs unter einer besonderen Belastung stehen: „Das Verhandeln von ‚harten‘ Konflikten erfordert andere Mittel als das Verhandeln von ‚weicheren‘ Materien, die nicht gewaltsam ausgetragen werden“ (Pfetsch 2006: 31). Gerade in konfliktreichen Auseinandersetzungen kommt es nach der Meinung von Delanty zu Identitätsbildung. „Identität wird durch Konflikt gebildet. [...] Es ist im Konflikt, dass das ‚wir‘ dem ‚anderen‘ begegnet, und in dieser Begegnung wird die Identität des ‚ich‘ konstituiert. Identität setzt also ein Handlungsmodell sozialer Interaktion voraus.“ (Delanty 1999: 269)

In diesem Untersuchungsdesign wird davon ausgegangen, dass gerade in einem harten Konflikt, wie in der Entscheidung in einen Krieg zu ziehen, auch in der Identitätsrhetorik auf „andere Mittel“ (Pfetsch 2006: 31), möglicherweise auf besonders wirkungsvolle Identitätskonstruktionen, zurückgegriffen wird, was im Ergebnisteil noch detaillierter zu zeigen sein wird. Was wir aber jetzt schon voraussetzen können, ist, dass die öffentliche Debatte über nationale, europäische oder transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik während der Irak-Krise einen Peak der Diskussion erlebt hat: Der Interventionsdiskurs über den Irak entfaltete einen Selbstverständigungsdiskurs über Europa, bzw. die europäische Identität. Im Zusammenhang mit Europa geht es vorwiegend um die gemeinsame außenpolitischen Handlungsfähigkeit Europas und die Ausgestaltung der

GASP. Die transatlantischen Beziehungen werden vor allem im Kontext der Krise und der Bündnistreue diskutiert und vom nationalen Standpunkt aus gerechtfertigt.

Identitätsvorstellungen liefern gerade in Krisenzeiten ein wichtiges Erklärungspotenzial für außen- und sicherheitspolitische Interessen und zeigen den Handlungsrahmen auf, innerhalb dessen man sie verwirklichen und umsetzen kann. Es ist davon auszugehen, dass in akuten außenpolitischen Entscheidungsprozessen entweder neue Identitäten konstruiert werden oder die außenpolitische Situation so interpretiert wird, dass sie mit den vorhandenen Identitätskonstruktionen korreliert.

„Außen- und Sicherheitspolitik sind Kernbereiche moderner Nationalstaatlichkeit. Medial vermittelte Selbstverständigungsprozesse über eine europäische Rolle in der Sicherheitspolitik erlauben daher vorsichtige Rückschlüsse auf die Entwicklung kollektiver Identitäten“ (Risse/Kantner 2004: 4).

Es bleibt festzuhalten, dass Interventionsdiskurse Auslöser für Selbstverständigungsprozesse sind. Das gilt insbesondere dann, wenn sich im Vorfeld von Interventionsdiskursen die internationalen Rahmenbedingungen verändert haben, da die internationalen Beziehungen neu ausgehandelt werden müssen: Durch das Ende des Kalten Krieges hat sich die Bedrohungswahrnehmung für Deutschland verändert. Deutschland sieht sich nicht mehr auf den Schutz der USA angewiesen. Das wiedervereinigte Deutschland hat innerhalb Europas an Gewicht gewonnen. Die neuen Bedrohungen durch den Terror werden von Europäern und Amerikanern sehr unterschiedlich wahrgenommen. Durch die Osterweiterung gesellen sich Länder zu Europa, die in der Vergangenheit beispielsweise mit Deutschland und Frankreich schlechte Erfahrungen gemacht haben, zudem sehr proamerikanisch eingestellt sind und sich von einer Kooperation mit den USA für ihr Land sehr viel versprechen, auch um eine gewisse Unabhängigkeit und eine bessere Verhandlungsposition innerhalb der EU zu erreichen. Diese veränderten Rahmenbedingungen haben zur Konsequenz, dass die jeweiligen Beziehungen neu ausgehandelt werden müssen. Dieser Aushandlungsprozess spitzt sich zu, wenn die politische Situation konkretes Handeln erfordert, das sich nicht nur auf Rhetoriken, wie Solidaritätsbekundungen, beschränkt.

Durch die neue amerikanische Sicherheitsstrategie und das Selbstverständnis der USA, im Zweifelsfall auch unilateral vorgehen zu können, kann der Interventionsdiskurs über den Irak als Nullsummenspiel gesehen werden, denn es gab nur klare Positionen, entweder für oder gegen den Krieg. In dem außenpolitischen „Härtefall Krieg“ gibt es keine „sowohl-als-auch“-Haltungen.

2.3.3 Konstruktion von Identität durch Fremd- und Selbstzuschreibungen

In folgendem Kapitel gehe ich auf den wechselseitigen, teilweise auch voneinander abhängigen Charakter der kollektiven Identitätsbildung ein. Aus konstruktivistischer Perspektive sind „grenzüberschreitende Interaktionen“, die Normen, Werte und Identitäten erfassen, für die Analyse internationaler Politik maßgeblich (vgl. Weller 2005: 35). Auch nach Wendts Verständnis bildet sich Identität durch das Interagieren von Staaten, durch deren tatsächliches Handeln und durch identitäre Zuschreibungen. Er untersucht in der Forschung nationaler Identität im Wesentlichen die Kommunikation und Interaktion zwischen den Nationalstaaten, also von Prozessen auf der Ebene des internationalen Systems (vgl. Wendt 1994). Durch dauerhafte systematische Interaktion kann sich sogar eine Identität zwischen internationalen Kooperationen herausbilden, das besagt eine Annahme des Konstruktivismus zur Herausbildung von kollektiver Identität (vgl. Wendt 1994). Da Kooperationen auf einem Mindestmaß an Regeln beruhen, können diese dann als Grundlage für eine neue Identität der beteiligten Akteure dienen. Diese Identität besteht aber nicht rein individuell. Sie wird von den kooperierenden Staaten geteilt, weil sie auf gemeinsamen Normen beruht. In der internationalen Politik bedeutet die Existenz einer kollektiven Identität, dass Staaten sich mit dem Schicksal anderer Staaten identifizieren. Eine solche kollektive Identität zwischen kooperierenden Staaten könnte sich auch zwischen einzelnen Staaten in den transatlantischen Beziehungen entwickelt haben. „Der Westen“ oder die „transatlantischen Beziehungen“ sind solche identitären Konstruktionen, die auf der Kooperation von Staaten beruhen, deren Grundlage geteilte Normen bilden. Basierend auf diesen theoretischen Überlegungen wird in meinem Forschungsdesign untersucht, ob sich Identitätsbildung

auch in Interaktion und Kommunikation zwischen „europäischer Identität“, bzw. einem Teil der europäischen Staaten und der „transatlantische Identität“, bzw. der transatlantischen Wertegemeinschaft im Interventionsdiskurs entwickelt.

Der vielseitige interdependente Charakter der Identitätsbildung kommt durch folgendes Zitat von Ulrich Beck zum Ausdruck, der auf die Gefahr hinweist, Europa als Gegenmacht Amerikas aufzubauen:

„Zudem droht jeder Versuch, die erweiterte EU auf einer antiamerikanischen Basis aufzubauen, Europa zu spalten. Das Gegenmacht-Modell hat die strategische Scheidung von den USA zur Folge. Beides – die interne Spaltung Europas und die externe Spaltung des atlantischen Bündnisses – laufen auf eine Selbstgefährdung Europas hinaus“ (Beck 2004: 327).

Darin sieht man auch den interdependenten Charakter der identitären Zuschreibungen von „europäischer Identität“ und „transatlantischen Beziehungen“. Eine Spaltung des atlantischen Bündnisses könnte Europa schwächen. Im Interventionsdiskurs hat dieser interdependente Charakter jedoch vielseitige Facetten. So wurde von Habermas beispielsweise eine europäische Identitätsbildung in Abgrenzung zu den USA gefordert. „Europa muss sein Gewicht auf internationaler Ebene und im Rahmen der UN in die Waagschale werfen, um den hegemonialen Unilateralismus der Vereinigten Staaten auszubalancieren.“¹⁴

Deutlich wird hier, dass beide Autoren von einer interdependenten Identitätsbildung ausgehen, jedoch unterschiedliche Gefahren sehen. Die Spannbreite reicht von der „Gefahr, sich gegen die USA zu stellen“ bis hin zur „Notwendigkeit, eine Gegenidentität in Abgrenzung zu den USA“ auszubilden. Anhand einiger Beispiele werden die unterschiedlichen Vorstellungen dieses interdependenten Charakters, der sich gegenseitig beeinflussenden Identitätsbildung, im Ergebnisteil noch genauer analysiert.

In der Arbeit geht es also auch darum, die Wechselwirkung unterschiedlicher Identitätsformationen im Diskurs nachzuzeichnen und die darauf basierenden differierenden Wirklichkeitskonstruktionen zu ermitteln, die der Legitimation politischen Handelns

¹⁴ Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 31.05.2003, Nach dem Krieg. Die Wiedergeburt Europas.

zugrunde liegen. Wendt konstatiert eine Vermenschung von Staaten, indem er behauptet, „States are people too“ (Wendt 1999: 215), deshalb lassen sich einige identitäts-theoretische Grundlagen des symbolischen Interaktionismus, der sich zunächst in den Grundannahmen ausschließlich auf die Herausbildung von personalen Identitäten bezieht, auf Staaten und Wertegemeinschaften übertragen.¹⁵ Auch der symbolische Interaktionismus geht davon aus, dass Identitäten mit der Hilfe eines Gegenübers entwickelt werden. Was bei den Menschen die Sprache bzw. die Körpersprache ist, sind bei Nationen die Medien. Gegenseitige Deutungen und generalisierte Andere werden analog zum symbolischen Interaktionismus konstruiert. Identitäten sind das Resultat aus Eigen- und Außenwahrnehmung und beeinflussen sich in diesem interdependenten Prozess gegenseitig. Nach Mead basiert die Entstehung von Identität auf Kommunikationsprozessen. Identitäten werden in Prozessen generiert (vgl. Mead 1991: 18). Über Kommunikation und gemeinsam geteilte Deutungen entwickeln sich Identitäten und Symbole. Identität ist ein soziales Konstrukt, das erst in der Auseinandersetzung und Interaktion entsteht. Diese Annahmen versuche ich auf kollektive Identitäten zu übertragen und gehe davon aus, dass bei Ländern und Gemeinschaften die Identitätsbildung auch mit Hilfe eines Gegenübers entsteht. *„Wir sind, was wir sind, durch unser Verhältnis zu anderen.“* (Mead 1991: 430)

Meinem Forschungsdesign liegt die Prämisse zu Grunde, dass Identitäten durch Fremd- und Selbstzuschreibungen konstruiert werden. „The important analytic question is not therefore whether someone can be described in particular, but to show that and how this identity is made relevant or ascribed to self or others.“ (Widdicombe 1998: 191) Ebenso betont Wendt den interaktiven Charakter von Identitätsbildungsprozessen analog zum symbolischen Interaktionismus. Er geht davon aus, dass sich Identitätsbildungsprozesse in der Interaktion mit anderen Akteuren vollziehen. Seiner Meinung nach bildet sich eine kollektive Identität in sozialen Situationen durch gegenseitige Rollenzuschreibungen aus. Durch diese Rollenzuschreibungen konstruieren die Akteure wechselseitig ihre

¹⁵ Wendt (1999) zieht selbst in seinem theoretischen Ansatz zur kollektiven Identität Parallelen zum symbolischen Interaktionismus: „I distinguish between the corporate and social constitution of state actors, which parallels the distinction between ‚I‘ and ‚me‘ in symbolic interactionism. (Mead 1934)“

Wesensmerkmale (vgl. Wendt 1999: 328 ff.). Wendts Verständnis davon, wie sich kollektive staatliche Identitäten herausbilden, basiert auf der Vorstellung, dass dies in einem Interaktionsprozess zwischen Staaten auf der Ebene des internationalen Systems geschehe. Diese wechselseitigen Zuschreibungen von kollektiver Identität werde ich in dem Untersuchungsdiskurs über Intervention empirisch aufzeigen.

Die Definitionen des kollektiven (nationalen, europäischen und transatlantischen) „Selbst“ und die Charakterisierung des kollektiven (nationalen, europäischen, transatlantischen) „Anderen“ sind die analytischen Raster der vorliegenden Studie. Eine Prämisse der Konstruktion von kollektiven Identitäten ist, dass sie sich diskursiv entwickelt, von daher bietet sich eine Diskursanalyse in einem begrenzten Untersuchungszeitraum an, um zu analysieren, welche Einzigartigkeit und Gleichheit bzw. welche Differenzen explizit für ein jeweiliges Kollektiv im Diskursverlauf konstatiert werden und inwieweit sich solche kollektiven Zuschreibungen für die Legitimation einer Intervention eignen (vgl. Wodak et al. 1998: 102). Welche Eigenschaften werden in den einzelnen Diskursereignissen als typisch für das jeweilige Kollektiv (national, europäisch oder transatlantisch) dargestellt? Welche Argumentationsverfahren werden eingesetzt, um das Typische des jeweiligen Kollektivs (nationale, europäische, transatlantische) von anderen Kollektiven abzugrenzen, bzw. um das jeweils im Diskurs bevorzugte Kollektiv als positiv und das andere als negativ einzustufen? Als Beispiel fungiert die Rumsfeld-Äußerung als Zuschreibung Europas von außen, die eine Differenz innerhalb Europas zeigen will; jedenfalls aus der Perspektive der Amerikaner werden die Europäer als „unwillig“, „alt“ und „unbedeutend“ angesehen und kommuniziert. Im weiteren Diskursverlauf betonen acht europäische Regierungschefs in einem offenen Brief in der *Washington Post*, dem sogenannten „Brief der Acht“, die Wichtigkeit der „gemeinsamen Werte“ bezüglich der transatlantischen Beziehung. Diese Beziehung wird als fast bedeutungsvoller als die europäischen Gemeinsamkeiten eingeschätzt und von dieser engen transatlantischen Bindung wird eine Legitimation für das außenpolitische Handeln einiger europäischer Nationalstaaten im Irak abgeleitet. Theorien der Identitätsbildung gehen davon aus, dass sich Identität stets in Beziehung zu einem „Anderen“ außerhalb des Selbst konstruiert (vgl. Delanty 1999, Giesen 1999, Wodak et al. 1998). Kollektive Identität hat auch

immer etwas mit Abgrenzung zu tun. Auch nach Giesen beruhen kollektive Identitäten auf der Differenz zwischen „Wir“ und „Anderen“ (vgl. Giesen 1993: 47). „Ein ‚Wir‘ kann sich immer nur in der Konfrontation mit anderen Ansprüchen artikulieren“ (Pollak 1998: 145).

Kollektive Identitäten haben einen „kontingenten Inhalt“, zu dem eine „diffuse affektive Bindung“ besteht und der definiert, wer dazugehört und wer nicht (Eder 1999: 148). Damit ist deren Inhalt nicht unbedingt vorherbestimmbar. Da kollektive Identitäten einen kontingenten Inhalt haben, brauchen sie „soziale Bekräftigung und symbolische Verdeutlichung“ (Giesen 1999b: 30). Mit Hilfe von Kommunikation können kollektive Identitäten stabilisiert werden. Sobald die Kommunikation über bestimmte Wir-Bilder verschwindet, verblasst auch die Konstruktion der gebildeten Identität.

Ruth Wodak¹⁶ zeigt in ihrer Analyse der europäischen Wertegemeinschaft, dass politische und kulturelle Werte in historischer Abhängigkeit von nationalen Traditionen, Narrativen und Weltanschauungen stehen. Diese unterschiedlichen nationalen Identitäten und Wertanschauungen gilt es, in die komparative Länderstudie mit einzubeziehen und nationale Besonderheiten in den jeweiligen Diskursen herauszuarbeiten. Dabei ist es aber besonders wichtig zu untersuchen, welche Bezüge in den jeweils nationalen Diskursen auftauchen. Die Schwierigkeit einer europäischen Identitätsbildung sieht Wodak in der Dominanz der jeweils eigenen Geschichte, die die gegenwärtig gewünschte konsensuelle Bildung einer gemeinsamen europäischen Identität sehr problematisch und langwierig macht.

Das „Andere“ von dem sich ein Kollektiv abgrenzt, kann auch in der eigenen Vergangenheit liegen. In der deutschen Identität dient das frühere Nazideutschland als historisches „Other“, von dem sich die „neue“ deutsche Identität abgrenzt. Das Selbstverständnis der Europäischen Union konstruierte sich ebenfalls in Abgrenzung vom „Anderen“ in der eigenen Vergangenheit, die gekennzeichnet ist von Krieg und Zerstörung. Die Bezugnahme auf dieses neue europäische Selbstverständnis in Abgrenzung von der kriegsbelasteten Vergangenheit kann vor allem eingesetzt werden,

¹⁶ Wodak, Ruth, „Der schwierige Weg zu einer Europäischen Identität.“ Im Internet: <http://sciencev1.orf.at/science/news/69545> (Stand 01.02.2010).

um Kriege zu delegitimieren (vgl. Waeber 1996, Ferry 2000: 166 f., vgl. Seidendorf 2006: 221).

Das Selbstbild Amerikas hingegen wird als ein kontingentes, positives Bild von der Vergangenheit bis zur Gegenwart konstruiert, das sich nun den neuen Bedrohungen durch den Terrorismus stellt. Dieses positive Selbstbild reicht von der Befreiung Nazideutschlands, dem Kampf gegen den Kommunismus bis hin zum dargebotenen Schutz Europas im Kalten Krieg. Auch im Diskurs über den Irak-Krieg wird dieses positive Selbstbild mit Hilfe historischer Bezüge hergestellt, um den Krieg zu legitimieren.

2.3.4 „Europäische Identität“ und „transatlantische Beziehungen“

Der Interventionsdiskurs geht einher mit Zuschreibungen der „europäischen Identität“ und der „transatlantischen Beziehungen“ aus der jeweils nationalen Perspektive und Interessenlage. Zwar offenbarte sich die Skepsis hinsichtlich der Zukunft der transatlantischen Partnerschaft auch schon im Vorfeld der Irak-Krise durch transatlantische Uneinigkeiten in verschiedenen internationalen Fragen wie dem Kyoto-Protokoll und der Einführung eines Internationalen Strafgerichtshofes. Die konstatierten Krisen während des Interventionsdiskurses verweisen jedoch auch auf fundamentale europäische und transatlantische Differenzen im Hinblick auf die Wahrnehmung von Bedrohungen und den Einsatz militärischer Gewalt.

„Ein solcher Dissens in der Sache war zwischen den führenden Staaten Kontinentaleuropas und den USA noch nie aufgetreten, er ging an die Wurzeln der Gemeinsamkeit“ (Czempiel 2004: 22). Bahr (2003: 111) behauptet, dass „die transatlantische Wertegemeinschaft schon gebrochen“ sei, da die „Grundorientierungen zwischen unipolarer und multipolarer Weltsicht“ nicht verhandelbar sind. Jetzt geht es um den Unterschied zwischen „USA-Willigen und UN-Willigen“ (Bahr 2003: 109). Im europäischen Selbstverständigungsdiskurs geht es auch um die außenpolitische Handlungsfähigkeit und darum, als ein nach außen hin einheitlich wirkender Akteur wahrgenommen zu werden, der auch tatsächlich handlungsfähig ist. Je größer die Schnittmengen der jeweils nationalen Identitäten sind, desto wahrscheinlicher ist ein

gemeinsames außenpolitisches Handeln der EU-Mitgliedsstaaten. Die nationalen Regierungen sind nach wie vor die wichtigsten Akteure in der europäischen Außenpolitik. Als außenpolitischer Akteur befinden sie sich jedoch in einem Dilemma zwischen transatlantischen Interessen und solidarischen Gefühlen gegenüber den USA auf der einen Seite und europäischen Verpflichtungen und dem Willen als einheitlicher Akteur Europa aufzutreten auf der anderen Seite. Im Irak-Krieg hat sich gezeigt, dass sich Europa nicht als gemeinsamer außenpolitischer Akteur gegen die USA durchsetzen konnte. Diese europäische Handlungsunfähigkeit wurde durch die bevorstehende EU-Osterweiterung zusätzlich bedingt.

Im transatlantischen Selbstverständigungsdiskurs werden die „gemeinsamen Werte“ als solche je nach Interessenlage in Frage gestellt oder aber betont positiv gedeutet und entwickeln dadurch ein unterschiedliches, legitimierendes Potenzial. Je nach außenpolitischem Interesse können die transatlantischen Beziehungen beispielsweise als wichtig und wertvoll oder als desolat bezeichnet werden und daraus kann das notwendige außenpolitische Handeln abgeleitet werden. Folgende These gilt es zu untersuchen: Der Selbstverständigungsdiskurs über „transatlantische Beziehungen“ und „europäische Identität“ stehen im Vordergrund des Interventionsdiskurses und nicht die sachliche Debatte und der Austausch von Argumenten. Weiter geht es mir in meinem Forschungsvorhaben darum zu zeigen, dass solche identitären Zuschreibungen im Interventionsdiskurs gezielt eingesetzt wurden, um das eigene außenpolitische Verhalten zu legitimieren.

2.3.5 Zusammenhang von kollektiver Identität und Interesse

Die Herausbildung und der Wandel kollektiver Identitäten sind zentrale Themen in der konstruktivistischen Forschung. Aus konstruktivistischer Perspektive bestimmen die Identitäten die Interessen der Akteure. Wendt zufolge bilden staatliche Identitäten die Grundlage für die Definition konkreter staatlicher Interessen und damit für außenpolitisches Handeln (vgl. Wendt 1992: 398). Wandeln sich die Identitäten, dann verändert sich auch die Sichtweise auf Situationen, was wiederum eine Redefinition von Interessen zur Folge haben kann. Ein zentraler Begriff des Konstruktivismus ist

Identität, definiert als: „relatively stable, role-specific understandings and expectations about self“ (Wendt 1992: 397). Auch Staaten besitzen Identitäten. Identitätszuschreibungen „steuern die Wahrnehmung außenpolitischer Probleme“ und „definieren die nationalen Interessen“. Insofern ist Identität die abhängige Variable zur Bestimmung der jeweiligen „nationalen Interessen“ (vgl. Risse 2007: 52). Wenn Ideen, wie beispielsweise die Konstruktion von Identitäten, ein Gewicht haben sollen, müssen sie unabhängig von den daran geknüpften Interessen einen Einfluss auf die Politik haben.

„Ideas may merely be ‚hooks‘ on which interests hang – they may have no independent causal weight. One cannot assume that an idea is important just because the idea was present in policy discussions. To have causal weight, ideas must have an independent effect on policy, apart from interests of the actors who defend them“ (Goldstein 2003: 252).

Habermas sieht das Verhältnis von Ideen und Interessen interdependent: „Interessen können über Normen des gesellschaftlichen Verkehrs auf Dauer nur befriedigt werden, wenn sie sich mit Ideen, die zu ihrer Begründung dienen, verbinden; Ideen wiederum können sich empirisch nicht durchsetzen, wenn sie sich nicht mit Interessen, die ihnen Gewalt verleihen, verbünden“ (Habermas 1981: 55).

Helmut Wagner zweifelt es hingegen an, die Entwicklung gemeinsamer Interessen stets in Abhängigkeit von einer gemeinsamen Identität zu sehen, und führt das Kyoto-Abkommen und den Vertrag über die Gründung des Internationalen Strafgerichtshofes als Beispiele an, in denen die Unterzeichner ausschließlich durch die gemeinsamen Interessen vereint waren und keine gemeinsame Identitätsbildung für die Entwicklung dieses gemeinsamen Interesses notwendig war. Aus seiner Betrachtung zieht er folgende Schlussfolgerung: „Zwar steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sich Staaten oder Individuen auf gemeinschaftliche Interessen verständigen können, wenn sie sich durch eine gemeinsame Identität verbunden fühlen, unentbehrliche Voraussetzung für interessengeleitetes Handeln ist sie jedoch nicht“ (Wagner 2006: 50f.).

Selbst kritische Stimmen sehen die Wahrscheinlichkeit eines gemeinsamen, interessengeleiteten Handelns erhöht, wenn die Grundlage dieses Handelns durch eine gemeinsame kollektive Identität verbunden ist. Diese theoretische Diskussion über das

Verhältnis von Interesse und Identität ist jedoch nicht Gegenstand der vorliegenden Arbeit, vielmehr ist meiner Untersuchung die Prämisse vorgelagert, dass vor allem identitäre Zuschreibungen in Interventionsdiskursen eine wichtige Grundlage für die Begründung außenpolitischen Handelns und die Durchsetzung von Interessen darstellen. Somit wird außenpolitisches Handeln mit dem Rückgriff auf identitäre Konstruktionen legitimiert und darüber werden Interessen durchgesetzt, ohne sie direkt zu kommunizieren. Interessen werden im Interventionsdiskurs aber auch im Zuge von sachlichen Argumenten geäußert, in denen zur Legitimation, wie bereits im Zusammenhang mit den moralischen und konsequenzialistischen Argumenten gesagt worden ist, auch ideelle Faktoren mitschwingen können, bzw. die im unterschiedlichen Gebrauch von Argumenten in den untersuchten Ländern auch auf einen unterschiedlichen kulturellen Referenzrahmen hinweisen können. Weiter stellt sich die Frage, ob die Kommunikation und der Verweis auf die tatsächlichen Interessen im Diskurs um Legitimation überhaupt die größte Rolle spielen, oder ob Interessen, die in den sachlichen Argumenten zum Ausdruck kommen, vielmehr hinsichtlich ihrer öffentlichen Anschlussfähigkeit und ihres generellen Legitimationspotenzials eingesetzt werden und ob die tatsächlichen dahinter liegenden Interessen weit weniger kommuniziert werden und daher das „Ungesagte“ im Diskurs um Legitimation bleiben.

2.4 Irak-Krieg: Legitimation einer unilateralen und präventiven Intervention

Ideen können nur Legitimität erfahren, wenn sie in der Öffentlichkeit auf Resonanz treffen – entscheidend sind hier das Tun und die Reaktion des Publikums. Dabei ist es wichtig, dass die in den Diskurs eingebrachten Argumente an anschlussfähiges Wissen und die kollektiven Mythen in der jeweils zu überzeugenden Öffentlichkeit anknüpfen. So erscheinen klassische Ziele wie „Ruhm“ und „Macht“ vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte allerdings keinesfalls als Identitätszuschreibungen, um Legitimität für außenpolitisches Verhalten zu erzeugen. „Die amerikanische Öffentlichkeit war 2003 die wichtigste Legitimationsbasis für die Bush-Administration, den Irak-Krieg zu führen“ (Jäger 2008: 19). Dafür entwickelte die amerikanische Administration eine

Kommunikationsstrategie, um die amerikanische Bevölkerung von der Notwendigkeit eines Angriffs zu überzeugen (Jäger 2008). Die Legitimation des Vorgehens im Irak durch die Bevölkerung war für die Bush-Regierung im Vorfeld des Irak-Krieges entscheidend und so setzte sie in ihrer Policy Strategy strategische Mittel ein, dies zu erreichen. Die verwendeten inhaltlichen Argumente mussten anschlussfähig an die bestehenden Wahrnehmungsmuster der Öffentlichkeit sein (vgl. Viehrig 2008: 141). Die Strategie der Bush-Regierung bestand beispielsweise darin,

„fremde Länder und ehemalige Verbündete vor der eigenen Öffentlichkeit negativ darzustellen, damit deren Kooperation in der eigenen Kriegscoalition von der eigenen Bevölkerung als nicht mehr erstrebenswert erachtet werden sollte. Auf diese Weise sollte die Forderung nach multilateralem Vorgehen, das in der amerikanischen Öffentlichkeit lange dominant war, konterkariert werden“ (Jäger 2008: 8).

Hier wird sogar von einer strategisch-manipulativen Verwendung von identitären Zuschreibungen ausgegangen, die bewusst und durchkalkuliert ist und neben den rein sachlichen Argumenten zur Begründung eines militärischen Vorgehens ein zusätzliches Legitimationspotenzial entwickelt. Diese Identitätsrhetoriken stellen auch das Analyseraster meines Untersuchungsdesigns dar, wobei meiner Arbeit allerdings ein diskursiv-rhetorischer Strategiebegriff zugrunde liegt, der nicht davon ausgeht, dass Sprecher ihre Rhetorik bis ins Letzte bewusst durchkalkulieren und diese streng instrumentalistisch wirkt, auch wenn sie absichtsvoll und intendiert angewendet wird. (vgl. Wodak 1998: 74 ff).

In Kapitel 2.3 bin ich auf die Relevanz von Identitätskonstruktionen zur Erklärung für außenpolitisches Verhalten eingegangen. Jetzt werde ich die Besonderheiten hervorheben, die eine präventive und unilaterale kriegerische Vorgehensweise mit sich bringt. Ein präventives, kriegerisches Vorgehen ist sehr schwer zu legitimieren, da die Bedrohung nicht unmittelbar greifbar und gegenwärtig ist. Außerdem ist ein präventives Vorgehen auch völkerrechtlich höchst umstritten (vgl. Münkler 2003: 123 ff., Risse 2003b: 118). „Preventive war is not justifiable“ (Walzer 2006: 15). Um die eigene Bevölkerung von einem präventiven Vorgehen zu überzeugen, versuchte die Bush-

Administration die Bedrohung als akut, unmittelbar und real darzustellen, damit ein präventives Vorgehen von der eigenen Bevölkerung unterstützt und als legitim angesehen wird.

„The greater the threat, the greater is the risk of inaction - and the more compelling the case for taking anticipatory action to defend ourselves, even if uncertainty remains as to the time and place of the enemy's attack. To forestall or prevent such hostile acts by our adversaries, the United States will, if necessary, act preemptively.“¹⁷

Münkler (2003: 39) kommt in seiner Analyse über die tatsächlichen Kriegsgründe und Motive der USA zur Schlussfolgerung, dass die vermutete Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak und dessen angebliche Unterstützung des internationalen Terrorismus kaum den Ausschlag für einen politisch wie militärisch so riskanten Krieg gegen den Irak gegeben haben könne. In den Medien war die anscheinende Existenz von Massenvernichtungswaffen jedoch das legitimste und in der amerikanischen Öffentlichkeit anschlussfähigste Argument. Mit diesem Argument und der existenziellen Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen oder Terror für das eigene Volk schien ein präventives Eingreifen auch nach der neuen amerikanischen Sicherheitsstrategie legitim.

Es war auch kein leichtes Unterfangen, die amerikanische Öffentlichkeit von einem unilateralen Vorgehen zu überzeugen, da die amerikanische Bevölkerung grundsätzlich in internationalen Krisen ein multilaterales Vorgehen mit anderen Staaten, bzw. mit langjährigen Verbündeten, außerdem legitimiert durch die Vereinten Nationen bevorzugt (vgl. Jäger 2008: 26). Eine unilaterale Vorgehensweise wurde seitens der Bush-Administration mit Hilfe von identitären Zuschreibungen legitimiert, z.B. durch die Abwertung bereits langjähriger Verbündeter und bewährter Institutionen, wie der Vereinten Nationen (vgl. Jäger 2008: 26). So galt es für die Bush-Regierung, diese breite Koalition mittels Identitätsrhetoriken und öffentlichen Bekenntnissen, wie beispielsweise durch den „Brief der Acht“ der amerikanischen Öffentlichkeit medial zu

¹⁷ The President of the U.S., The National Security of the United States, Washington 2002 (zugänglich über Internet <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/nsc/nss/2002> (Stand 20.01.2011))

vermitteln und Kriegsgegner Deutschland und Frankreich öffentlich zu diskreditieren, wie beispielsweise durch die Rumsfeld-Äußerung (vgl. Viehig 2008: 144 f.).

„Legitime Deutungen sind kollektiv anerkannte Deutungen und als kollektiv anerkannte Deutungen sind sie legitimierungsfähige Deutungen – Deutungen, die dazu benutzt werden können, politisches Handeln zu legitimieren“ (Schwab-Trapp 2002: 37).

Die Argumente, die von der Bush-Administration vorgetragen wurden, um eine Intervention im Irak zu legitimieren, konnten selbst von den Verbündeten nicht anerkannt und kollektiv geteilt werden. Um das militärische Vorgehen im Irak zu legitimieren und Deutungshoheit im Diskurs zu gewinnen, lag es im strategischen Interesse der Bush-Administration, Institutionen und Nationen, die eine andere Sichtweise hatten, identitätsrhetorisch abzuwerten. Diese Behauptung gilt es im Rahmen der folgenden qualitativen Analyse zu untersuchen. Dabei stelle ich im Rahmen einer Diskursanalyse ausführlich dar, wie mit Hilfe von identitären Zuschreibungen im Interventionsdiskurs außenpolitisches Handeln legitimiert wird.

Es gibt eine ganze Reihe von Untersuchungen, die im Rahmen von Medienanalysen den Gebrauch und die Häufigkeit von Argumenten im Interventionsdiskurs des Irak-Krieges untersuchten. Viehig (2008) untersuchte „die öffentliche Kommunikation der Entscheidung zum Irakkrieg“ und stellte fest, dass sich die identifizierten Argumentationslinien der dominant verwendeten Argumente (Regimewechsel, Massenvernichtungswaffen und Verbindung zwischen Al Qaida und dem Irak) der amerikanischen Exekutive in der *New York Times* und der *Washington Post* im Diskursverlauf von Januar 2002 bis zum Kriegsbeginn am 20. März 2003 veränderten. Ihren quantitativen Höhepunkt hatten sie bereits im September 2002 erfahren und nahmen dann bis zum Kriegsbeginn ab. Viehig (vgl. 2008: 152) führt dieses Ergebnis darauf zurück, dass zu einem relativ frühen Zeitpunkt, beim Auftritt Bushs vor der UNO-Vollversammlung am 12. September 2002, der Irak-Krieg der amerikanischen Öffentlichkeit bereits als eine beschlossene Sache vermittelt wurde und es in der anschließenden medialen Auseinandersetzung nur noch um die Verhältnismäßigkeit der Mittel ging. Die Abnahme der Argumente für eine Intervention im Irak seit dem

September 2002 ist auch ein interessanter Befund für die meinem Forschungsdesign zugrunde liegende These. In den Monaten vor Kriegsausbruch ging es in den Legitimationsstrategien vorwiegend um die Gewinnung solidarischer Kriegspartner, wodurch die Überzeugung durch sachliche Argumente sekundär wurde und in den Hintergrund der Debatte geriet, da eine Intervention ohnehin schon eine beschlossene Sache war. Außerdem spiegelt die früh und autonom getroffene Entscheidung der Bush-Administration das außenpolitische Selbstverständnis wider, welches seitens der Kriegsgegner erheblich kritisiert wurde und wodurch ein erhebliches Legitimationspotenzial gegen eine Intervention entstand.

Inwieweit die Mediatisierung der Kriegsgründe eher kriegsförderliche oder – hinderliche Akzeptanzpotenziale beinhaltet, analysierte Dirks (2008) in einer vergleichenden Analyse der Qualitätspresse. Er kam zu dem Ergebnis, dass in der medialen Berichterstattung „evidenzbasierte Ausschöpfungspotenziale ungenutzt blieben“ und sie eher der „Genre-Metapher *Politics as Story-Telling*“ (vgl. Dirks 2008: 270 ff.) entsprach. Sielschott (2009) führte eine Argumentationsanalyse der Berichterstattung in der britischen Tageszeitung *The Guardian* durch und kam zu dem Ergebnis, dass im Vorfeld des Irak-Krieges kriegskritische Argumente die kriegsbefürwortenden Argumente überwogen. Meyer & Zdrada (2006) analysierten die Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Gebrauch von Argumenten und führten die unterschiedliche Verwendung von Argumenten in den polnischen und britischen Medien auf die jeweilige strategische Kultur zurück. Schwab-Trapp (2007) untersuchte die Deutungsangebote in den mehr oder weniger expliziten Argumenten und leitete daraus Aussagen über den kulturellen Wandel im Diskurs über die Legitimität von Gewalt ab.

Ideen können jedoch nur ihr Legitimationspotenzial entfalten, wenn sie in der Öffentlichkeit anschlussfähig sind. Im Falle des Irak-Krieges stellte die Legitimation eines präventiven und unilateralen Vorgehens eine große Herausforderung dar, auf die ich im Folgenden eingehen werde. Wie gezeigt wurde, gibt es bereits einige Untersuchungen zum Irak-Krieg. Eine qualitative Untersuchung mit der Fragestellung, inwieweit identitäre Zuschreibungen zur Legitimation militärischen, außenpolitischen Handelns

eingesetzt werden, stellt bisher ein Forschungsdesiderat im Bereich der internationalen Beziehungen und der Außenpolitikforschung dar.

Diese Forschungslücke werde ich schließen, indem ich Antworten auf folgende Fragen finde:

a) Welche sachlichen Argumente zur De-Legitimation außenpolitischen Verhaltens sind im Diskurs dominant? (Siehe Kapitel 4.2, 4.3). Wie ist die Akzeptanz und Übereinstimmung der sachlichen Argumente?

b) Welche Zuschreibungen Europas sind im Diskurs dominant? (Kapitel 4.4)

c) Welche Zuschreibungen Amerikas sind im Diskurs dominant? Welche Eigenschaften werden Amerika zugeschrieben, um außenpolitisches Verhalten zu (de-) legitimieren? (Kapitel 4.5)

d) Welche Zuschreibungen der transatlantischen Beziehungen sind dominant? (Kapitel 4.6)

e) Welche bi- und multinationalen Zuschreibungen sind dominant? (Kapitel 4.7)

Diese einzelnen Fragen und die quantitativen und qualitativen Analyseschritte, die im anschließenden 3 Kapitel erklärt werden, dienen dazu, die zentrale Forschungsfrage zu beantworten: In welcher Form tragen Identitätsrhetoriken bzw. identitäre Zuschreibungen zur Begründung bzw. De-Legitimierung außenpolitischen Verhaltens bei?

Mit der quantitativen Analyse kann beantwortet werden, welche Pro- und Contra-Argumente, welche „Codes“¹⁸ der europäischen, nationalen und transatlantischen Fremd- und Selbstzuschreibungen im Interventionsdiskurs dominant sind und welche dieser Codes bereits ein Legitimationspotenzial enthalten. Mit Bezug auf Normen, Ideen und Identitäten wird also durch diese Analyse der deutschen, britischen, spanischen und amerikanischen Medien genau aufgeschlüsselt, welche Aspekte als Legitimitätsressourcen von Außenpolitik avancieren.

¹⁸ Codes sind inhaltlich definierte Kategorien, denen relevante Textpassagen zugeordnet werden.

3 Methodisches Vorgehen

In diesem Kapitel werde ich zunächst meine verwendete Untersuchungsmethode, die Diskursanalyse, darstellen und als geeignetes Analyseinstrumentarium begründen. Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurde eine Kombination aus quantitativen und qualitativen Analysemethoden gewählt. Anschließend erkläre ich meine Länderauswahl und weise auf einige Aspekte des außenpolitischen Selbstverständnisses der Untersuchungsländer hin. In den weiteren Unterkapiteln stelle ich die Auswahl der Qualitätszeitungen aus den jeweiligen Untersuchungsländern dar und gehe auf meine Samplingstrategie ein, mit der ich die relevante empirische Datenbasis meiner Untersuchung erhalten habe. Das Kapitel schließt mit einer kurzen Darstellung der für meinen Untersuchungsgegenstand relevanten Diskursereignisse im Interventionsdiskurs ab. Dabei gilt es, deren Relevanz während der Irak-Krise herauszustellen. Diese Diskursereignisse liegen insofern meiner Samplingstrategie zugrunde, als zentrale Begriffe aus diesen Diskursereignissen als Selektionskriterien für die Generierung der schließlich relevanten, empirischen Datenbasis dienen.

3.1 Diskursanalyse

Warum soll die Legitimierung von außenpolitischem Verhalten mit Hilfe identitärer Zuschreibungen überhaupt in Form einer Diskursanalyse untersucht werden? Für eine diskursanalytische Vorgehensweise spricht vor allem, dass kollektive Identitäten stets diskursiv konstruiert werden: „Über Diskurse konstituieren soziale Akteurinnen Wissensobjekte, Situationen, soziale Rollen sowie Identitäten und interpersonale Beziehungen zwischen den Interagierenden und verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen.“ (Wodak et al. 1998: 42) Nach Wodak ist das Verhältnis zwischen spezifischen diskursiven Handlungen und deren Kontext ein dialektisches: „Einerseits formt und prägt der situationale institutionelle und soziale Kontext den Diskurs, andererseits wirkt der Diskurs auf die soziale und gesellschaftliche Wirklichkeit formend zurück.“ (Wodak et al. 1998: 42, Foucault 1998: 11, 29) Die Diskursanalyse bietet sich

vor allem zur Untersuchung identitärer Zuschreibungen an, da sie „ein notwendiges Werkzeug für die Ermittlung des spezifischen Inhaltes von Identitätskonstruktionen im Sinne der Unterscheidung zwischen dem ‚selbst‘ und dem ‚anderen‘ und der Konstruktion ihrer Beziehung zueinander“ darstellt (Boekle/Nadoll 2003: 164).

Mit meinem diskursanalytischen Verfahren identifiziere ich Identitätskonstruktionen dort, wo sie stattfinden, und zwar in der „heißen Phase“ des Interventionsdiskurses vor, während und nach dem Irak-Krieg in den Qualitätszeitungen der Massenmedien. Gerade in Interventionsdiskursen geht es um die Durchsetzung der legitimen Sichtweise, bzw. müssen die Akteure ihr Handeln vor der jeweiligen Öffentlichkeit legitimieren. Wie das außenpolitische Verhalten mit Hilfe von ideellen Faktoren legitimiert wird, ist eine meiner forschungsleitenden Fragestellungen, deshalb bietet sich die Diskursanalyse besonders an. „Die Diskursanalyse untersucht, wie Diskurse soziales oder politisches Handeln legitimieren und welche Deutungen als legitime Deutungen institutionalisiert werden.“ (Schwap-Trapp 2002: 36) Zur Beantwortung der entwickelten Forschungsfragen eignet sich eine Diskursanalyse, die mit inhaltsanalytischen Verfahren arbeitet (vgl. Dijk 1993, Jäger 1993; Gamson & Modigliani 1989; Gamson 1992) am ehesten, da sie erlaubt, die vorgefundenen Deutungen zu strukturieren, zu bündeln und zu interpretieren. Deshalb wird eine Kombination aus qualitativen und quantitativen Instrumenten der Medienanalyse angewendet. Insbesondere stützt sich die Arbeit dabei auf Gamson (1992) und Snow/Benford (1992) zur qualitativen Frame-Analyse. Die gewonnenen Daten werden quantifiziert und statistisch ausgewertet, wobei in einem zweiten Schritt vor allem deskriptive und interpretative Verfahren (vgl. Mayring 2007) eingesetzt werden.

Für mein Vorhaben der Diskursanalyse werden die relevanten Codes induktiv aus dem Datenmaterial generiert und anschließend qualitativ untersucht, um die forschungsleitende Frage zu beantworten, auf welche ideellen Faktoren im Interventionsdiskurs zurückgegriffen wird, um außenpolitisches Verhalten zu legitimieren. Auch Boekle und Nadoll (2003: 164) befürworten eine induktive Generierung von Identitätskonstruktionen und halten deduktive Operationalisierungen von Identität für nicht praktikabel.

Mit Hilfe der Codes können später komplexe Deutungsmuster des Diskurses identifiziert werden. Analog zu Gamson, der sich in seiner Studie mit den Wir-Grenzen auseinandersetzte und den „collective action frame“ entwickelte, um Identitäten im Diskurs zu definieren, gilt es in meinem Interventionsdiskurs, dominante Codes der Fremd- und Selbstzuschreibung zu identifizieren: „*The identity component refers to the process of defining this ‚we‘, typically in opposition to some ‚they‘ who have different interests or values*“ (Gamson 1992: 7). Die Deutung Europas kann sich beispielsweise von „Europas Spaltung“¹⁹ bis hin zu „Europas Geburt“²⁰ erstrecken und die Deutungen der „transatlantischen Beziehungen“ von „transatlantischer Wertegemeinschaft“²¹ bis hin zu einem „vergifteten Klima“²². Die induktiv gewonnen Codes der identitären Fremd- und Selbstzuschreibungen und der sachlichen Argumentationen verweisen darauf, wie der Diskurs um Intervention in den Medien geführt wurde. Als Ergebnis entsteht eine dichte Beschreibung, wie über nationale, transatlantische und europäische Identitätskonstruktionen im Interventionsdiskurs außenpolitisches Handeln legitimiert wurde. Der ländervergleichende Gebrauch der sachlichen Argumente im Diskurs dient als kontrastierende Folie und verweist zudem auf die unterschiedliche kulturelle Anschlussfähigkeit der Argumente in der jeweiligen nationalen medialen Öffentlichkeit. Mit Hilfe der induktiv generierten Codes kann zunächst quantitativ dargestellt werden, welche nationalen, europäischen und transatlantischen Fremd- und Selbstzuschreibungen im Interventionsdiskurs dominant sind und wie sich diese Zuschreibungen und Argumentationen im Laufe des Diskurses wandeln. Beispielsweise wird im Interventionsdiskurs Europa häufig im Zusammenhang mit Anti-Amerikanismus thematisiert. Diese Textstellen wurden in einem ersten Analyseschritt mit „Europa Anti-Amerikanismus“ codiert. Dieser Code beinhaltet alle Textstellen, in denen Europa mit dem Thema Anti-Amerikanismus behandelt wurde. Diese darin enthaltenen Deutungen reichen von der Konstatierung eines europäischen Anti-Amerikanismus bis hin zur Verneinung eines solchen oder einer rein theoretischen Auseinandersetzung über die

¹⁹ Der Tagesspiegel, 31.1.2003, Europa ist geteilt – acht stehen zu Bush.

²⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.5.2003, Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas.

²¹ Wall Street Journal, 30.1.2003, Europa und Amerika müssen zusammenstehen.

²² Süddeutsche Zeitung, 14.06.2003, Von der Krise träumen; Warum Todds Nachruf auf Amerikas Wirtschaft so heikel ist.

Gefahren eines europäischen Anti-Amerikanismus, ohne ihn im medialen Diskurs direkt zu unterstellen.

Da ich mit meiner forschungsleitenden Frage herausfinden möchte, auf welche ideellen Faktoren zurückgegriffen wird, um außenpolitisches Handeln zu legitimieren, werde ich in einem zweiten Analyseschritt die induktiv gewonnen Codes der identitären Zuschreibungen hinsichtlich ihres Legitimationspotenzials untersuchen. Dies geschieht in einer qualitativen Inhaltsanalyse, um die Wirkungsweisen dieser ideellen Faktoren genauer bestimmen zu können und dann die unterschiedlichen Legitimationsmuster zu klassifizieren.

Jedes politisch diskutierte Thema hat eine eigene, d.h. für das Thema typische Sprache, eigene Redewendungen, Metaphern, Symbole und Argumente. In diesem Vorhaben könnten sich die Begriffe „altes Europa“ und „Brief der Acht“ zu einer Metapher oder zu einem „signature element“ (Gamson & Lasch 1983: 399) entwickeln. Damit sind Wörter oder Ausdrücke gemeint, die allein für sich genommen bereits eine ganze Geschichte erzählen, so dass es für den Autor eines Textes nicht mehr notwendig ist, den gesamten Sachverhalt zu erläutern. Allein die Verwendung der Begriffe „altes Europa“ und „Brief der Acht“ verweist auf das in der Irak-Frage „gespaltene Europa“. Für die qualitative Codierung wird die Analysesoftware Tams Analyser verwendet. Ganze Textpassagen lassen sich auf diese Weise nach einem komplexen und induktiv weiter entwickelbaren Schema codieren bzw. sogar mehrfach codieren. So können komplizierte Sinnzusammenhänge hermeneutisch erfasst werden. Die elektronische Form der Erfassung ermöglicht außerdem ein Wiederauffinden aller gleich klassifizierter Passagen, lässt paradigmatische Formulierungen im Textmaterial erkennen (und auf ihre Repräsentativität sowie die Intra- und Interkoder-Reliabilität überprüfen!) und kann für große Datenmengen in statistisch auswertbares Datenmaterial übersetzt werden.

3.2 Länderauswahl

Mein Forschungsdesign basiert auf einer vergleichenden Länderanalyse. Durch die ländervergleichende Perspektive lassen sich unterschiedliche Aspekte der Legitimation

außenpolitischen Handelns - wie beispielsweise der Rückgriff auf identitäre Zuschreibungen - besser identifizieren und werden sichtbar. Im Folgenden begründe ich meine Länderauswahl und möchte auf einige länderspezifische Besonderheiten der Untersuchungsländer, bzw. auf die außenpolitisch relevanten Bestandteile der jeweils nationalen Identität eingehen. Deutschland, Großbritannien, Spanien und die USA sind die relevanten Länder meines untersuchten Interventionsdiskurses.

Deutschland wurde als Untersuchungsland ausgewählt, da es sich im Interventionsdiskurs von Anfang an deutlich gegen eine Intervention im Irak positionierte und am deutlichsten die Abgrenzung zur Irakpolitik der Vereinigten Staaten betonte. Nachdem der damalige Bundeskanzler Schröder schon den Bundestag nur mit Hilfe der Vertrauensfrage zu einem Krieg in Afghanistan bewegen konnte, war es für ihn nicht möglich, gegen eine wachsende Öffentlichkeit, die sich gegen den Krieg stellte, einen Krieg im Irak zu legitimieren. Schon im Herbst 2002 formierte sich eine halbe Million Menschen zur größten Friedensdemonstration in der Geschichte der Bundesrepublik (vgl. Schöllgen 2003: 141). Schröder wurde unterstellt, dass er sich aus wahltaktischen Gründen schon zu einem so frühen Zeitpunkt gegen eine deutsche Beteiligung ausgesprochen hatte. Deutschlands Rolle als außenpolitischer Akteur veränderte sich von der bisherigen Politik der Selbstbeschränkung hin zu einer Politik der Selbstbehauptung (vgl. Haftendorn 2001: 444). Erstmals verließ Deutschland seine stets mehr oder weniger vermittelnde Position in einer zentralen transatlantischen Streitfrage, was zu „Gleichgewichtsstörungen deutscher Außenpolitik“ führte (vgl. Schwarz 2003: 21). Dieses neue deutsche Selbstverständnis kommt auch in der Aussage Schröders zum Ausdruck, er wolle seine außenpolitischen Entscheidungen von nun an selbst treffen, möglicherweise noch nicht mal in Abstimmung mit den europäischen Mitgliedsstaaten, was ihm von europäischer Seite auch zum Vorwurf gemacht wurde: „Über die existenziellen Fragen der deutschen Nation wird in Berlin entschieden und nirgendwo anders.“²³ (Schröder 2002)

Großbritannien wurde als Untersuchungsland ausgewählt, da es mit Amerika eine „special relationship“ verbindet und sich in der Irak-Krise klar an die Seite der USA

²³ Schröder in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 13.09.2002.

gestellte und eine Intervention im Irak befürwortet hat. Großbritannien hat in der EU seit Beginn an einen Sonderstatus inne, deshalb ist es besonders interessant, wie „Europa“ und die „transatlantischen Beziehungen“ in den britischen Medien während des Interventionsdiskurses verhandelt werden. Großbritannien sieht sich selbst als atlantische Macht, die ein eher geringes Interesse hat, außenpolitisch im Rahmen der GASP zu agieren, sondern der NATO eine höhere Priorität einräumt.

Spanien wird als zusätzliches Untersuchungsland betrachtet, weil es sich ebenfalls als europäisches Land für eine Intervention im Irak an der Seite der USA entschieden hatte. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Spanien ein eher neutrales, außenpolitisches Selbstverständnis entwickelt. Es war das Bestreben des damaligen Ministerpräsidenten Aznar, Spanien zu einem der weltweit bedeutendsten Staaten werden zu lassen. Dieses Ziel sah er nur als Bündnispartner mit den USA realisierbar und nicht innerhalb der Europäischen Union, deshalb war seine außenpolitische Orientierung mehr transatlantisch als europäisch angelegt. Zudem war Aznar einer der Initiatoren des „Briefs der Acht“, der die Spaltung Europas offensichtlich machte. Dieses Verhalten verletzte die europäische Grundeinstellung, in außenpolitischen Fragen zu einer gemeinsamen Haltung zu gelangen, und führte zusammen mit einer Reihe weiterer Kritikpunkte an Aznars Außenpolitik zu einer Isolierung Spaniens in der EU sowie zur einhelligen Ablehnung des Kriegskurses in ganz Spanien. Zeitweise sprachen sich 90% der Bevölkerung gegen den Kurs der Regierung aus. Außerdem setzte Aznar seine Haltung gegen die spanische Öffentlichkeit und das spanische Parlament durch, was auf heftige Kritik stieß. Wegen dieser Rahmenbedingungen ist Spanien ein sehr interessantes europäisches Vergleichsland, was die Legitimation außenpolitischen Verhaltens anbelangt.

Von den USA ging der Krieg aus. Die USA lieferten die wesentlichen Begründungen für den Irak-Krieg und werden deshalb selbstverständlich in die Analyse miteinbezogen. Außerdem dienen die USA als wichtige Vergleichsgröße zu den europäischen Untersuchungsländern, sowohl was die identitären Fremd- und Selbstzuschreibungen als auch die Legitimation des außenpolitischen Verhaltens anbelangt. In ihrem Selbstverständnis empfinden die Amerikaner einen Krieg grundsätzlich als ein legitimes Mittel zur Durchsetzung von Gerechtigkeit (Hochgeschwender 2003: 296). Nach dem 11.

September 2001 veränderte sich die amerikanische Außenpolitik durch die Bush-Doktrin, die wegen der Gefahren des Terrorismus und eine einhergehende veränderte Bedrohungswahrnehmung ein präventives außenpolitisches Vorgehen legitimierte. Die Amerikaner sehen sich selbst als eine friedensstiftende Macht und als eine Macht, die in der Lage ist, die Demokratie als Staatsform in aller Welt zu verbreiten (vgl. Schwabe 2006: 485). Die amerikanische Außenpolitik war unter Bush mit fünf Leitideen versehen: Nationenerschaffung, missionarischer Universalismus, militärische Hegemonie, Unilateralismus und „Preemption“ (vgl. Schwabe 2006: 486). Unilaterales Handeln ist tendenziell im amerikanischen außenpolitischen Selbstverständnis angelegt (vgl. Schwabe 2006: 491).

Diese getroffene Länderauswahl ist praktikabel und gewährleistet zudem ein ausreichendes Spektrum länderspezifischer, legitimierender Deutungen außenpolitischen Handelns unter Verwendung identitärer Bezüge an.

3.3 Auswahl der Zeitungen

Die Medienanalyse erstreckt sich auf Artikel in der deutschen (Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung), der spanischen (El País, El Mundo), der amerikanischen (The New York Times, The Washington Post) und der britischen (The Times, The Guardian) Zeitungs- und Zeitschriftenlandschaft. Mit der Auswahl der Zeitungen wurde das Links-Rechts-Spektrum der Presse in den jeweiligen Ländern abgedeckt. Die Auswahl der Zeitungen hatte auch forschungspragmatische Gründe, da ich auf die Datenbasis des DFG-geförderten Forschungsprojekts „Auf der Suche nach einer Rolle in der Weltpolitik. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik im Lichte massenmedial ausgetragener kollektiver Selbstverständigungsdiskurse.“ zurückgreifen konnte, in dem die Auswahl der Zeitungen so angelegt war.

3.4 Samplingstrategie

Die Grundlage meines Forschungsdesigns ist eine Auswahl an inhaltsanalytisch auszuwertenden Zeitungsartikeln, die sich an den wichtigsten Diskursereignissen im Vorfeld der Intervention im Irak orientierte (siehe 3.5). So konnte ich die in den Diskursereignissen verwendeten zentralen Begriffe für meine Samplingstrategie nutzen. Die so generierte empirische Datenbasis enthält identitätsrhetorisch besonders aufgeladene Artikel aus Qualitätszeitungen, auf deren Grundlage anschließend die für meine Analyse relevanten Codes induktiv entwickelt werden konnten.

Für die Suche nach diesen Zeitungsartikeln konnte ich auf das bereinigte Vollsampel (vgl. Kantner/Kutter 2011; Kantner/Kutter/Renfordt 2008: 7) des angebundenen DFG- und EU-geförderten Forschungsprojekts „Auf der Suche nach einer Rolle in der Weltpolitik. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik im Lichte massenmedial ausgetragener kollektiver Selbstverständigungsdiskurse.“ zurückgreifen und mein Teilsampel ziehen. Zunächst wurden alle Artikel identifiziert, die den Irak-Krieg in dem relevanten Untersuchungszeitraum thematisierten²⁴. In einem zweiten Schritt wurde dieses Teilsampel mit Hilfe zentraler Begriffe der Diskursereignisse weiter eingeschränkt, um dadurch eine Datenbasis zu erhalten, die für eine qualitative Analyse praktikabel erscheint.

Die folgende Tabelle stellt die Begriffe der Samplingstrategie in den jeweiligen nationalen Medien dar.

| Deutsch | Englisch | Spanisch |
|---|--|--|
| alt! Europa OR neu! Europa | Old Europe OR new Europe | Vieja Europa OR nuevo Europa |
| Brief der Acht OR Erklärung von Acht OR Stellungnahme von Acht OR gemeinsame Erklärung OR Bekenntnis der acht | eight European OR eight European nations OR eight nations OR letter of eight | OR cartas OR carta de los ocho OR declaracion conjunta |
| Habermas | Habermas | Habermas |

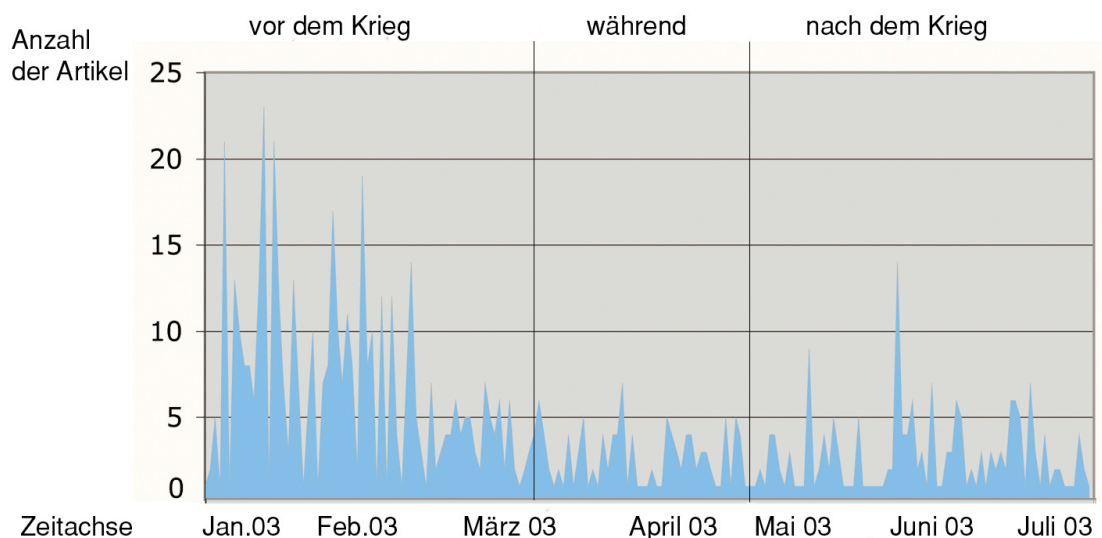
²⁴ Der erste Samplingversuch enthielt alle Artikel aus dem gesamten Forschungsprojekt je eine Woche vor und nach einem der drei Diskursereignisse. Dabei waren es in der FAZ in dem Zeitraum vom 08.01.2003-05.02.2003 allein 700 Artikel, so dass eine qualitative Analyse mit dieser Samplingstrategie auf Grund der zu erwartenden hohen Artikelanzahl nicht gegeben war. Deshalb wurde mit Hilfe zentraler Begriffe aus den Diskursereignissen gesampelt, um den empirischen Datensatz einzugrenzen.

Da die spanischen Artikel im DFG Forschungsprojekt nicht enthalten waren, wurden anhand der Suchbegriffe „guerra“ und „Irak“ für den entsprechenden Untersuchungszeitraum sämtliche spanische Artikel aus der Datenbank LexisNexis gewonnen. So erhielt ich in einem ersten Schritt alle Artikel, die sich in den spanischen Medien mit dem Irak-Krieg auseinandersetzten. Diese Artikel wurden dann anschließend mit dem oben beschriebenen Selektionsverfahren auf die für meine Untersuchung relevanten Zeitungsartikel reduziert, damit die Datenmenge auch für eine qualitative Untersuchung praktikabel wurde.

Den Untersuchungszeitraum bzw. die empirische Datenbasis habe ich vom 01.01.2003 bis zum 31.07.2003 begrenzt, da in diesem Zeitraum die wichtigsten Diskursereignisse liegen. Zudem beinhaltet dieser Zeitraum die Vorkriegsphase, die Kriegsphase und die Phase nach dem offiziellen Kriegsende. Mit zunehmender Zeit nimmt im Diskursverlauf die mediale Bezugnahme auf diese Diskursereignisse ab. Die Samplingstrategie funktionierte insofern, als die Begriffe „Brief der Acht“ und „altes Europa“ diesen Diskurs um Intervention bestimmten und man mit ihrer Hilfe eine hohe Dichte an qualitativ hochwertigen Zeitungsartikeln bekam.

Der zu analysierende Datensatz aus allen Untersuchungsländern zusammengenommen besteht während des gesamten Untersuchungszeitraums aus insgesamt 758 Artikeln.

Abb. 1: Häufigkeiten der Artikel im Diskursverlauf



Davon fallen 451 Artikel in die entscheidende Phase vor Kriegsbeginn und lassen somit eine dichte Beschreibung der unterschiedlichen De-Legitimierungsstrategien zu. Die zwei Diskursereignisse „Brief der Acht“ und „altes Europa“ sind identitätsrhetorisch sehr aufgeladen, deshalb bekam ich aufgrund meiner Samplingstrategie vorwiegend Artikel, die Identitätsbezüge aufweisen. Durch die Samplingstrategie, die ja teilweise schon Identitätsbegriffe enthielt, erhielt ich qualitativ sehr hochwertige Artikel, die sich mit identitären Themen während des Interventionsdiskurses auseinandersetzen. Das zeigt sich schon in den Artikelüberschriften, in denen viele Identitätszuschreibungen transportiert werden, wie beispielsweise „*Neue Welt Europa*“²⁵, „*Stolz auf das alte Europa*“²⁶, „*Surprising Germany*“²⁷ oder „*Vilnius-Gruppe unterstützt Amerika*“²⁸.

Diese Samplingstrategie kann aber auch teilweise zu Auswahlverzerrungen führen. So finden die Artikel von Habermas nur in den deutschen Medien Beachtung und lösen dort eine Reaktion der Intellektuellen aus. In den anderen europäischen und amerikanischen Vergleichsmedien bleibt diese diskursive Auseinandersetzung der Intellektuellen nahezu unbeachtet.

Auch die anderen Suchbegriffe der Samplingstrategie hätten zu einer unterschiedlichen Verwendung im Interventionsdiskurs und somit zu einer Auswahlverzerrung führen können. Diese Möglichkeit war mir durchaus bewusst, jedoch schließt die erhaltene hohe Dichte an Zeitungsartikeln eine relevante Verzerrung aus und liefert die geeignete Datenbasis für eine vergleichende Länderstudie. Für mein Forschungsdesign und zur Beantwortung meiner forschungsleitenden Frage habe ich mich bewusst und absichtsvoll für diese Samplingstrategie entschieden, weil dadurch identitär hoch aufgeladene Qualitätsartikel selektiert wurden, die mit Hilfe der Suchbegriffe identifizieren werden konnten. Da es in meiner Forschungsfrage um Identitätsrhetoriken und Fremd- und Selbstzuschreibungen geht, konnte ich mit dieser absichtsvollen Samplingstrategie Zeitungsartikel selektieren, die meinen forschungsrelevanten Gegenstand verhandeln.

²⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.01.2003, Neue Welt Europa.

²⁶ Süddeutsche Zeitung, 24.01.2003, Stolz auf das alte Europa

²⁷ The New York Times, 10.02.2003, Surprising Germany

²⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.02.2003, Vilnius-Gruppe unterstützt Amerika.

Die Konsequenz der Samplingstrategie für die Arbeit ist die Möglichkeit der Untersuchung eines selektiven Ausschnitts. Dadurch habe ich Qualitätsartikel erhalten, die eine geeignete Datenbasis für meine qualitative Untersuchung darstellen und zur Beantwortung meiner Fragestellung aussagekräftig sein werden.

Der gewählte mediale Ausschnitt und die Beschränkung auf jene medialen Ereignisse sind praktikabel und stellen zudem einen ausreichend repräsentativen Querschnitt der relevanten Medien dar. Er bietet ein breites Spektrum unterschiedlicher Positionen vor allem in der Phase kurz vor Kriegsbeginn, die für die Legitimierung einer Intervention auch die entscheidende Phase ist. Der Untersuchungszeitraum wurde so gewählt, um auch Artikel aus der Zeit während des Krieges und nach der offiziellen Beendigung des Irak-Krieges in die Analyse einbeziehen zu können. Die unterschiedlichen Kriegsphasen stellen markante Einschnitte dar, die zu Veränderungen der Identitätsrhetoriken in den transatlantischen Beziehungen und in Europa führen könnten. So zieht auch die Habermas-Derrida-Initiative mit ihrem Artikel nach offiziellem Kriegsende Resümee und liefert neue Deutungsangebote europäischer Identität.

Die Diskursereignisse „altes Europa“ und „Brief der Acht“ tauchen in allen zu untersuchenden nationalen Mediendiskursen auf und machen somit eine vergleichende Analyse möglich.

Mit Hilfe der qualitativen Analyse-Software (TamsAnalyser) werden Textstellen aus den Artikeln nach theoretisch fundierten Kenntnissen diskursanalytisch selektiert, untersucht und codiert. Hierzu wurde ein Codebuch angelegt, das die Definitionen der einzelnen Codes enthält. Da es mir in meiner Untersuchung um die ideellen Faktoren geht, die zur Legitimation außenpolitischen Verhaltens herangezogen werden, wurden die im Diskurs auftauchenden sachlichen Pro- und Contra-Argumente und die identitären Selbst- und Fremdzuschreibungen (national, europäisch und transatlantisch) codiert, um dann quantitative und qualitative Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den jeweiligen nationalen Medien herauszuarbeiten. Verschiedene Erhebungen und Code-Verbindungen liefern Ergebnisse, wie mit ideellen Faktoren, identitären Zuschreibungen oder historischen Bezügen vor der jeweiligen nationalen Öffentlichkeit zu einem bestimmten Zeitpunkt eine Legitimation des Handelns erzielt wird.

3.5 Fallauswahl - Untersuchte Diskursereignisse

Die Diskursereignisse stehen im Zentrum meiner Arbeit, da aus ihnen die Begriffe meiner Suchstrategie entspringen und es sich herausgestellt hat, dass der gesamte Diskurs um Intervention mit diesen Begriffen durchsetzt ist und viele Autoren, Intellektuelle und Politiker sich in den Zeitungsartikeln auf diese Ereignisse beziehen. Da es in meiner Untersuchung um Identitätsrhetoriken bzw. Fremd- und Selbstzuschreibungen geht, habe ich diese Diskursereignisse ausgesucht. Zudem fanden zwei der ausgesuchten Ereignisse, der „Brief der Acht“ und die „Rumsfeld-Äußerung“, relativ kurz vor Kriegsbeginn statt, somit in der relevanten Legitimierungsphase des Krieges. Artikel von Habermas begleiten den gesamten Interventionsdiskurs, aber nur der Artikel nach Kriegsende löste einen intellektuellen-Diskurs aus und kann somit als Diskursereignis gewertet werden.

Meiner Arbeit lege ich folgende Definition des Begriffs „Diskursereignis“ zu Grunde:

„Als diskursive Ereignisse sind jedoch nur solche Ereignisse zu fassen, die politisch, und das heißt in aller Regel auch durch die Medien, besonders herausgestellt werden und als solche Ereignisse die Richtung und die Qualität des Diskursstrangs, zu dem sie gehören, mehr oder minder stark beeinflussen.“ (Jäger 2001: 98)

Die hohe Dichte an Zeitungsartikeln, die ich durch meine Suchstrategie erhalten habe (siehe Abbildung 1), zeigt, dass diese Ereignisse in den Medien besonders thematisiert wurden und den Diskurs um Intervention maßgeblich beeinflussten. Im Vorfeld der Untersuchung war dies nur eine Vermutung, die sich jedoch durch die hohe Anzahl der durch die Samplingstrategie erhaltenen Artikel bestätigt hat. Die Theorie geht davon aus, dass diskursive Ereignisse meistens durch diskursive Eliten hervorgerufen werden und diese „Interpretationsangebote entwerfen, die von kulturell vertrauten anerkannten Deutungen abweichen“ (Schwab-Trapp 2002: 63). Auch im Diskurs über eine Intervention im Irak wurden die diskursiven Ereignisse durch Eliten wie Rumsfeld und Habermas - bzw. durch die Stellungnahme der Regierungsvertreter im Brief der Acht - hervorgerufen.

3.5.1 Rumsfeld-Äußerung

Die Äußerung des US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld am 22. Januar 2003 auf einer Pressekonferenz des US-Verteidigungsministeriums löste einen Diskurs über das „alte und neue Europa“ aus.

„Sie denken bei Europa an Deutschland und Frankreich. Ich nicht. Das ist altes Europa. Wenn Sie sich heute NATO-Europa ansehen, dann verlagert sich der Schwerpunkt nach Osten.“

Bezeichnend für diesen Ausspruch von Rumsfeld ist, dass auf symbolischer und verbaler Ebene von außen (Amerika) eine Diskussion über europäische Identität ausgelöst wurde. Es gilt zu untersuchen, inwieweit diese Äußerung Auswirkungen auf die europäische Identitätsbildung und auf die transatlantischen Beziehungen hat. Möglicherweise hatte dieser verbale Angriff auf das europäische Selbstverständnis eine hohe identitätsstiftende Kraft für Europa in Abgrenzung zu den USA. „Altes“ und „neues Europa“ muss auch im Kontext der Osterweiterung der Europäischen Union, der Rolle der NATO und der neuen Bedeutung Europas für Amerika nach dem Kalten Krieg gesehen werden.

„The localization in the category of ‚New Europeans‘ is probably the most flattering solution the former ‚Eastern Europeans‘ could expect. It is surly better for them to be values ‚New Europeans‘ than ‚post-communists‘, etc.”
(Samson 2003: 65).

Diese Äußerung Rumsfelds löste ein großes Echo in den europäischen Medien aus. So veröffentlichte beispielsweise die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 24. Januar eine reichhaltige Auswahl an intellektuellen Stimmen aus dem „alten Europa“. „Altes Europa“ wurde ein einprägsamer Ausspruch und zum Wort des Jahres 2003 gewählt. Viele Artikel, die den Irak-Krieg thematisieren, spielen mit den Begriffen „altes“ und „neues Europa“, wie beispielsweise folgende Überschrift in der SZ vom 3. Februar 2005 „Rice im Anflug; US-Außenministerin knüpft neue Kontakte zum alten Europa.“

Jürgen Habermas²⁹ lässt sich in seiner Argumentation nicht auf die von Rumsfeld angebotenen Identitätskonstruktionen ein, sondern sieht das Verbindende zwischen Europa und den USA im Geist der Aufklärung und in den Idealen des 18. Jahrhunderts, die von Amerika ausgehend zur Durchsetzung der Menschenrechte und zum Aufbau der Vereinten Nationen führte. Diese völkerrechtlichen Innovationen sind es, die in Europa großen Anhang gefunden haben. Peter Sloterdijk³⁰ gibt die Spaltung durch die westliche Welt offen zu. Seiner Meinung nach geht der Streit um den Sinn von Realität. André Glucksmann³¹ zweifelt an der gemeinsamen Position Frankreichs und Deutschlands, die für ihn nur eine scheinbare ist und weist eher auf die unterschiedlichen Positionen zur Irak-Frage und zu anderen politischen Fragen hin. Einigkeit besteht zwischen den beiden Ländern nur, wenn es ums Abseitsstehen geht.

In den folgenden Wochen und Monaten des Jahres 2003 entwickelte sich der Begriff „altes Europa“ zu einem geflügelten Wort, das teilweise mit Stolz und dem Hinweis auf eine vorgeblich moralisch integre Position gebraucht wird. Zudem dient es zur Unterscheidung der westeuropäischen von den mitteleuropäischen Ländern, die aus verschiedenen Erwägungen heraus den Kriegskurs der USA mehr oder weniger stark unterstützten. Am 28. Februar 2003 beispielsweise reiste die CDU-Vorsitzende und Oppositionsführerin Angelika Merkel in die USA. Sie trage das „neue Europa“ in sich, ließ sie den US- Verteidigungsminister Rumsfeld wissen.³² Dieses Verhalten wurde teilweise in der Presse als Vasallentum gegenüber den USA bezeichnet.

3.5.2 Brief der Acht

Am 30. Januar 2003 löste der erstmals im „Wall Street Journal“ veröffentlichte Aufruf, „Europa und Amerika müssen zusammenstehen“, der so genannte „Brief der Acht“, einen weiteren und weit reichenden Diskurs über die Identität Europas und die

²⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.01.2003, Neue Welt Europa. Jürgen Habermas

³⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.01.2003, Postheroische Politik. Peter Sloterdijk

³¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.01.2003, Einig im Nichtstun. André Gluckstein

³² Vgl. Der Spiegel, 28.02.2003, Eine neue Freundin in den USA.

transatlantischen Beziehungen aus.³³ Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang, dass der Brief auf eine Initiative des Weißen Hauses zurückzuführen ist und der spanische Ministerpräsident Aznar diese Initiative in Europa ausführte und dadurch zur Spaltung innerhalb der Europäischen Union entscheidend beitrug.

„Die wahren Bande zwischen den Vereinigten Staaten und Europa sind die Werte, die wir teilen: Demokratie, persönliche Freiheit, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Diese Werte überquerten den Atlantik mit jenen Menschen, die von Europa aufbrachen, um beim Aufbau der USA zu helfen. Heute sind sie bedroht wie nie zuvor.“

So lauten die ersten Sätze im Brief der Acht. Die Unterzeichner³⁴ dieses Briefes messen den transatlantischen Beziehungen eine sehr hohe Bedeutung zu. Sie verweisen auf einen gemeinsamen Ursprung und den gemeinsamen Gründungsmythos. Der Brief offenbart auch, dass Europa in der Tat nicht mit einer gemeinsamen außenpolitischen Stimme spricht. Für Europas außenpolitisches Auftreten war diese Entwicklung folglich ein „Desaster“. In den deutschen Medien wurde vom „Dokument der Spaltung“³⁵ gesprochen und der Ruf nach einer gemeinsamen europäischen Sicherheit- und Außenpolitik wurde laut. „Beträchtlicher Schaden“ für Europa sei durch die Initiative der Acht angerichtet worden, befindet Martin Winter, ein Kommentator der *Frankfurter Rundschau*: „Anstatt die im Zusammenhang mit Irak stehenden Risse in der transatlantischen Brücke zu reparieren, demolieren acht Regierungschefs aus Europa nun deren europäischen Pfeiler.“³⁶ Der Brief der Acht weist unmittelbar auf das aus europäischer Sicht schmerzliche Fehlen einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik hin, wie sie wiederum in der Präambel des Amsterdamer Vertrages vorgesehen ist:

³³ Vgl. Der Spiegel, 30.1.2005, Kriegsdiplomatie: Bush spaltet Europa. Mit einer diplomatischen Offensive ist es US-Präsident George W. Bush gelungen, eine einheitliche Anti-Kriegsfront zu verhindern. Vgl. Der Spiegel, 30.1.2005, Europäische Unterstützung für Bush: Die acht Musketiere.

³⁴ Der „Brief der Acht“ war ein gemeinsamer Aufruf der folgenden europäischen Staats- und Regierungschefs: Tony Blair (Großbritannien), Silvio Berlusconi (Italien), José María Aznar (Spanien), José Manuel Durão Barroso (Portugal), Peter Medgyessy (Ungarn), Leszek Miller (Polen), Vaclav Havel (Tschechien) und Anders Fogh Rasmussen (Dänemark).

³⁵ Frankfurter Rundschau, 31.01.2003, Europas Spaltung.

³⁶ Ebd.

„[Die Unterzeichneten]... sind entschlossen, eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu verfolgen, wozu [...] auch die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehört, die zur gegebenen Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte, und so die Identität und Unabhängigkeit Europas zu stärken, um Frieden, Sicherheit und Fortschritt in Europa und der Welt zu fördern.“

Der Diskurs „Brief der Acht“ könnte darauf hinweisen, dass die innereuropäischen Spannungen ausgeprägter waren als die transatlantischen. Grundsätzlich wäre das möglich.

„Nimmt man den Standpunkt ein, dass kulturelle und philosophische Werte ausschlaggebend für politische Bündnisse - besonders für das transatlantische Verhältnis - sind, dann sind die Unterschiede zwischen den USA und Europa nicht zwangsläufig am ausgeprägtesten, sondern vielmehr jene zwischen den einzelnen europäischen Staaten“ (Wood 2002: 90).

Der „Brief der Acht“ offenbarte die Differenz, die innerhalb Europas entstanden war. Einige europäische Länder gewichteten die transatlantischen Beziehungen als bedeutsamer. Die Bedeutung der entstandenen europäischen Krise lag somit auch in den ausgeprägten Beziehungen einzelner Länder zu den USA. Hier wird der interdependente Charakter von europäischer Identität und transatlantischen Beziehungen deutlich.

Durch die Haltlosigkeit der vorgetragenen Beweise verlor die USA erheblich an Ansehen und Glaubwürdigkeit, was sich auch auf das transatlantische Verhältnis negativ auswirkte. Gleichzeitig könnte dieser Vertrauensverlust auch dazu führen, die innereuropäische Krise schneller zu überwinden. „Es steht auch zu vermuten, dass in den Augen der Acht dieser Vertrauensverlust eine ‚Rückkehr in die Europäische Familie‘ bedeutet“ (Hülsemeyer 2003: 38). Diese Rückkehr in die so genannte europäische Familie stellte der französische Präsident Chirac auf dem EU-Sondergipfel am 17. Februar 2003 in Brüssel nicht so schnell in Aussicht und drohte den osteuropäischen Erweiterungsländern mit der Konsequenz, nicht in die EU aufgenommen zu werden.

3.5.3 Habermas-Derrida

Am 31. Mai 2003, nach der offiziellen Beendigung der Kampfhandlungen, veröffentlichte eine Gruppe von prominenten europäischen Intellektuellen ihre Vorstellungen einer künftigen Außenpolitik. Der Essay „Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas“³⁷ von Jürgen Habermas und Jacques Derrida versteht sich als Gegeninitiative zum „Brief der Acht“. In diesem Essay analysieren Habermas und Derrida, „warum gerade nach dem Irak-Krieg, der Europas Einheit einer ungeahnten Belastungsprobe ausgesetzt hat, nun der geeignete Moment gekommen sei, um die europäische Rolle neu zu definieren.“³⁸ Die weltweiten Demonstrationen gegen die Kriegspläne der USA am 15. Februar 2003 wurden von den beiden Philosophen als „Tag von Europas Geburt“ bezeichnet. Sie sprachen vom Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit. Nach dieser Deutung entsteht „europäische Identität“ deutlich in Abgrenzung zu den USA. Ihrer Meinung nach muss „Europa sein Gewicht auf internationaler Ebene und im Rahmen der EU in die Waagschale werfen, um den hegemonialen Unilateralismus der Vereinigten Staaten auszubalancieren.“ Dieser von Habermas ins Leben gerufene Diskurs bezieht sich auf den „Brief der Acht“ und setzt sich direkt mit „europäischer Identität“ und „transatlantischen Beziehungen“ auseinander. In anderen namhaften europäischen Zeitungen veröffentlichten Umberto Eco, Adolf Muschg, Fernando Savater, Gianni Vattimo, Dieter Grimm und Richard Rorty als Teil der Habermas-Derrida-Initiative ihre Vorstellung über eine künftige Außenpolitik der EU. Diese Initiative eröffnete einen neuen Diskurs über europäische Identität und transatlantische Beziehungen und eine künftige europäische Außenpolitik.

An diesen knappen Erläuterungen zu den drei verschiedenen Diskursereignissen wird bereits deutlich, dass die Entwicklungen des transatlantischen Verhältnisses und der europäischen Identitätsbildung keinesfalls unabhängig voneinander zu sehen sind. Beide Entwicklungen sind aufeinander bezogen. Der Frage, ob sich in diesem wechselseitigen

³⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.05.2003, Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas.

³⁸ Hintergrund im Feuilleton der FAZ zu folgendem Artikel: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.05.2003, Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas.

Bezug eine Systematik im Sinne von regelhaften Ereignisketten, von parallelen oder kontrastierenden identitären Zuschreibungen aufzeigen lässt, möchte ich im Rahmen dieser Arbeit ebenfalls nachgehen. Diese Diskursereignisse zeigen auch, wie dominant Identitätskonstruktionen und identitäre Deutungen im Interventionsdiskurs kurz vor Ausbruch des Irak-Krieges waren. Diese Deutungen und diskursiven Bezüge auf diese Diskursereignisse finden sich noch bis nach dem offiziellen Kriegsende im Irak.

4 Darstellung der (De-) Legitimierungsstrategien

In diesem Kapitel stelle ich meine Ergebnisse vor. Ich stütze mich auf die theoretischen Überlegungen des Konstruktivismus und dessen Einschätzung, dass gerade die ideellen Faktoren wichtig für die Erklärung und die Legitimation außenpolitischen Verhaltens sind, wie in Kapitel 2.1 beschrieben und beantworte die Forschungsfrage mit Hilfe der aus dem Diskurs induktiv gewonnenen Codes. Ein weiteres qualitatives Ergebnis der Diskursanalyse besteht aus der dichten Beschreibung der Fremd- und Selbstzuschreibungen, bezogen auf die jeweiligen Diskursereignisse in Kapitel 4.1 und die darin dominanten identitären Zuschreibungen, um außenpolitisches Verhalten zu legitimieren oder zu delegitimieren. Welche kollektiven Selbst- und Fremdzuschreibungen entstehen in diesen Diskursereignissen? Wie verändern sich die identitären Zuschreibungen im Diskursverlauf? Tauchen Interdependenzen der identitären Zuschreibungen auf?

Da es mir in meiner Fragestellung um die Konstruktion von Legitimation außenpolitischen Handelns geht, gebe ich in Kapitel 4.2 und 4.3 zunächst einen quantitativen Überblick über die Verteilung der sachlichen Pro- und Contra-Argumente innerhalb meines Untersuchungsdiskurses. Diese zeigen, durch welche spezifischen Argumente außenpolitisches Verhalten legitimiert wird, und weisen in der medialen Verwendung Unterschiede auf, die auf die unterschiedliche Erklärungs- und Anschlussfähigkeit der jeweiligen Argumente in der jeweiligen nationalen Öffentlichkeit schließen lassen.

Auch in den Kapiteln 4.4 bis 4.6 gebe ich zunächst einen quantitativen Überblick über die häufigsten identitären Zuschreibungen Europas, Amerikas und der transatlantischen Beziehungen. In einem zweiten Schritt geht es mir dann um die qualitative Analyse dieser identitären Zuschreibungen hinsichtlich ihres Legitimationspotenzials.

4.1 Diskursereignisse und ihre (de-) legitimierende Wirkung

In diesem Kapitel werde ich zunächst einen Überblick über die wichtigsten Diskursereignisse in meinem Untersuchungsdiskurs geben. Es überrascht nicht, dass die drei häufigsten Ereignisse, auf die in meinem Diskursausschnitt Bezug genommen wird, diejenigen sind, die meiner Suchstrategie entsprechen. Die Bezugnahme auf ein Diskursereignis wurde unter dem Code „Ereignis x“ erfasst. Die am häufigsten auftretenden Ereignisse sind somit der „Brief der Acht“ (n=161), die „Rumsfeld-Äußerung“ (n=105) und die Resonanz auf die von Habermas ausgelösten Artikel, wobei vor allem der Artikel „Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas“ einen Diskurs in den Medien auslöste. Der Habermas-Diskurs stellt insofern eine Ausnahme dar, als er von der Artikelanzahl nicht so sehr ins Gewicht fällt (n=33), was jedoch nichts über seine Wirkungskraft und seinen Einfluss auf den Interventionsdiskurs aussagt. Es ist bemerkenswert, dass es in diesem kurzen Zeitraum so viele Bezugnahmen auf Habermas' Artikel in den Medien gibt. Sie rahmen die Diskursereignisse und den Verlauf meines Untersuchungsdiskurses um Intervention aus intellektueller Sicht mit den folgenden Artikeln: „Neue Welt Europa“³⁹ vor Kriegsausbruch sowie „Was bedeutet der Denkmalsturz? Die normative Autorität Amerikas liegt in Trümmern.“⁴⁰ während des Krieges und „Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas.“⁴¹ nach dem offiziellen Kriegsende im Irak.

Die beiden anderen Diskursereignisse sind praktische politische Ereignisse, ausgelöst durch eine verbale Äußerung eines offiziellen Vertreters der amerikanischen Regierung, bzw. durch ein Dokument, unterzeichnet durch offizielle Vertreter einiger europäischer Regierungen. Direkte Bezugnahmen zum diskursiven Ereignis „Brief der Acht“ hat es noch bis zum 7.05.2003 und zur „Rumsfeld-Äußerung“ bis zum 12.06.2003 in meinem Untersuchungszeitraum gegeben, was dafür spricht, dass es sich um Diskursereignisse

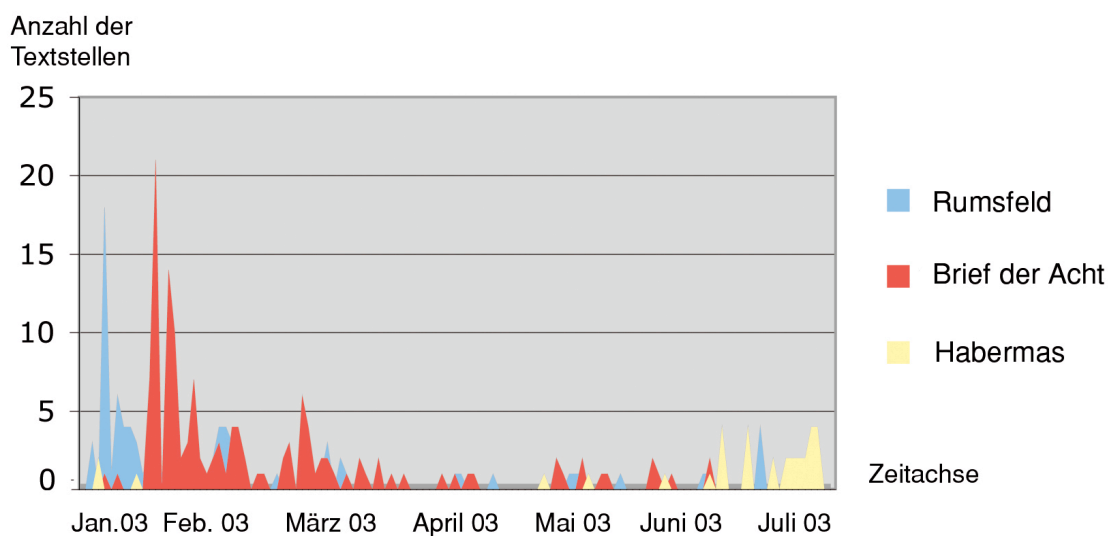
³⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.01.2003, Neue Welt Europa.

⁴⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.04.2003, Was bedeutet der Denkmalsturz? Die normative Autorität Amerikas liegt in Trümmern.

⁴¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.05.2003, Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas.

handelt, die in den Medien immer wieder thematisiert werden und sowohl die transatlantischen Beziehungen, wie auch das Selbstverständnis der Europäischen Union entscheidend geprägt haben. Gleichzeitig stellen diese Ereignisse eine zusätzliche narrative Ebene zum eigentlichen Interventionsdiskurs dar. Hier folgt eine Übersicht über die Bezugnahmen auf diese beiden Ereignisse im Diskursverlauf.

Abb. 2: Häufigkeit der Ereignisse „Rumsfeld-Äußerung“, „Brief der Acht“ und „Habermas“ im Diskursverlauf im Interventionsdiskurs 2003



Interessant ist dabei, dass sich die beiden Diskursereignisse durch das gesamte Untersuchungssample ziehen. Das Ereignis „Brief der Acht“ scheint in den ausgewählten Medien noch wichtiger zu sein als die Äußerung von Rumsfeld, was durch die Auswahl und dadurch entstandene Dominanz der europäischen Medien zu begründen sein könnte. Auch noch Monate später wird in den Medien immer wieder auf diese beiden Ereignisse Bezug genommen und es werden die Konsequenzen diskutiert, die diese Ereignisse sichtbar machten:

„Spätestens seit dem ‚Brief der Acht‘ in der Irak-Krise festigte sich in Madrid die Überzeugung, dass es bald in der erweiterten Europäischen Union eine natürliche proamerikanische Mehrheit geben werde.“⁴²

Die Rumsfeld-Äußerung kann als Reaktion der USA auf die demonstrativ ablehnende Haltung Deutschlands und Frankreichs hinsichtlich eines Krieges im Irak während der

⁴² Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.05.2003, Spanisches Selbstbewusstsein.

Feierlichkeiten in Versailles verstanden werden. Der Brief der Acht kann ebenfalls als Reaktion eines Teils von Europa auf den in Versailles vermittelten deutsch-französischen Führungsanspruchs interpretiert werden.

„Besonders aufgebracht hatte die Acht, dass Schröder und Chirac bei den Feierlichkeiten zum Elysée-Vertrag im Namen Europas zu sprechen schienen. Die Interpretationshoheit über Europa und wofür Europa steht, ist seitdem Teil des Streits“ (Dembinski 2004: 99).

In Versailles gaben sich Deutschland und Frankreich der Illusion hin, den europäischen Kurs bestimmen zu können. Deutschland und Frankreich sprachen sich offen gegen einen Krieg aus.

„*'We both want a peaceful solution to the crisis in Iraq, and we will work toward that in close cooperation,' Mr. Schroder said today.*“⁴³

Beide Länder bedienen sich hier zur Unterstützung ihrer Positionen ideeller Faktoren. Sie betonen die gemeinsame Geschichte des Krieges und die Lehren, die sie daraus gezogen haben. Der Friedensvertrag zwischen den ehemaligen Erzfeinden bildet den symbolträchtigen Rahmen der Erklärung Deutschlands und Frankreichs gegen den Irak-Krieg:

„*The 1963 Elysee treaty, which was celebrated in Versailles yesterday, was an attempt to end war between two historic enemies, and that formed the basis of the European idea.*“⁴⁴

Die Haltung „*Nie wieder Krieg!*“ wurzelt aus den leidvollen europäischen Erfahrungen mit Krieg im 20. Jahrhundert - aus diesem Gedanken ist die Idee Europas entstanden. Für die amerikanische Administration, die eine Legitimation des Krieges vor allem in der eigenen Bevölkerung erzielen muss, bestand zu diesem Zeitpunkt die Gefahr, dass Frankreich und Deutschland eine gemeinsame europäische Position gegen den Irak-Krieg durchsetzen könnten. Eine ablehnende Haltung ganz Europas hätte es der Bush-Administration entscheidend erschwert, den Krieg gegen den Irak zu legitimieren, da die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung eine Intervention nur an der Seite der Alliierten befürwortete. Das wird auch in einigen Artikeln angesprochen und reflektiert:

⁴³ The New York Times, 23.01.2003, U.S. set to demand that allies agree Iraq is defying U.N.

⁴⁴ The Times, 23.01.2003, France and Germany turn against Washington's world view.

„[...] polls showing a drop in the number of Americans supporting a war, and a vast majority of Americans opposing action without the support of allies.“⁴⁵

Auf diese gemeinsame demonstrative Position der beiden stärksten und dominierenden Kräfte in Europa reagierte Rumsfeld mit der Bezeichnung dieser beiden Länder als „alt“ und „unbedeutend“⁴⁶. Die Rumsfeld-Äußerung vom „alten und neuen Europa“ ist eine identitäre Fremdzuschreibung, die eine Differenz in Europa herstellen will zwischen dem „alten“ und für Amerika unbedeutenden Teil Europas und dem „neuen Europa“, welches durch die EU-Erweiterung nach Meinung der Amerikaner immer proamerikanischer und leichter zu beeinflussen sein wird. Gleichzeitig werden Gemeinsamkeiten mit dem proamerikanischen „neuen Europa“ betont.

Als direkte Antwort auf die Rumsfeld-Äußerung ist der Artikel *„Neue Welt Europa“*⁴⁷ zu sehen, in dem Habermas das „alte Europa“ verteidigt:

„Es ist eine merkwürdige Verkehrung der Fronten, wenn Rumsfeld - der Politiker des von außen erzwungenen ‚Regimewechsels‘ und der Theoretiker des ‚preemptive strike‘ - dieses neue Europa ‚das alte‘ nennt.“⁴⁸

Im Diskursereignis „Brief der Acht“ werden die Gemeinsamkeiten in den transatlantischen Beziehungen betont und Amerika positive Eigenschaften, wie Mut, Großzügigkeit und Weitsicht in historischen Konflikten und Krisen zugeschrieben. Die acht Länder sind dankbar für die Befreiung von Nazi-Deutschland, vom Kommunismus und dankbar für den Frieden in Europa seit 50 Jahren. Durch diese historische Kontextualisierung wird die Kontinuität des amerikanischen außenpolitischen Vorgehens betont und auf den jetzigen Konflikt übertragen und dadurch die amerikanische Haltung bezüglich einer Intervention im Irak mit Hilfe positiver Zuschreibungen legitimiert. In diesem Brief sprechen die acht Unterzeichnerländer von den gemeinsamen, transatlantischen Werten und bedanken sich bei den Amerikanern für die Taten in der Vergangenheit. Solche Bekenntnisse wirken legitimierend und betonen die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen, die *„der anhaltenden Bedrohung der Weltsicherheit*

⁴⁵ The New York Times, 23.01.2003, U.S set to demand that allies agree Iraq is defying U.N.

⁴⁶ The New York Times, 31.01.2003, Why Today’s Europeans Object to America’s Worldview.

⁴⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.01.2003, Neue Welt Europa.

⁴⁸ Ebd.

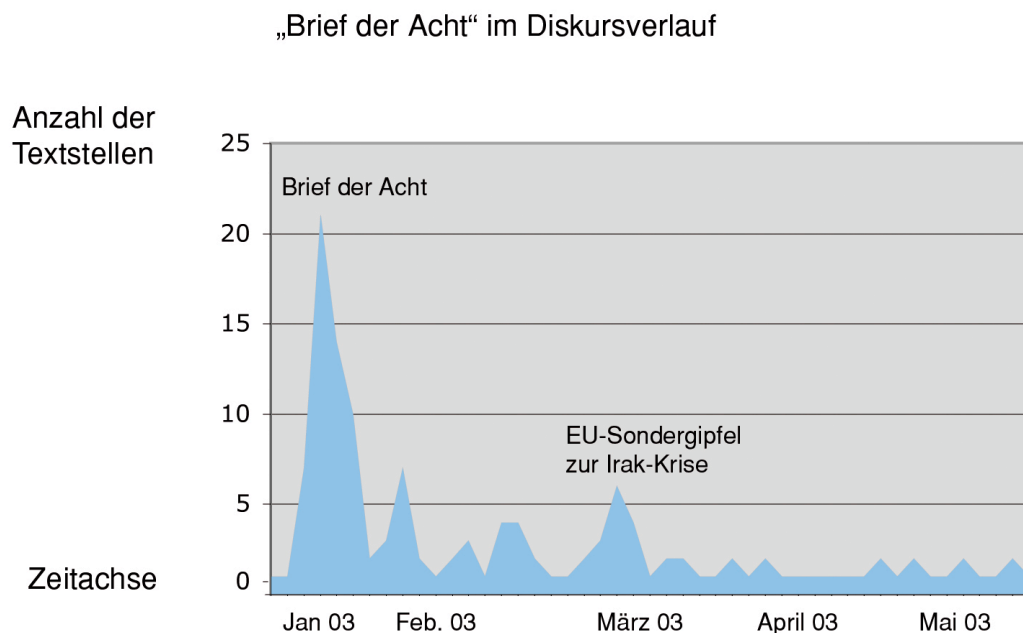
durch das irakische Regime nicht zum Opfer fallen“ dürfen. Zudem begründen die acht europäischen Regierungschefs ihre Unterstützung Amerikas mit der Auffassung, dass die gemeinsamen transatlantischen Werte Demokratie, Freiheit, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit heute *„under greater threat than ever“* ständen. Dieses subjektive Bedrohungsempfinden kann nicht ganz nachvollzogen werden, da sich die europäischen Staaten in einem zuvor ungekannten Maß an äußerer Sicherheit befanden, und lässt vermuten, dass es sich hier um ein rein rhetorisches Bekenntnis handelte, das der tatsächlichen Bedrohungswahrnehmung der Europäer nicht wirklich entsprach.⁴⁹

Die klare Positionierung der acht europäischen Staaten zu Amerika erzeugt gleichzeitig eine Differenz dieser Staaten zu Europa und dokumentiert die Uneinigkeit der Europäer. Der Irak-Krieg stellt somit einen Kurswechsel in der europäischen Außenpolitik dar. Ein europäischer Konsens fehlt. Erstmals positionieren sich europäische Länder gegen die deutsch-französische Führung. Normalerweise ziehen die anderen europäischen Länder mit, wenn sich Deutschland und Frankreich erst mal für eine Position entschieden haben.

Im weiteren Diskursverlauf wird auch immer wieder auf das Ereignis „Brief der Acht“ Bezug genommen, das unterschiedlich gedeutet wird. Ähnlich wie das diskursive Ereignis „altes und neues Europa“ ist der „Brief der Acht“ zu einem *„signature element“* geworden, dessen Verwendung die Uneinigkeit der Europäer und die Wichtigkeit der transatlantischen Beziehungen betont.

⁴⁹ 86 Prozent der Amerikaner sahen die irakischen Massenvernichtungswaffen als kritische Bedrohung ihrer vitalen Interessen, jedoch nur 57 Prozent der Europäer. (vgl. Szukala 2003: 31)

Abb. 3: Rekurs auf den „Brief der Acht“ im Diskursverlauf



Der „Brief der Acht“ manifestierte die Uneinigkeit der Europäer. Wie in der oberen Grafik deutlich wird, gibt es während des EU-Sondergipfels am 17. Februar 2003 eine größere Bezugnahme auf dieses Diskursereignis: Dort einigen sich die EU-Mitgliedsstaaten auf eine gemeinsame Position und akzeptieren eine Intervention im Irak als letztes Mittel. Der Brief der Acht wurde als „Dokument der Spaltung“⁵⁰ bezeichnet und demonstrierte die Uneinigkeit der Europäer bezüglich einer einheitlichen Position zur Intervention im Irak. Die dadurch entstandene europäische Krise der Europäer hatte für die amerikanische Administration einen hohen legitimierenden Wert vor der eigenen Bevölkerung, da so die Uneinigkeit der Europäer gezeigt werden konnte. Ohne ein gemeinsames europäisches „Wir“ kann auch kein gemeinsames europäisches Handeln zustande kommen. Bei diesem Ereignis geht es vor allem um das Aushandeln von Kriegscoalitionen und Bündnispartnern. Dies kommt in den folgenden Titeln der amerikanischen Zeitungsartikel zum Ausdruck, wie beispielsweise „*Who Stands With*

⁵⁰ Frankfurter Rundschau, 31.01.2003, Europas Spaltung.

*U.S.? Europe Is of Two Minds*⁵¹, „8 Leaders In Europe Back Bush On Iraq“⁵². Die durch den Brief der Acht entstandene europäische Krise wirft ein machtloses, uneiniges Bild auf Europas außenpolitische Handlungsfähigkeit, was sich auch in vielen negativen Zuschreibungen Europas, die im Diskurs auftauchen, zeigt. Der Interventionsdiskurs bewegt sich durch die diskursiven Ereignisse der „Rumsfeld-Äußerung“ und des „Briefs der Acht“ weg von einem Diskurs, in dem es um eine sachliche Abwägung der Kriegsgründe geht, zu einem Diskurs, der das Selbstverständnis der Europäer und die Auseinandersetzung der „transatlantischen Beziehungen“ zum Thema hat. Die identitären „Anderen“, von denen sich die Amerikaner in diesem Diskursausschnitt vor Beginn des Krieges abgrenzen, sind nicht die Iraker, sondern die „unwilligen“ Europäer. Das „alte Europa“ wird in diesem Diskurs um Intervention aus amerikanischer Sicht als das „Andere“ gesehen. Allianzen werden vor allem auf identitätsrhetorische Art und Weise begründet und sind im Interventionsdiskurs dominant.

Es liegt im amerikanischen Interesse, die Europäer über die NATO in ihre weltpolitischen Ordnungsvorhaben mit einzubeziehen und das Bündnis künftig im Rahmen einer „coalition strategy“ zu nutzen. Eine autonome Militärpolitik der EU ist für Washington nicht akzeptabel.

Mein Untersuchungsdiskurs schließt ab mit dem von Habermas ausgelösten Artikel „*Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas*“⁵³ und den Reaktionen zahlreicher Intellektueller (darunter Ralf Dahrendorf und Timothy Garton Ash⁵⁴, Harold James⁵⁵ und Paul Kennedy⁵⁶) vorwiegend in den deutschen Medien. Hier ziehen Habermas und Derrida die Konsequenzen aus dem amerikanischen Alleingang und fordern die Herstellung einer europäischen Identität, die sich klar von Amerika abgrenzt.

⁵¹ The New York Times, 31.01.2003, Who Stands With U.S.? Europe Is of Two Minds.

⁵² The Washington Post, 31.01.2003, 8 Leaders In Europe Back Bush On Iraq.

⁵³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.05.2003, *Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas*.

⁵⁴ Süddeutsche Zeitung, 05.07.2003, *Die Erneuerung Europas; Antwort auf Habermas / Von R. Dahrendorf und T. Garton Ash*.

⁵⁵ Süddeutsche Zeitung, 03.06.2003, *Außenpolitik missverstanden; Europa schwelgt in gefährlicher Sehnsucht*.

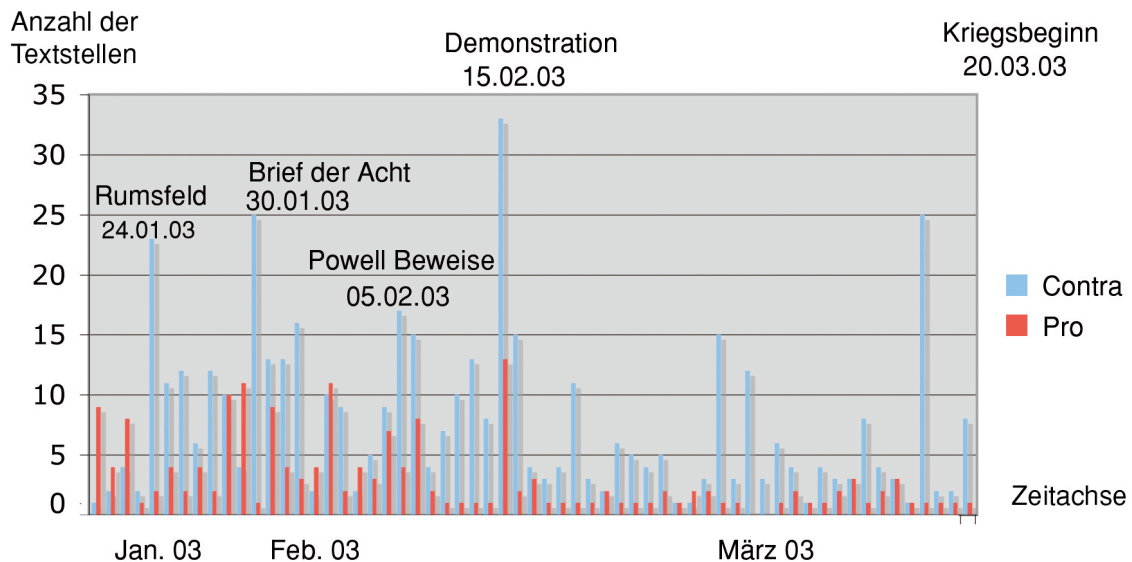
⁵⁶ Süddeutsche Zeitung, 23.06.2003, *Taten statt Worte; Kern-Europa braucht keine Philosophie/Von Paul Kennedy*.

Sie befürworten eine Entwicklung Europas in verschiedenen Geschwindigkeiten, ausgehend von einem Kerneuropa. Besondere Bedeutung wird der Haltung der europäischen Öffentlichkeit gegen einen Krieg im Irak beigemessen, die nach Meinung von Habermas zur europäischen Identitätsbildung einen großen Beitrag liefern. Im vorliegenden Untersuchungsdiskurs wird in den amerikanischen, britischen und spanischen Medien auf den Habermas-Artikel nicht weiter eingegangen.

4.2 Legitimation durch Pro-Argumente

Es folgt zunächst ein Überblick über die Häufigkeit der spezifischen Pro-Argumente im Vergleich zu den Contra-Argumenten, die induktiv aus dem empirischen Medienmaterial gewonnen wurden. Bei der Analyse des Materials fällt sofort eine signifikant häufigere Verwendung der Contra-Argumente auf ($n=528$)⁵⁷, nämlich ungefähr dreimal so häufig wie die Pro-Argumente ($n=181$). Die folgende Grafik gibt einen Überblick über die Verteilung der Pro- und Contra-Argumente im Diskursverlauf.

Abb. 4: Häufigkeiten der Pro- und Contra-Argumente im Diskursverlauf



⁵⁷ Im weiteren Dokument steht n für Textstellen.

In der Grafik ist zu sehen, dass die Contra-Argumente während des gesamten Diskursausschnittes überwiegen. Dies gilt sogar für die Berichterstattung in den Medien der kriegführenden Länder USA, Großbritannien und Spanien. Zu den jeweiligen Diskursereignissen vor Kriegsbeginn, der „Rumsfeld-Äußerung“ und dem „Brief der Acht“, erreichen die Contra-Argumente einen der quantitativen Höhepunkte. Die häufigsten sachlichen Contra-Argumente treten jedoch während der Demonstrationen gegen den Irak-Krieg auf und verweisen auf die Wahrnehmung der öffentlichen Meinung in der medialen Berichterstattung.

Die Contra-Argumente, die in den britischen und amerikanischen Medien auftauchen, enthalten jedoch häufig Zitate und Positionen der Kriegsgegner und stellen somit nicht unbedingt die Meinung der jeweiligen Zeitung dar. So wird beispielsweise der französische Außenminister mit folgender Äußerung in der *Washington Post* zitiert: „*nothing justifies envisaging military action.*“⁵⁸ Dies lässt den Schluss zu, dass in den Medien ein breites Meinungsspektrum abgebildet wurde und nicht nur die Regierungmeinung in den kriegführenden Medien im Interventionsdiskurs dominierte.

In allen Untersuchungsländern setzen sich die Medien somit eher kritisch mit dem kriegerischen Vorgehen auseinander. Auch in den kriegführenden Ländern wird in den Medien auf die Positionen der Kriegsgegner eingegangen. Die quantitative Auswertung der sachlichen Argumente lässt schlussfolgern, dass sich die Positionen der Koalition und somit eine Befürwortung des Krieges als legitime Sichtweise im Diskurs nicht durchsetzen konnten.

Besonders signifikant ist das geringe Auftreten der Pro-Argumente in der britischen *Guardian*. Dort tauchen nur drei Pro-Argumente auf im Vergleich zu 42 Pro-Argumente in der *Times*. Dieser Befund zeigt deutlich, dass die britische Presse, was den Irak-Krieg anbetraf, sehr gespalten war und die eher dem linken Zeitungsspektrum angehörende *Guardian* gegen ein militärisches Vorgehen im Irak opponierte. Dieses Ergebnis wird auch von einer anderen Untersuchung belegt. In der ländervergleichenden Studie „*British and Polish Press Debates on Iraq Invasion*“ (Meyer/Zdrada 2006) stellten die Autoren

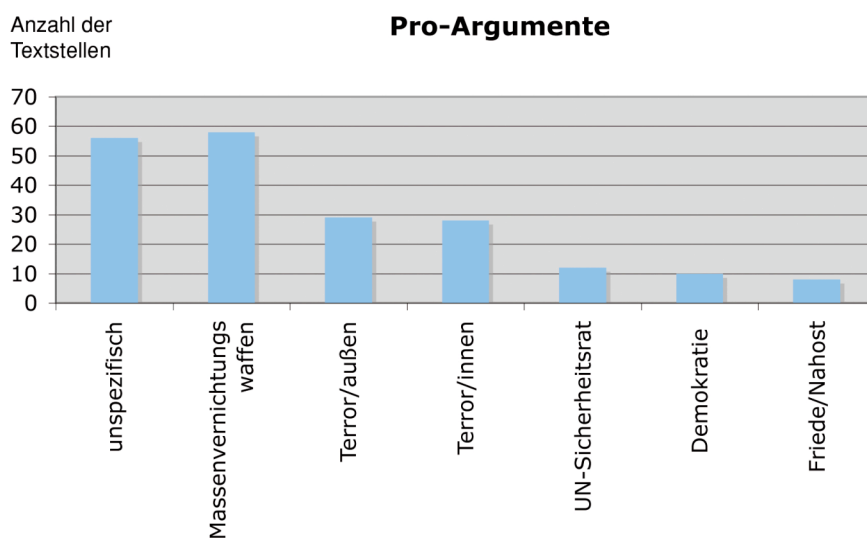
⁵⁸ The Washington Post, 24.01.2003, Powell 'Confident' of Allies' Support for War.

C.O. Meyer & A. Zdrada fest, dass die untersuchten polnischen Medien *Rzeczpospolita* und *Gazeta Wyborcza* die polnische Regierung unterstützten, wohingegen die britische *Guardian* sich gegen die Meinung der britischen Regierung stellte und in ihrer allgemeinen Ausrichtung einen Krieg im Irak nicht unterstützte. In den anderen Vergleichsländern sind die Pro-Argumente im Links-Rechts-Spektrum der Medien gleich verteilt und es tauchen nicht so deutliche Unterschiede wie in den britischen Medien auf.

In allen untersuchten Medien erscheinen kurz vor Kriegsbeginn relativ wenige sachliche Pro-Argumente, die den Krieg legitimieren. Die Vermutung liegt nahe, dass stattdessen mit Hilfe von ideellen Faktoren bzw. identitären Zuschreibungen das außenpolitische Verhalten legitimiert wurde. Die Verteilung der Pro- und Contra Argumente in diesem medialen Ausschnitt, lässt jedoch noch keine Schlüsse über den gesamten Interventionsdiskurs zu, da aus forschungspragmatischen Gründen nur ein selektiver Ausschnitt des Diskurses untersucht werden konnte. Wie noch zu zeigen sein wird, werden die im Diskurs auftauchenden Pro-Argumente der Kriegsgegner als nicht glaubwürdig oder ausreichend für einen Kriegseintritt in den Irak angesehen. Vor allem deutsche und französische Regierungsmitglieder vertreten innerhalb Europas eine gemeinsame Position gegen den Krieg. Sie zweifeln im Diskurs Argumente an, die eine militärische Intervention im Irak legitimieren und führen noch zusätzliche Argumente an, die gegen eine Intervention sprechen.

Die folgende Grafik liefert einen Überblick, welche spezifischen Inhalte sich hinter den auftretenden Pro-Argumenten verbergen.

Abb. 5: Häufigkeiten der spezifischen und unspezifischen Pro-Argumente



Im gesamten Diskurs meines Medienausschnittes überwiegen die Pro-Argumente (gesamt 181) mit spezifischem Inhalt. Insgesamt tauchen 181 pro Argumente auf, davon sind 56 unspezifische Pro-Argumente, deren hohe Anzahl jedoch verwunderlich ist. Das häufigste sachliche Pro-Argument bezieht sich darauf, dass Massenvernichtungswaffen existieren (n=58). Das zweithäufigste Pro-Argument bezieht sich auf den Terror als Legitimationsgrundlage (n=57). Das Pro-Argument „Terror“ wurde als sachliches Argument in den „Terror nach innen“ (n=28) und den „Terror nach außen“ unterteilt (n=29). Mit „Terror nach innen“ sind Textstellen mit Argumentationen codiert, die einen Regimewechsel und die Unterdrückung des eigenen Volkes durch Saddam Hussein als völkerrechtliches Argument anführen. Mit dem „Terror nach außen“ ist ein sicherheitspolitisches Argument gemeint, das eine Verbindung zwischen den Anschlägen auf das World Trade Center und Saddam Hussein unterstellt oder ganz allgemein auf die bestehende Bedrohung durch den Terror als Legitimationsressource verweist.⁵⁹

⁵⁹ Auch in anderen Untersuchungen wurde dies belegt: Der Irak besitzt Massenvernichtungswaffen. Der Irak hat Verbindungen zum internationalen Terrorismus. Es besteht die Gefahr, dass der Irak Massenvernichtungswaffen an Terroristen weitergibt. Saddam Hussein ist ein brutaler Diktator, dessen Sturz ethisch geboten ist. Der Irak hat über einen langen Zeitraum so viele UNO-Resolutionen gebrochen, dass nun die Glaubwürdigkeit auf dem Spiel steht (Höse 2008: 96).

Die restlichen legitimierenden Argumentationen, die ins Feld geführt werden, sind von allgemeiner bzw. unspezifischer Natur. Ein Beispiel für ein unspezifisches Argument ist die einfache Behauptung von Blair, dass er keinen Zweifel daran habe, die richtige Sache zu tun.

„Both Bush and Blair addressed the lack of support among many traditional allies in war. ‚There are many people on our side, there are those that oppose us,‘ Blair acknowledged. But he also said, ‚I have no doubt that we are doing the right thing, I have no doubt that our cause is just.‘ Bush insisted: ‚We have plenty of western allies. We can give you a list.‘“⁶⁰

In einem anderen Zitat wird das Mitschwingen ideeller bzw. kultureller Faktoren in einem unspezifischen Pro-Argument durch die Botschaft Rumsfelds an das alte Europa deutlicher:

„Ihr erkennt die Gefahr nicht, aber wir werden uns von Euch nicht abbringen lassen, diese Gefahr auszumerzen.“⁶¹

Nicht sachliche Argumente, sondern eine unterschiedliche Bedrohungswahrnehmung werden im Interventionsdiskurs ins Feld geführt, um den Krieg zu legitimieren. Den Kriegsgegnern, in diesem Fall Deutschland, wird unterstellt, dass sie nicht die Fähigkeit haben, die Gefahrenlage richtig einzuschätzen. Deutschland hat sich nach Einschätzung der Medien durch seine Position isoliert, was sich auch im Titel des Artikels *„Zeit der Einsamkeit“*⁶² zeigt. Hier kommt auch zum Ausdruck, dass der Diskurs um Intervention auf der Beziehungsebene geführt wird. Die Konsequenz einer unterschiedlichen Bedrohungswahrnehmung und Haltung zum Irak-Krieg ist politische Isolation.

Der Code „Massenvernichtungswaffen existieren“ beinhaltet Textstellen, in denen die Existenz von Massenvernichtungswaffen als Argument angeführt wird, um den Krieg zu legitimieren. Das wird jedoch teilweise in den Textstellen nicht ausdrücklich gesagt, sondern es wird implizit davon ausgegangen, dass es Massenvernichtungswaffen im Irak gibt. Im Rahmen des Pro-Arguments „Massenvernichtungswaffen existieren“ werden nicht konkrete Beweise und Fakten zur Legitimation angeführt, sondern ohne nähere

⁶⁰ The Times, 30.03.2003, Winds of war are blowing Britain away from Europe.

⁶¹ Süddeutsche Zeitung, 10.02.2003, Zeit der Einsamkeit; Die Amerikaner machen der deutschen Delegation brutal klar, dass ihre Haltung in der Irak-Frage in die politische Bedeutungslosigkeit führt.

⁶² Ebd.

Begründungen einfach von deren Existenz ausgegangen. Eine andere Untersuchung spricht von der bewussten Einleitung und Steuerung eines „*evidenzbasierten Diskurses*“⁶³ durch Blair und Bush über die Existenz von Massenvernichtungswaffen, nachdem verschiedene Öffentlichkeiten und Regierungsvertreter nach Beweisen für die Kriegsgründe gefragt hatten, „*jedoch ohne deren Existenz faktisch zu belegen*“ (Dirks 2010: 198). Ein Beispiel dafür ist folgendes Zitat von Paul Wolfowitz⁶⁴, dem stellvertretenden Verteidigungsminister der USA:

*„The decision on whether Iraq’s weapons of mass terror will be dismantled voluntarily, or whether it will have to be done by force, is not up to us or to the U.N. The decision rests entirely with Saddam Hussein. So far, he has not made the fundamental decision to disarm, and unless he does, the threat posed by his weapons programs will remain with us, and indeed, will grow.“*⁶⁵

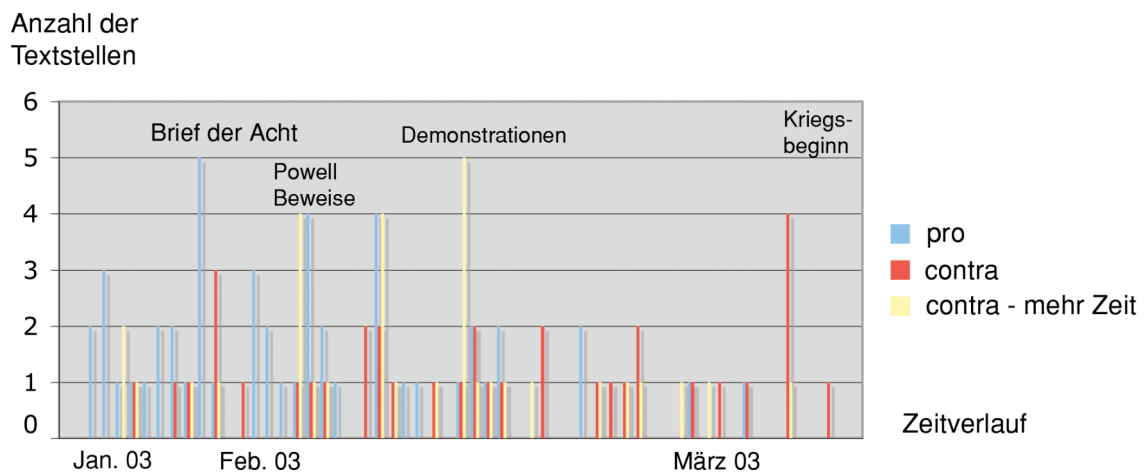
Hier schwingt auch die Botschaft mit, dass die USA den Krieg nicht wollen, sondern er ihnen vielmehr aufgezwungen wird. Das war eine der zentralen Botschaften der Public Diplomacy bei der Bekämpfung des Terrorismus und wurde auf den Krieg gegen den Irak übertragen (vgl. Höse 2008: 96). Die Entscheidung für oder gegen einen Krieg liegt nach Wolfowitz somit allein bei Saddam Hussein, der sich zum Abrüsten verpflichten muss. Die Verantwortung wird somit Saddam Hussein übertragen. Es gehört zur Strategie der Amerikaner, einfach die Beweislast für einen Krieg umzukehren. „*Letztlich war die regierungsseitige Argumentation derart angelegt, dass nicht die Beweise für einen Krieg erbracht werden mussten, sondern Rechtfertigungen für die Kriegsablehnung angefochten wurden.*“ (Viehrig 2006: 147)

⁶³ Dieser evidenzbasierte Diskurs war gekennzeichnet durch Ankündigungen, wie beispielsweise „Bush wird Beweise vorlegen“ (Süddeutsche Zeitung, 29.01.2003) oder Berichte über noch nicht bestätigte Waffenfunde (vgl. Dirks 2010: 321) und wurde von Dirks der Genremetapher *Politics as story telling about evidence* zugeordnet. (vgl. Dirks 2010: 343).

⁶⁴ Paul Wolfowitz gilt als Neokonservativer, der sich vehement und weltweit für die Unterstützung Israels und eine starke Militärpräsenz zur Sicherung von US-Interessen einsetzt. Als Vertrauter von Dick Cheney war er der Drahtzieher des Irak-Krieges (Spiegel Online). Quelle Wikipedia/ Paul Wolfowitz, 20.11.2009.

⁶⁵ The New York Times, 24.01.2003, Rebuffing 2 Allies, U.S. pushes demand that Iraq disarm.

Abb. 6: Verteilung der Pro- Argumente „Massenvernichtungsmittel existieren“ und Contra-Argumente „Massenvernichtungsmittel existieren nicht“ und Contra-Argumente „Massenvernichtungsmittel - mehr Zeit“ im Diskursverlauf⁶⁶



Das Pro-Argument „Massenvernichtungswaffen existieren“ taucht im Zusammenhang mit zwei Ereignissen in den Medien gehäuft auf: Das erste Ereignis ist der „Brief der Acht“, in dem die Unterzeichner vom Existieren der Massenvernichtungswaffen ausgehen. Das zweite Ereignis sind die von Colin Powell vor dem UN-Sicherheitsrat vorgelegten Beweise für die Existenz der Massenvernichtungswaffen. Diese Beweise wurden jedoch seitens Frankreichs und Deutschlands als unglaubwürdig und nicht überzeugend erachtet. Andererseits wird die Glaubwürdigkeit der von Powell vorgetragenen Beweise am 5. Februar 2003 vor dem UN-Sicherheitsrat durch eine gemeinsame Erklärung der Vilnius-Gruppe bekräftigt:

„Das Dokument der Vilnius-Gruppe, zu der auch Albanien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Mazedonien, Rumänien und die Slowakei gehören, hatte die Mitglieder des Sicherheitsrats dazu aufgerufen, der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen mit ‚wirksamen Mitteln‘ zu begegnen, und die Bereitschaft der Gruppe erklärt, sich einer internationalen Koalition zur Entwaffnung des Iraks anzuschließen. In ihrer Erklärung nannten die zehn Außenminister die von Colin Powell gegen Bagdad vorgelegten Beweise glaubwürdig.“⁶⁷

⁶⁶ Durch meine Samplingstrategie erhalte ich die ersten Artikel ab Ende Januar 2003 mit dem ersten Diskursereignis.

⁶⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.02.2003, Auf Distanz zur Vilnius-Gruppe.

In den spezifischen Pro-Argumenten drückt sich teilweise auch ein Selbstverständnis der Amerikaner aus. In den Pro-Argumenten „Demokratie“ und „Friede im Nahen Osten“ drückt sich das amerikanische außenpolitische Selbstverständnis des „Nation-Builders“ und „Demokratie-Bringers“ aus, der als Verantwortlicher für die Weltinnenpolitik die Nationen demokratisiert und der uneigennützig handelt. Dieses Argument verweist auf die guten Absichten der USA und wirkt äußerst legitimierend.

„Military success will convince the doubters, but so will the prospect that war will bring stability and democracy to the Middle East. That means, of course, democracy in Iraq after Saddam, rather than any puppet leader, and it means redoubling efforts to secure a sustainable Israel-Palestine settlement.“⁶⁸

Die erwarteten Konsequenzen des außenpolitischen Handelns transportieren in diesem Fall positive Kausalannahmen mit legitimierender Wirkung. Im Interventionsdiskurs werden folgende Konsequenzen thematisiert, um das außenpolitische Handeln zu legitimieren: In den Pro-Argumenten „Friede Nahost“ und „Demokratie“ werden positive Erwartungen des beabsichtigten Vorgehens im Irak hervorgehoben. Die Befriedung des Nahen Ostens und die Demokratisierung des Iraks kommen in der folgenden Textstellen zum Ausdruck: *„Yet now the Americans talk about invading Iraq in order to spread democracy in the Middle East.“⁶⁹* Auch der amerikanische Vizepräsident Dick Cheney erhofft sich von einem militärischen Eingreifen den *„begin to change the map of the Middle East“⁷⁰*. Als weitere positive Konsequenz eines militärischen Eingreifens wird eine Verbesserung der Situation der Iraker prognostiziert: *„the humanitarian situation in Iraq will soon be better than it has been at any time in the past ten years.“⁷¹* Auch das folgende Zitat bringt die guten Absichten der Bush-Administration zum Ausdruck und die positiven Konsequenzerwartungen eines militärischen Eingreifens, da die Demokratisierung des Iraks auch weitere arabische Autokratien in einen Anpassungsdruck versetzen könnte.⁷² Das militärische Vorgehen

⁶⁸ The Times, 02.02.2003, Preparing for action.

⁶⁹ The New York Times, 31.01.2003, Why Today's Europeans Object to America's Worldview.

⁷⁰ The New York Times, 24.01.2003, To Some in Europe, The Major Problem Is Bush the Cowboy.

⁷¹ The Times, 18.03.2003, War could mean the end of the economic world.

⁷² Vgl. The New York Times, 12.02.2003, Pass the Duct Tape, Osama bin Laden came to the rescue of George W. Bush yesterday.

wird mit positiven Konsequenzen in Verbindung gebracht. Die Legitimitätsressourcen sind also bestimmt durch positive Erwartungen und die guten Absichten, die hinter dem kriegerischen Vorhaben stehen. Auch der britische Außenminister Blair stellt die positiven Absichten heraus und betont die positiven Erwartungen einer Intervention:

„The reason why we are acting in this way is not because we want conflict, but because we need to protect the peace and security of our people.“⁷³

Aus Sicht der Bush-Administration ist eine kriegerische Intervention im Irak ein notwendiges Eingreifen, um das irakische Volk zu befreien und Demokratie zu bringen. Als Legitimationsgrundlage dienen somit sehr altruistische Argumente:

„On the other side, there is Washington arguing that this is a war to liberate the Iraqi people from Saddam Hussein, to introduce democracy into the Arab world through ‚regime change‘ and to win the United States recognition as a force for good in the world, its virtue demonstrated by the waging of preemptive war against international terrorists and the ‚axis of evil‘ regimes that support them.“⁷⁴

Aus heutiger Sicht, also Jahre nach dem offiziellen Kriegsende im Irak, hat sich gezeigt, dass keine dieser positiven Erwartungen und Konsequenzen des außenpolitischen Handelns eingetreten sind. Für die Legitimation des Eingreifens waren sie aber sehr tragfähig. Weder die Situation der irakischen Bevölkerung hat sich jedoch verbessert, noch ist eine Demokratie im Irak oder eine Befriedung des Mittleren Ostens durch das militärische Eingreifen eingetreten. Die tatsächliche Konsequenz des militärischen Eingreifens ist die Radikalisierung der arabischen Welt, was seitens der Kriegsgegner auch befürchtet worden war, wie aus folgendem Zeitungszitat von Doug Bandow, einem ehemaligen Assistenten von Ronald Reagan, hervorgeht:

„Ein Krieg gegen den Irak aber, der den Zorn unter den Muslimen der Welt weiter anstacheln und die Weitergabe von Massenvernichtungswaffen aus Bagdads Arsenalen an islamistische Terroristen beschleunigen könnte, würde die Gefahr neuer, grauenhafter Anschläge nach dem Muster von Bali drastisch erhöhen.“⁷⁵

⁷³ The Washington Post, 31.01.2003, 8 Leaders In Europe Back Bush On Iraq.

⁷⁴ The Washington Post, 30.03.2003, Credibility Can't Win Hearts and Minds Without It, Leeds, U.K..

⁷⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.01.2003, Europa soll handeln oder in Zukunft lieber schweigen.

In dem Pro-Argument „UN-Sicherheitsrat“ kommt teilweise auch das amerikanische, außenpolitische Selbstverständnis zum Ausdruck, dass es für ein militärisches Vorgehen keinerlei Legitimation seitens des UN-Sicherheitsrates bedarf. Auch ein unilaterales Vorgehen ist aus Sicht der amerikanischen Administration gerechtfertigt. Hier schwingt das Selbstverständnis der Amerikaner mit, sich von niemandem etwas sagen lassen zu müssen und außenpolitische Entscheidungen autark zu fällen.

„Mr. Armitage⁷⁶, when asked during his Congressional testimony whether the United States would seek explicit authorization for an invasion from the Security Council, said a new resolution was ‚desirable‘, but ‚not absolutely necessary‘.“⁷⁷

In Demokratien ist die existenzielle Bedrohung der eigenen Nation die wichtigste Legitimationsressource, um eine Intervention zu rechtfertigen. Deshalb erwies sich die Bedrohung der eigenen nationalen Existenz⁷⁸ durch den Terror und durch die Massenvernichtungswaffen des Iraks als legitimste und am häufigsten auftretende Begründung für ein präventives Vorgehen gegen den Irak. Dies führte unter anderem dazu, dass die Briten und die Amerikaner auch unsichere Hinweise für eine existenzielle Bedrohung als Gründe für den Krieg anführten (vgl. Schwabe 2006). Diese Bedrohungswahrnehmung und existenzielle Angst der Amerikaner werden von den Europäern nur geringfügig geteilt, somit kann die Bedrohungswahrnehmung als Konstruktion gesehen und den ideellen Faktoren zugerechnet werden, die zur Legitimierung des Krieges dienen. Zu den relevanten Normen des europäischen Selbstverständnisses gehört die Neigung zur friedlichen Konfliktlösung und zur grundsätzlichen Achtung des menschlichen Lebens, deshalb war eine präventive Intervention beispielsweise in der deutschen Öffentlichkeit selbst dann nicht legitim, falls der Irak tatsächlich Massenvernichtungswaffen besitzen sollte.⁷⁹ Dieses wichtigste Argument seitens der Amerikaner war somit in der europäischen Öffentlichkeit nicht anschlussfähig.

⁷⁶ Richard Armitage war seit 2001 Vize-Außenminister der USA.

⁷⁷ The New York Times, 31.01.2003, Bush warns Iraq it has only weeks to yield weapons.

⁷⁸ Nach Jutta Weldes (1996) wird die amerikanische Außenpolitik stets im Rückgriff auf die Kategorie eines „nationalen Interesses“ konstruiert und legitimiert. Im Falle des Iraks sieht sich die amerikanische Nation durch Terror und Massenvernichtungswaffen existentiell bedroht.

⁷⁹ Emnid-Umfragen vom 17., 21.2 und 14.3.2003 http://www.tns-emnid.com/presse/ntv-2003_01_17.html.

Wie in diesem Kapitel gezeigt wurde, tauchen im Interventionsdiskurs insgesamt relativ wenige Pro-Argumente auf. Diese enthalten zudem selten sachliche Begründungen und faktische Inhalte, sondern beziehen sich vorwiegend auf eine grundsätzliche Bedrohungswahrnehmung der USA, die eher den ideellen Faktoren zuzurechnen ist. Die weiteren Pro-Argumente rekrutieren sich aus dem neu gewonnenen Selbstverständnis der USA, außenpolitisches Handeln nicht von Entscheidungen des UN-Sicherheitsrates abhängig zu machen. Andere Begründungen sind konsequenzialistisch und verweisen auf die guten Absichten der Intervention, wie beispielsweise das irakische Volk von der Terrorherrschaft zu befreien und Demokratie im Nahen Osten herzustellen.

4.3 Legitimation durch Contra-Argumente

Es folgt ein Überblick über die gesamten spezifischen Contra-Argumente, die im Diskurs auftauchen, um zu zeigen in welchem Verhältnis die Pro- und Contra-Argumente zueinander stehen, bzw. ob die angeführten Pro-Argumente seitens der Kriegsgegner eine Erwiderung finden oder akzeptiert werden. Hier fällt zunächst einmal auf, dass ungefähr ein Drittel der 657 Contra-Argumente unspezifisch (193) sind, was aber bei einer Haltung gegen einen Krieg nicht verwunderlich ist, da viele Politiker und Intellektuelle sich ohne weitere Begründung gegen einen von den USA geführten Krieg aussprechen. So beispielsweise Schröder, der an verschiedenen Stellen behauptet, dass

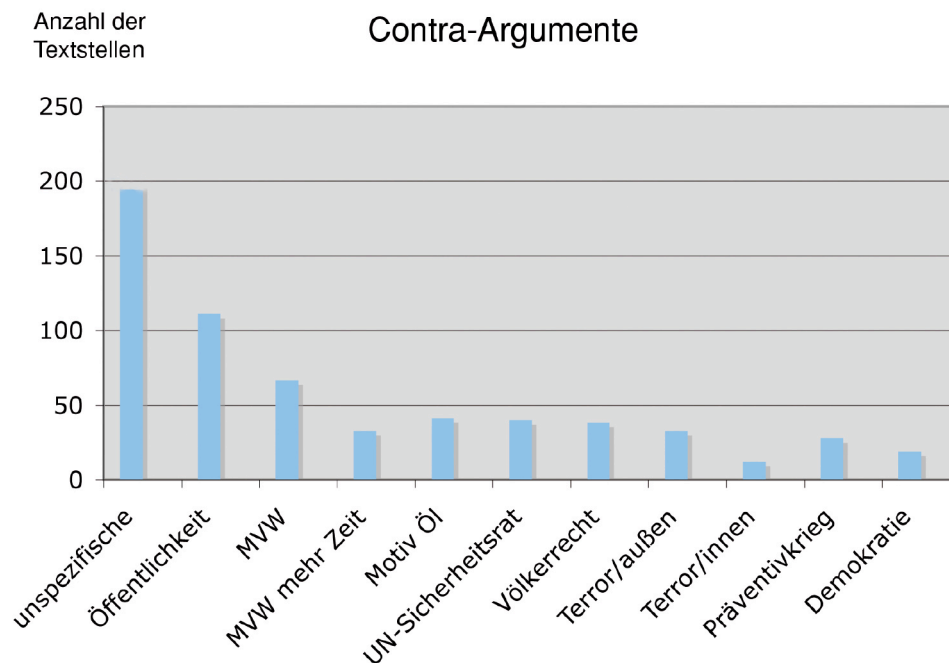
„wir einer Legitimierung von Krieg nicht zustimmen können“. Beide Regierungen seien der Auffassung, es sei nicht zu akzeptieren, einen Krieg für unausweichlich zu halten. Chirac erwiderte: „Das ist unsere gemeinsame Außenpolitik.“⁸⁰

Insgesamt heißt das jedoch, dass der Diskurs über eine militärische Intervention im Irak in der medialen Öffentlichkeit ziemlich unsachlich geführt wurde und relativ wenig spezifische Argumente ins Feld geführt wurden und folglich möglicherweise andere Überzeugungsstrategien, wie bspw. Identitätsrhetoriken, den Diskurs bestimmten.

Die folgende Grafik liefert einen Überblick über die spezifischen und unspezifischen Contra-Argumente.

⁸⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.01.2003, Empörung in Berlin und Paris über Washington.

Abb. 7: Häufigkeiten der spezifischen und unspezifischen Contra-Argumente



Am häufigsten taucht das Contra-Argument „Öffentlichkeit“ (n=116) auf. Darin enthalten sind alle Textstellen, die auf die Meinung der Öffentlichkeit oder auf Umfragen verweisen und diese als Argument gegen einen Irak-Krieg anführen. Das zweithäufigste Argument gegen einen Irak-Krieg ist, dass „keine Massenvernichtungswaffen existieren“ (n=68) bzw. man den Inspektoren mehr Zeit geben muss: „Massenvernichtungswaffen - mehr Zeit“ (n=32). Argumente, die gegen die Terrorgefahr (Terror außen: n=33) selbst sprechen, tauchen auch relativ häufig auf. Der vom Irak-Regime ausgeübte „Terror gegen das eigene Volk“ wird zudem als Kriegsgrund angezweifelt (Terror innen: n=12). Auch wird der US-Regierung an einigen Stellen unterstellt, dass die Ölvorräte das eigentliche Motiv (Motiv Öl: n=41) für die Intervention im Irak seien. Zusätzlich wird ein möglicher Krieg als „völkerrechtswidrig“ (n=38) bezeichnet und ein „präventiver Krieg“ (n=28), der nicht durch den „UN-Sicherheitsrat“ (n=40) legitimiert ist, abgelehnt. Angezweifelt wird im Diskurs auch die Realisierung der Kriegsziele, wie beispielsweise den „Irak zu demokratisieren“ (n=19).

Die im Diskurs auftretenden Pro-Argumente („Massenvernichtungswaffen existieren“ und die „Gefahr durch Terror“) werden durch Contra-Argumente in den Medien entkräftet und als nicht ausreichend für die Legitimation eines Krieges eingestuft.

In den britischen und amerikanischen Medien taucht das Contra-Argument „Massenvernichtungswaffen“ vor allem durch Zitate von Regierungsvertretern der krieg ablehnenden Länder Frankreich, Deutschland oder Russland auf. Die Contra-Argumente überwiegen aber auch in den kriegführenden Ländern. Grundsätzlich erlangen die Pro-Argumente keine Deutungshoheit im Diskurs. Diskursbestimmend und dominierend sind über den gesamten Diskursausschnitt hinweg in allen Medien die Contra-Argumente. Sogar in den amerikanischen Medien dominieren die Contra-Argumente den Diskurs. Sie werden jedoch vorwiegend von der deutschen und französischen Regierung im medialen Diskurs vertreten. Es erschwerte es der Bush-Administration, die eigene Bevölkerung von einer Intervention zu überzeugen, da gerade die Unterstützung der westlichen Verbündeten aus Europa für die Meinungsbildung der amerikanischen Öffentlichkeit für oder gegen einen Krieg entscheidend war, wie Umfragen vor Kriegsbeginn gezeigt haben (Jäger 2008: 19). Die Bush-Administration war bedacht, das militärische Vorgehen stets als Handlung einer weltweiten Koalition gegen den Terror darzustellen. Nachdem sich die diskursiven Fronten verhärtet hatten und die Argumente der USA im Diskurs selbst seitens der langjährigen Verbündeten nicht als ausreichend legitim anerkannt wurden, verschob sich der zunächst argumentative Diskurs in einen vorwiegend identitären Diskurs, in dem es darum ging, die breite Unterstützung einer „Koalition der Willigen“ zu betonen bzw. die Kriegsgegner Deutschland und Frankreich zu diskreditieren. Viehriig (2008: 152) stellt in ihrer Untersuchung der Argumentationslinien während der Irak-Krise in der *New York Times* und der *Washington Post* insgesamt seit September 2002 zum einen Veränderungen der Argumentationslinien zum anderen eine Abnahme der Argumente, die für einen Krieg sprechen, fest. Der quantitative Höhepunkt der Argumente für einen Irak-Krieg wurde in ihrer Untersuchung im September 2002 festgestellt und nahm dann deutlich bis zum Kriegsbeginn ab. Die Abnahme und Veränderung der Argumente führt sie auch darauf zurück, dass der Regimewechsel im Irak ab einem bestimmten Zeitpunkt eine beschlossene Sache war und sich die

Diskussion danach mehr um die Verhältnismäßigkeit der Mittel drehte und nicht mehr um die grundsätzliche Entscheidung, im Irak einzugreifen.

Der untersuchte Diskursausschnitt enthält noch weitere den Krieg delegitimierende Argumente, wie beispielsweise das Völkerrecht (n=37), die notwendige Legitimation durch den UN-Sicherheitsrat (n=40) und die mangelnde Legitimation eines Präventivkrieges (n=23). Diese Contra-Argumente, die sozusagen die rechtlichen Aspekte der Legitimation ansprechen, sind in den deutschen Medien dominant. Der Aspekt Völkerrecht als delegitimierendes Argument taucht in den deutschen Medien als Contra-Argument in 28 Textstellen auf und stellt damit auch das quantitativ stärkste Contra-Argument dar. Im Vergleich dazu findet dieses Contra-Argument in den britischen und amerikanischen Medien in nur jeweils einer Textstelle, in den spanischen Medien in sieben Textstellen Erwähnung. Das Contra-Argument „Präventivkrieg“ ist in den deutschen und in den spanischen Medien mit zehn Textstellen gleich stark vertreten. Im Vergleich dazu spielt dieses Argument in den britischen Medien mit nur einer Textstelle und in den USA mit zwei Textstellen keine große Bedeutung. Im Vergleich dazu stellt Renfordt (2010) in ihrer ländervergleichenden Langzeitstudie fest, dass „Rule of Law“-Interpretationen die massenmedialen Debatten über militärische Interventionen bestimmen. Dies trifft jedoch auf den hier untersuchten Diskursausschnitt kurz vor Ausbruch des Krieges nur für die deutschen Medien zu. Dort stellen „Rule of Law“-Interpretationen das stärkste delegitimierende Argument dar. In den anderen Vergleichsländern sind sie eher unbedeutend.

In den spanischen Medien stellt die Meinung der Öffentlichkeit die größte Legitimationsressource gegen eine Beteiligung Spaniens am Irak-Krieg dar. Im Gebrauch der Argumente gegen den Krieg kann man also im Ländervergleich Unterschiede feststellen. Völkerrechtliche Aspekte und das kritische Hinterfragen eines präventiven Vorgehens werden in den britischen und amerikanischen Medien in meinem Untersuchungsausschnitt nicht thematisiert. Solche Unterschiede können auf unterschiedliche kollektive Normen und strategische Kulturen zurückgeführt werden, die unterschiedliche Argumente für oder gegen den Gebrauch von Machtanwendung nach sich ziehen (vgl. Meyer/Zdrada 2006: 23). In den deutschen Medien dominieren die

völkerrechtlichen Argumente als Legitimationspotential gegen eine Intervention. Der unterschiedliche Gebrauch von Argumenten ist auf kulturelle Besonderheiten und Sichtweisen im jeweiligen nationalen Selbstverständnis zurückzuführen.

4.3.1 Die Meinung der Öffentlichkeit als Legitimationsressource

Die Meinung der Öffentlichkeit spielt im Interventionsdiskurs über den Irak eine entscheidende Rolle. Der Rekurs auf die Meinung der Öffentlichkeit als Argument gegen eine Intervention tritt im Diskurs am häufigsten auf (n=111). Der Code „Contra-Argument Öffentlichkeit“ umfasst Textstellen, in denen die öffentliche Meinung bzw. die Öffentlichkeit oder öffentliche Proteste und Demonstrationen als Argumente gegen einen Krieg aufgeführt und thematisiert werden. Die massiven Proteste der Bevölkerung und die weltweiten Demonstrationen sowie die überwältigende Mehrheit der jeweiligen nationalen Öffentlichkeit gegen eine Intervention werden in diesem Code zur Begründung gegen einen Irak-Krieg angeführt. Die Länderunterschiede sind in dieser Kategorie sehr signifikant. So taucht dieses Argument vor allem in den spanischen Medien auf (n=76). In den anderen Untersuchungsländern, USA (n=15), Deutschland (n=13) und Großbritannien (n=8), ist das Contra-Argument „Öffentlichkeit“ nicht so dominant vertreten. In Spanien wird die Meinung der Bevölkerung gegen einen Krieg und das unilaterale Vorgehen des spanischen Ministerpräsidenten Aznar gegen die Mehrheitsmeinung und die Mehrheit im Parlament am stärksten thematisiert. Das zeigt, dass die spanischen Medien der Meinung der Bevölkerung als Legitimierungsressource gegen eine Intervention eine hohe Bedeutung zugeschrieben haben. Das ist ein sehr interessanter Befund, da im Unterschied dazu eine vergleichende Studie der britischen und polnischen Medien über den Irak-Krieg festgestellt hat, dass in den polnischen Medien die skeptische Meinung der Öffentlichkeit und negative Umfragewerte über eine beabsichtigte Intervention an der Seite der USA nicht reflektiert und sogar ausgeblendet wurden (vgl. Meyer/Zdrada 2006: 31). Das ist ein Indiz dafür, dass in den spanischen

Medien kein so genannter „Rally-around-the-flag“-Effekt⁸¹ stattgefunden hat, sondern dass eine bevorstehende Intervention im Irak, die in der spanischen Bevölkerung auf teilweise 90%ige Ablehnung stieß, in den spanischen Medien deutlich reflektiert worden ist. Das folgende Textbeispiel thematisiert die unilaterale bzw. unipersonale Haltung Aznars, der sich über die Meinung der Bevölkerung und des Parlaments hinwegsetzte.

„En este sentido, afirmo que Aznar no solo esta apoyando una postura unilateral, sino que ni escucha la opinion mayoritaria de los ciudadanos espanoles ni al Parlamento: ‚Es que no es solo seguir una politica unilateral, sino que es desde una actuacion unipersonal, sin contar con nadie, ni con el Parlamento, ni con la opinion de los espanoles‘, apunto.“⁸²

Im Januar 2003, also kurz vor Kriegsbeginn, zeigten Umfragen, dass die Amerikaner Zweifel an einer Intervention hatten. Auf diese Zweifel ging Bush nicht besonders ein, sondern verwies nur auf die Gefährlichkeit von Saddam Hussein.

„Questioned today about recent polls indicating that Americans are having second thoughts about a war, President Bush condemned the Iraqi leader, Saddam Hussein.“⁸³

Ohne die Beteiligung der verbündeten Alliierten, so ein Umfrage vor dem Irak-Krieg, ist die Mehrheit der Amerikaner gegen eine Intervention: *„vast majority of Americans opposing action without the support of allies.“⁸⁴* Gerade deswegen war es von strategischem Interesse für die Bush-Administration, der eigenen Öffentlichkeit eine breite Koalition von Unterstützern zu präsentieren. Auf diese Strategie nimmt folgendes Zitat ironisch Bezug, welches eine delegitimierende Wirkung hat:

„Schon gar nicht ein Herr Rumsfeld, der den amerikanischen Bürgern weismachen will, die ganze Welt stehe in der Irak-Frage hinter Amerika.“⁸⁵

⁸¹ Unter „Rally-around-the-flag“ bezeichnet man das Phänomen, dass in den Leitmedien kriegführender Nationen in den ersten Monaten vor Kriegsausbruch eine rechtfertigende Berichterstattung vorzufinden ist. (vgl. Dirks 2010: 25)

⁸² El Mundo, 31.01.2003, Malestar en la Union Europea. Zapatero: „Aznar divide y fracciona“. Rechaza la carta de 8 paises de la UE y apoyara marchas por la paz.

⁸³ The New York Times, 23.01.2003, Diplomatic Strategy; U.S. set to demand that Allies agree Iraq is defying U.N.

⁸⁴ Ebd.

⁸⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.01.2003, Realitätsverluste.

Das Gegenteil ist der Fall. Das zeigt auch eine Umfrage, die zu diesem Zeitpunkt in den Medien veröffentlicht wird und entlarvt die Behauptung einer großen Zahl Unterstützer der Bush-Administration als Rhetorik, um die eigene Öffentlichkeit zu überzeugen.

„Nach einer soeben in Brüssel veröffentlichten EOS-Gallup-Umfrage ist die große Mehrheit der dreißig europäischen Länder gegen einen Angriff auf den Irak. 82 Prozent der Bürger der EU-Mitgliedsländer halten es ferner nicht für gerechtfertigt, dass sich ihr Land ohne ausdrückliche UN-Erlaubnis an einer Militäraktion beteiligt.“⁸⁶

Von amerikanischen Demokraten wird gefordert, dass bessere Beweise vorgelegt werden müssen, um den UN-Sicherheitsrat und die Bevölkerung zu überzeugen.

„We have to meet a higher standard of proof in order to convince the Security Council and the thousands and thousands of people out there - millions - who do not understand and are not ready to believe.“⁸⁷

In diesem Artikel wird der Countdown durch Bush eingeläutet und dem Irak werden nur noch wenige Wochen bis zur Entwaffnung eingeräumt, obgleich die Bevölkerung und der UN-Sicherheitsrat vom Vorhandensein der Waffen gar nicht überzeugt sind. Auch andere Vertreter der Bush-Administration wurden von Journalisten damit konfrontiert, dass es viele Proteste gegen eine Intervention im Irak gibt. Rumsfeld erwiderte darauf, dass es auch während des Zweiten Weltkriegs Demonstrationen gegen den Krieg gab.

„‘Well, this is a free country,’ Rumsfeld said. ‘People can have their own views, and they always have in every war there have been protesters. The American-firsters filled Madison Square Garden repeatedly with thousands of people before World War II, while Europe was in flames, while millions of Jews were being killed. . . . It’s a natural human reaction for people to want to avoid war.’“⁸⁸

Mit diesem historischen Bezug disqualifizierte er die öffentliche Meinung der amerikanischen Bevölkerung, da das Eintreten in den Zweiten Weltkrieg als objektiv richtig angesehen wird. In dieser Argumentation schwingt auch mit, dass das jetzige Eintreten genauso legitim sei wie das damalige und dass die öffentliche Meinung nicht immer Recht hat, sondern auch damals gegen den Krieg war, der sich aus heutiger Perspektive als richtig erwiesen hat. Somit könne man auf die Meinung der

⁸⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.01.2003, Die Freunde Amerikas erheben ihre Stimme.

⁸⁷ The New York Times, 31.01.2003, Bush warns Iraq it has only weeks to yield weapons.

⁸⁸ The Washington Post, 24.03.2003, War's Gruff 'Composer' Strikes Confident Chord.

Öffentlichkeit nicht viel geben und die bevorstehende Intervention im Irak sei genauso legitim wie das damalige Eintreten in den Zweiten Weltkrieg.

In Europa hatten die öffentliche Proteste und Demonstrationen gegen die Politik der Bush-Regierung eine Funktion für die Bildung einer europäischen Identität. Die Mehrheit der europäischen Öffentlichkeit lehnte die Intervention ab. Dies deutet Habermas als „*Signal für die Geburt einer europäischen Öffentlichkeit.*“⁸⁹ Diese These wird von Habermas in seinem Artikel „*Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas*“⁹⁰ vertreten, taucht aber im Diskurs noch an weiteren Stellen auf, unter anderem auch in den britischen Medien. Dort wird von einer „neuen europäischen Identität“ gesprochen.

*„The Iraq crisis has united Europeans and armed them with a clear sense of shared values and future vision. Millions have taken to the streets in the largest unified public protests in European history. People from every political persuasion, from every demographic category and from the entire rainbow of ethnic persuasions, joined together to condemn the unilateral policy of the Bush White House in Iraq and, by so doing, provided the first dramatic expression of a new European identity.“*⁹¹

Wie gezeigt wurde, hat der Verweis auf die öffentliche Meinung im Interventionsdiskurs ein hohes delegitimierendes Potenzial für außenpolitisches Handeln. Die öffentliche Meinung wird von den Medien deutlich wahrgenommen und es wird darauf Bezug genommen. In den spanischen Medien wird auf die Meinung der Öffentlichkeit als Contra-Argument am häufigsten eingegangen, was sicherlich daran liegt, dass die Krieg ablehnende Haltung in der Bevölkerung sehr ausgeprägt ist, und Aznar sich in seiner Entscheidung aber darüber hinweggesetzt hat. Auch in der britischen und amerikanischen Öffentlichkeit ist die Ablehnung einer Intervention relativ groß, wird aber in den Medien nicht so intensiv diskutiert, sondern eher ausgeblendet. In Deutschland richteten sich die Proteste und Umfragewerte nicht gegen die eigene Regierung, sondern sind mit ihr im Einklang und erreichen von daher nicht die Relevanz in den Medien.

⁸⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.05.2003, Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas.

⁹⁰ Ebd.

⁹¹ The Guardian, 26.04.2003, Thanks, Mr President: Bush's actions are helping Europe to fashion a new sense of identity.

4.3.2 Unspezifische Contra-Argumente als Legitimationsressource

Unspezifische Argumente tauchen im Interventionsdiskurs sehr häufig auf. Einen Eindruck von den unspezifischen Contra-Argumenten vermitteln folgende Beispiele.

In den amerikanischen Medien werden die Positionen von Russland und Deutschland zitiert, die beide keine Veranlassung für ein militärisches Eingreifen sehen. Der russische Außenminister Igor Ivanov sagt, dass momentan kein Grund bestehe militärisch einzugreifen.

„Russian Foreign Minister Igor Ivanov said his government ‘believes that there are no grounds at the moment to use military force against Iraq.’“⁹²

Im Zuge der Feierlichkeiten von Versailles wird in allen Qualitätszeitungen der Untersuchungsländer auf die deutsche und französische Position eingegangen, den Irak mit friedlichen Mitteln entwaffnen zu wollen. Diese Position wird nicht ausführlich mit Argumenten begründet, sondern einfach erklärt, wie folgende Beispiele zeigen: *„Germany’s position that Iraq needed to be disarmed ‘by peaceful means’.“⁹³, „‘War is not inevitable,’ French President Jacques Chirac said“⁹⁴, „Rechnet nicht damit, dass Deutschland einer den Krieg legitimierenden Resolution zustimmt.“⁹⁵, „‘Don’t expect Germany to approve a resolution which would give legitimacy to war,’ Gerhard Schroder, the German Chancellor, told a Social Democratic rally ahead of his meeting with President Chirac.“⁹⁶*

Das heißt für den Interventionsdiskurs, dass die ablehnende Haltung gegen den Irak-Krieg seitens Frankreichs und Deutschlands zunächst nicht weiter begründet wird. Ein weiterer Aspekt, der in den unspezifischen Contra-Argumenten auftaucht, ist ein grundsätzliches Anzweifeln der Kriegsgründe, die von der Bush-Administration angeführt werden. In den spanischen Medien wird im Titel der *El Mundo* von den

⁹² The Washington Post, 24.01.2003, Powell ‘Confident’ of Allies’ Support for War.

⁹³ The Washington Post, 24.01.2003, ‘Old Europe’ Reacts To Rumsfeld’s Label.

⁹⁴ The Washington Post, 23.02.2003, NATO Blocked On Iraq Decision; France, Germany Lead Opposition to War.

⁹⁵ Süddeutsche Zeitung, 23.01.2003, Chirac und Schröder vereint gegen Irak-Krieg.

⁹⁶ The Times, 23.01.2003, France and Germany turn against Washington’s world view.

„mysteriösen Gründen von Bush“ gesprochen: *„Las misteriosas razones de George W. Bush.“*⁹⁷ Ebenfalls im Titel der spanischen *El Mundo* wird behauptet *„(Sin)razones para una guerra.“*, d.h. es gebe keine ausreichenden Argumente in einen Krieg zu ziehen oder die vorgetragenen Argumente seien zu schwach.

*„Ofensiva contra Irak. Las razones de George Bush para empezar la guerra son endeblés. La ‘carta de los ocho’ presidentes europeos.“*⁹⁸

In den deutschen Medien wird Rumsfeld Demagogie und Polemik unterstellt, da überzeugende Argumente für eine Intervention fehlen.

*„Donald Rumsfeld bleibt nur Polemik, das Lächeln des Demagogen, weil er weder durchschlagende Argumente hat noch eine Mehrheit.“*⁹⁹

Auch in den britischen Medien wird in *The Guardian* auf die mangelnden Begründungen, die einen Krieg rechtfertigen, eingegangen, wie folgende zwei Textbeispiele zeigen.

*„People are beginning to feel sorry for Blair - they don't buy his arguments on the necessity of war with Iraq, but they increasingly appreciate the enormous difficulty of his position.“*¹⁰⁰

*„It is easy to criticise Blair's foreign policy. It's very easy to see that going to war with Iraq is at best unwise, at worst crazily dangerous; it has little justification, it sets a dangerous precedent and has no clear objective.“*¹⁰¹

Sowohl in den britischen als auch in den spanischen Medien wird angezweifelt, dass es ausreichende Gründe gibt, um einen Krieg im Irak zu rechtfertigen. Die deutsche und französische Regierung halten ein Eingreifen im Irak für nicht gerechtfertigt. Das heißt, die Gründe der Bush-Administration, die eine Intervention in den USA rechtfertigen sollen, werden seitens der deutschen und französischen Regierungen oder der europäischen Medien als nicht überzeugend bewertet. In der vorherrschenden Deutung wurden im Interventionsdiskurs kurz vor Kriegsausbruch die von den Amerikanern vorgelegten Kriegsgründe nicht anerkannt, sondern im Gegenteil sehr stark angezweifelt.

⁹⁷ *El Mundo*, 26.01.2003, *Las misteriosas razones de Bush*.

⁹⁸ *El Mundo*, 01.02.2003, *(Sin)razones para una guerra*.

⁹⁹ *Süddeutsche Zeitung*, 29.01.2003, *Andere Situation als 1938*.

¹⁰⁰ *The Guardian*, 03.02.2003, *Beginning of the end: The US is ignoring an important lesson from history - that an empire cannot survive on brute force alone*.

¹⁰¹ *Ebd.*

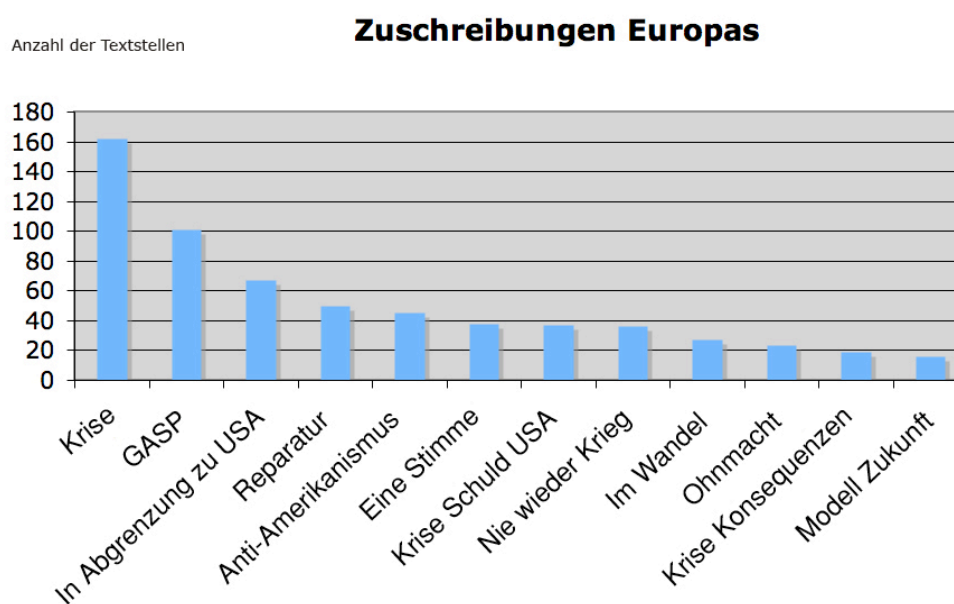
Die Bush-Administration konnte sich somit mit ihren sachlichen Argumenten im Diskurs nicht durchsetzen.

Auch die Verteilung der Pro- und Contra- Argumente im Diskurs haben gezeigt, dass die Contra-Argumente eindeutig überwiegen. Allen auftretenden Pro-Argumenten wird im Diskurs ein Contra-Argument entgegengestellt. Bezogen auf die rein sachliche Argumentation im Interventionsdiskurs konnte die Bush-Administration eine Intervention im Irak nicht ausreichend begründen und keine Deutungshoheit im Diskurs erzielen.

4.4 Europa als Legitimationsressource

Nach diesem Überblick über die im Diskurs verwendeten Pro- und Contra-Argumente, erfolgt in den nächsten Kapiteln eine Analyse, wie über Europa, Amerika, die transatlantischen Beziehungen und bi- und multinationale Akteure im Diskurs gesprochen wird und inwieweit diese identitären Zuschreibungen als Legitimationsressourcen fungieren. In diesem Kapitel geht es um die Zuschreibungen Europas.

Abb. 8: Zuschreibungen Europas¹⁰²



Europa wird im untersuchten Diskurs vor allem mit einer konstatierten Krise in Verbindung gebracht (Code: Europa/Krise n=256). Nach Bredow (2004: 7) können

¹⁰² Hier folgt eine kurze Definition der Codes.

Krise: Krise in Europa wird allgemein thematisiert (n=160 von gesamt n=256);

GASP: gemeinsame europäische Außenpolitik wird thematisiert;

In Abgrenzung zu USA: Europa wird in Abgrenzung oder als Gegenmacht zu den USA thematisiert;

Reparatur: Europas Krise wird repariert oder zumindest in diesem Kontext diskutiert;

Anti-Amerikanismus: Das Thema Anti-Amerikanismus wird kommuniziert;

Eine Stimme: Appelle, dass Europa mit einer Stimme sprechen soll, oder keine gemeinsame Stimme hat;

Krise Schuld USA: Die USA sind die Schuldigen an der europäischen Krise;

Nie wieder Krieg: Europas Selbstverständnis wird mit der kriegerischen Vergangenheit in Verbindung gebracht;

Im Wandel: Es wird analysiert, dass sich Europa im Wandel befindet;

Ohnmacht: Die Schwäche, Ohnmacht bzw. Handlungsunfähigkeit Europas werden thematisiert;

Krise Konsequenzen: Konsequenzen, die Europa aus der Krise ziehen soll;

Modell Zukunft: Die zukünftige Rolle, die Visionen und Modelle Europas werden thematisiert.

verschiedene Indizien für die Zerrissenheit der Europäer sprechen.¹⁰³ Diese verschiedenen Indizien und Deutungen der Zerrissenheit, bzw. die Art wie die europäische Krise in den Medien diskutiert wurde, werden im nächsten Unterkapitel in einer qualitativen Analyse genauer untersucht.

Im vorliegenden Diskurs werden vor allem die USA als Hauptschuldiger der europäischen Krise und Zerstrittenheit im Vorfeld des Irak-Krieges gesehen (n=37/61). Die häufige Thematisierung der USA als Schuldige an der *europäischen Krise* dient als Legitimationsressource gegen eine Intervention. Die Strategie der USA, so der Tenor in den meisten Artikeln, ist es, Europa zu teilen, um einen größeren Einfluss auf Europa zu haben: „*Washington's primary strategy in recent weeks is to divide and conquer.*“¹⁰⁴

Der Thematisierung der europäischen Krise als häufigster Code Europas im Interventionsdiskurs, folgen als zweithäufigste Zuschreibung Europas, die aus der Krise entstandenen Konsequenzen und die aus der europäischen Krise abgeleitete Notwendigkeit eine zukünftige handlungsfähige GASP (Code: Europa/GASP) zu etablieren. Auch hier wird in einem zweiten Analyseschritt genauer untersucht, auf welche Art und Weise im Diskurs über die europäische gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gesprochen wird.

Eine weitere relativ häufig auftauchende Deutung Europas im Diskurs enthält der Code „Europa in Abgrenzung zu den USA“ (n=70). Dieser Code beinhaltet sowohl Textstellen, die Forderungen enthalten, dass sich Europa von Amerika abgrenzen sollte, oder auch Textstellen, in denen auf die Gefahr hingewiesen wird, dass sich Europa von Amerika abgrenzen könnte. Der Code enthält also Textstellen, in denen Europas Selbstverständnis in Bezug auf Amerika diskutiert und verhandelt wird. Dieser Code erscheint dominant in den deutschen Medien (n=45/70). Von den insgesamt im Diskurs codierten Textstellen (n=70) finden sich zwei Drittel (n=45) in den deutschen Medien

¹⁰³ Indizien für die Zerstrittenheit Europas:

- a) Staaten Europas halten sehr bewusst und nachdrücklich an ihrer außenpolitischen Souveränität fest (gerade auch die neuen Mitgliedsstaaten).
- b) Strukturen der supranationalen Willensbildung für eine gemeinsame Außenpolitik sind schwach.
- c) Der direkte Einfluss Amerikas auf einzelne europäische Staaten ist nach wie vor stärker als der Wille der europäischen Regierungen, die Union zu einem eigenständigen weltpolitischen Akteur zu machen (Bredow 2004:7).

¹⁰⁴ The Guardian, 21.02.2003, A trap set for protesters.

nach Kriegsende. Es handelt sich also um eine vorwiegend deutsche Debatte. Diese Debatte „Europa in Abgrenzung zu den USA“ wurde durch den Artikel von Habermas nach dem offiziellen Kriegsende ausgelöst. Habermas appelliert ausdrücklich an eine europäische Identitätsbildung in Abgrenzung zu den USA.

Eine weitere dominante Zuschreibung Europas im vorliegenden Untersuchungsdiskurs ist der Vorwurf des „europäischen Anti-Amerikanismus“ bzw. die Auseinandersetzung mit diesem Thema (n=45). Dieser Code beinhaltet Textstellen, in denen der europäische Anti-Amerikanismus verhandelt wird, wobei auch Textstellen in diesem Code relevant sind, in denen der Vorwurf des europäischen Anti-Amerikanismus abgelehnt wird. Es reicht also aus, wenn europäischer Anti-Amerikanismus thematisiert wird.

Europa wird im Diskurs auch mit den leidvollen Erfahrungen der kriegerischen, europäischen Geschichte in Verbindung gebracht. Diese Zuschreibungen wurden im Code „Europa - Nie wieder Krieg“ (n=36) erfasst. Aus den Lehren der Geschichte ist ein europäisches Selbstverständnis entstanden, generell „Nie wieder Krieg“ zu führen, was natürlich die Handlungsoptionen im Falle einer Intervention im Irak erheblich minimiert. Im europäischen Selbstverständnis haben sich die negativen und leidvollen Erfahrungen des Krieges verfestigt und gehören zum Gründungsmythos der Europäischen Union.

Europa wird in einigen Artikeln mit Schwäche und Ohnmacht in Verbindung gebracht: Code „Europa – Ohnmacht“ (n=23). Durch diese Zuschreibung wird Europa als ohnmächtig, handlungsunfähig und ohne Einfluss auf die USA dargestellt: *„Erst zerstritten, dann gespalten, am Ende gelähmt - jenes Gebilde, das sich selbst gern das vereinte Europa nennt.“*¹⁰⁵ Teilweise wirkt eine solche Zuschreibung auch legitimierend für die Position der amerikanischen Administration, da sich Europa trotz Schwäche anmaßt, Amerika die Richtung im außenpolitischen Handeln vorzugeben. *„They were debating what the United States should do. It was clear that Europe could do very little without increasing its military power.“*¹⁰⁶

¹⁰⁵ Süddeutsche Zeitung, 21.03.2003, Europa als Amerikas Rosinenkuchen.

¹⁰⁶ The New York Times, 31.01.2003, Why Today's Europeans Object to America's Worldview.

In einem weiteren identifizierten Code wird an die Einigkeit Europas appelliert. Dieser Appell drückt sich in der seit Jahren ständig in verschiedenen Krisen wieder aktivierten Redewendung aus, dass Europa „mit einer Stimme“ (n=38) sprechen oder eine gemeinsame Position entwickeln muss, wie beispielsweise auf dem EU-Sondergipfel, wo sich die europäischen Regierungschefs zu der gemeinsamen Position durchgerungen haben, dass ein Krieg im Irak „als letztes Mittel“ legitim sei.

Folgendermaßen könnte eine verkürzte Storyline der Europazuschreibungen im Diskurs beschrieben werden: Die europäische Krise ist durch die Uneinigkeit der Europäer bezüglich des Vorgehens im Irak entstanden. Es liegt im strategischen Interesse der USA, Europa zu teilen. Die europäische Krise hat schon vor der Intervention im Irak eine Diskussion über das außenpolitische Selbstverständnis der EU ausgelöst und mündet in den Appell, in zukünftigen Krisen nicht so handlungsunfähig zu sein, die Schwierigkeiten der Abstimmung nationaler Interessen zukünftig zu minimieren und „mit einer Stimme“ zu sprechen. Das europäische Selbstverständnis wird dominant in Bezug auf Amerika thematisiert. Amerika ist der „Andere“, von dem sich Europa im Diskurs abzugrenzen versucht.

Nachdem diesem Überblick über die häufigsten Zuschreibungen Europas folgt deren Verteilung auf die Untersuchungsländer und die Darstellung, wie sich die Zuschreibungen Europas im Diskursverlauf vor, während und nach dem Irak-Krieg verändern, und in einem abschließenden Schritt, welches Legitimationspotenzial sie entfalten.

Die folgende Tabelle zeigt eine Übersicht der häufigsten Zuschreibungen Europas im Ländervergleich: Die Zahlen in der Tabelle nennen die Anzahl der codierten Textstellen.

| | Deutschland | Großbritannien | Spanien | USA | Gesamt |
|----------------------|-------------|----------------|---------|-----|--------|
| Krise (gesamt) | 76 | 70 | 71 | 39 | 256 |
| GASP | 43 | 24 | 25 | 7 | 99 |
| In Abgrenzung zu USA | 46 | 12 | 4 | 6 | 68 |
| Reparatur | 16 | 24 | 9 | 1 | 50 |
| Anti-Amerikanismus | 14 | 8 | 14 | 11 | 47 |
| Eine Stimme | 23 | 4 | 11 | 2 | 40 |
| Krise Schuld USA | 14 | 12 | 7 | 5 | 38 |
| Nie wieder Krieg | 9 | 5 | 19 | 6 | 39 |

Die Krise in Europa wird in den europäischen Medien im Interventionsdiskurs am meisten thematisiert (n=217). Überraschend ist, wie häufig auch in der amerikanischen Presse auf die europäische Krise eingegangen wird (n=39). Dort hat die Krise der Europäer eine eher legitimierende Wirkung für das eigene außenpolitische Vorgehen, da ein Teil der Europäer sich an die Seite der USA stellt. Die GASP wird in den deutschen Medien am häufigsten thematisiert (n=43). Die notwendigen Konsequenzen, die aus der europäischen Krise führen könnten, werden somit in den Medien des kriegablehnenden Landes stärker diskutiert als in den Medien, die den Krieg befürworten. Keine besondere Rolle spielt die Auseinandersetzung über die GASP in der amerikanischen Presse (n=7). Sehr signifikant ist die häufige Zuschreibung „Europa in Abgrenzung zu den USA“ in den deutschen Medien (n=46). In den Medien des kriegsgegnerischen Deutschlands wird also Europa dominant in Abgrenzung zu den USA diskutiert. Hier sind die USA der „Andere“ von dem sich Europa abgrenzt. In den angelsächsischen Medien wird hingegen eher vor einem Europa gewarnt, das seine Identität in Abgrenzung zu den USA sucht. Die Reparatur Europas wird vor allem in den britischen Medien thematisiert (n=24). In den USA wird Europa nach Ausbruch des Irak-Krieges nahezu ausgeblendet, im Gegensatz dazu wurde in den amerikanischen Medien vor Kriegsbeginn die europäische Krise intensiv wahrgenommen und diskutiert. Der europäische Anti-Amerikanismus

wird ungefähr gleich stark in den Medien der untersuchten Länder thematisiert, aber hier müssen die Textstellen qualitativ analysiert werden, um die Länderunterschiede herauszuarbeiten. Der Appell, dass Europa mit einer Stimme spricht oder mit einer Stimme sprechen soll, ist in den deutschen Medien am dominantesten (n=23). Die Schuld an der europäischen Krise wird in den deutschen (n=14) und in den britischen Medien (n=12) am häufigsten den USA gegeben. Europa wird vor allem in den spanischen Medien mit der Zuschreibung „Nie wieder Krieg“ (n=19) thematisiert. Aufgrund der Samplingstrategie nimmt die Anzahl der Artikel im Diskursverlauf insgesamt ab. Dies muss bei der vergleichenden Analyse der quantitativen Ergebnisse berücksichtigt werden.

Die folgende Tabelle ist eine Übersicht der Europazuschreibungen im Diskursverlauf.

| Kriegsphase | Deutschland | | | Spanien | | | Großbritannien | | | USA | | |
|--------------------------|-------------|----|----|---------|---|---|----------------|----|----|-----|---|---|
| | v | w | n | v | w | n | v | w | n | v | w | n |
| Krise | 29 | 20 | 27 | 56 | 7 | 5 | 30 | 24 | 18 | 37 | 0 | 3 |
| GASP | 4 | 14 | 25 | 14 | 3 | 8 | 7 | 12 | 5 | 4 | 0 | 3 |
| In Abgrenzung zu den USA | 1 | 3 | 42 | 1 | 2 | 1 | 3 | 7 | 2 | 1 | 1 | 4 |
| Reparatur | 3 | 9 | 4 | 5 | 0 | 4 | 6 | 11 | 7 | 1 | 0 | 0 |
| Anti-Amerikanismus | 1 | 1 | 12 | 13 | 0 | 1 | 4 | 3 | 1 | 10 | 1 | 0 |
| Eine Stimme | 16 | 3 | 4 | 10 | 0 | 1 | 2 | 0 | 2 | 2 | 0 | 0 |
| Krise Schuld USA | 2 | 5 | 7 | 4 | 1 | 5 | 6 | 1 | 5 | 3 | 1 | 2 |
| Nie wieder Krieg | 0 | 1 | 8 | 19 | 0 | 0 | 3 | 1 | 1 | 6 | 0 | 0 |

Die Zahlen in der Tabelle nennen die Anzahl der codierten Textstellen (v = vor dem Krieg, w = während dem Krieg, n = nach dem Krieg).

Die Krise in Europa wird nach Ausbruch des Irak-Krieges vor allem in den deutschen und den britischen Medien weiter thematisiert, wogegen in den amerikanischen und spanischen Medien die Krise in Europa nach Kriegsausbruch nicht mehr relevant ist. Die Auseinandersetzung über eine GASP setzt in den deutschen Medien erst während des Krieges im Zusammenhang mit dem sogenannten Pralinengipfel ein und nach dem Krieg

im Zuge des Habermas-Diskurses ein. In den spanischen Medien setzt die Auseinandersetzung mit der GASP schon vor dem Kriegsausbruch im Zusammenhang mit dem Brief der Acht ein. Der Appell, Europa müsse mit einer Stimme sprechen, tritt hauptsächlich in den deutschen und spanischen Medien vor allem vor Ausbruch des Irak-Krieges auf und spielt im weiteren Diskursverlauf keine bedeutende Rolle mehr. Die beiden Zuschreibungen „Anti-Amerikanismus“ und „Europa in Abgrenzung zu den USA“ erscheint in den deutschen Medien im Zuge des Habermas-Diskurses. Diese Diskussion um die europäische Identitätsbildung in Abgrenzung zu den USA ist ein Diskurs, der in den deutschen Medien erst nach dem offiziellen Kriegsende einsetzt und somit die Lehren aus der Krise und dem Krieg auf diese Weise thematisiert. Die Konfrontation Europas mit der eigenen kriegerischen Vergangenheit und die Lehre daraus, „Nie wieder Krieg“ zu führen, tritt in den spanischen Medien signifikant häufiger auf. Das Thema des europäischen Anti-Amerikanismus zeigt sich vor allem in den amerikanischen und den spanischen Medien vor Ausbruch des Irak-Krieges und spielt im weiteren Diskursverlauf nur noch eine untergeordnete Rolle. Nur in Deutschland setzt man sich mit diesem Thema im Zuge des Habermas-Diskurses weiter auseinander. Vor allem in den britischen und deutschen Medien wird während des Irak-Krieges versucht, die Krise in Europa zumindest rhetorisch wieder zu reparieren.

Signifikant ist, dass in den amerikanischen Medien vor dem Irak-Krieg die Thematisierung der europäischen Krise dominierte, während nach Ausbruch des Irak-Krieges die Auseinandersetzung mit Europa eindeutig zurückgeht.

In den folgenden Unterkapiteln wird gezeigt, was sich hinter den dominanten Zuschreibungen Europas verbirgt und inwieweit es feine Unterschiede in den Zuschreibungen im Ländervergleich gibt, ob es Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Gebrauch der Zuschreibungen im Diskursverlauf gibt und inwiefern diese identitären Zuschreibungen als Legitimationsressource für oder gegen eine Intervention im Irak dienen.

4.4.1 Europas Krise

Europa wird in meinem untersuchten Interventionsdiskurs vor allem mit der Krise innerhalb der EU thematisiert (n=256). Hier stellt sich die Frage, ob die Ursachen, die Konsequenzen und die Lösungen der Krise in den jeweiligen nationalen Medien unterschiedlich diskutiert und gedeutet werden. Die folgende deskriptive Beschreibung stellt dar, wie die europäische Krise im Diskurs gedeutet wurde.

Erst durch den Brief der Acht manifestiert sich die Krise in den deutschen Medien. Die deutsche Regierung reagiert darauf mit der „*Mahnung zur Einigkeit*“ und mit dem Hinweis, dass „*die gemeinsamen Interessen der EU nicht gefährden werden dürfen*“¹⁰⁷. Durch die Initiative hat sich „*die Hoffnung der Bundesregierung auf eine gemeinsame europäische Position gegen einen Irak-Krieg zerschlagen*“¹⁰⁸. Die europäische Krise offenbart sich aus Sicht der deutschen Regierung darin, dass keine gemeinsame europäische Position in der Irak-Krise mehr möglich ist. Die Initiative „*beleuchtet vielmehr auch die Brüche innerhalb der EU ebenso wie die Spaltung der vier Europäer im Weltsicherheitsrat: hier Großbritannien (Vetomacht) und Spanien, dort Frankreich (Vetomacht) und Deutschland*“¹⁰⁹. In den deutschen Medien taucht auch die Deutung auf, dass die europäische Krise bereits seit Jahren abzusehen war:

„*Dabei begann der Zersetzungsprozess nicht am Tag der deutsch-französischen Anti-Kriegs-Allianz in Versailles oder mit dem Brief der Acht. Der Beginn des europäischen Irak-Desasters lässt sich auf Jahre zurückverfolgen.*“¹¹⁰

Schon vor dem Brief der Acht wird in den britischen Medien darauf hingewiesen, dass die Auseinandersetzung über die Rechtmäßigkeit eines möglichen USA-Angriffes die Europäische Union spaltet:

„*As well as splitting Washington from the ‚old‘ Continent, the quarrel over the legality of a possible US-led attack on Iraq is driving a wedge through the European Union with Britain outside a strengthening alliance between France and Germany.*“¹¹¹

¹⁰⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.01.2003, Mahnungen zur Einigkeit spalten die Europäische Union in der Irak-Politik.

¹⁰⁸ Süddeutsche Zeitung, 31.01.2003, Berliner Scherbenhaufen.

¹⁰⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.01.2003, Die Freunde Amerikas erheben ihre Stimme.

¹¹⁰ Süddeutsche Zeitung, 05.02.2003, Vom europäischen Traum.

Durch den Brief der Acht der „*gang of eight*“, offenbart sich jedoch erst die Teilung Europas. „*Europe's divisions over Iraq were cruelly exposed last night after Tony Blair and seven other leaders called on the entire continent to back the US in the battle to disarm Saddam Hussein*“¹¹². Der Brief der Acht machte die Teilung Europas bewusst: „*Of course, Europe is divided over how to handle Iraq, as shown by last week's letter.*“¹¹³ In den britischen Medien wird befürchtet, dass die europäische Krise der NATO schaden könnte. „*The European split also remains highly damaging to Nato.*“¹¹⁴ Auch in einem weiteren Artikel werden die Auswirkungen der europäischen Krise auf die NATO stärker thematisiert. Eine solche Betrachtungsweise, welche Konsequenzen die europäischen Krise für die NATO haben könnte, spielt in den deutschen Medien keine Rolle. Hier werden also schon nationale Unterschiede im Umgang und in der Reflexion der europäischen Krise sichtbar. „*Which brings us to the deeper problem which Nato now faces, the identity crisis at the heart of the alliance.*“¹¹⁵

Diese Spaltung kann charakterisiert werden als eine Spaltung zwischen dem „alten und neuen Europa“ oder wie aus dem Titel „*Palmerston*¹¹⁶ *versus pirates, pacifists and parasites*“¹¹⁷ des Artikels hervorgeht - zwischen einem traditionellen britischen und einem pazifistischen, parasitären Verständnis von Außenpolitik. Diese Zuschreibung delegitimiert eher die Haltung des „alten Europas“ in der Irak-Krise. Hier wird die europäische Krise somit auf ein grundsätzlich unterschiedliches europäisches Selbstverständnis in der Außenpolitik zurückgeführt. Als Verursacher der europäischen Krise wird in den britischen Medien unter anderem auch Blair gesehen. Blair war fest entschlossen, die Gefahr durch Saddam Hussein zu bekämpfen und nahm mögliche Konsequenzen, wie „*of rising public opposition to war, deep divisions within Europe*

¹¹¹ The Times, 25.01.2003, US-Europe spat threatens to isolate Britain.

¹¹² The Guardian, 31.01.2003, Dismay in Brussels at break in ranks: EU is further divided by gang of eight.

¹¹³ The Times, 06.02.2003, Mon Dieu! Blair secretly agrees with the French.

¹¹⁴ Ebd.

¹¹⁵ The Times, 11.02.2003, Palmerston versus pirates, pacifists and parasites.

¹¹⁶ John Henry Palmerston war britischer Premierminister, der selbst in seiner Funktion als Innenminister großen Einfluss auf die britische Außenpolitik hatte und sich für den Eintritt seines Landes in den Krimkrieg stark machte (vgl. wikipedia).

¹¹⁷ The Times, 11.02.2003, Palmerston versus pirates, pacifists and parasites.

*and a rebellious Labour party at his back.*¹¹⁸, bewusst in Kauf. Blair wird unterstellt, dass er durch seine Haltung zum Irak-Krieg die Einheit Europas geopfert habe: *„There is no fatted calf Blair won't sacrifice for Bush - not even European unity.*¹¹⁹ Diese negative Zuschreibung, Schuld an der europäischen Krise zu sein, hat auch eine delegitimierende Wirkung auf das außenpolitische Handeln Großbritanniens.

In den amerikanischen Medien findet die Rumsfeld-Äußerung insofern Unterstützung, als der Aufteilung in ein „altes und neues Europa“ zugestimmt wird. In den amerikanischen Medien wird das geteilte Europa auch schon vor dem Brief der Acht thematisiert:

*„Europe is indeed beginning to divide - slowly, unevenly but perceptibly - into two very distinct camp.*¹²⁰

Während die Krise Europas in den deutschen Medien erst seit dem Brief der Acht intensiver thematisiert wurde, dominierte davor die Empörung über die Rumsfeld-Äußerung. In der amerikanischen Presse zeigt sich auch die Sichtweise, dass die europäische Krise weniger mit der Irak-Krise zu tun hat als mit den Beziehungen, die einzelne europäische Länder mit den USA pflegen.

*„Sergio Romano, a former Italian diplomat and foreign affairs commentator, said the wedge splitting Europe was not Iraq. ‚The problem is relations with the United States,‘ he said.*¹²¹

Die kriegablehnende Haltung einiger europäischer Länder ist also weniger in der Sache begründet, sondern wird auf grundsätzliche Probleme mit den USA auf der Beziehungsebene zurückgeführt. Auch in dem folgenden Zitat wird die wachsende europäische Krise durch die unterschiedlichen Auffassungen der europäischen Nationen zum nordatlantischen Bündnis erklärt. Ursache der europäischen Krise sind also hier die unterschiedlichen Beziehungen, die zu den USA bestehen:

„As Europe struggles to define its position toward Iraq, the debate is generating not an Iraq problem but a Europe problem, a growing split between nations like France and Germany that

¹¹⁸ The Times, 02.02.2003, Countdown to war as time slips away.

¹¹⁹ The Guardian, 03.02.2003, Beginning of the end: The US is ignoring an important lesson from history - that an empire cannot survive on brute force alone.

¹²⁰ The Washington Post, 29.01.2003, Here Comes the New Europe.

¹²¹ The New York Times, 31.01.2003, Who Stands With U.S.? Europe Is of Two Minds.

are defending a narrower, European interest and those looking to a broader, North Atlantic alliance.“¹²²

Aus diesem Zitat geht hervor, dass nicht so sehr die Unstimmigkeiten über eine Vorgehensweise im Irak der Grund für die europäische Spaltung sind, sondern vielmehr die unterschiedliche Auffassung der Bündnisverpflichtungen gegenüber der NATO innerhalb Europas. In den amerikanischen Medien wird der Brief der Acht als Dokument gewertet, das den Kurs der Bush-Administration unterstützt, wie schon aus dem Titel eines Artikels hervorgeht: *„8 Leaders In Europe Back Bush On Iraq“*.¹²³ Dadurch hat der Brief der Acht eine legitimierende Wirkung für das amerikanische außenpolitische Vorgehen im Interventionsdiskurs. Durch das Dokument wird die Spaltung Europas erst offensichtlich: *„a declaration that exposed and hardened Europe's divisions over the use of military force against Saddam Hussein's government.“*¹²⁴ Wichtiger aus amerikanischer Perspektive ist jedoch die Unterstützung eines Teils der europäischen Länder im Rahmen der beabsichtigten Intervention im Irak. Auffallend ist, dass in den amerikanischen Medien die Teilung Europas in ein kriegsgegnerisches Europa und in ein pro-amerikanisches Europa vollzogen wird. Die Zuschreibung „pro-amerikanisch“ ist in den europäischen Medien im Zusammenhang der Krise unterrepräsentiert.

*„The statement highlighted the division that the Iraq crisis has created in Europe, with the 'old Europe' - as Defense Secretary Donald H. Rumsfeld dubbed France, Germany, Greece and others - pitted in its opposition to war against the more pro-American East European countries, as well as Britain, Spain, Italy, Denmark and Portugal.“*¹²⁵

Die Länder Europas, die eine andere Auffassung von der Vorgehensweise im Irak haben, sind anti-amerikanisch, was deren Haltung delegitimiert. In den amerikanischen Medien wird das Verhalten der Kriegsgegner eher auf der Beziehungsebene und mit mangelnder Bündnissolidarität in Verbindung gebracht und nicht mit rationalen Argumenten, die gegen einen Krieg sprechen könnten. Die europäische Krise wird in den amerikanischen Medien auch mit dem Nachlassen des französischen Einflusses auf die osteuropäischen

¹²² The New York Times, 31.01.2003, Who Stands With U.S.? Europe Is of Two Minds.

¹²³ The Washington Post, 31.01.2003, 8 Leaders In Europe Back Bush On Iraq.

¹²⁴ Ebd.

¹²⁵ The Washington Post, 06.02.2003, Speech Fails to Budge Europeans From Their Divergent Positions.

Länder in Verbindung gebracht, die im Gegensatz zu Frankreich den Amerikanern aus den historischen Erfahrungen dankbar sind. Hier richtet sich auch unterschwellig der Vorwurf der Undankbarkeit und mangelnden Bündnissolidarität gegen die Franzosen.

„But divisions exist. The war of words highlighted not only disagreement over Iraq, but also France's struggle for dominance in European affairs in the face of an enlarging European Union whose incoming members are historically to the United States.“¹²⁶

In den spanischen Medien wird Aznar die Schuld an der europäischen Krise gegeben, da er einer der Initiatoren des Briefs der Acht ist. Hier werden die Vorwürfe vor allem der Opposition durch Zapatero, Parteivorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE), geäußert, wie folgendes Beispiel im Titel der *El Mundo* zeigt: *„Malestar en la Union Europea. Zapatero: ‚Aznar divide y fracciona‘. Rechaza la carta de 8 paises de la UE y apoyara marchas por la paz.“¹²⁷* In Spanien hat der Brief der Acht auch Proteste in der Öffentlichkeit ausgelöst. Das ist einer der wesentlichen Unterschiede zu den anderen nationalen Medien.

In der europäischen Krise offenbart sich auch der interdependente Charakter europäischer Identität. Bei transatlantischen Interessenkonflikten ist die europäische Identität abhängig von den Positionen der europäischen Nationalstaaten, d.h. ob sie sich eher pro-amerikanisch oder pro-europäisch verhalten. Diese unterschiedlichen europäischen Positionen im Verhältnis zu den USA haben die europäische Krise ausgelöst. In einem solch harten Konflikt wie Krieg sind die Nationalstaaten aufgefordert sich klar zu positionieren, eine „Sowohl-als-auch“-Haltung taucht im Diskurs nicht auf. Außerdem zeigt sich, dass der Interventionsdiskurs mit der Rumsfeld-Äußerung und dem Brief der Acht zu einem Selbstverständigungsdiskurs über Europa geworden ist. In den amerikanischen Medien wird die kriegablehnende Haltung einiger Europäer so dargestellt, als hätten sie ein Problem mit den Amerikanern. Es wird ihnen unterstellt, nicht pro-amerikanisch zu sein. Die sachlichen Argumente werden im Kontext dieser Diskussion als Erklärung für das kriegablehnende Verhalten eher ausgeblendet. Besonders interessant ist der Zeitpunkt der Thematisierung der innereuropäischen Krise.

¹²⁶ The New York Times, 19.02.2003, Chirac Scolding Angers Nations That Back U.S..

¹²⁷ El Mundo 31.01.2003, Malestar en la Union Europea. Zapatero: „Aznar divide y fracciona“. Rechaza la carta de 8 paises de la UE y apoyara marchas por la paz.

Bereits die klare deutsch-französische Positionierung gegen den Krieg wird von der britischen Presse für den Beginn der europäischen Krise gewertet, wohingegen in den deutschen Medien der Konflikt erst mit der Handlungsunfähigkeit Europas bei Veröffentlichung des Briefs der Acht seine Relevanz erhält. Zu diesem Ergebnis kam auch die vergleichende Untersuchung, die die Wahrnehmung der europäischen Krise während der Irak-Krise zum Gegenstand hatte (Tatur 2009: 95).

In den Medien dokumentiert sich die europäische Krise zu unterschiedlichen Zeitpunkten, was auf das zugrundeliegende unterschiedliche Europaverständnis schließen lässt. Die Thematisierung der Krise in Europa zeigt, dass Europa als einheitlicher Akteur im Interventionsdiskurs keine Erwähnung findet. Es gibt im Interventionsdiskurs kein handlungsleitendes europäisches „Wir“. Im nächsten Kapitel wird analysiert, wer für die Krise in Europa verantwortlich gemacht wurde.

4.4.2 USA: Hauptschuldiger der europäischen Krise

Wer ist Schuld an der europäischen Krise? Als Verantwortliche für die Krise in Europa werden im Diskursverlauf Frankreich, *„France, I believe, will use the Iraq war as an excuse to create a permanent schism in the EU“*¹²⁸, aber auch Deutschland und Frankreich gemeinsam verantwortlich gemacht. Für Giuliano Amato¹²⁹ *„hat der außenpolitische Riss in der EU zwei Gründe – ihre schwache Machtordnung und die deutsch-französische Ignoranz“*¹³⁰. Auch Spanien wird als Verursacher der europäischen Krise gesehen. Vor allem die spanische Opposition macht Aznar im Zusammenhang mit dem Brief der Acht diesen Vorwurf. *„Malestar en la Union Europea. Zapatero: ‚Aznar divide y fracciona‘*.¹³¹ Blairs Haltung im Irak-Krieg wird ebenfalls für die Krise in Europa verantwortlich gemacht. *„I am not sure Mr Blair fully realises the damage done*

¹²⁸ The Times, 03.04.2003, The future of Britain and the European Union; conflict and humanity; the lessons of history.

¹²⁹ Giuliano Amato war ab 2002 Vizepräsident des Europäischen Konvents, der die Europäische Verfassung erarbeitete.

¹³⁰ Süddeutsche Zeitung, 03.02.2003, Europa braucht einen starken Präsidenten.

¹³¹ El Mundo, 31.01.2003, Malestar en la Union Europea. Zapatero: "Aznar divide y fracciona".

*in Europe by his stance on Iraq.*¹³² Die Schuldzuschreibungen personalisieren sich also, was Spanien und Großbritannien betrifft, an den jeweiligen Regierungschefs Aznar und Blair. Jedoch werden die USA im Interventionsdiskurs signifikant am häufigsten als Schuldige der europäischen Krise genannt und es wird sogar unterstellt, dass es Amerikas Strategie war, Europa zu teilen. *„Washington’s primary strategy in recent weeks is to divide and conquer.”*¹³³ In der britischen *Times* wird der deutsche Verteidigungsminister Struck mit dieser Ansicht zitiert:

*„The Germans interpret this as an attempt by the US to splinter any endeavour to forge a common European foreign policy on Iraq”*¹³⁴.

Auch auf die französische Berichterstattung wird in den britischen Medien eingegangen. Dort werden die Unterstützer Amerikas als Vasallen bezeichnet, die Amerika helfen, Europa zu spalten:

*„French newspapers attacked President George Bush’s ‚vassals and acolytes’ who helped Washington divide Europeans just when Paris and Berlin were trying to rally them to stand up to pressure from the US”*¹³⁵.

Die Unterzeichner des Briefs der Acht werden ebenfalls als Handlanger bezeichnet, die die USA in ihrer Strategie, Europa zu spalten, unterstützen:

*„The media of the Left and the Right portrayed the ‚gang of eight’ yesterday as ‚new Europe’ stooges who were serving a US strategy of dividing the Continent”*¹³⁶.

Diese ausgeprägten Schuldvorwürfe und Unterstellungen, dass es die Absicht Amerikas ist, Europa zu teilen, kommen in den britischen Medien am deutlichsten zum Vorschein. Dieses Ergebnis ist kontra-intuitiv, da es eher verwundert, dass im transatlantisch gesinnten Großbritannien den USA in den Medien sehr deutlich Spaltungsabsichten unterstellt werden.

Was die Schuldzuweisungen betrifft, ist es interessant, dass im Diskurs nicht ein Schuldiger genannt wird, sondern sich die Schuldvorwürfe auf viele Länder erstrecken

¹³² The Times, 06.03.2003, No 10 fails to recognise how its stance has hurt Europe.

¹³³ The Guardian, 21.02.2003, A trap set for protesters.

¹³⁴ The Times, 07.02.2003, Police braced for Munich protest against Rumsfeld.

¹³⁵ The Guardian, 01.02.2003, Threat of war: Divided EU may hold emergency summit.

¹³⁶ The Times, 01.02.2003, Chirac will use meeting with Blair to save face over Iraq.

und somit die Vermutung nahe liegt, dass die Schuldvorwürfe teilweise strategisch eingesetzt werden, um die jeweils eigene politische Position zu stärken bzw. die des anderen zu schwächen.

4.4.3 Notwendigkeit der GASP als Lehre aus der Irak-Krise

Wie gezeigt wurde, wird im Zuge des Interventionsdiskurses Europa vor allem im Zusammenhang mit der Krise thematisiert, die entstanden ist, da Europa seine nationalen außenpolitischen Interessen nicht bündeln konnte und nicht als einheitlicher europäischer außenpolitischer Akteur auftrat. Der zweite dominante Kontext, in dem Europa im Interventionsdiskurs diskutiert wird, sind die Lehren aus dieser europäischen Krise. Der Aufbau einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) in Europa wird als notwendiger Schritt angesehen, um zukünftig solche Krisen zu vermeiden und Europa als außenpolitischen Akteur sichtbar werden zu lassen.

Der Code „Europa GASP“ beinhaltet Textstellen, in denen Europa als außenpolitischer Akteur thematisiert wird. Dieser Code ist im gesamten Diskursverlauf vertreten und tritt vor allem im Zuge des Ereignisses „Brief der Acht“ und des „Pralinengipfels“ in den Medien auf.

Durch den Brief der Acht wurde die Uneinigkeit der Europäer sichtbar und der Appell zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wurde lauter. In den amerikanischen Medien scheint die Auseinandersetzung mit der europäischen Außenpolitik bzw. dem Streben nach einer GASP eher eine untergeordnete Rolle zu spielen, da dieser Code dort nur in sieben Textstellen von insgesamt 102 gefunden Codierungen im Diskurs vorkommt. Die Konsequenzen aus der europäischen Krise wurden in den europäischen Medien schon früh thematisiert. So sieht man beispielsweise bereits im Zusammenhang mit dem Brief der Acht die Überwindung der europäischen Krise im Aufbau einer GASP.

Die Irak-Krise hat die schnelle Realisierung des Projekts GASP geschwächt und aufgezeigt, dass es keine Einigkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik gibt, wie es die dominante Sichtweise im Interventionsdiskurs beweist. Jedoch wird die Uneinigkeit der

Europäer, die sich im Zuge der Irak-Krise zeigte, auch als grundlegender Dissenz der Europäer über den Sinn und Zweck der GASP interpretiert, was in früheren Debatten einfach ausgeblendet wurde.

„Der Streit um den Irak-Krieg wiegt deshalb so schwer, weil er grundsätzliche Divergenzen über den Sinn und Zweck der GASP aufdeckt: Welche Rolle soll die EU in der Welt spielen? Wie viel Autonomie braucht Europa gegenüber den USA? In welchem Verhältnis stehen GASP und nationale Außenpolitik?“¹³⁷

Der Rekurs auf die Notwendigkeit einer GASP setzt mit dem Auftreten des Briefs der Acht im Diskurs als eine Antwort auf die dadurch entstandene Krise in der EU ein und ist ein Indiz dafür, dass der europäische Selbstverständigungsprozess und die Reparaturarbeiten an der europäischen Krise schon früh in Gang gesetzt wurden.

Im Zuge des Briefs der Acht appelliert der EU-Ratvorsitzende Kostas Simitis an die EU-Staaten, zu einer gemeinsamen außenpolitischen Position zu finden.

„Die EU strebt eine gemeinsame Außenpolitik an. Daher ist zum Thema Irak Einvernehmen notwendig.“¹³⁸

Eine Konsequenz, die aus der europäischen Krise gezogen wird, ist die Notwendigkeit der Ernennung eines europäischen Präsidenten, der den Konsens in der Außenpolitik vermittelt, wie im Titel zu sehen ist: *„Europa braucht einen starken Präsidenten“¹³⁹*. Ein weiterer Schluss, der aus der europäischen Krise gezogen wird, ist die Notwendigkeit einer handlungsfähigeren EU, auch um einen Multilateralismus zu ermöglichen, was als eine weitere Lehre aus der Irak-Krise in den Medien thematisiert wird.

Durch den Brief der Acht, so die vorherrschende Meinung in den Medien, sei eine schnelle Realisierung der GASP eher unwahrscheinlich geworden. Der Brief der Acht und die Erklärung der Vilnius-Gruppe dokumentieren das in der Irak-Frage gesplante Europa. Unter diesen Umständen sei die Gestaltung einer zukünftigen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik unter der Verantwortung von Deutschland und Frankreich eher unwahrscheinlich, so der Tenor in den Medien.

¹³⁷ Süddeutsche Zeitung, 28.03.2003, EU braucht gemeinsame Außenpolitik.

¹³⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.01.2003, Mahnungen zur Einigkeit spalten die Europäische Union in der Irak-Politik.

¹³⁹ Süddeutsche Zeitung, 03.02.2003, Europa braucht einen starken Präsidenten.

„That split confirms a more profound surprise: the notion that Paris and Berlin could take charge of a ‚common foreign policy‘ for all of Europe turns out to be pipe-dreaming by presumptuous bureaucrats.“¹⁴⁰

In den britischen Medien wird die zeitnahe Umsetzung einer GASP eher skeptisch gesehen. Vielmehr tauchen kritische Deutungen bezüglich einer Realisierung der GASP in absehbarer Zeit auf. Durch die Auseinandersetzung über den Irak-Krieg sind bereits Verluste entstanden, unter anderem für die NATO, aber auch für das Projekt einer GASP. Dadurch hat sich die Uneinigkeit der Europäer offenbart, was auch die schnelle Realisierung einer GASP unwahrscheinlich werden lässt.

„Whatever the outcome of the Iraqi conflict, there are already casualties. The mutual confidence in transatlantic relations is one. The project of a common foreign and security policy for Europe is another. Nato as a serious organization of collective defence may be a third. These wounds will take a long time to heal and may never be fully mended.“¹⁴¹

Diese negative Einschätzung der Entwicklung einer GASP teilt auch Romano Prodi. Als Kommissionspräsident der Europäischen Union prognostizierte er schlechte Zeiten für eine GASP : *„Whatever the outcome of the war, there can be no denying this is a bad time for the common foreign and security policy for the European Union as a whole“¹⁴².*

Jedoch erscheinen in den britischen Medien auch optimistische Ansichten, was die Realisierung einer GASP betrifft. Zwar sind durch die Auseinandersetzungen über den Irak-Krieg die Institutionen UN, NATO und EU beschädigt worden, aber das ist noch nicht das Ende vom Traum einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik.

„This isn't the end of Nato. Nor the United Nations Security Council. Nor the European Union's dreams of a common foreign policy (at least, the Iraq crisis hasn't caused this on its own).“¹⁴³

Es gibt also auch hier die Deutung, dass die Beschädigung der wichtigsten Institutionen nicht nur durch die Auseinandersetzungen über den Irak-Krieg verursacht wurde, sondern sich lediglich in dieser Krise offenbarte.

¹⁴⁰ The New York Times, 10.02.2003, Surprising Germany.

¹⁴¹ The Times, 19.02.2003, Now, the great divide.

¹⁴² The Times, 31.03.2003, After Saddam, can Blair rescue us from Europe?

¹⁴³ The Times, 12.02.2003, The future lies in these bodies' ability to change.

Der grundlegende Tenor in allen Medien ist, dass sich durch die Irak-Krise die Aussicht auf eine schnelle Realisierung der GASP verschlechtert hat, da die national unterschiedlichen Vorstellungen offensichtlich wurden. Die europäischen Staaten haben sich für die Unterstützung Amerikas oder gegen sie entschieden. Das hat zu einer großen Frustration und Spaltung in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik geführt.

Noch vor Beginn des Irak-Krieges hat die EU im Rahmen des Sondergipfels des Europäischen Rates am 17. Februar 2003 versucht, die innereuropäischen Spannungen zu überwinden. Rhetorisch ist man um die Beseitigung von Differenzen bemüht und einigte sich auf die gemeinsame Position, dass ein Krieg im Irak nicht unabwendbar und „als letztes Mittel“¹⁴⁴ zu akzeptieren ist.

*„Trotz aller Differenzen sei während des Gipfeltreffens der starke Wille Europas deutlich geworden, mit einer Stimme zu sprechen. Es gehe auch darum, in Ruhe über Möglichkeiten zur Stärkung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik nachzudenken.“*¹⁴⁵

Nach Ausbruch des Irak-Krieges und noch während der Hochphase des Krieges werden in den deutschen Medien die Konsequenzen aus der europäischen Krise gezogen und es wird im Titel der *Süddeutschen Zeitung* die Forderung gestellt: *„EU braucht gemeinsame Außenpolitik.“*¹⁴⁶ Doch wird in diesem Artikel die Realisierung einer GASP teilweise auch mit Skepsis gesehen: *„Insbesondere die Aussicht auf eine schlagkräftigere Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) hat sich durch den Irak-Krieg dramatisch verschlechtert.“*¹⁴⁷

Das Thema GASP taucht in den Medien dominant im Zuge des Pralinengipfels am 29. April 2003 noch während des Irak-Krieges auf und löst einen Diskurs über die Ausgestaltung der GASP im Verhältnis zur NATO aus. Die dominante Deutung vor allem während des Pralinengipfels ist, dass eine GASP die NATO überflüssig machen und die Beziehungen zu Amerika weiter gefährden könnte und sich Europa deshalb bei der Konzipierung der GASP nicht gegen Amerika stellen dürfe. Der damalige

¹⁴⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.02.2003, Streit über Irak-Kompromiß - Chirac rügt Kandidaten.

¹⁴⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.03.2003, „Den Boden des internationalen Rechts verlassen“ Chirac kritisiert Washington und London.

¹⁴⁶ Süddeutsche Zeitung, 28.03.2003, EU braucht gemeinsame Außenpolitik.

¹⁴⁷ Ebd.

Bundeskanzler Schröder versucht diese Befürchtungen zu entkräften und betont, dass sich eine GASP nicht gegen die NATO richtet:

„Das gelte auch für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Die richte sich nicht gegen die Nato, sondern ergänze das atlantische Bündnis. Das nütze auch Amerika, sagte Schröder und fügte hinzu: ‘Wir sind zu Gemeinsamkeit verpflichtet.’ Niemand könne daran interessiert sein, die europäische Integration anzuhalten. Im übrigen werde die Trennung in ein neues und ein altes Europa keinen Bestand haben“¹⁴⁸.

In den deutschen Medien verurteilt der außenpolitische Sprecher der CDU, Friedbert Pflüger, den Pralinengipfel als „Spaltungsgipfel“¹⁴⁹, der die bestehenden Differenzen innerhalb der EU noch verschlimmern würde.

Im Diskurs tauchen auch französische und deutsche Positionen auf, die in der Ausgestaltung der GASP eine Chance sehen, der Hypermacht USA etwas entgegenzusetzen und den gefährlichen Unilateralismus einzudämmen.

So wird der Pralinengipfel auch positiv gewertet als Indiz, dass *„Amerikas brachialer Spaltungsversuch danebengegangen ist“¹⁵⁰*. Auch der Historiker Hans-Ulrich Wehler, befürwortet einen eigenständigen Kurs in der GASP, *„um einen gefährlichen amerikanischen Unilateralismus zu zähmen“¹⁵¹*.

In den deutschen Medien wird auch die Rolle des „neuen Europa“ bei der Realisierung einer GASP thematisiert. Zum einen wird dem neuen Europa unterstellt, *„die EU eher als gemeinsamen Markt denn als gemeinsame Macht“¹⁵²* zu sehen, andererseits wird die Gefahr gesehen, *„dass die Vereinigten Staaten künftig auch über die östlichen Beitrittsländer auf die GASP einwirken können“¹⁵³*. Im Zusammenhang der GASP wird in den deutschen Medien auch befürchtet, dass die USA Einfluss auf die GASP nehmen, und umgekehrt sich das so genannte „neue Europa“ sich eher an den USA orientieren

¹⁴⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.06.2003, G8 zuversichtlich über Weltwirtschaft, besorgt über Iran. Moskau fordert von Teheran Abkommen über Brennstäbe / Chirac kritisiert wieder den Irak-Krieg.

¹⁴⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.04.2003, „So geht es nicht weiter.“ Rom warnt vor einer Spaltung der EU. Außenminister Frattini ruft zur Entspannung mit Amerika auf.

¹⁵⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.04.2003, Neu-Europa. Sieger des Irak-Krieges wird die Weltmacht der Zukunft sein.

¹⁵¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.06.2003, Laßt Amerika stark sein!

¹⁵² Süddeutsche Zeitung, 28.03.2003, EU braucht gemeinsame Außenpolitik.

¹⁵³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.05.2003, Elefanten und Biber.

könnte. Eine Ausgestaltung der GASP als Gegenmacht zu den USA ist unwahrscheinlich, da die östlichen Beitrittsländer ihre Interessen eher durch die USA vertreten sehen. Diese Befürchtungen tauchen nur in den deutschen Medien auf und werden in den anderen europäischen sowie in den amerikanischen Medien nicht thematisiert.

Der Initiative von Frankreich und Deutschland wird in den britischen Medien unterstellt, dass sie eine Konkurrenz zur NATO aufbauen oder die Aufgaben der NATO doppeln will. Die dominante Deutung in den britischen Medien besteht in der Wahrnehmung einer Gefahr für die NATO, wie auch schon aus dem Titel der *Times* hervorgeht. „*Paris and Berlin prepare alliance to rival Nato.*“¹⁵⁴ Im Zuge des Pralinengipfels äußert Blair seine Bedenken über diese Initiative. Eine neue europäische Verteidigung dürfe nicht in *Konkurrenz zur NATO* entstehen oder versuchen die Aktivitäten der NATO zu duplizieren.

„*Downing Street was concerned last night over the implications of the mini-EU defence summit in Brussels yesterday. Mr Blair said he could not support such a new European defence institution if it became a threat to Nato or sought to duplicate its activities.*“¹⁵⁵

Es werden Befürchtungen laut, dass eine enge europäische Verteidigung die Verbindung zu den USA schwächen könnte, oder darauf verwiesen, dass die Konzeption der GASP sich nicht gegen die USA stellen darf. Grundsätzlich macht sich die britische Presse aber über die Initiative des Pralinengipfels eher lustig. Die Initiative wird als „*Axis of weasels*“¹⁵⁶ bezeichnet. Die Boulevardzeitung *The Sun* wird in einem Artikel zitiert, in dem sie ironisch fragt, ob dieses neue Verteidigungsbündnis möglicherweise die weiße Flagge benötigt: „*[...] the new army will need a flag. How about a white one?*“¹⁵⁷ Die Initiative Kerneuropas, ein unabhängiges Hauptquartier zu errichten, wird auch als peinlicher Witz verurteilt: „*[...] the call for an independent EU military headquarters*

¹⁵⁴ The Times, 28.04.2003, Paris and Berlin prepare alliance to rival Nato.

¹⁵⁵ The Guardian, 30.04.2003, The message from Moscow: We are not with you and we don't believe you.

¹⁵⁶ The Guardian, 01.05.2003, Grumpy old men: Britain and France, the opposite poles of a divided Europe, need a new Entente Cordiale.

¹⁵⁷ Ebd.

*was an embarrassing joke*¹⁵⁸. Im Titel eines Artikels wird die Frage aufgeworfen, wie Europa sich weiterentwickeln kann, jedoch ohne mit den USA in Konkurrenz zu treten: „[...] *how the EU can move forward without trying to compete with the United State*“¹⁵⁹.

In den britischen Medien wird am Pralinengipfel kritisiert, dass diese Initiative versucht, eine europäische Verteidigung aufzubauen, die die USA und sogar die Briten ausschließen: „[...] *here is a vision of Europe's defence that excludes America - and possibly even Britain*“¹⁶⁰. Da es sich bei den Initiatoren des Pralinengipfels um die Länder handelt, die gegen den Krieg sind, kann seitens Großbritanniens und der USA dieser Initiative auch keine gute Absicht unterstellt werden: „*The four countries who devised the scheme were those who fiercely opposed the war.*“¹⁶¹ Wie die Überschrift des Artikels „*Iraq: after the war: France, Germany deepen UK rift.*“¹⁶² ausdrückt, vergrößert die Initiative die Kluft zwischen den Initiatoren des Gipfels Frankreich/ Deutschland und Großbritannien. Der Schaden, der durch die Auseinandersetzungen über das Vorgehen im Irak angerichtet worden ist, wird durch die Initiatoren des Pralinengipfels weiter vertieft, so die Deutung in den britischen Medien: „*The damage Operation Iraqi Freedom has wrought to the US relationship with Europe goes on.*“¹⁶³ Kritisiert wird in den britischen Medien, dass die Initiatoren eine neue europäische Verteidigung vorsehen, die unabhängig von der NATO sein möchte, und dass europäischen Mitgliedsstaaten, die den Krieg befürworteten, gar nicht erst zum Pralinengipfel eingeladen worden sind.

„[...] *the anti-war quartet of France, Germany, Belgium and Luxembourg announced a new European security and defence union, separate from Nato and pointedly excluding pro-war countries such as Britain.*“¹⁶⁴

¹⁵⁸ The Guardian, 23.05.2003, Postwar World: We don't do war: In the last in our series on global institutions, we look at how the EU can move forward without trying to compete with the United State.

¹⁵⁹ Ebd.

¹⁶⁰ The Times, 30.04.2003, Blow to Nato is old Europe's payback time.

¹⁶¹ Ebd.

¹⁶² The Guardian, 30.04.2003, Iraq: after the war: France, Germany deepen UK rift.

¹⁶³ The Guardian, 30.04.2003, The gaping hole in Iraq: Occupation has brought social collapse, Bloody Sunday shootings and the waking of a Shi'ite giant.

¹⁶⁴ Ebd.

Europa ist also in der Ausgestaltung der GASP während des Pralinengipfels nach wie vor gespalten in ein „*anti-war quartet*“ und in die „*pro-war countries*“.

In den deutschen Medien wird die britische Sichtweise auf die GASP, die einen „*engeren europäischen Zusammenschluß in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik als Gefahr für die Verbindung zu Amerika*“¹⁶⁵ sieht, reflektiert. Der Artikel in der Washington Post „*EU and Whose Army?*“¹⁶⁶ ist einer der wenigen Artikel in den amerikanischen Medien, in der die GASP thematisiert wird. Er setzt sich detaillierter mit dem Pralinengipfel auseinander und weist auf die in Europa existierenden unterschiedlichen Vorstellungen von Großbritannien auf der einen Seite und dem Kerneuropa auf der anderen Seite hin. Der Pralinengipfel wird seitens der USA grundsätzlich verurteilt und es wird behauptet, dass Europa mehr Truppen und Ausrüstung braucht und nicht mehr Hauptquartiere.

Analog zu den Konfliktkoalitionen zwischen den europäischen Ländern im Vorfeld des Irak-Krieges (Frankreich und Deutschland versus Großbritannien und Spanien), setzen sich die unterschiedlichen Ansichten bei der Ausgestaltung der GASP fort. Im Zuge der Diskussion um die GASP wird deutlich, dass Europa nach wie vor gespalten ist in ein transatlantisches Europa und in ein europäisches Europa. Die Initiative des Pralinengipfels und die auftretenden Befürchtungen machen deutlich, dass die durch die Irak-Krise innerhalb der EU entstandenen Differenzen im Zuge der Diskussion um die GASP nach wie vor sichtbar bleiben.

Die Sorge, dass eine stärkere europäische Verteidigung die NATO schwächen könnte, wird seit geraumer Zeit in den Theorien über transatlantische Beziehungen thematisiert,¹⁶⁷ erfährt aber im medialen Diskurs während des Irak-Krieges, der dadurch ausgelösten europäischen Krise und den neuen Ambitionen Kerneuropas, im Rahmen des Pralinengipfels die GASP zu stärken, einen neuen medialen Höhepunkt.

¹⁶⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.04.2003, Bekenntnis zu Amerika, Rumänien ist transatlantische Skepsis fremd.

¹⁶⁶ The Washington Post, 07.05.2003, EU and Whose Army?

¹⁶⁷ Charles A. Kupchan weist in seinem Artikel, „Amerika und die Verteidigung Europas“ bereits 2002 darauf hin, dass sich die Amerikaner ein selbstbewusstes Europa fürchten, da es die Entkopplung Europas von den Vereinigten Staaten beschleunigen würde. Es besteht in Amerika die Sorge, dass Maßnahmen zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit Europas, die im Rahmen der NATO stattfinden sollten, nun in einem europäischen Rahmen durchgeführt werden (vgl. Kupchan 2002: 323).

Kupchan (2002: 323) weist darauf hin, dass in den USA seit geraumer Zeit befürchtet wird, „dass Europa zu einem strategischen Konkurrenten der Vereinigten Staaten werden könnte“. Dieses Bestreben wird innerhalb der EU vor allem seitens Frankreichs vorangetrieben, um ein Gegengewicht zur amerikanischen Supermacht zu schaffen und versetzt die amerikanische Seite in Besorgnis oder gar Bestürzung (vgl. Kupchan 2002: 324). In meinem Untersuchungsdiskurs kritisieren zwar die Amerikaner den Pralinengipfel und die Initiative, jedoch treten die meisten Befürchtungen in den britischen Medien auf. Die Initiative schließt von Anfang an einen Teil der Europäer aus und wird daher in der amerikanischen Berichterstattung nicht als Gefahr bewertet. Die offensichtliche Uneinigkeit der Europäer scheint die Sorge der USA vor einer europäischen Gegenmachtbildung schwinden zu lassen, zumindest werden in den amerikanischen Berichterstattungen die Bestrebungen der Initiative nicht als Gefahr bewertet, sondern eher ausgeblendet.

Die Auseinandersetzung um die von Frankreich und Deutschland geführte Initiative hat zum Gegenstand, ob sie eine Konkurrenz zur NATO darstellt oder die Aufgabe der NATO doppelt. Großbritannien sieht in der Initiative eine Gefahr für die NATO, was jedoch von den Initiatoren des Pralinengipfels abgestritten wird.

Die GASP wird im Interventionsdiskurs mit folgenden Themen in Verbindung gebracht: Die GASP wird vorwiegend im Kontext der Lehren, die aus der Irak-Krise zu ziehen sind, verhandelt. Durch die Irak-Krise hat sich gezeigt, wie schwierig es ist, eine politische und militärische Einheit zu gestalten. Vor allem auf dem EU-Sondergipfel wird als notwendige Konsequenz eine Stärkung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik angestrebt.

Die im Diskurs angebotenen Deutungen im Zusammenhang mit der GASP reichen von der Gefahr, die GASP in Konkurrenz zur NATO zu gestalten bis hin zur Notwendigkeit eine handlungsfähigere GASP aufzubauen, um den gefährlichen Unilateralismus Amerikas einzudämmen. Die Ausgestaltung der GASP darf nicht mit dem bestehenden transatlantischen Verteidigungsbündnis, der NATO, in Konkurrenz treten und keine Gefahr für die transatlantischen Beziehungen darstellen, so die vorherrschende Deutung

in den Medien. Hier wird auch der interdependente Charakter sichtbar, mit dem das Thema der Ausgestaltung der GASP in den Medien geführt wurde. Einige Mitgliedsstaaten Europas richten die Ausgestaltung der europäischen Außenpolitik an den USA aus, was zur Konsequenz hat, dass sich die divergierenden außenpolitischen Interessen der Mitgliedsstaaten über die Vorgehensweise in der Irak-Krise in der Ausgestaltung der GASP weiter fortsetzten, analog zu den dort entstanden Konfliktlinien.

Die europäische Auseinandersetzung um eine Intervention im Irak spiegelt die Handlungsunfähigkeit der Europäischen Union wider und hat die Europäische Union dadurch in eine tiefe Krise gestürzt. „Das erste Opfer der Irak-Krise war die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU“ (Risse 2003b: 111). Die Ursache dieser europäischen Krise wird darin gesehen, dass es kein gemeinsames Handeln der Europäischen Union gab und stattdessen die europäischen Staaten national agierten (vgl. Dembinski 2003: 32).

„Das Dilemma einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik lässt sich wie folgt beschreiben: Einerseits muss Europa mit einer Stimme reden, u.a. um in Washington ernst genommen zu werden und auf die US-amerikanische Politik Einfluss nehmen zu können. Die Spaltung in ein ‚neues‘ und ‚altes‘ Europa ist überflüssig und völlig kontraproduktiv, weil sie einer Politik Washingtons des ‚Teile und Herrsche‘ entgegenkommt“ (Risse 2003b: 118).

Der Irak-Krieg hat zudem gezeigt, dass in Zeiten von Krisen die europäischen Nationalstaaten nicht zu einem gemeinsamen Handeln finden (vgl. Dembinski 2004: 91, vgl. Risse 2003b: 111). Die Debatte um die GASP wurde durch das uneinige Vorgehen der Europäer in der Irak-Krise ausgelöst. Europas Außenpolitik ist jedoch nach wie vor von nationalen Interessen und Egoismen bestimmt. Um solche Krisen zukünftig zu vermeiden, sieht Müller-Brandeck-Bocquet eine wichtige Hilfestellung in den „brüsselisierten“ Mechanismen der GASP-Governance-Methode, die durch eine Entnationalisierung des GASP-Entscheidungsprozesses bzw. durch mehr Supranationalität erreicht werden könnte (vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2006: 31). Die Diskussion um eine neue Ausgestaltung der GASP und insbesondere die Initiative des

Pralinengipfels kann jedoch auch als Reaktion auf das neue amerikanische unilaterale außenpolitische Selbstverständnis verstanden werden.

„Insbesondere seitdem die USA - wie im Irak-Krieg vorexerziert – einen recht ausgeprägten Hang zum Unilateralismus bzw. zu einem selektiven Multilateralismus praktizieren, wird die EU von ihren Verteidigern gerne als die ‚andere‘, alternative, die bessere Weltmacht, als global player eines neuen Typs dargestellt, während ihre Kritiker ihr wegen ihrer nach wie vor nur bescheidenen hard power den Rang als bedeutender Akteur der Weltmacht weitgehend absprechen“ (Müller-Brandeck-Bocquet 2006: 19).

Die Reformierung der GASP im Rahmen der Regierungskonferenzen von Maastricht bis Nizza in den neunziger Jahren entwickelte sich auch aus der im Golfkrieg 1991 erlebten Schwäche, nicht mit einer gemeinsamen europäischen Stimme zu sprechen (vgl. Regelsberger 2004: 13). Diese negativen Erfahrungen und die Unfähigkeit, als gemeinsamer außenpolitischer Akteur aufzutreten, wiederholen sich während der Irak-Krise. Als Fazit lässt sich festhalten, dass in Extremsituationen, wenn es um die Entscheidung zwischen Krieg und Frieden geht, trotz aller Konstitutionalisierungsversuche rechtliche Verpflichtungen für ein gemeinsames Handeln in Vergessenheit geraten. Im Verfassungsentwurf im Juni 2003 werden als Reaktion auf die Uneinigkeit im gemeinsamen außenpolitischen Handeln erneut Appelle zur Achtung der GASP in das Vertragswerk aufgenommen, die jedoch so lange nichts am außenpolitischen Verhalten der EU ändern, solange diese Änderungen in solchen Extremsituationen von den Vertragspartnern nicht respektiert werden (vgl. Regelsberger 2004: 23). Als Reaktion auf die Unfähigkeit, als gemeinsamer außenpolitischer Akteur aufzutreten, ist auch die von Javier Solana entwickelte Europäische Sicherheitsstrategie¹⁶⁸ zu sehen, die anlässlich der Zusammenkunft des Europäischen Rates in Brüssel im Dezember 2003 verabschiedet wurde und ebenfalls an die Notwendigkeit einer kollektiven europäischen Außen- und Sicherheits- und Verteidigungspolitik appelliert.

¹⁶⁸ „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“, Europäische Sicherheitsstrategie, Brüssel, den 12. Dezember 2003, abrufbar unter: <http://ue.eu.int/solana/docs/031208ESSIIDE.pdf>.

Es stellt sich auch die Frage, ob die Auseinandersetzung über die GASP einen Einfluss auf die Entwicklung einer europäischen Identität hat. Einige Theorien gehen davon aus, dass die Außenpolitik eine Auswirkung auf die Kultur und Identität hat (vgl. Hellmann 2006: 189). Für die Entwicklung einer europäischen Identität über eine gemeinsame europäische Außenpolitik scheint es durch die verschiedenen nationalen Vorstellungen einer solchen noch ein weiter Weg zu sein. Wie wir sehen konnten, gibt es innerhalb der EU sehr unterschiedliche Auffassungen über die Ausgestaltung der europäischen Außenpolitik. Zudem wird europäische Außenpolitik sehr häufig im Verhältnis zu bereits bestehenden Institutionen, wie der NATO, diskutiert. Der Interventionsdiskurs zeigt, dass Europa als außenpolitisch einheitlich auftretender Akteur keinen Beitrag zur Bildung einer europäischen Identität liefert, sondern dass dieses Auftreten im Gegenteil eher kontaproduktiv ist. Es herrschen nationale Positionen in der Ausgestaltung der GASP vor. Die Diskussion wird dominant im Verhältnis zur NATO geführt.

Dennoch war die Bewältigung der europäischen Krise, die durch die Unvereinbarkeit der nationalen Positionen entstanden war, ein dominantes Thema in den Medien. Durch die europäische Krise wurde ein neuer europäischer Selbstverständigungsdiskurs über die Gestaltung der zukünftigen europäischen Außenpolitik in Gang gesetzt. Somit haben diese kontroversen Debatten über die Ausgestaltung der GASP zur Bildung einer europäischen Identität beigetragen, da diese unter anderem erst durch „*arguing and debating*“ (Risse/ van de Steeg 2003: 20) in der europäischen Öffentlichkeit entsteht. Auch der früh einberufene EU-Sondergipfel vor Ausbruch des Irak-Krieges, auf dem man sich auf eine gemeinsame Position einigt, spricht dafür, dass eine gemeinsame europäische Identität im Sinne einer *we 2/commercium* (vgl. Kantner 2006: 8) zum Zwecke gemeinsamer Zielsetzung, situativ immer wieder bestanden hat. Was die Ausbildung einer europäischen Identität anbelangt, so steckt noch ein erhebliches Potenzial in der tatsächlichen Wahrnehmung Europas als einheitlich auftretender außenpolitischer Akteur.

4.4.4 Europäische Identitätsbildung in Abgrenzung zu den USA

In den Textstellen, die unter „Europa in Abgrenzung zu den USA“ codiert wurden, sind Deutungen enthalten, in denen diskutiert wird, inwieweit sich Europa von den Amerikanern abgrenzen darf oder gar eine Gegenmacht zu Amerika ausbilden soll. Dabei wird beispielsweise konstatiert, dass es in der transatlantischen Auseinandersetzung um etwas Grundsätzlicheres geht als um die Irak-Frage, nämlich ob sich Europa als Gegengewicht zur amerikanischen Hegemonie positionieren sollte. Vor allem das „alte Europa“ sieht sich als Gegengewicht zur arroganten amerikanischen Supermacht. Europa ist gespalten in Länder, die ein Gegengewicht zu Amerika anstreben und in Länder, die eine Kooperation mit den USA suchen.

Identität konstruiert sich in Abgrenzung zu einem jeweiligen „Anderen“ (Delanty 1999, Wodak et al. 1998). Im Zuge des Interventionsdiskurses ist der „Andere“, von dem Europa sich abgrenzen soll oder nicht abgrenzen darf, die USA. Diese Abgrenzung Europas von Amerika wird teilweise positiv, teilweise negativ bewertet. Entscheidend ist jedoch, dass im Interventionsdiskurs Amerika als „Anderer“ verhandelt wird. Vor allem in den deutschen Medien wurde Europa nach dem offiziellen Kriegsende dominant in Beziehung mit den USA diskutiert.

Europas Bestrebungen, sich als Gegenmacht zu positionieren bzw. eine europäische Identität in Abgrenzung zu den USA zu bilden, werden im Diskurs sowohl positiv als auch negativ bewertet. Hier folgen exemplarisch einige Deutungen, wie Europa in Abgrenzung zu den USA im Diskurs diskutiert und *positiv* bewertet wird.

- Europa ist jedoch auch die einzige Gemeinschaft in der Welt, die eine Möglichkeit hat, dem amerikanischen Unilateralismus etwas entgegenzusetzen. Die Amerikaner haben bewusst den Versuch unternommen, Europa zu spalten, weil sie unterbinden wollen, dass sich eine europäische Identität in Abgrenzung zu den USA ausbildet.
- Europa hat in den USA bereits den „Anderen“ gefunden, gegen den es eine neue Identität ausbilden kann. Vor allem der französische Staatspräsident Jacques Chirac hat die Vorstellung von einer multipolaren Welt entwickelt, in der Europa als Gegengewicht zu Amerika fungiert.

-
- Es ist Deutschland und Frankreichs Ambition, ein Gegengewicht zu den USA aufbauen zu wollen, wohingegen Großbritannien Europa vor allem als Wirtschaftsraum und Freihandelszone sieht. Das „alte Europa“ möchte ein Gegengewicht zur amerikanischen Hegemonie aufbauen.
 - Nach offiziellem Kriegsende fordert Habermas, den hegemonialen Unilateralismus der USA auszubalancieren. Die Möglichkeiten einer europäischen Identitätsbildung in Abgrenzung zu den USA, ausgehend von einem Kerneuropa, werden in Frage gestellt.
 - Im Zuge des Pralinengipfels werden die Lehren aus dem Irak-Krieg gezogen und eine eigene Verteidigungs- und Außenpolitik wird angestrebt, die den Amerikanern Paroli bieten kann. Dazu sind die Europäer auch in der Lage.

Europas Bestrebungen, sich als Gegenmacht zu den USA zu positionieren bzw. eine europäische Identität in Abgrenzung zu den USA zu bilden, werden im Diskurs *negativ* bewertet. Im Folgenden sind einige Deutungen aufgelistet, wie Europa in Abgrenzung zu den USA im Diskurs erörtert und *negativ* bewertet wird.

- Es wird eine Gefahr darin gesehen, dass Europas Außenpolitik eine Konkurrenz zur NATO darstellt. Deutschland und Frankreich inszenieren sich als Gegengewicht zur amerikanischen Supermacht, obwohl diese Haltung nicht mit einer Erhöhung der Militärausgaben einhergeht.
- Europäische Identität darf sich nicht als Gegengewicht zu den USA definieren, dazu ist Europa zu schwach.
- Eine neue europäische Identität sollte durch eine Partnerschaft mit den USA und nicht gegen die USA definiert werden.
- Europa sollte es vermeiden, sich als Gegenmacht zu den USA zu positionieren, da dies seinen Einfluss nicht vergrößern würde.
- In dem europäischen Versuch, alternative Werte gegenüber den USA durchzusetzen, wird auch eine Gefahr für Europa und die ganze Welt gesehen.

- Die europäische Identitätsbildung gegen die USA wird sehr kritisch gesehen, da sich die europäischen Nationen dann zwischen Brüssel und Washington entscheiden müssten und somit der Kern Europas in Gefahr geriete.
- Ein Kerneuropa, das ein Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten erzeugt, ist zum Scheitern verurteilt.
- Einer Eindämmung des Hegemons bedarf es überhaupt nicht und es stellt sich auch die Frage, ob Europa das leisten könnte.

Im Interventionsdiskurs wird das europäische Selbstverständnis vorwiegend in Bezug auf die USA diskutiert. Es wird vor allem in den deutschen Medien nach dem offiziellen Kriegsende ein europäischer Identitätsbildungsdiskurs ausgelöst. Wie gezeigt wurde, tauchen in den Medien diesbezüglich sowohl negative als auch positive Deutungsangebote auf, entscheidend ist jedoch, dass Amerika das Gegenüber ist, von dem man sich abgrenzen soll oder nicht abgrenzen darf. Hier findet also ein klassisches „Othering“ statt. Der identitätsstiftende „Andere“ ist im Interventionsdiskurs die USA. Dieser Befund kann dahingehend interpretiert werden, dass sich über den Interventionsdiskurs eine europäische Identität ausgebildet hat.

Im Folgenden stelle ich dar, wie Europa in Abgrenzung zu Amerika in den einzelnen Ländern thematisiert wird.

In den britischen Medien wird analysiert, dass es in der transatlantischen Auseinandersetzung um mehr geht als um den Irak-Krieg, vielmehr geht es um die grundsätzliche Frage, *„Should the future Europe be a counterweight to American hegemony?“*¹⁶⁹ Das „alte Europa“ möchte eine Gegenmacht zu den USA entwickeln, was in den britischen Medien eher kritisch gesehen wird, solange die Ambitionen nicht mit einer Erhöhung der Militärausgaben einhergehen.

„Anyway, there is a good deal of playacting in this pretence that somehow the St Petersburg. Three are going to act as a counterweight to American superpower. Apart from their varied

¹⁶⁹ The Times, 23.01.2003, France and Germany turn against Washington's world view.

economic doldrums, none of them shows any ambition to increase military spending to a level where a common foreign and defence policy would carry much weight.“¹⁷⁰

In den britischen Medien wird auch die Position vertreten, *„that Europe should avoid becoming America’s antagonist in a multipolar world. This would highlight divisions, and Europe would not become more influential“*¹⁷¹. In einem anderen Artikel wird schon im Titel behauptet *„Thanks, Mr President: Bushs actions are helping Europe to fashion a new sense of identity“*¹⁷², was bedeutet, dass Bushs außenpolitisches Handeln zur Herausbildung einer neuen europäischen Identität beiträgt. Die Opposition gegen den Krieg hat die Europäer zusammengebracht.

Im Zuge des Pralinengipfels wird in den britischen Medien die Vorstellung Chiracs, Europa als Gewicht gegen die USA zu definieren, thematisiert. *„To become a real power, the EU must, in their eyes, define itself as a ‚balance‘ against the United States.“*¹⁷³ Blair warnt in den britischen Medien während des Pralinengipfels vor einem Europa, das sich gegen Amerika stellt und äußerte sich folgendermaßen: *„I don’t want Europe setting itself up in opposition to America. I think it will be dangerous and destabilising.“*¹⁷⁴

Auch in den spanischen Medien werden die Ambitionen des „alten Europa“, sich als Gegenmacht zu den USA zu definieren, eher skeptisch gesehen. In einem Artikel behauptet beispielsweise Josef Joffe¹⁷⁵, dass eine europäische Identität nicht als Gegengewicht zu den USA zu suchen sei: *„Todavía no esta deseosa de buscar una identidad al margen y en contra de Estados Unidos.“*¹⁷⁶ Dort wird Europa aber auch als einzige Gemeinschaft in der Welt gesehen, die die Möglichkeit hat, der neuen Doktrin

¹⁷⁰ The Times, 13.04.2003, Europe still hasn't learnt the lesson of US power.

¹⁷¹ The Times, 06.03.2003, No 10 fails to recognise how its stance has hurt Europe.

¹⁷² The Guardian, 26.04.2003, Thanks, Mr President: Bushs actions are helping Europe to fashion a new sense of identity.

¹⁷³ The Times, 28.04.2003, Paris and Berlin prepare alliance to rival Nato.

¹⁷⁴ Ebd.

¹⁷⁵ Josef Joffe war von 2001 bis 2004 Chefredakteur der Wochenzeitung „Die Zeit“. Josef Joffe galt bei Beginn des Irak-Krieges als Befürworter der US-amerikanischen Politik und Kritiker der Position der deutschen Bundesregierung. Angesichts möglicher Bedrohungen durch den Iran hat er diese Position mittlerweile geändert und hält den Irak-Krieg für einen strategischen Fehler speziell der US-Amerikaner.

¹⁷⁶ El Mundo, 12.02.2003, El primer asalto es para Bush.

des amerikanischen Unilateralismus etwas entgegenzusetzen: *„Europa como tal, el unico bloque mundial con posibilidades de contrarrestar la nueva doctrina unilateral estadounidense.“*¹⁷⁷ Den Amerikanern wird unterstellt, dass sie versucht haben, Europa zu spalten, weil sie einer europäischen Identitätsbildung, die sich gegen Amerika bildet, entgegenwirken wollten. Amerika könnte jedoch auch mit dem Versuch Europa zu teilen, scheitern. *„Una politica de ‚divide y venceras‘ puede desembocar en ‚divide y fracasaras‘.“*¹⁷⁸ Timothy Garton Ash behauptet, dass Europa bereits den „neuen Anderen“ in den USA gefunden hat, *„un nuevo Otro contra el que definir la Union Europea“*¹⁷⁹, gegen den Europa seine Identität bilden kann.

In den amerikanischen Medien gibt es die Sichtweise, dass Deutschland und Frankreich ein Gegengewicht zu den USA aufbauen wollen, wohingegen die Briten Europa als Wirtschaftsraum und Freihandelszone sehen.

*„The French and Germans want the European Union to be a counterbalance to the United States, both in terms of geopolitical influence and economic style. The British have a far more liberal notion of the European Union as a free-trading area, powered by American-style companies. Le Monde has suggested that there are two Europes: ‚European Europe‘ and ‚American Europe‘.“*¹⁸⁰

Dort wird Chiracs Vorstellung von Europa als Gegenwicht zu Amerika in einer multipolaren Welt thematisiert, in der Frankreich die Führung innehat. Die Überschrift *„With Iraq Stance, Chirac Strives for Relevance“*¹⁸¹ unterstellt Chirac, dass er mit seiner Haltung zum Irak nationale Interessen vertritt und anstrebt, mit Frankreich in der internationalen Politik relevanter zu werden. *„He sees a multipolar world in which Europe is the counterweight to American political and military power.“*¹⁸² Timothy Garton Ash zeigt in seinem Artikel, wie eine ideale transatlantische Kommunikation zwischen den USA und Europa im Zuge des G8-Gipfels in Evian ablaufen sollte. Die USA sollten sich ein starkes Europa wünschen und die europäischen Regierungschefs

¹⁷⁷ El Pais, 23.03.2003, Mas divididos que nunca.

¹⁷⁸ El Pais, 14.04.2003, Una nueva era en las relaciones transatlantica.

¹⁷⁹ El Pais, 31.05.2003, La hora del tango entre Europa y Estados Unidos.

¹⁸⁰ The New York Times, 13.04.2003, Rebuilding the Alliance to Rebuild Globalization.

¹⁸¹ The New York Times, 23.02.2003, With Iraq Stance, Chirac Strives for Relevance.

¹⁸² Ebd.

sollten eine neue europäische Identität durch eine Partnerschaft mit den USA und nicht gegen die USA definieren:

„European leaders should have responded with this message: we, the dynamically expanding European Union, want to define our new identity through a partnership with the United States, not through opposition to it.“¹⁸³

In den deutschen Medien taucht der Code „Europa in Abgrenzung zu den USA“ vorwiegend im Zuge des Diskursereignisses auf, das durch den Habermas-Artikel „Die Wiedergeburt Europas“¹⁸⁴ ausgelöst worden ist.

„Europa muss sein Gewicht auf internationaler Ebene und im Rahmen der UN in die Waagschale werfen, um den hegemonialen Unilateralismus der Vereinigten Staaten auszubalancieren.“¹⁸⁵

Als Reaktion auf den Artikel von Habermas werden in den deutschen Medien auch Stimmen laut, die eine europäische Identitätsbildung in Abgrenzung zu den USA sehr kritisch sehen und es die Rolle des „avantgardistischen“ Kerneuropas in Frage stellen. *„Nicht der Feind, sondern der fremd gewordene Freund ist ihm nun die eigene Frage als Gestalt. Europa im Unterschied wozu? Dem heutigen Amerika.“¹⁸⁶* Auch der britische Historiker Harold James sieht eine Gefahr in einem Europa, das versucht alternative Werte gegenüber den USA durchzusetzen.

„Ein Europa, das denkt, es sei am Leben, weil es eine Alternative zu den Werten der Vereinigten Staaten anbietet, wird ein Europa sein, das die Werte zerstört, auf denen die moderne Gesellschaft insgesamt fußt.“¹⁸⁷

In einem Kommentar in der *Süddeutschen Zeitung* wird die europäische Identitätsbildung gegen Amerika durch die jüngsten Erfahrungen während der Irak-Krise kritisch gesehen, da sich die europäischen Nationen dann wieder zwischen Brüssel und Washington

¹⁸³ The New York Times, 30.05.2003, Are You With Us? Are We Against You?

¹⁸⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.05.2003, Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas.

¹⁸⁵ Ebd.

¹⁸⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03.06.2003, Sind wir denn vernünftig? Zivilisation im Test: Das Modelleuropa von Jürgen Habermas. Eine politische Struktur auf der Suche nach einer Idee: Europa.

¹⁸⁷ Süddeutsche Zeitung, 03.06.2003, Außenpolitik missverstanden. Europa schwelgt in gefährlicher Sehnsucht.

entscheiden müssten. Ganz im Gegenteil könnte dadurch der Kern Europas in Gefahr geraten,

„weil dieser Kern nicht entstehen kann, wenn er gegen Amerika gerichtet sein soll. Wer die (Kern-) Nationen Europas vor die Wahl zwischen Brüssel und Washington stellt, der betreibt Kernspaltung, wenn nicht gar eine Kernschmelze.“¹⁸⁸

Paul Kennedy antwortet in dem Artikel *„Taten statt Worte; Kern-Europa braucht keine Philosophie“¹⁸⁹* auf die Thesen von Habermas und sieht ein Kerneuropa, das ein Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten erzeugt, zum Scheitern verurteilt. Ebenso argumentiert Joachim Starbatty, Professor für Volkswirtschaftslehre, der in seinem Artikel *„Die Halbstarke, Habermas traut Europa zuviel zu“¹⁹⁰* die Frage aufwirft, ob es der Eindämmung des Hegemons überhaupt bedarf und ob Europa das leisten könne.

Die Initiative von Habermas und Derrida löste in den deutschen Medien eine Diskussion über eine europäische Identitätsbildung in Abgrenzung von dem hegemonialen Unilateralismus der USA aus. Eine solche Auseinandersetzung taucht in den Medien der anderen Vergleichsländer nicht auf. Insgesamt sind die Reaktionen auf die Initiative von Habermas eher kritisch.

Wie wir sehen konnten, wird im untersuchten Diskurs Europa dominierend in Bezug bzw. in Abgrenzung zu Amerika verhandelt. Vor allem in den deutschen Medien ist diese Deutung nach dem offiziellen Kriegsende dominant. Das heißt, im kriegablehnenden Deutschland wird als Lösung und Konsequenz der europäischen Krise die Herausbildung einer europäischen Identität in Abgrenzung zu den USA diskutiert und vor allem am deutlichsten thematisiert. Unterschiedliche Deutungen tauchen in den Medien auf. Die Deutungen reichen von der Notwendigkeit, dem amerikanischen Unilateralismus etwas entgegenzusetzen, bis hin zu der Gefahr, die durch eine Identitätsbildung Europas in Abgrenzung zu Amerika gesehen wird. Dominant im Interventionsdiskurs ist die Diskussion um das Kräfteverhältnis zwischen Europa und

¹⁸⁸ Süddeutsche Zeitung, 03.06.2003, Das entkernte Europa.

¹⁸⁹ Süddeutsche Zeitung, 23.06.2003, Taten statt Worte; Kern-Europa braucht keine Philosophie.

¹⁹⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.06.2003, Die Halbstarke. Habermas traut Europa zuviel zu.

den USA und die angestrebte Gegenmachtbildung vor allem durch das so genannte „alte Europa“.

Das heißt, in der Kontextualisierung und Deutung Europas geht es um Machtfragen und das Kräfteverhältnis zwischen Europa und Amerika, was auch einhergeht mit Fragen der europäischen Identitätsbildung in Abgrenzung zu den USA.

4.4.5 Europäischer Anti-Amerikanismus

Schon vor dem Irak-Krieg hatte das Ansehen der USA weltweit historische Tiefstwerte erreicht. Während der Irak-Krise wurde Kritik an der Weltmacht USA dennoch sofort als „Anti-Amerikanismus“ denunziert (vgl. Jäger 2008: 39). In diesem Kapitel wird gezeigt, wie über Anti-Amerikanismus im Interventionsdiskurs gesprochen wird und welche Deutungen es gibt. Der Code „Europa Anti-Amerikanismus“ enthält Textstellen, in denen europäischer Anti-Amerikanismus thematisiert wird. Dabei kann dieser unterstellt oder bestritten bzw. auch auf der Metaebene diskutiert werden. Entscheidend ist, dass europäischer Anti-Amerikanismus verhandelt wird.

In einer Textstelle wird behauptet, dass der europäische Anti-Amerikanismus schon vor der Diskussion um Intervention bestanden hat, jedoch durch die transatlantische Krise noch verstärkt wird.

„The trans-Atlantic catfight raised Europe’s already elevated anti-American sentiment another notch.“¹⁹¹

In den amerikanischen Medien wird der Anti-Amerikanismus dominant mit den zwei kriegablehnenden Ländern Deutschland und Frankreich in Verbindung gebracht. Hier fungiert der Vorwurf des Anti-Amerikanismus als Erklärung für die kriegablehnende Haltung. Im Gegensatz dazu werden die Kriegsbefürworter Blair und Aznar in den amerikanischen Medien gelobt, da sie den beschwerlicheren Weg gehen, indem sie innerhalb Europas eine unpopuläre Position beziehen, die sich jedoch auf lange Sicht auszahlen wird.

¹⁹¹ The New York Times, 24.01.2003, The Allies; Europeans Try to Stem Anti-U.S. Anger.

„While Chirac and Schroeder simultaneously feed and feed on anti-Americanism, Blair, Aznar and their colleagues have taken the much harder and much lonelier road.“¹⁹²

Dieser deutsch-französische Anti-Amerikanismus hat nichts mit den USA zu tun, so eine Deutung in den Medien, sondern vielmehr mit dem Versuch, eine Europäische Union zu definieren, die nur in Abgrenzung zu den USA in Form eines Anti-Amerikanismus funktioniert: *„France and Germany are desperately trying to define the EU, and the only thing they can define it as is anti-American.“¹⁹³*

Die vorherrschende Stimmung des französischen und deutschen Anti-Amerikanismus stellt sich im „alten Europa“ als *„counterweight to the arrogance of American power“¹⁹⁴* dar. Europa ist gespalten in ein anti-amerikanisches „altes Europa“ und ein pro-amerikanisches Europa derjenigen Länder, die den Irak-Krieg unterstützen. Die Kriegsgegner werden vor allem in den amerikanischen Medien als Amerika-feindlich dargestellt. Jegliche Kritik am amerikanischen Vorgehen wird mit Anti-Amerikanismus in Verbindung gebracht und damit entkräftet. Dieses „Othering“ war ein Teil der amerikanischen Strategie (vgl. Henze 2008: 39). Die Zuschreibung unterstellt einem Teil der europäischen Länder, der nicht hinter dem Kurs der US-Regierung steht, dass es nicht rationale Argumente sind, die gegen eine Intervention im Irak sprechen, sondern dass es vor allem gegen Amerika geht. Dadurch wird ein kriegerisches Vorgehen legitimiert und potenziellen Gegnern des Krieges unterstellt, dass sie grundsätzlich feindlich gegenüber Amerika eingestellt sind.

Der Anti-Amerikanismus hat also auch eine identitätsbildende Funktion. Diese Deutung kommt auch in einem weiteren Artikel zum Ausdruck, wo behauptet wird, dass Frankreich traditionell seine Identität in Abgrenzung zu den USA definiert und dafür den Anti-Amerikanismus unterschwellig nutzt:

¹⁹² The Washington Post, 31.01.2003, Politicians With Guts.

¹⁹³ The Washington Post, 16.02.2003, Forceful Tactics Catch Up With U.S.

¹⁹⁴ The Times, 25.02.2003, Iraq exposes economic and political vulnerability of EU.

„So one traditional way of repairing the French identity is to make France exist vis-a-vis the United States, exploiting the undercurrent of anti-Americanism that has always existed here.“¹⁹⁵

In den amerikanischen Medien wird den Westeuropäern Undankbarkeit gegenüber der Großzügigkeit seitens der Amerikaner vorgeworfen. Der Anti-Amerikanismus wird in Bezug gesetzt mit dem eigenen positiven Selbstverständnis der USA, *„America’s long record of strategic ‚generosity‘ toward them“*, die dafür Gefühle der Dankbarkeit erwartet hätten. Stattdessen hätte ein Teil der Europäer einen Anti-Amerikanismus entwickelt, der es sich zum Prinzip gemacht hat, für alle Missstände in der Welt die Amerikaner verantwortlich zu machen. Ebenfalls in diesem Artikel wird Dankbarkeit von den Europäern erwartet, doch solche Gefühle erweisen sich im Europa dieser Tage als Irrtum.

„By using the word ‚generosity‘, they even implied that Europeans might now owe the United States a little generosity in return. Such sentiments are pure heresy these days in Europe, where anti-Americanism has reached a fevered intensity.“¹⁹⁶

Interessant ist, dass in den amerikanischen Medien der Vorwurf eines europäischen Anti-Amerikanismus vorwiegend vor dem Kriegsausbruch im Irak unterstellt wird. Nach dem Kriegsausbruch scheint das Thema nicht mehr relevant. Das könnte ein Indiz sein, dass der Anti-Amerikanismus als Legitimationspotenzial für das eigene Vorgehen diene, bzw. dazu herangezogen wurde, um die Position der Kriegsgegner zu entkräften. In den amerikanischen Medien wird der Anti-Amerikanismus auch im Kontext der erfahrenen Großzügigkeit seitens Amerikas verhandelt und vor allem Frankreich wird Undankbarkeit vorgeworfen. Europa wird in den amerikanischen Medien eingeteilt in ein anti-amerikanisches „altes Europa“, das sich gegen den Krieg gestellt hat, und in ein pro-amerikanisches Europa, das den Krieg unterstützt, analog zu der von Bush vorgenommenen Aufteilung der Welt: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.¹⁹⁷

Diese klare Aufteilung und Zuschreibung ist auch in den britischen Medien zu finden. Die Länder, die sich gegen den Krieg positioniert haben, werden als anti-amerikanisch

¹⁹⁵ The New York Times, 23.02.2003, With Iraq Stance, Chirac Strives for Relevance.

¹⁹⁶ The Washington Post, 31.01.2003, Politicians With Guts.

¹⁹⁷ Vgl. Bush Rede am 21.09.2003 vor dem US-Kongress.

dargestellt: *„have adopted a broadly anti-American line.“*¹⁹⁸ Die Länder, die einem Krieg zugestimmt haben, werden als proamerikanisch gewertet. Die Zuschreibungen „Anti-Amerikanismus“ und „Pro-Amerikanismus“ gründen sich also auf die jeweilige Haltung zum Krieg. In den britischen Medien wird das „alte Europa“, vor allem Frankreich, mit dem Vorwurf des Anti-Amerikanismus in Verbindung gebracht und beispielsweise Folgendes behauptet: *„anti-Americanism is quite alive, though nowhere as strong as in France - probably not even in Iraq!“*¹⁹⁹

Der französische Anti-Amerikanismus gründet sich nach Einschätzung in den britischen Medien vor allem aus einer Angst vor Macht und Einfluss Amerikas.

*„Anti-Americanism in France has a long history... French worry about the onward march of American power and influence through the world - and especially through France.“*²⁰⁰

Dort werden die Beteiligten an den französischen Friedensprotesten als *„a strange alliance of Stalinists and facists“*²⁰¹ beschrieben. Im Zusammenhang mit den Demonstrationen gegen einen Krieg wird in den britischen Medien ein wachsender Anti-Amerikanismus konstatiert: *„protest against the war must, inevitably, be also protest against the United States.“*²⁰² Auch in den spanischen Medien wird im Zuge der Demonstrationen gegen den Krieg ein wachsender Anti-Amerikanismus beobachtet.

*„Le recordamos el creciente antiamericanismo en Europa y la presencia de millones de manifestantes en las calles.“*²⁰³

Jedoch wird dieser in den spanischen Medien insofern differenzierter betrachtet, da dort unterschieden wird zwischen Anti-Amerikanismus und Anti-Bushismus. Bei den Demonstrationen in Spanien gegen den Krieg scheint sich der Anti-Amerikanismus mehr gegen die Bush-Regierung zu richten, also gegen einen möglichen Krieg und nicht gegen Amerika, so der Tenor in den Medien.

¹⁹⁸ The Times, 31.03.2003, After Saddam, can Blair rescue us from Europe?

¹⁹⁹ The Times, 30.03.2003, Literary lion on the warpath.

²⁰⁰ The Times, 26.01.2003, Paris and Berlin: the axis of weasel.

²⁰¹ The Times, 30.03.2003, Literary lion on the warpath.

²⁰² The Guardian, 21.02.2003, A trap set for protesters.

²⁰³ El Mundo, 07.05.2003, Estados Unidos respondera de manera muy positiva al respaldo de Espana a la guerra.

*„Demasiadas veces en la fronda del antiamericanismo europeo uno tiene la impresion de que para algunos lo importante no es que no haya guerra sino que quede claro que el Gobierno americano es el malo.“*²⁰⁴

Auch der in Frankreich lebende Autor Paul Auster äußert sich differenziert, als er zu diesem Thema befragt wird und behauptet, dass es sich bei diesem Phänomen nicht um Anti-Amerikanismus handelt, sondern um Anti-Bushismus, dessen Politik bei ihm die gleiche Wut auslöst.²⁰⁵ In den spanischen Medien wird festgestellt, dass sich das Weiße Haus bereits über die Welle des Anti-Amerikanismus vor allem im „alten Europa“ Sorgen macht. Thematisch geht es in diesem Artikel vor allem um eine Kommunikationsagentur, die eingesetzt worden ist, um das Image von Bush in der Welt zu verbessern: *„...en el mundo arabe y otro en la discola y ,vieja’ Europa, donde la ola de antiamericanismo empieza a preocupar a la Casa Blanca.“*²⁰⁶ Die Auseinandersetzung in den spanischen Medien findet in sehr kritischer Weise auf einer Metaebene statt. Beispielsweise warnt der französische Philosoph, Bernard-Henry Levy, in einem Interview vor einem Anti-Amerikanismus in Europa und bringt ihn in Verbindung mit Faschismus, Antisemitismus, Nationalismus und Rassismus. Er sieht auch eine große Gefahr in diesem europäischen Typ des Anti-Amerikanismus. Seiner Meinung nach gibt es keinen guten Anti-Amerikanismus und er sieht in den USA auch keine Bedrohung für den Weltfrieden: *„Pero no hay un antiamericanismo bueno. EE UU no es una amenaza contra la paz en el mundo.“*²⁰⁷

In den spanischen Medien wird der Anti-Amerikanismus eher theoretisch auf der Metaebene verhandelt und differenzierter betrachtet. Die dominante Zuschreibung eines deutsch-französischen Anti-Amerikanismus, der in den amerikanischen und britischen Medien zu finden ist, taucht in den spanischen und deutschen Medien nicht auf.

²⁰⁴ El Pais, 11.02.2003, Evitar la Guerra.

²⁰⁵ El Mundo, 04.03.2003, Este presidente es un impostor que esta destruyendo el sueno americano.

²⁰⁶ El Mundo, 26.01.2003, Armas de „distraccion“ masiva. La Casa Blanca lanza una nueva oficina de propaganda en la antesala de la guerra contra Irak.

²⁰⁷ Vgl. El Pais, 09.02.2003, Bernard-Henri Levy - el filosofo mas destacado y conciencia publica de Francia -, entre cuyas obras se encuentra la fundamental Barbarie de rostro humano, escribe en la actualidad un libro sobre Daniel Pearl y Pakistan titulado Quien mato a Daniel Pearl.

In den deutschen Medien wird behauptet, dass sich die Amerikaner nicht über „*anti-amerikanische Ressentiments und der Gegensolidarisierung*“²⁰⁸ nach dem Auftreten von Rumsfeld zu wundern brauchen. In diesem Kontext werden anti-amerikanische Gefühle sogar als legitim angesehen, weil Rumsfeld „*so abschätzig vom Feldherrnhügel amerikanischer Allmacht über die Schwächlinge und Beschwichtiger des ‚alten Europa‘ herzieht.*“²⁰⁹ Dort wird die Auseinandersetzung mit dem Anti-Amerikanismus vor allem im Zuge des Habermas-Artikels „*Die Wiedergeburt Europas*“²¹⁰ sichtbar. Habermas sieht eine europäische Identitätsbildung in Abgrenzung zu den USA. Richard Rorty urteilt, dass diese Einschätzung Bushs Beamten in den amerikanischen Medien als „*neiderfüllten und ressentimentgeladenen Antiamerikanismus abtun, der bei europäischen Intellektuellen periodisch wiederkehrt.*“²¹¹ In einem Leserbrief in der FAZ wird die Initiative von Habermas/Derrida als „*Neueuropäergetue aus dem Geist des Antiamerikanismus*“²¹² abgetan. Ebenfalls als Antwort auf den Habermas/Derrida-Artikel wird von Hans-Ulrich Wehler²¹³ an die europäischen Regierungen appelliert „*Fehlentscheidungen des Hegemons auch einmal hinzunehmen*“ und nicht in „*die wohlfeile Ausbeutung eines unseligen Antiamerikanismus*“²¹⁴ zu verfallen. In einem weiteren Leserbrief, der sich auch auf den Artikel von Habermas bezieht, wird die identitätsstiftende Funktion der Demonstrationen gegen den Krieg hinterfragt und behauptet, dass „*eine Ablehnung der amerikanischen Außenpolitik und ein damit verbundener (latent immer vorhandener) Antiamerikanismus noch keine europäische Öffentlichkeit konstituieren.*“²¹⁵ Habermas wehrt sich im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung zu seiner Europa-Initiative gegen den Anti-Amerikanismusvorwurf, der in

²⁰⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.01.2003, Abschied von einer Illusion.

²⁰⁹ Ebd.

²¹⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.05.2003, Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas.

²¹¹ Süddeutsche Zeitung, 31.05.2003, Demütigung oder Solidarität.

²¹² Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.06.2003, Neueuropäergetue.

²¹³ Deutscher Historiker und Ehrenmitglied der American Historical Association (AHA), des wichtigsten Historikerverbands der USA.

²¹⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.06.2003, Laßt Amerika stark sein!

²¹⁵ Süddeutsche Zeitung, 27.06.2003, Stärke der USA ist Schwäche Westeuropas.

der Debatte um seinen Artikel und seine Einschätzung der USA Politik seinen Ursprung hat. *„Der Vorwurf des Antiamerikanismus sei albern und schlicht lächerlich.“*²¹⁶

In den deutschen Medien wird die Auseinandersetzung mit dem Anti-Amerikanismus erst mit dem Artikel von Habermas/Derrida ausgelöst. Die Einschätzung von Habermas, dass sich eine europäische Identität in Abgrenzung zu den USA ausbilden müsse, wird in den deutschen Medien anschließend im Kontext des Anti-Amerikanismus verhandelt. Im Vorfeld des Krieges war das Thema Anti-Amerikanismus in den deutschen Medien kein bedeutsames Thema. In den amerikanischen und britischen Medien tritt das Thema vor Kriegsbeginn dominanter auf, wobei vor allem Frankreich und Deutschland Anti-Amerikanismus unterstellt und dadurch deren Haltung zum Krieg delegitimiert wird. In den spanischen Medien wird der Anti-Amerikanismus eher auf der Metaebene verhandelt und als Anti-Bushismus interpretiert. In den spanischen und deutschen Medien wird die konkrete Zuschreibung eines französischen und deutschen Anti-Amerikanismus nicht thematisiert, im Gegensatz zu den anderen britischen und amerikanischen Vergleichsländern.

Wie wir sehen konnten, wird im Interventionsdiskurs das Thema Anti-Amerikanismus in den Medien unterschiedlich thematisiert und teilweise auch eingesetzt, um außenpolitisches Verhalten oder politische Positionen zu rechtfertigen.

4.4.6 Europa: Die Notwendigkeit „mit einer Stimme“ zu sprechen

Eine weitere dominante Zuschreibung Europas im Diskurs ist der Appell, dass Europa „mit einer Stimme“ sprechen muss, bzw. nicht „mit einer Stimme“ spricht. In diesem Code geht es um die Einigkeit der Europäer bzw. um die „notorische Uneinigkeit der Europäer“²¹⁷, wie es in dem Artikel „Abschied von einer Illusion“²¹⁸ heißt. Der Appell, dass Europa mit einer Stimme spricht oder mit einer Stimme sprechen soll, ist in den deutschen Medien am dominantesten (n=23), gefolgt von Spanien (n=11). In den

²¹⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.06.2003, Von der Verunreinigung der Ideen. Kein Versöhnlerturn zwischen Wert und Interesse: Jürgen Habermas diskutiert in Berlin seine Europa-Initiative.

²¹⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.01.2003, Abschied von einer Illusion.

²¹⁸ Ebd.

britischen (n=4) und amerikanischen Medien (n=2) taucht dieser Aspekt selten auf. Eine Erklärung dafür ist, dass für die britischen Medien ein geschlossenes, einheitliches Vorgehen nicht oberste Prämisse außenpolitischen Verhaltens ist und deshalb diesem Aspekt nicht so viel Bedeutung beigemessen wird. Der damals amtierende EU-Ratspräsident Kostas Simitis weist darauf hin, dass die EU eine gemeinsame Außenpolitik anstrebt und daher zum Thema Irak Einvernehmen notwendig ist.²¹⁹ Der slowenische Außenminister Dimitrij Rupel drückt seine

„Hoffnung aus, dass Europa zu einer gemeinsamen Haltung finden werde, denn die internationale Gemeinschaft und das euro-atlantische Bündnis müssten ihr Gesicht wahren.“²²⁰

Eine weitere Zuschreibung Europas ist die notorische Uneinigkeit. Europa hat keine gemeinsame Position zum Thema Irak entwickelt, deshalb gibt es auch keine legitime Sichtweise auf den Konflikt, da sich ja selbst die Europäer nicht zu einer gemeinsamen Position durchringen können. Somit beweist die Uneinigkeit der Europäer, dass es in diesem Konflikt keine einheitliche Sichtweise gibt. In den amerikanischen Medien taucht diese Zuschreibung auch in folgender Überschrift auf: *„Who Stands With U.S.? Europe Is of Two Minds.“²²¹*

Im Zuge des Briefs der Acht wird in den spanischen Medien berichtet, dass Javier Solana von dieser Initiative im Vorfeld nicht unterrichtet worden war, er jedoch nach wie vor bemüht sei, eine gemeinsame europäische Position zu finden.²²²

Als Reaktion auf den Brief der Acht wird der griechische Ministerpräsident Kostas Simitis in den spanischen Medien zitiert, es sei nach wie vor Europas Ziel, „mit einer Stimme“ in der europäischen Außenpolitik zu sprechen.²²³

Es wird sichtbar, dass im Zuge der Irak-Krise die Außenpolitik von den jeweils nationalstaatlichen Interessen geprägt ist, was die Krise der Europäischen Union verursacht hat.

²¹⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.01.2003, Mahnungen zur Einigkeit spalten die Europäische Union in der Irak-Politik.

²²⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.02.2003, Vilnius-Gruppe unterstützt Amerika.

²²¹ The New York Times, 31.01.2003, The Continent; Who Stands With U.S.? Europe Is of Two Minds.

²²² El País, 31.01.2003, La Carta de nueve Lideres en apoyo de Buah divide aun mas a Europa.

²²³ El País, 31.01.2003, Cisma en Europa por la crises de Irak.

Vor allem Vertreter der Europäischen Union, wie der amtierende Ratspräsident Kostas Simitis aber auch Javier Solana, der zu diesem Zeitpunkt hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) war, bemühen sich, noch zu einer gemeinsamen europäischen Position in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik zu gelangen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde von der griechischen Ratspräsidentschaft noch vor Kriegsbeginn am 17.02.2003 der EU-Sondergipfel einberufen. Das war ein Versuch, die inner-europäische Spaltung zu überwinden und die EU in der Irak-Frage handlungsfähig zu machen. Deshalb wurde auch eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, die den „Krieg als letztes Mittel“ akzeptiert; dennoch ist die EU über die Vorgehensweise im Irak-Konflikt nach wie vor gespalten. Dessen ungeachtet wurden die Ergebnisse des EU-Sondergipfels beispielsweise von der CDU-Vorsitzenden Merkel positiv bewertet, da *„die EU wieder zu einer gemeinsamen Stimme gefunden habe und hoffe, dass es so bleibe.“*²²⁴

Der EU-Sondergipfel wird vom britischen Premierminister Blair folgendermaßen bewertet:

*„Trotz aller Differenzen sei während des Gipfeltreffens der starke Wille Europas deutlich geworden, mit einer Stimme zu sprechen. Es gehe auch darum, in Ruhe über Möglichkeiten zur Stärkung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik nachzudenken. Es gebe genügend Partner in der EU, welche die Haltung Britanniens im Irak-Konflikt unterstützen.“*²²⁵

Diese Schwäche Europas, nicht „mit einer Stimme“ zu sprechen, wird in so harten Konflikten wie der Irak-Krise sichtbar und wird vor allem in den deutschen und spanischen Medien vor Kriegsbeginn im Zuge des Briefs der Acht und des EU-Sondergipfels thematisiert. In den britischen Medien erscheint diese Zuschreibung kaum. Das könnte ein Indiz dafür sein, dass die britischen Medien insgesamt transatlantischer gesinnt sind und deshalb die Notwendigkeit, „mit einer Stimme“ zu sprechen oder als einheitlicher außenpolitischer Akteur aufzutreten im Diskurs keine große Berücksichtigung findet.

²²⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.02.2003, Streit über Irak-Kompromiß - Chirac rügt Kandidaten.

²²⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.03.2003, „Den Boden des internationalen Rechts verlassen.“ Chirac kritisiert Washington und London.

In seiner Diagnose kommt auch Kratochwil zu dem Ergebnis, dass Europas Schwäche in der Uneinigkeit liegt. *„In erster Linie spricht Europa nicht mit einer Stimme und ist nicht in der Lage, kohärente Ziele und Interessen zu formulieren“* (Kratochwil 2002: 239).

Diese Schwäche wird in den Medien unterschiedlich thematisiert. Es zeigt sich beispielsweise, dass in den britischen Medien dies gar nicht so sehr als Schwäche wahrgenommen wird, wie auch der Notwendigkeit, zu einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik zu kommen, zumindest im Interventionsdiskurs nicht so eine hohe Priorität eingeräumt wird.

4.4.7 Europa: „Nie wieder Krieg“ als Legitimationsressource

Europas Selbstverständnis wird im Interventionsdiskurs oftmals mit der kriegerischen Vergangenheit in Verbindung gebracht, von der es sich jetzt abzugrenzen gilt. In diesem Fall findet die europäische Identitätsbildung in Abgrenzung zur eigenen Vergangenheit statt. In den Textstellen (n=38), die unter diesen Code fallen, wird betont, dass das europäische Selbstverständnis mit den Erfahrungen des Ersten und Zweiten Weltkriegs zusammenhängt und die Europäer deshalb den Krieg ablehnen. Europa steht für Frieden und die Ablehnung des Krieges hat sich tief in das kollektive europäische Bewusstsein eingegraben. Die Europäer sind kriegsgeprüft und haben aus ihren Erfahrungen gelernt. In den spanischen Medien erscheint diese Zuschreibung Europas am häufigsten (n=19). Eine Erklärung dafür könnte das spanische Selbstverständnis von „Neutralität“ sein. Spanien hat seit langer Zeit an keinen Kriegen mehr teilgenommen. Diese Sichtweise ist in den deutschen Medien möglicherweise nicht so anschlussfähig (n=9), da sich Deutschland zum Zeitpunkt des Diskurses im Rahmen der ISAF²²⁶ in einem Einsatz in Afghanistan befand. Grundsätzlich gehört die häufig zitierte Lehre aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus „Nie wieder Krieg“ zur deutschen Basiserzählung in Kriegsdiskursen und dient als spezifische „Technik der Legitimierung“ (Schwab-Trapp 2002: 358 ff). Im Irak-Krieg wird jedoch die Lehre „Nie wieder Krieg“ eher als europäische Basiserzählung verwendet und entfaltet eine handlungsbegrenzende

²²⁶ ISAF ist eine Sicherheits- und Aufbaumission unter NATO-Führung in Afghanistan.

Wirkung, da sie ein Gebot der militärischen Selbstbeschränkung begründet. In dieser Zuschreibung Europas wird ein kriegerisches Vorgehen grundsätzlich und unter allen Umständen abgelehnt und darauf verwiesen, dass eine Ablehnung des Krieges zur „europäischen Identität“ gehört.

Das „alte Europa“ habe den „*Geist des Friedens*“, wird als Antwort auf die Rumsfeld-Äußerung beispielsweise in den Medien behauptet, was ein kriegerisches Vorgehen auf identitätsrhetorische Weise delegitimiert. Der Sprecher der sozialistischen Partei Spaniens, Joaquim Puig, sagt beispielsweise: „*la vieja Europa que tiene un espíritu de paz*“²²⁷. Oder an anderer Stelle wird ebenfalls auf die kriegerische Vergangenheit hingewiesen, aus der man gelernt hat:

*„Durante un siglo convirtieron Europa en un campo de batalla y de ello han extraído lecciones que todavía perduran. ‚No a la guerra‘“*²²⁸

In den spanischen Medien wird Gerhard Schröder mit den Worten zitiert, dass gerade im „alten Europa“ den Menschen bewusst sei, was Krieg bedeutet, der Krieg sich im kollektiven Bewusstsein manifestiert habe und deshalb die Möglichkeit einer friedlichen Entwaffnung nicht aufgegeben werde. Die ablehnende Haltung gegenüber einem bevorstehenden Krieg wird seitens der deutsch-französischen Regierung mit dem aus den kriegerischen Erfahrungen entwickelten kollektiven europäischen Bewusstsein begründet:

*„Los pueblos de la buena y vieja Europa entienden quizá mejor que otras regiones lo que significa la guerra, algo que está grabado en nuestra conciencia colectiva, de ahí que Francia y Alemania sigan confiando en que es posible un desarme pacífico“*²²⁹

Schröders Begründung für eine Ablehnung des Krieges mit dem Hinweis auf das kollektive Bewusstsein des „alten Europa“ taucht auch in den amerikanischen Medien auf: „*What distinguishes good, old Europe is the deeply embedded consciousness of what war really means.*“²³⁰

²²⁷ El País, 28.01.2003, El PSPV pide que las cortes apoyen las protestas contra la guerra en Irak.

²²⁸ El País, 16.02.2003, La guerra avanza.

²²⁹ El Mundo, 25.01.2003, Alemania y Rusia apoyan la propuesta alternativa de Francia.

²³⁰ The New York Times, 25.02.2003, France and Germany Call for Long Inspections.

In den britischen Medien wird ebenfalls darauf verwiesen, dass in der europäischen Geschichte sich die negativen Erfahrungen mit Kriegen tief in das kollektive Bewusstsein eingegraben haben. Dadurch wird der kriegablehnenden Haltung Deutschlands und Frankreichs Verständnis entgegengebracht:

„An awareness of what war means and what it represents is deeply scored into the collective consciousness of the peoples of Europe. That perhaps allows us to understand better why Germany and France hope for and want a peaceful disarmament of Iraq.“²³¹

Auch Ulrich Beck weist in einem Artikel darauf hin, dass die Welt ein Europa braucht, das aus seiner kriegerischen Vergangenheit gelernt hat und die negativen Erfahrungen sich im europäischen Gedächtnis verankert haben. *„El mundo necesita lo que Europa ha aprendido del belicoso pasado que tiene en la memoria.“²³²*

Der französische Außenminister Villepin antwortet auf die Rumsfeld-Äußerung: *„France was sufficiently ‚old‘ to remember well the barbarism of war.“²³³* Damit rechtfertigt Villepin die französische Haltung gegen den Krieg mit eigenen negativen Erinnerungen an den Krieg.

Die Bezugnahme auf die Ablehnung des Krieges, die sich tief in das kollektive Bewusstsein der Europäer eingegraben hat, dient also einerseits als ideelle Legitimationsressource, andererseits besonders in den britischen Medien auch als Erklärung der Krise in Europa. Nach geäußerten Ansicht in den britischen Medien verläuft die europäische Spaltung zwischen Ländern, die in der Vermeidung von Krieg die legitimierende Kraft Europas sehen und in denjenigen, die in der Absicht der Bush-Administration, Diktatoren zu beseitigen, eine moralisch vertretbare Verantwortung sehen.

„A rift is opening between those who see the avoidance of all war as the legitimising force of the European Union, and an Administration in Washington that regards the removal of dangerous dictators as part of its morally supportable global responsibilities.“²³⁴

²³¹ The Guardian, 25.02.2003, A trigger for war? New axis of peace throws UN into chaos.

²³² El País, 10.03.2003, Ulrich Beck es profesor de Sociología de la Universidad de Munich, autor, entreo tres libros, de La sociedad del riesgo global.

²³³ The Times, 15.02.2003, Weapons report reinforces divisions among big players.

²³⁴ The Times, 23.01.2003, France and Germany turn against Washington's world view.

Hier wird auch auf das europäische Selbstverständnis hingewiesen. Aufgrund der kriegerischen Erfahrungen lehnen die Europäer Krieg als Mittel, um Frieden herzustellen, ab. Im Gegensatz zu den Amerikanern, die Krieg als legitimes Mittel, Frieden zu erzielen, akzeptieren. *„‘Never again.’ it to mean preventing another Nazi Holocaust.“*²³⁵ Im amerikanischen Selbstverständnis wird Krieg als durchaus legitimes Mittel angesehen, um Terror zu verhindern bzw. einen Diktator zu stürzen. Im Interventionsdiskurs werden unterschiedliche Lehren aus der Geschichte zur Legitimation des eigenen außenpolitischen Handelns herangezogen. Im amerikanischen Selbstverständnis haben die Lehren aus der Geschichte gezeigt, dass Kriege notwendig sind, um Schlimmeres zu verhindern, ganz im Gegensatz zum europäischen Selbstverständnis: *„Europeans, he said, also meant no more war. ,The European public does not accept peace and war as two routes to the same goal,’ he said.“*²³⁶

Das „alte Europa“ hat schon den Preis bezahlt und aus den Erfahrungen des Krieges gelernt und im Zuge dessen eine komplexere Vorstellung von der Welt entwickelt und lehnt deshalb eine binäre Einteilung der Welt in gut oder schlecht ab, die sich im neuen amerikanischen Selbstverständnis der Bush-Administration offenbart.

*„‘Old Europe’ has already paid the price. It now knows that the planet is too complex, too definitively plural to suffer insertion into a monotheistic binary logic: white or black, good or evil, friend or enemy.“*²³⁷

Diese Zuschreibungen legitimieren die Sicht des „alten Europa“ im Diskurs und delegitimieren die Haltung der Bush-Regierung. Hier wird auf identitäre Zuschreibungen zurückgegriffen, um außenpolitisches Handeln zu begründen.

Im Zusammenhang mit der Buchbesprechung des Bestsellers von Robert Kagan *„Americans are from Mars, Europeans from Venus“* wird auf das Selbstverständnis der Europäer verwiesen. Die Europäer sehen nach seiner Auffassung die Beilegung von Konflikten in einer friedlichen Diplomatie.

²³⁵ The New York Times, 31.01.2003, Why Today's Europeans Object to America's Worldview.

²³⁶ Ebd.

²³⁷ The New York Times, 23.02.2003, The French Lesson.

„Europe believes conflicts are best resolved through peaceful diplomacy and multilateral engagement. Not war, but inspections is what will secure Iraq's disarmament.“²³⁸

In den britischen Medien werden die unterschiedlichen Haltungen bezüglich einer Intervention im Irak darauf zurückgeführt, dass die *„US is hopelessly locked into a Hobbesian view of the world“²³⁹*, in der ein Vertrag wenig gilt und die Macht alles ist (vgl. Kargan 2003), im Gegensatz zu den Europäern, die nach den zahlreichen Kriegen eher Kants Vision *„Vom ewigen Frieden“* bevorzugen.

„Europeans, on the other hand, have had their fill of wars and centuries of conflict. They are in search of Immanuel Kant's vision of universal and perpetual peace, and increasingly they see US policies and objectives as an anathema to the forging of a truly global consciousness.“²⁴⁰

Im Interventionsdiskurs werden somit die unterschiedlichen Vorstellungen über die richtige Vorgehensweise im Irak mit Hilfe von ideellen Gründen, einem divergierenden Selbstverständnis der Europäer und der Amerikaner, erklärt.

Die Textbeispiele zeigen, dass in allen untersuchten Medien das europäische Selbstverständnis mit den leidvollen Erfahrungen des Krieges in Verbindung gebracht, ein kriegerisches Vorgehen im Irak darüber delegitimiert oder die europäische Haltung erklärt wird. Hier wird deutlich, dass im Diskurs um Intervention ideelle Faktoren herangezogen werden. *„Nie wieder Krieg“* hat sich tief in das europäische Bewusstsein eingegraben. Der Diskurs um Intervention hat somit auch einen identitätsbildenden Charakter, da im Zuge dessen auf den Gründungsmythos der Europäischen Union Bezug genommen wird, der als Begründung gegen den Krieg fungiert. Diese europäische Selbstzuschreibung von *„Nie wieder Krieg“* ist auch eine Antwort auf die Rumsfeld-Äußerung, in der die beiden kriegsablehnenden Länder als bedeutungslos deklariert und somit deren Haltung im Interventionsdiskurs delegitimiert werden. Vor allem Schröder und Villepin aus dem *„alten Europa“* reagierten auf die *„Rumsfeld-Äußerung“* mit positiven Selbstzuschreibungen der europäischen Identität in Anlehnung an den europäischen Gründungsmythos. Diese delegitimierende Sicht auf eine Intervention mit dem Rekurs

²³⁸ The New York Times, 05.03.2003, Americans Are From Mars, Europeans From Venus.

²³⁹ The Guardian, 26.04.2003, Thanks, Mr President: Bush's actions are helping Europe to fashion a new sense of identity.

²⁴⁰ Ebd.

auf ein europäisches Selbstverständnis „Nie wieder Krieg“ entspricht nach dem Zweiten Weltkrieg den europäischen Grundwerten. Sie hat somit auch eine gewisse Verbindlichkeit für die anderen europäischen Länder, die sich zu diesem Zeitpunkt an die Seite der USA gestellt haben. Die Amerikaner besinnen sich in ihrem nationalen Selbstverständnis eher auf die Lehre „Nie wieder Auschwitz“, die eher handlungsauffordernd und kriegslegitimierend ist und an die moralische Verantwortung der Akteure appelliert und ein militärisches Eingreifen befürwortet, wo Menschenrechte verletzt werden oder ein Diktator sein Volk terrorisiert.

4.4.8 Zusammenfassung der Zuschreibungen Europas

Im gesamten Interventionsdiskurs ist die Auseinandersetzung mit der Krise in Europa dominant. Die europäische Krise diente in den amerikanischen Medien als Legitimationspotenzial, da ein Teil des zerstrittenen Europas das Vorgehen der USA unterstützte. Als Verursacher der Krise in Europa werden überwiegend die USA genannt, deren Strategie es war, Europa zu teilen, um eine europäische Position gegen den Krieg zu verhindern. Das Thema des Anti-Amerikanismus wird in den Medien unterschiedlich behandelt. In den britischen und amerikanischen Medien werden eindeutig Frankreich und Deutschland als anti-amerikanisch dargestellt. Die Zuschreibung dieser beider Länder als anti-amerikanisch, hat eine legitimierende Wirkung der eigenen Position, da sie den Gegnern des Krieges niedrige Motive und Emotionen wie Groll und Neid²⁴¹ unterstellt und nicht rationale Gründe, die gegen einen Krieg sprechen könnten.

Vor allem im Zuge des Pralinengipfels wird davor gewarnt, ein europäisches Gegengewicht zur amerikanischen Macht aufzubauen. Im Diskurs wird immer wieder appelliert, dass Europa eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) benötigt. Die Lehre, die Europa aus der Krise zieht, wird im Aufbau einer eigenständigen GASP gesehen. Diese Diskussion um den Aufbau einer GASP erzeugt neue Differenzen

²⁴¹ Vgl. Definition des Anti-Amerikanismus von Timothy Garton Ash in der Zeit 06/2003, Warme Brüder und EU-nuchen. Er grenzt den Antieuropäismus vom Anti-Amerikanismus folgendermaßen ab: „Der Antieuropäismus bildet keine Parallele zum Anti-Amerikanismus. Das Leitmotiv des Anti-Amerikanismus ist mit Neid durchsetzter Groll; die des Antieuropäismus mit Verachtung durchsetzte Gereiztheit.“

innerhalb der EU analog zu den bestehenden Konfliktlinien zwischen den Kriegsbefürwortern und Kriegsgegnern. Es geht darum, inwieweit die Ausgestaltung der GASP in Konkurrenz und Abgrenzung zur NATO und den USA erfolgen darf bzw. muss.

Ausgelöst durch den Brief der Acht wird die Notwendigkeit thematisiert, dass Europa „mit einer Stimme“ sprechen muss. Diskursiv wird versucht der offenbaren Spaltung etwas entgegenzusetzen. Eine weitere wichtige Zuschreibung Europas, die im Interventionsdiskurs auftaucht, sind die Lehren aus der Vergangenheit und das daraus entwickelte Selbstverständnis „Nie wieder Krieg“.

Insgesamt kann man durch die qualitative Analyse der Zuschreibungen Europas zeigen, dass das europäische Selbstverständnis im Interventionsdiskurs dominant mit den bestehenden Beziehungen zu den USA verhandelt wird.

Die europäische Krise ist entstanden, da die europäischen Nationalstaaten sich unvereinbar zum amerikanischen Vorgehen im Irak positionierten. Auch die Lehren aus der europäischen Krise, wie die Notwendigkeit einer GASP und die Diskussion um ein neues europäisches Selbstverständnis, werden vorwiegend im Verhältnis zu den USA im Diskurs diskutiert. Das europäische Selbstverständnis ist somit kein autarkes Selbstverständnis.

4.5 Zuschreibungen Amerikas als Legitimationsressource

Nun wenden wir uns Amerika, dem Initiator der Intervention im Irak, zu. Sämtliche Fremd- und Selbstzuschreibungen Amerikas wurden erhoben, um zu untersuchen, welches Verständnis von Amerika als außenpolitischem Akteur sich im Diskurs durchgesetzt hat. Im Diskursausschnitt überwiegen negative Fremdzuschreibungen Amerikas (n=181), was jedoch verwunderlich ist, weil selbst in den Ländern, die den Krieg befürworten, in den Medien negative Zuschreibungen Amerikas dominieren. Diese negativen Fremdzuschreibungen erscheinen in den deutschen (n=74) und spanischen Medien (n=68) doppelt so häufig wie in den amerikanischen (n=26) und britischen (n=30) Medien. Dieser Befund ist zum einen mit der „special relationship“ zu erklären, die Großbritannien mit den USA verbindet, und mit einer kritischeren Haltung der spanischen Presse bezüglich einer Intervention im Irak. Amerika wird mit folgenden negativen Eigenschaften beschrieben: unilateral (n=62), Hegemon (32), Bush Administration negativ (n=55), allgemein negativ (n=19), Arroganz (n=19) und in relativ wenigen Fällen auch mit positiven Attributen (n=38).

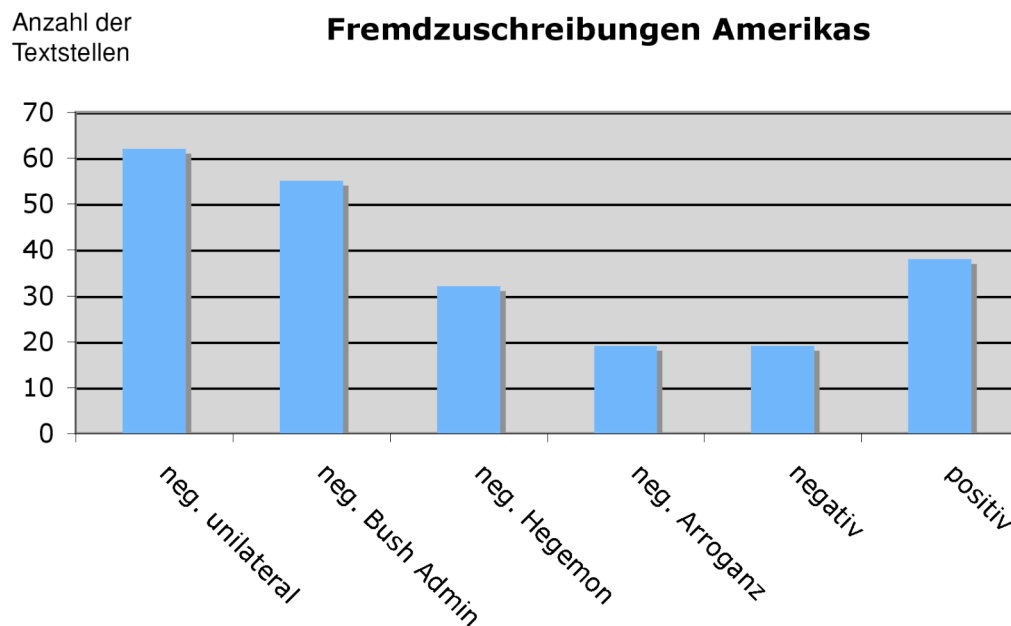
Die negativen Zuschreibungen betreffen vor allem die Bush-Administration. Auch die Zuschreibungen „unilateral“ und „Arroganz“ beziehen sich, wenn auch teilweise nur unterschwellig, auf die Bush-Administration.

Die Fremdzuschreibungen Amerikas sind im Großen und Ganzen negativ und delegitimieren das Vorgehen im Irak durchweg in allen untersuchten Medien. In folgendem Zitat wird mit Hilfe von identitären Zuschreibungen der Irak-Krieg delegitimiert:

„Ein politisch zusammenwachsendes Europa kann auch einen eigenständigeren Kurs in seiner Außen- und Sicherheitspolitik verfolgen, um der Beachtung des Völkerrechts und der Machtbalance, die einen gefährlichen amerikanischen Unilateralismus zu zähmen sucht, tatkräftig zu dienen.“²⁴²

²⁴² Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.06.2003, Laßt Amerika stark sein!

Abb. 9: Häufigkeit der Fremdzuschreibungen Amerikas



Die Ablehnung der beabsichtigten Intervention im Irak drückt sich in den Medien unter anderem durch die dominanten negativen Fremdzuschreibungen Amerikas aus. Das amerikanische Selbstverständnis basiert auf einem militärischen Hegemonismus und Unilateralismus und wird teilweise selbst unter den Verbündeten als Bedrohung wahrgenommen. Das neue amerikanische Selbstverständnis und die daraus abgeleitete Legitimation werden in den Medien sehr kritisch betrachtet. Negative Zuschreibungen Amerikas, wie hegemonial, unilateral und imperialistisch, dominieren den Diskurs und wirken delegitimierend. Die dominanteste negative Fremdzuschreibung Amerikas betrifft das unilaterale Vorgehen. Robert Kargan setzt sich nach dem Krieg mit „*America’s Crisis of Legitimacy*“ auseinander und behauptet, dass das Vorgehen der Bush Administration nur deshalb als unilateral bezeichnet worden ist, weil die USA keine Unterstützung von Berlin und Paris hatte und weil „*from the perspective of Berlin and Paris, the United States was unilateralist because no European power had any real influence over it*“ (Kargan 2004: 83).

Die negativen Zuschreibungen Amerikas entfalten ein unterschiedlich delegitimierendes Potenzial. Im Folgenden werde ich dies anhand einiger Beispiele veranschaulichen. Den

Amerikanern wird unterstellt, dass mit dem Vorgehen im Irak „eine neue, unilaterale Ordnung der Welt erprobt wird.“²⁴³ Frankreich wird mit seinen Atomwaffen als einzige Macht beschrieben „die langfristig wohl allein die amerikanische Hegemonie eindämmen können.“²⁴⁴ Die amerikanische Hegemonie wird somit negativ bewertet, die es einzugrenzen gilt. Im Kontext der Erklärung des außenpolitischen Selbstverständnisses hält Frankreich nach Ansicht Chiracs einer Weltordnung stand, „in der die Amerikaner die Rolle von Ankläger, Richter und Vollstrecker anstreben.“²⁴⁵ An anderer Stelle wird thematisiert, dass „überall im alten Europa [...] über die Allmacht Amerikas [geklagt wird]“²⁴⁶. In den deutschen Medien wird die amerikanische Anspruchshaltung kritisiert, „Weltpolitik unter der Führung einer militärisch nicht anzufechtenden Hegemonialmacht zu betreiben.“²⁴⁷ Selbst in den britischen Medien wird der amerikanische Imperialismus als „uncomfortable fact of life“²⁴⁸ gedeutet. Die britische *Times* geht in einem Artikel auf eine Statistik ein, die belegt, dass Deutsche und Franzosen einen sehr kritischen Blick auf die amerikanische Rolle in der Welt haben: „...about 60 per cent viewing its influence as either negative or very negative.“²⁴⁹ Auch die Intellektuellen in Großbritannien, so eine Aussage in den Medien, sind aus unterschiedlichen Gründen gegen den Krieg und sehen Amerika als „apex of evil“²⁵⁰. Sehr delegitimierend sind auch die Zuschreibung, dass Amerika „den westlichen Rechtsgedanken“²⁵¹ zerstört und das „Faustrecht in den Beziehungen“²⁵² etabliert, „Amerikas Autorität in Trümmern“²⁵³ liegt oder es gilt, „den

²⁴³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.01.2003, Der Ernstfall.

²⁴⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.04.2003, Neu-Europa. Sieger des Irak-Krieges wird die Weltmacht der Zukunft sein.

²⁴⁵ Süddeutsche Zeitung, 12.02.2003, Der Erbe des Generals.

²⁴⁶ Süddeutsche Zeitung, 14.06.2003, Von der Krise träumen; Warum Todds Nachruf auf Amerikas Wirtschaft so heikel ist.

²⁴⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.05.2003, Amerikas Autorität. Eine Antwort auf Habermas.

²⁴⁸ The Guardian, 03.02.2003, Beginning of the end: The US is ignoring an important lesson from history - that an empire cannot survive on brute force alone.

²⁴⁹ The Times, 30.01.2003, Most Germans oppose conflict.

²⁵⁰ The Times, 30.03.2003, Literary lion on the warpath.

²⁵¹ Süddeutsche Zeitung, 27.02.2003, Bush und Blair isoliert, nicht Schröder.

²⁵² Ebd.

²⁵³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.04.2003, Was bedeutet der Denkmalsturz? Amerikas Autorität liegt in Trümmern.

*Neokolonialismus der USA einzudämmen.*²⁵⁴ Folgendes Zitat wirkt wie ein Rundumschlag gegen die amerikanische Politik und delegitimiert auch deren außenpolitisches Verhalten durch die negativen Fremdzuschreibungen.

*„Ökologisch, sozial und militärisch kann die Welt sich die USA längst nicht mehr leisten. Es ist Zeit für Alternativen.“*²⁵⁵

Die negativen Fremdzuschreibungen sind sehr umfassend und kritisieren das neue Selbstverständnis der USA.

Im Verhältnis dazu sind die positiven Fremdzuschreibungen (n=38) relativ gering. Der Brief der Acht enthält positive Zuschreibungen Amerikas, die in einigen Medien zitiert werden, wie folgendes Beispiel zeigt.

*„Mr. Aznar wrote the first draft of the article signed by eight European leaders and published last month in The Wall Street Journal that hailed ‚American bravery, generosity and farsightedness‘ in freeing Europe from Fascism and Communism.“*²⁵⁶

Die weiteren positiven Fremdzuschreibungen Amerikas sind nicht so prägnant wie das in den Medien auftauchende Zitat aus dem Brief der Acht und außerdem sehr facettenreich, deshalb werde ich im Folgenden noch einige Beispiele herausgreifen. Die wesentliche Aussage des Codes „Fremdzuschreibung Amerika positiv“ verbirgt sich hinter dem quantitativen Befund, dass positive Fremdzuschreibungen Amerikas im Interventionsdiskurs sehr selten sind. Auf der qualitativen Ebene wird deutlich, dass die positiven Fremdzuschreibungen sich meistens auf historische Leistungen, wie beispielsweise Amerikas Verdienste zur europäischen Integration, den gewährten Schutz während des Kalten Krieges, die Berliner Luftbrücke, den Marshall-Plan und die Unterstützung des deutschen Einigungsprozesses beziehen. Eine der wenigen Ausnahmen einer tagesaktuellen positiven Fremdzuschreibung illustriert folgendes Beispiel. Im Kontext der Verabschiedung einer deutsch-französisch-russischen Erklärung, die sich für eine multipolare Weltordnung ausspricht, betont Putin, dass sich

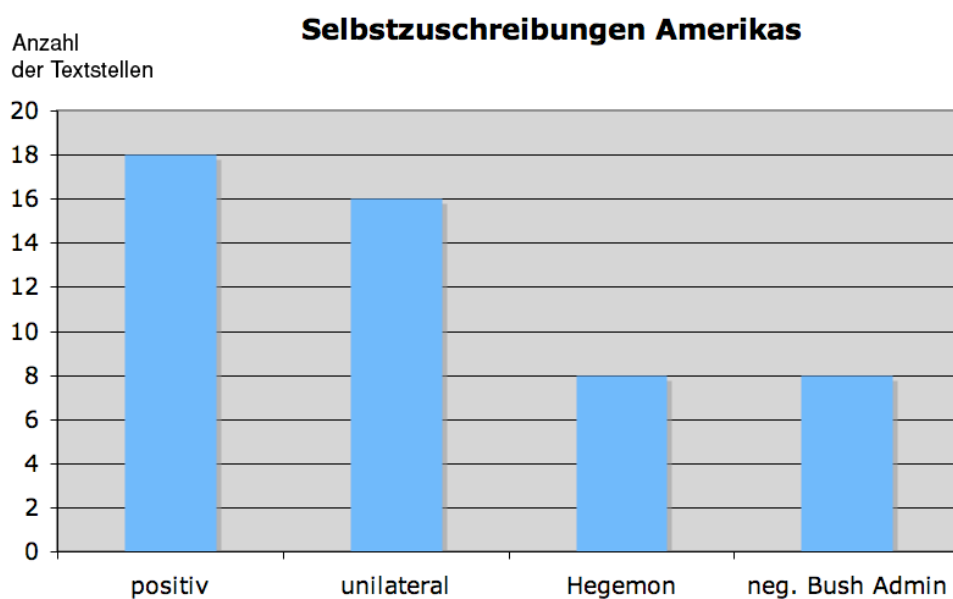
²⁵⁴ Süddeutsche Zeitung, 25.01.2003, Die Einsamkeit des Demonstranten.

²⁵⁵ Süddeutsche Zeitung, 15.05.2003, Die große Abrechnung; Warum alle guten Europäer Gaullisten sind.

²⁵⁶ The New York Times, 11.02.2003, Bush and Aznar New, if Unlikely, Allies. Dieses Zitat taucht ebenfalls in folgendem Artikel in der Washington Post auf: Washington Post, 31.01.2003, Politicians With Guts.

diese Erklärung nicht gegen die Amerikaner richte, lobt die Amerikaner für ihre Irak-Politik und nennt den amerikanischen Präsidenten einen Freund: „*Ohne die harte Position der Vereinigten Staaten wäre es nicht gelungen, den Irak zur Kooperation zu bewegen.*“²⁵⁷ Möglicherweise handelt es sich bei diesen positiven Zuschreibungen und Freundschaftsbekennnissen nur um beschwichtigende Rhetoriken.

Abb. 10: Häufigkeit der Selbstzuschreibungen Amerikas



Die amerikanischen Selbstzuschreibungen sind weitgehend positiv (n=18), fallen jedoch quantitativ auch nicht sonderlich ins Gewicht und erscheinen vorwiegend in den amerikanischen Medien (n=13). Auch hinter den Selbstzuschreibungen unilateral (n=16) und Hegemon (n=8) verbergen sich positive Zuschreibungen. Das heißt, die USA entwickelt im Diskurs das positive Selbstverständnis eines „guten“ Hegemons, welches auch ein unilaterales Vorgehen legitimiert, wie mehrere Vertreter der Bush-Administration verdeutlichen: „*The US will go to war anyway, with or without a security council resolution and regardless of whether others like it or not.*“²⁵⁸, oder in einem

²⁵⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.02.2003, Gewinner Putin.

²⁵⁸ The Guardian, 07.03.2003, Inside story: Monty's legacy: His famous desert triumph over Rommel.

anderen Beispiel „*we really don't need anyone's permission to defend American security interests.*“²⁵⁹

Weitere positive Selbstzuschreibungen werden vor allem durch die Mitglieder der Bush-Administration oder durch Bush selbst in seinen „Reden zur Nation“ getroffen. Hier ein Beispiel aus einer Rede von Bush an der U.S. Coast Guard Academy nach dem offiziellen Ende des Irak-Krieges, als er den aufopferungsvollen Charakter des amerikanischen Volkes skizziert:

*„We are the nation that liberated continents and concentration camps,” he said. „We are the nation of the Marshall Plan, the Berlin Airlift and the Peace Corps. We are the nation that ended the oppression of Afghan women, and we are the nation that closed the torture chambers of Iraq.”*²⁶⁰

Die USA bzw. die Bush-Administration hat von sich das Selbstverständnis eines guten unilateralen Hegemons entwickelt, der sich von keiner anderen Instanz etwas sagen lassen bzw. dessen Handeln von keiner Instanz legitimiert werden muss. Eine Mischung aus Idealismus und Moralismus führen zu diesem missionarischen und positiven Selbstverständnis der Vereinigten Staaten (vgl. Kirste 1998: 64). So neigt die USA dazu ihre außenpolitischen Interessen mit höher stehenden Zielen zu rechtfertigen und sehen sich als „Demokratie bringend“ und „Frieden stiftend“. Es gibt in der Presse jedoch auch kritische Selbstzuschreibungen, vor allem gegen die Bush-Administration (n=8). Hier ein Beispiel: *„Viewed from the outside, Mr. Bush's America does not look like a regime whose promises you can trust.*

Sie sind jedoch gegenüber den positiven Selbstzuschreibungen in der Minderzahl. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in den Medien ein negatives Amerikabild die Medien bestimmt hat. Die negativen Fremdzuschreibungen der USA haben eine sehr delegitimierende Wirkung, da die negativen Zuschreibungen völkerrechtliche Aspekte und das grundsätzliche moralische Selbstverständnis der USA anzweifeln.

²⁵⁹ The Times, 09.03.2003, French resistance widens divisions in the West.

²⁶⁰ The Washington Post, 22.05.2003, Bush Lashes Out at Europe.

²⁶¹ The New York Times, 11.02.2003, The Wimps of War.

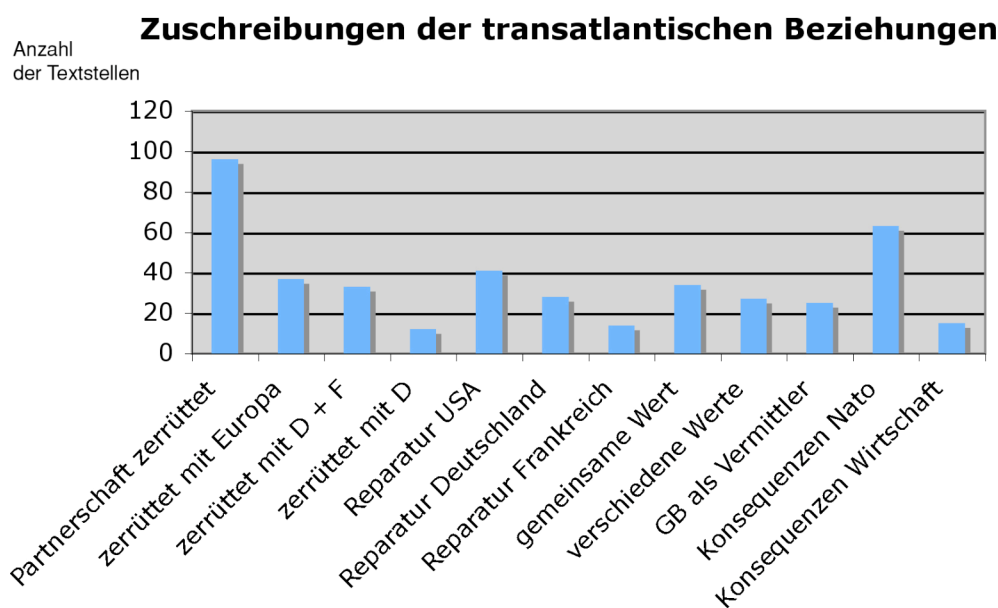
4.6 Transatlantische Beziehungen als Legitimationsressource

Verschaffen wir uns einen Überblick über die Zuschreibungen der transatlantischen Beziehungen. Es fällt auf, dass in den Medien die transatlantischen Beziehungen vor allem als in der Krise befindlich thematisiert werden.

Die Krise der transatlantischen Beziehungen erfährt während des Diskurses um eine Intervention im Irak einen Höhepunkt, ist jedoch grundsätzlich kein neues Phänomen. So wurde schon vor der Irak-Krise in der wissenschaftlichen Literatur festgestellt, dass sich in „jüngster Zeit die Abstimmungsprobleme gehäuft haben, bei denen Europa und die USA von unterschiedlichen Problemdefinitionen, Wertvorstellungen und Lösungsstrategien ausgegangen sind“ (Wolf 2002: 264).

Hier folgt zunächst eine Übersicht der dominanten Zuschreibungen transatlantischer Beziehungen im Interventionsdiskurs.

Abb. 11: Häufigkeit der Zuschreibungen der transatlantischen Beziehungen



Es bleibt zunächst festzuhalten, dass es sehr viele Textstellen (n=941) in meinem untersuchten Interventionsdiskurs gibt, die die transatlantischen Beziehungen in irgendeiner Form thematisieren. Wenn man dann noch die Zuschreibungen Europas hinzunimmt, liegt die Schlussfolgerung nahe, dass der Diskurs um eine Intervention

vorwiegend auf der Beziehungsebene geführt wurde, diese Ebene möglicherweise den Diskurs phasenweise dominierte und nicht die Thematisierung sachlicher Argumente für oder gegen einen Krieg.

Eine der diskursbestimmenden Zuschreibung im gesamten Untersuchungszeitraum ist die der Krise in den transatlantischen Beziehungen, die unter dem Code „Partnerschaft zerrüttet“ (n=96 von insgesamt n=191) erfasst wurde. Hier wird die Krise allgemein als transatlantische Krise verhandelt. Teilweise gibt es auch Deutungen im Diskurs, in denen sich die Krise auf ganz Europa (n=37) oder nur auf Deutschland und/oder Frankreich (n=33) bezieht, und werden unter dem Code „Partnerschaft zerrüttet mit Land x“ erfasst.

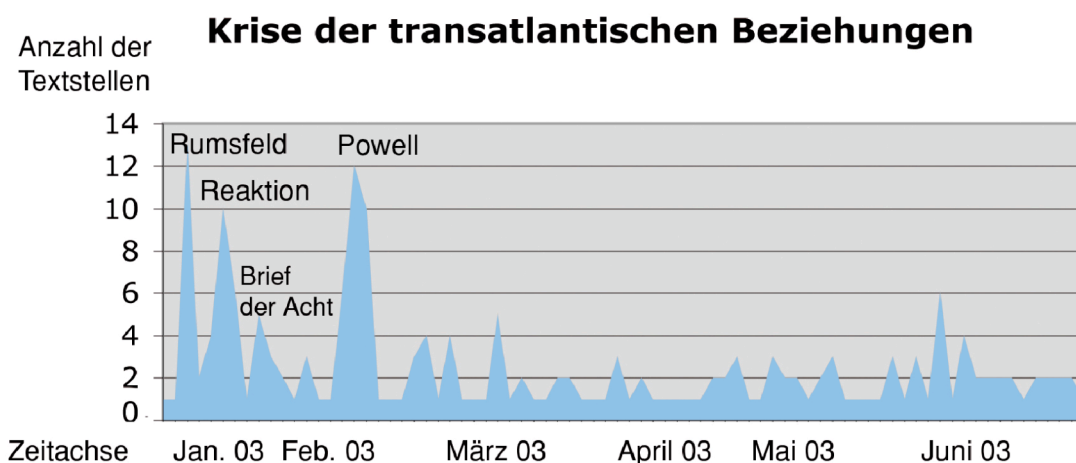
Nach offiziellem Kriegsende wird die Krise in den transatlantischen Beziehungen zumindest rhetorisch wieder repariert, wie beispielsweise auf dem G8 Gipfel in Evian (Code „transatlantische Beziehungen: Bemühungen Reparatur“ n=44 von 139). Unter diesem Code werden die Reparaturmöglichkeiten diskutiert bzw. das Ausmaß der Krise beschwichtigt, was jedoch noch nicht heißt, dass die transatlantischen Beziehungen tatsächlich repariert worden sind. Kontraintuitiv ist in diesem Zusammenhang, dass vor allem die USA um eine Reparatur der transatlantischen Beziehungen bemüht sind (n=41 von insgesamt n=139), da sie nicht als Verursacher der Krise angesehen werden. Im Interventionsdiskurs werden auch Zuschreibungen benutzt, die die Schuld an der transatlantischen Krise zuweisen (n=38). Vor allem in den amerikanischen Medien (n=12) und in den britischen Medien (n=10) werden Deutschland und Frankreich für die transatlantische Krise verantwortlich gemacht. Ähnlich wie bei der Bewertung der europäischen Krise, werden auch hierbei je nach strategischem Interesse alle im Diskurs beteiligten Länder für die Krise verantwortlich gemacht. Vorwiegend werden jedoch Frankreich bzw. Frankreich und Deutschland zusammen, aber auch die Bush-Administration (n=8) als Verursacher der transatlantischen Krise gesehen.

In einem weiteren Code werden die Konsequenzen für die NATO (n=61) und an einigen wenigen Stellen auch die Konsequenzen für die Wirtschaft (n=16) erfasst. Teilweise wird die Institution der NATO als Ganzes angezweifelt:

„Immer offener werden die Form sowie Ziel und Zweck dieser Organisation in Frage gestellt. Am deutlichsten sichtbar ist das in der Nato: Da hat sich mit dem gemeinsamen Feind auch der alte Konsens aufgelöst, ein neuer wurde seither nicht gefunden.“²⁶²

Den transatlantischen Beziehungen werden sowohl gemeinsame (n=34) als auch verschiedene Werte (n=27) zugrundegelegt. Diese quantitativen Ergebnisse verdeutlichen den konstruktivistischen Gebrauch in den Zuschreibungen der transatlantischen Beziehungen, der möglicherweise auch interessengeleitet ist. In den britischen Medien sieht sich Großbritannien selbst als Vermittler (n=18 von insgesamt 25 Textstellen) zwischen Europa und den USA in diesem transatlantischen Konflikt.

Abb. 12: Häufigkeit der Thematisierung der Krise in den transatlantischen Beziehungen im Diskursverlauf



In dieser Grafik wird deutlich sichtbar, dass die Thematisierung der Krise in den transatlantischen Beziehungen in den Diskursereignissen einen Peak aufweist. Das heißt, mit der Rumsfeld-Äußerung fängt im Interventionsdiskurs die Auseinandersetzung mit der Krise in den transatlantischen Beziehungen an und erreicht gleichzeitig den Peak. Ebenso wird deutlich, dass die Krise in den transatlantischen Beziehungen zudem vorwiegend bis zum Kriegsausbruch diskutiert wird.

Nach dem quantitativen Überblick über die Codes wird im Folgenden untersucht, ob die Deutungen der Krise Unterschiede aufweisen und inwiefern diese unterschiedlichen

²⁶² Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.03.2003, Ernstfall für Europa.

Zuschreibungen ein (de-) legitimierendes Potenzial enthalten und strategisch im Diskurs eingesetzt werden. Die Datenmenge ist für eine systematische und ländervergleichende qualitative Analyse zu umfangreich, deshalb werden nur markante Stellen herauskristallisiert und Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Diskurs über die Krise in den transatlantischen Beziehungen hervorgehoben.

Die transatlantische Krise wird in den Medien unterschiedlich gedeutet. Beispielsweise taucht in den amerikanischen Medien die Sichtweise auf, dass nicht der Irak-Krieg Auslöser der transatlantischen Krise ist. Die wahre Ursache für die Verschlechterung der transatlantischen Beziehungen sind auch nicht die unterschiedlichen Positionen in Europa und Amerika über die richtige Vorgehensweise im Irak, sondern „*the real divide is about power and ideas*“²⁶³. Machtfragen, Ideen und Überzeugungen sind also die Ursachen der Krise in den transatlantischen Beziehungen. Besonders prominent wurde die Zuschreibung von Robert Kagan, der Amerika mit dem Mars als kriegsfähige Macht vergleicht und Europa mit der Venus als machtlose, aber friedliebende Macht.²⁶⁴ Die Unterteilung in Mars und Venus als Erklärungsgrundlage der transatlantischen Krise erscheint in den britischen²⁶⁵, amerikanischen²⁶⁶ und spanischen²⁶⁷ Medien. Diese Sichtweise drückt sich auch in folgendem Zeitungsartikel aus, in dem gesagt wird, dass „*United States and Europe did have starkly different views of collective security.*“²⁶⁸ Unterschiedliche Wertvorstellungen sind also die Ursache dafür, dass die Argumente in Europa und Amerika eine unterschiedliche Überzeugungskraft im Zusammenhang mit einer Intervention im Irak entfalten. Daraus resultieren die transatlantischen Differenzen in der Bewertung der Irak-Krise. Für die Amerikaner ist die Notwendigkeit eines Krieges für die Sicherung des Friedens plausibler als für die europäische Öffentlichkeit: „*The European public does not accept peace and war as two routes to the same goal.*“²⁶⁹ Hier

²⁶³ The Washington Post, 26.01.2003, Transatlantic Chill? Blame Europe's Power Failure.

²⁶⁴ The New York Times, 05.03.2003, Americans Are From Mars, Europeans From Venus.

²⁶⁵ The Times, 19.02.2003, Now, the great divide, Paradise and Power: America and Europe in the new world order.

²⁶⁶ The New York Times, 23.02.2003, Foreign Policy's Big Moment Looks for a Big Idea.

²⁶⁷ El Pais, 14.04.2003, Una nueva era en las relaciones transatlánticas - marte y venus, econciados.

²⁶⁸ The New York Times, 30.01.2003, Bush's Moral Rectitude is a Tough Sell in Old Europe.

²⁶⁹ The New York Times, 31.01.2003, Why Today's Europeans Object to America's Worldview.

wird mit dem Verweis auf unterschiedliche Werte und Ideen das jeweilige außenpolitische Verhalten der Amerikaner und Europäer begründet, was letztlich zur Krise in den transatlantischen Beziehungen im Irak-Konflikt führte.

Trotz der Krise in den transatlantischen Beziehungen liefert die Unterstützung durch einen Teil Europas ein subtiles Legitimationspotenzial für das Vorgehen der Bush-Administration im Irak: „*Europe will answer the call.*“²⁷⁰ und „*a tremendous amount of support in Europe*“²⁷¹ existiert. An diesen Beispielen aus den amerikanischen Medien wird sichtbar, dass die Deutungen der transatlantischen Beziehungen eine Erklärungskraft für außenpolitisches Verhalten entfalten.

In den deutschen Medien wird die Krise in den transatlantischen Beziehungen vorwiegend als eine Krise zwischen Europa und den USA gesehen. Es wird von der „*Kluft zwischen Europa und den USA*“²⁷², einer Krise im „*europäisch-amerikanischen Verhältnis*“²⁷³ und „*zwischen alter und neuer Welt*“²⁷⁴ sowie von der verlorenen „*Geschlossenheit des Westens*“²⁷⁵ und von „*innerwestlichen Konflikten*“²⁷⁶ gesprochen. Die transatlantische Krise wird nicht mit dem außenpolitischen Verhalten Deutschlands und Frankreichs in Verbindung gebracht, sondern als grundsätzliche Krise zwischen Europa und den USA betrachtet.

Die Auseinandersetzungen über die Irak-Krise haben jedoch nicht nur die deutsch-amerikanischen Beziehungen, sondern auch die Beziehungen zu Großbritannien verschlechtert, wobei eine klare Schuld den Kriegsgegnern zugeschrieben wird: „*Europe's anti-war camp risked new tensions with Britain and the US.*“²⁷⁷

²⁷⁰ The Washington Post, 24.01.2003, Powell 'Confident' of Allies' Support for War.

²⁷¹ Ebd.

²⁷² Süddeutsche Zeitung, 01.04.2003, Die Welthandelsorganisation steht an einem Wendepunkt.

²⁷³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.01.2003, Abschied von einer Illusion.

²⁷⁴ Süddeutsche Zeitung, 14.03.2003, Ein drittes Rom; Die neue Glaubensspaltung.

²⁷⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.01.2003, Abschied von einer Illusion und noch in einem weiteren Artikel: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.02.2003, Vom Empfang der Gäste zur Demo Wehrkunde unter anderen Vorzeichen.

²⁷⁶ Süddeutsche Zeitung, 30.06.2003, Krieg mit anderen Mitteln.

²⁷⁷ The Guardian, 30.04.2003, Iraq: after the war: France, Germany deepen UK rift.

In den britischen Medien wird zwar von „*transatlantic differences*“²⁷⁸, einem „*transatlantic chill*“²⁷⁹ oder von einem „*new anti-Europeanism*“²⁸⁰ gesprochen, diese beziehen sich jedoch dann im weiteren Kontext auf die entstanden Differenzen zwischen dem „alten Europa“ und den USA und werden mit der kriegablehnenden Haltung und mangelnden Unterstützung erklärt.

Es taucht auch die Deutung auf, dass die Amerikaner sichergehen wollen, dass Europa die neue Rolle eines „*willing but subordinate partner*“²⁸¹ einnehmen. An anderer Stelle wird die transatlantische Krise als grundsätzliche gesehen und verursacht durch die Bush-Administration. „*The 'cowboys' in the White House were raised in an anti-European culture.*“²⁸² In der britischen *Times* wird behauptet, dass es bei den transatlantischen Streitigkeiten um mehr geht als nur um die Irak-Frage, denn Europa und die USA sind sich in vielen grundlegenden Fragen nicht einig. Es geht in der transatlantischen Krise darum, ob „*the future Europe be a counterweight to American hegemony*“²⁸³. In „*Now, the great divide*“²⁸⁴ wird die Krise der transatlantischen Beziehungen thematisiert und auf geostrategische Veränderungen und differierende Interessen zurückgeführt.

*„During the Cold War, Europe was America's primary security concern, and whenever transatlantic disagreements emerged they were subsumed in the overriding common interest of the Alliance. This is no longer the case.“*²⁸⁵

Die transatlantische Krise wird sogar in den britischen Medien als eine grundsätzliche Krise zwischen den USA und Europa gedeutet, vorwiegend jedoch als eine transatlantische Krise in den Beziehungen zu Frankreich und Deutschland. In den britischen Medien wird auf die Botschaft des Briefs der Acht eingegangen. Die

²⁷⁸ The Guardian, 24.01.2003, Threat of war: Anger at Rumsfeld attack on 'old Europe': Transatlantic row Berlin and Paris hit back at US defence chief.

²⁷⁹ The Guardian, 31.05.2003, G8 summit: Bush pays lip service to rapprochement.

²⁸⁰ The Guardian, 21.02.2003, A trap set for protesters.

²⁸¹ The Guardian, 03.02.2003, Europe? Frankly, America doesn't give a damn...: The 'cowboys' in the White House were raised in an anti-European culture.

²⁸² Ebd.

²⁸³ The Times, 23.01.2003, France and Germany turn against Washington's world view.

²⁸⁴ The Times, 19.02.2003, Now, the great divide.

²⁸⁵ Ebd.

transatlantischen Beziehungen dürften nicht Opfer der andauernden Bedrohung des irakischen Regimes werden.

„The message of the eight was that, despite strains, Europe and America have to continue to work together. ‘The transatlantic relationship must not become a casualty of the current Iraqi regime’s persistent attempts to threaten world security,’ they wrote.“²⁸⁶

Durch den Brief der Acht werde die Solidarität mit den Amerikanern bekundet und als Aufruf an den europäischen Kontinent verstanden, mit den Amerikanern zusammenzustehen.

„Eight European leaders today call on the Continent to stand united with America in the battle to disarm Iraq, while warning the UN that its credibility is on the line.“²⁸⁷

Mit diesen Zitaten aus dem Brief der Acht wird in den britischen Medien die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen betont und eine solidarische Haltung mit den Amerikanern in der Irak-Frage legitimiert. Die deutschen Medien bringen dagegen keine entsprechenden Zitate aus dem Brief der Acht, sondern in diesem Kontext wird vorwiegend die daraus entstehende Krise für Europa thematisiert.

Die transatlantischen Beziehungen zu Frankreich und Deutschland werden in den amerikanischen Medien vorwiegend als krisenhaft thematisiert. Hier wird von *„the deepest diplomatic rift in decades with some major European allies“²⁸⁸* oder von *„relations between the United States and two of its most crucial allies - Germany and France - were at their lowest point since the end of the cold war“²⁸⁹* gesprochen. Die gemeinsame außenpolitische Position Deutschlands und Frankreichs, dass ein Krieg im Irak vermeidbar ist, wird in den amerikanischen Medien am stärksten mit den negativen Konsequenzen für die transatlantischen Beziehungen in Verbindung gebracht. Diese negativen Auswirkungen delegitimieren die außenpolitische Position der beiden Verbündeten, denen auch die Schuld an der Krise in den transatlantischen Beziehungen gegeben wird.

²⁸⁶ The Guardian, 31.01.2003, Dismay in Brussels at break in ranks: EU is further divided by gang of eight.

²⁸⁷ The Times, 30.01.2003, Eight leaders rally 'new' Europe to America's side.

²⁸⁸ The New York Times, 24.01.2003, To Some in Europe, The Major Problem is Bush the Cowboy.

²⁸⁹ Ebd.

In den deutschen Medien wird ein „*Entfremdungsprozess*“²⁹⁰ in den transatlantischen Beziehungen seitens der französischen Regierung bestritten. Die Franzosen betrachten sich nach wie vor als „*engsten Verbündeten der USA*“, „*als älteste strategische Allianz mit den USA*“²⁹¹ und Chirac behauptet, es bestehe kein Risiko, dass „*das französische und amerikanische Volk sich über die Irak-Krise entzweit*“. Hier wird deutlich, dass die transatlantische Krise unterschiedlich gedeutet wird. Die deutsche und französische Regierung halten an der Sichtweise fest, dass die kriegablehnende Haltung nicht zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen Amerika und Frankreich führen wird. Möglicherweise wird versucht die transatlantische Krise zu beschwichtigen, um die befürchteten wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen der außenpolitischen Haltung vor der eigenen nationalen (in diesem Fall vor der deutschen und französischen Öffentlichkeit) herunterzuspielen. Je negativer die erwarteten Konsequenzen des außenpolitischen Handelns für die transatlantische Wertegemeinschaft und die Beziehungen zu den USA sind, desto schwieriger ist die kriegablehnende Haltung vor der eigenen Öffentlichkeit vertretbar. In den britischen Medien werden die Konsequenzen, die durch die deutsch-französische außenpolitische Position entstanden sind, drastischer dargestellt als in den deutschen Medien. Das transatlantische Zerwürfnis geht sogar soweit, dass die Amerikaner den Deutschen und den Franzosen drohen, sie von der Liste der Verbündeten zu streichen: „*Unsurprisingly, America threatens to drop Germany and France from the list of their allies.*“²⁹²

Die Bush-Administration inszeniert sich unabhängig von der deutsch-französischen Position, indem sie sagt „*U.S. can win without participation of France and Germany*“. Oder an anderer Stelle, dass trotz der tiefen Krise mit den wichtigen Verbündeten „*the United States would not have to act alone if war should be needed to force him to do*

²⁹⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.03.2003, Letzte Etappe der Entfremdung. Paris, Berlin und das Veto.

²⁹¹ Ebd.

²⁹² The Guardian, 11.02.2003, Russia: Old Europe v new US: Putin supports everyone, but for how long?

so. ²⁹³ Auch ohne die Unterstützung der wichtigsten Verbündeten wird die Intervention im Irak als legitim angesehen und soll notfalls auch alleine durchgeführt werden.

Die Ursache für die transatlantische Krise mit Deutschland und Frankreich wird mit dem Ende des Kalten Krieges in Verbindung gebracht, „*missunderstanding that have grown since the cold-war ended*“²⁹⁴, also mit einer veränderten geopolitischen Situation. Die entstandene transatlantische Krise ist also eine grundlegende Krise, die nicht nur mit den unterschiedlichen Ansichten über die Vorgehensweise im Irak zusammenhängt. Deutschland und Frankreich wird auch illoyales Verhalten vorgeworfen: „*Paris and Berlin have been placed in the deep freeze for failing his loyalty tests.*“²⁹⁵ Mangelnde Bündnistreue wird als die Ursache für die Verschlechterung der transatlantischen Beziehungen gesehen. Ein adäquates Verhalten der Verbündeten wäre es, sich loyal an die Seite der Amerikaner zu stellen, ohne ein Abwägen der Argumente für die richtige Vorgehensweise im Irak. Eine enttäuschte Vorwurfshaltung entsteht im Diskurs, weil Europa zwar über Jahrzehnte der Nutznießer von US-Militär gewesen ist und vom amerikanischen Schutzschild während des Kalten Krieges profitiert hat: „*while Americans largely feel that Europe is freeloading off U.S. military might. That is what makes the Euro-American duel so nasty.*“²⁹⁶

In den amerikanischen Medien wird die Krise in den transatlantischen Beziehungen so dargestellt, als hätte ein Teil der Europäer, vor allem die Deutschen und Franzosen, ein grundsätzliches Problem mit den USA. Es wird versucht zu vermitteln, dass nicht so sehr die Auseinandersetzung über den Irak-Konflikt Auslöser der transatlantischen Krise ist, sondern vielmehr generelle unterschiedliche Mentalitäten.

Positive Zuschreibungen der transatlantischen Beziehungen tauchen im Kontext des Briefs der Acht und der Vilnius-Erklärung auf, wie folgendes Zitat zeigt: „*The European signers....want to show solidarity with the United States.*“²⁹⁷

²⁹³ The New York Times, 14.01.2003, Rebuffing 2 Allies, U.S. pushes demand that Iraq disarm.

²⁹⁴ The New York Times, 24.01.2003, To Some in Europe, The Major Problem Is Bush the Cowboy.

²⁹⁵ Ebd.

²⁹⁶ The Washington Post, 26.01.2003, Transatlantic Chill? Blame Europe's Power Failure.

²⁹⁷ The Washington Post, 31.01.2003, Bush Acts To Bolster Support of Iraq Action; Administration Courts Hill and Foreign Leaders.

Auch in den britischen Medien wird von der größten transatlantischen Spaltung gesprochen, die jedoch vor allem den „alten“ Kontinent betrifft. Die Auseinandersetzungen um den Irak-Krieg haben aber auch Auswirkungen auf das britische Verhältnis zur Europäischen Union. Die Briten fürchten, innerhalb Europas isoliert zu werden. *„US-Europe spat threatens to isolate Britain.“*²⁹⁸

In den deutschen Medien wird im Zusammenhang mit der Rumsfeld-Äußerung die Krise in den transatlantischen Beziehungen zwischen dem „alten Europa“ und Amerika nicht eingehend thematisiert, sondern man zeigt sich empört und setzt sich gegen diese Äußerungen zu Wehr, wie aus den Überschriften einiger Artikel hervorgeht: *„Berlin und Paris empört über Rumsfeld“*²⁹⁹ und *„Empörung in Berlin und Paris über Washington“*³⁰⁰

In den deutschen Medien wird die Gefahr gesehen, die durch Schröders klare Absage einer deutschen Beteiligung im Irak-Krieg für die deutsch-amerikanischen Beziehungen entstanden ist. Eine Beteiligung am Irak-Krieg wird also durch das Aufrechterhalten der guten transatlantischen Beziehungen legitimiert bzw. durch eine ablehnende Haltung werden die transatlantischen Beziehungen gefährdet. Eine kriegablehnende Haltung wird als *„Verweigerung der Gefolgschaft“*³⁰¹ und als *„verhängnisvollen deutschen Sonderweg“*³⁰² kritisiert und wirkt auf das außenpolitischen Handeln der deutschen Politik delegitimierend und erzeugt Unsicherheit. Die Konsequenzen des deutschen außenpolitischen Handelns werden eher negativ eingeschätzt, da die *„Grundkonstante der deutschen Außenpolitik, europäische Einigung und transatlantisches Bündnis, als komplementär, nicht als antagonistisch zu begreifen, einigermaßen ramponiert“*³⁰³ ist.

²⁹⁸ The Times, 25.01.2003, US-Europe spat threatens to isolate Britain.

²⁹⁹ Süddeutsche Zeitung, 24.01.2003, Berlin und Paris empört über Rumsfeld.

³⁰⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.01.2003, Empörung in Berlin und Paris über Washington.

³⁰¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.01.2003, Abschied von einer Illusion. In einem weiteren Artikel: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.02.2003, Vom Empfang der Gäste zur Demo. Wehrkunde unter anderen Vorzeichen.

³⁰² Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.01.2003, Mahnungen zur Einigkeit spalten die Europäische Union in der Irak-Politik.

³⁰³ Süddeutsche Zeitung, 15.05.2003, Die große Abrechnung; Warum alle guten Europäer Gaullisten sind.

Die Auswirkungen der deutschen Haltung auf die transatlantischen Beziehungen werden eher negativ beurteilt. Diese negativen Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen entfalten eine delegitimierende Wirkung auf das außenpolitische Handeln der Bundesregierung. Sie wird als einer der Verursacher der transatlantischen Krise angesehen.

Eine weitere Legitimationsressource entsteht durch den Verweis, dass Deutschland den Amerikanern zu Dank verpflichtet sei, wie durch folgende Äußerung Wolfgang Schäubles zeigt: *„Ich habe noch zu viele Berlin-Krisen in Erinnerung, um nicht zu wissen, wie viel wir amerikanischer Verlässlichkeit verdanken.“*³⁰⁴ Diese Deutung aus den Reihen der Opposition wirkt ebenfalls delegitimierend für das außenpolitische Handeln der Bundesregierung.

Auch in den amerikanischen Medien wird Schröder die Schuld an der Verschlechterung der deutsch-amerikanischen Beziehungen gegeben: *„Mr. Schroder has burned his bridges while Mr. Bush sits in the White House.“*³⁰⁵ Ihm wird unterstellt, diese frühe Position gegen eine Intervention im Irak nur eingenommen zu haben, um die Bundestagswahl nicht zu verlieren: *„without renouncing any German participation in an Iraq conflict, he was doomed to electoral defeat.“*³⁰⁶ Mit seiner früh eingenommenen Position im Irak-Konflikt hat Schröder *„needlessly harmed German relations with the United States and caused divisions inside Europe.“*³⁰⁷ Schröders Position und das frühe „Nein“ werden sogar als „anti-U.S. crusade“³⁰⁸ bezeichnet und der Brief der Acht als Beweis des Misslingens eben dieses „Kreuzzugs“ gegen Amerika. Auch in den britischen Medien wird der Grund für die Krise in den deutsch-amerikanischen Beziehungen in der verweigerten Unterstützung Deutschlands im Irak-Krieg gesehen. *„America is furious with Germany over its lack of support for an invasion of Iraq.“*³⁰⁹ In einem anderen Artikel wird gesagt, dass *„Berlin and Washington plummet over US preparations for*

³⁰⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.01.2003, Mahnungen zur Einigkeit spalten die Europäische Union in der Irak-Politik.

³⁰⁵ The New York Times, 24.01.2003, To Some in Europe, The Major Problem Is Bush the Cowboy.

³⁰⁶ Ebd.

³⁰⁷ The New York Times, 04.02.2003, Schroder's Team Not Telling Full Story on Iraq, Foes Say.

³⁰⁸ The New York Times, 10.02.2003, Surprising Germany.

³⁰⁹ The Guardian, 01.02.2003, Lets hear it for the Germans.

*war with Iraq*³¹⁰. Deutschland lehnte als einzige Nation in Europa den Krieg unter allen Umständen ab und hat sich durch diese Haltung isoliert: „*Only Germany has opposed military action under any circumstances, and is widely seen as having painted itself into a corner.*“³¹¹ Durch die deutsche Haltung im Irak-Krieg haben sich die deutsch-amerikanischen Beziehungen verschlechtert. Verständnis wird eher für Amerikas Ärger als für die deutsche Haltung in der Irak-Krise aufgebracht. Als Verursacher der Krise in den deutsch-amerikanischen Beziehungen wird Deutschland gesehen, und führte zu Deutschlands Isolation. Diese negativen Konsequenzen, die aus Sicht der britischen Medien aus dem außenpolitischen Handeln Deutschlands abgeleitet werden, haben eine delegitimierende Wirkung, rechtfertigen aber die eigene Haltung im Krieg.

Der deutsche Außenminister Joschka Fischer versucht das transatlantische Zerwürfnis zu verharmlosen: „*Actually we are not that far removed from the United States.*“³¹² In den britischen Medien wird diese Sichtweise jedoch nicht geteilt, sondern die Spaltung als größer eingeschätzt, als jemals zuvor. „*But the gap between the Atlantic allies is wider than ever before in the ‚peaceful‘ postwar period.*“³¹³

In den amerikanischen Medien wird Angela Merkel während ihres USA-Besuchs zitiert. Sie positioniert sich mit ihrer Haltung klar an der Seite der USA und trägt zur Verbesserung der deutsch-amerikanischen Beziehungen bei, wenn sie sagt, „*Schröder doesn't speak for all Germans*“³¹⁴ und „*if we had been in government, Germany would have signed that letter.*“³¹⁵ Diese Äußerungen und Solidaritätsbekundungen wirken legitimierend und unterstützen die Haltung der Bush-Regierung.

In den amerikanischen Medien treten noch weitere Akteure auf, die das Ausmaß der transatlantischen Differenzen eingrenzen. Joschka Fischer versucht den entstandenen Schaden für die transatlantischen Beziehungen durch das außenpolitische Handeln

³¹⁰ The Times, 11.02.2003, US considers cutting its forces at German bases.

³¹¹ The Guardian, 31.01.2003, Dismay in Brussels at break in ranks: EU is further divided by gang of eight.

³¹² The Guardian, 11.02.2003, Russia: Old Europe v new US: Putin supports everyone, but for how long?

³¹³ Ebd.

³¹⁴ The New York Times, 26.02.2003, U.S. Gives German Opposition Leader Royal Treatment.

³¹⁵ The New York Times, 10.02.2003, Surprising Germany.

Deutschlands herunterzuspielen, indem er beispielsweise sagt: „*We are good friends and allies.*“³¹⁶ Der Generalsekretär der NATO, Robertson, „*played down the divergence*“³¹⁷ und behauptet, dass es sich um „*a disagreement on timing, not on substance*“³¹⁸ handle. Er widerspricht auch Einschätzungen aus Brüssel, dass der Konflikt um die Irak-Politik im Bündnis zu einem Zerwürfnis geführt habe. Der Nato-Generalsekretär ist in seinen Äußerungen sehr darauf bedacht, die unterschiedlichen Positionen im Irak-Krieg nicht als transatlantische Krise zu kennzeichnen. Weitere Beschwichtigungen kommen vom US-Außenamtssprecher Richard Boucher: „*We have differences on some issues sometimes, but these are our allies, and we're not pulling back from them, nor they from us.*“³¹⁹ Rumsfeld versucht seine Äußerung über das „alte Europa“ abzumildern, indem er sagt „*at my age, I consider 'old' a term of endearment*“³²⁰, oder an anderer Stelle, „*that debate among allies is healthy.*“³²¹

Die transatlantischen Beziehungen zu Großbritannien werden in den amerikanischen Medien als durchweg positiv betrachtet und Großbritannien als „*closest and most dependable ally*“³²² oder als Nation, die „*would follow the United States unswervingly*“³²³ bezeichnet. Dagegen haben die engen Beziehungen zwischen Großbritannien und den USA in den deutschen Medien eher zu Irritation geführt. Das außenpolitische Handeln von Blair wird entwertet und als uneuropäisch dargestellt. Diese negativen Zuschreibungen wirken delegitimierend für das britische außenpolitische Handeln. Großbritannien wird eine „*Aufnahme in die US-Union*“³²⁴ nahegelegt und Blair als „*loyalster Gefolgsmann*“³²⁵ Washingtons bezeichnet. Die loyale Haltung Blairs zu den USA wird kritisiert und ihm nahegelegt, dass er, „*wenn er im 'alten Europa' wieder*

³¹⁶ The Washington Post, 24.01.2003, 'Old Europe' Reacts To Rumsfeld's Label.

³¹⁷ Ebd.

³¹⁸ Ebd.

³¹⁹ The New York Times, 14.01.2003, Rebuffing 2 Allies, U.S. pushes demand that Iraq disarm.

³²⁰ The New York Times, 09.02.2003, Rumsfeld rebukes the U.N. and NATO on Iraq approach.

³²¹ The New York Times, 08.02. 2003, News Summary.

³²² The Washington Post, 27.01.2003, Concern Grows Over U.S. Need for Allies.

³²³ The New York Times, 31.02.2003, Who Stands With U.S.? Europe Is of Two Minds.

³²⁴ Süddeutsche Zeitung, 27.02.2003, Bush und Blair isoliert, nicht Schröder.

³²⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.01.2003, Die Freunde Amerikas erheben ihre Stimme.

*Land gewinnen will, ... er derartige Positionen ablegen [müsse].*³²⁶ Es wird auch vom Brückenbauer Blair gesprochen, dessen *„Brücke im Vorfeld des Iraks krachend zusammenstürzte.*³²⁷ Die Haltung und das transatlantische Verhältnis der Briten finden in den deutschen Medien keinen Anklang, was vor allem mit der politischen Haltung Blairs und seiner Person in Verbindung gebracht wird. Diese in den deutschen Medien auftauchende negative Sichtweise auf die vertretene Position Großbritanniens wirkt alles in allem eher delegitimierend für dessen außenpolitisches Handeln.

Großbritannien selbst sieht sich im Rahmen der transatlantischen Beziehungen als Vermittler zwischen den USA und Europa, bzw. Blair versucht die europäischen Interessen in den USA geltend zu machen und umgekehrt.

*„For Mr Blair, these events prove that he can be both pro- American and pro-European.*³²⁸

Die Metapher „Brücke“ taucht in der britischen Selbstzuschreibung der transatlantischen Beziehungen häufig auf, wie beispielsweise *„Britain's much-vaunted position as Europe's ,bridge' across the Atlantic*³²⁹ oder *„Mr Blair sees Britain as a ,bridge' between Europe and the US.*³³⁰ Diese Brücke scheint aber in der Irak-Krise auch ins Wanken geraten zu sein und die Briten sehen sich als *„the farthing wheel in the penny-farthing Anglo-American bicycle.*³³¹

Spanien ist während der Irak-Krise ein sehr enger Verbündeter der USA, dies zeigt sich unter anderem an Aznars Rolle als Initiator des Briefs der Acht. In den spanischen Medien wird über Aznar behauptet, dass er keine Gelegenheit auslasse, um zu unterstreichen, wie wichtig die Beziehungen zu den USA für Spanien sind.³³² Im Kontext des Interventionsdiskurses hat die ständige Betonung dieser Wichtigkeit der

³²⁶ Süddeutsche Zeitung, 04.04.2003, Meister der Doppeldeutigkeit; In der Nachkriegs-Debatte will es der britische Premier Tony Blair wieder einmal allen recht machen.

³²⁷ Ebd.

³²⁸ The Times, 06.02.2003, Mon Dieu! Blair secretly agrees with the French.

³²⁹ The Guardian, 11.02.2003, Threat of war: Blair caught in the US-Europe crossfire: No 10 goes into denial in rows over peace plan and Nato veto.

³³⁰ The Times, 06.02.2003, Mon Dieu! Blair secretly agrees with the French.

³³¹ The Times, 13.03.2003, The EU still has a lot more than the US to offer Britain.

³³² Vgl. El Mundo, 17.02.2003, Francia lidera la oposicion a EEUU contra la guerra.

Beziehungen auch eine legitimierende Funktion für das eigene außenpolitische Handeln. Sie liefert die nötige Legitimation für eine militärische Intervention im Irak.

Auf die amerikanisch-spanischen Beziehungen wird in den deutschen Medien viel weniger eingegangen als auf die britisch-amerikanischen. Spanien wird als einer „*der entschlossensten europäischen Partner*“³³³ bezeichnet und „*Bush würdigt Aznar als zuverlässigen Verbündeten*“.³³⁴ Spanien kann durch seine Gefolgschaft im Irak-Krieg bei den Amerikanern punkten. Aznar hofft, sich durch das „*Bündnis mit den Vereinigten Staaten einen weithin sichtbaren Platz auf der internationalen Bühne*“³³⁵ zu sichern.

Für die Krise in den transatlantischen Beziehungen werden analog zur europäischen Krise unterschiedliche Verantwortliche genannt, so dass man fast schon von einer strategischen Zuschreibung der Verantwortlichen für die jeweiligen Krisen sprechen kann. So ist es eher überraschend, dass die Belastung der europäisch-amerikanischen Beziehungen in einigen amerikanischen Artikeln mit dem Auftreten und Verhalten der Bush-Administration in Verbindung gebracht wird, was das außenpolitische Handeln der Bush-Administration stark delegitimiert. „*Viewed from the outside, Mr. Bushs Amerika does not look like a regime whose promises you can trust.*“³³⁶ Oder an anderer Stelle werden die erschwerten transatlantischen Beziehungen auch dem persönlichen Führungsstil Bushs zugerechnet, der in Europas als negativ portraitiert wird: „*Bush is softly portrayed in Europe as an aggressive unilateralist, who sees the world's problem in a dangerously black-and white scheme.*“³³⁷ Es taucht auch die Befürchtung auf, dass „*Bush won't do, what is needed to rebuild Iraq*“³³⁸ und dass das defizitäre Vertrauen in Bushs Person ein Grund der fortschreitenden Spaltung in den transatlantischen Beziehungen sei.³³⁹

³³³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.01.2003, Die Freunde Amerikas erheben ihre Stimme.

³³⁴ Süddeutsche Zeitung, 24.02.2003, Der Texaner lobt den braven Amigo.

³³⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.05.2003, Spanisches Selbstbewusstsein.

³³⁶ The New York Times, 11.02.2003, The Wimps of War.

³³⁷ The New York Times, 11.02.2003, Bush and Aznar New, if Unlikely, Allies.

³³⁸ The New York Times, 11.02.2003, The Wimps of War.

³³⁹ Vgl. The New York Times, 11.02.2003, The Wimps of War.

In den spanischen Medien wird als Ursache der transatlantischen Krise auch der arrogante, fundamental-religöse, imperialistische Stil der Bush-Administration gesehen, der sowohl im alten als auch im neuen Europa auf zunehmende Verbitterung stößt.³⁴⁰ Die transatlantische Krise wird also als eine zwischen den USA und Europa gedeutet und delegitimiert grundsätzlich das außenpolitische Verhalten der Bush-Administration. Auch in den britischen Medien erscheint diese Deutung. So wird aus Sicht europäischer Bürokraten Rumsfeld „*as the most divisive figure in Washington*“³⁴¹ für die transatlantische Verstimmung verantwortlich gemacht.

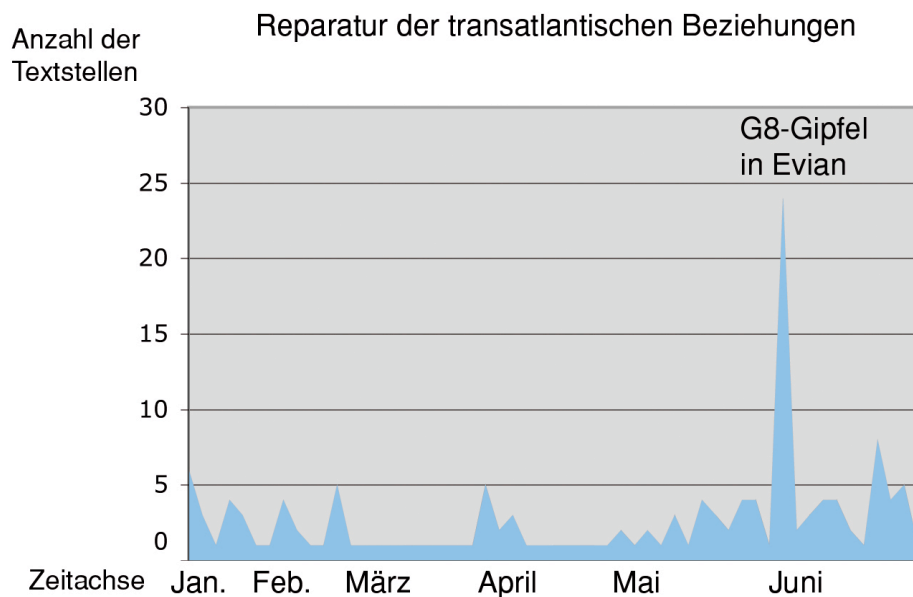
Auffällig ist, dass im weiteren Diskursverlauf die transatlantischen Beziehungen wieder vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der Notwendigkeit, aber auch der Möglichkeiten einer Reparatur diskutiert werden (Code: „Transatlantische Beziehungen - Reparatur“)³⁴² und dabei im späteren Diskursverlauf auf die beiden Diskursereignisse „Rumsfeld-Äußerung“ und „Brief der Acht“ Bezug genommen wird. Zu diesem Zeitpunkt des Diskurses und während dieser beiden Diskursereignisse manifestieren sich die transatlantische und europäische Krise kurz vor Ausbruch des Irak-Krieges.

³⁴⁰ El Mundo, 26.01.2003, Cuidado con los Cambrones.

³⁴¹ The Times, 13.06.2003, Rumsfeld's threat to Belgium over war crimes law.

³⁴² Hinter dem Code „Bemühungen Reparatur“ verbergen sich Textstellen, in denen man sich grundsätzlich mit den Möglichkeiten und Bemühungen der Reparatur der transatlantischen Krise auseinandersetzt, wobei diese Möglichkeiten auch negativ eingeschätzt werden und die Bemühungen scheitern können. Ausschlaggebend für die Kodierung ist die Auseinandersetzung mit der Verbesserung der transatlantischen Beziehungen.

Abb. 13: Häufigkeit der Textstellen, in denen die Reparatur der transatlantischen Beziehungen thematisiert wird.



Es finden zwar im Diskursverlauf ständig Beschwichtigungen und ein Herabspielen der Krise statt, jedoch am häufigsten, wie die Grafik zeigt, wird während des G8 – Gipfels in Evian die Reparatur der transatlantischen Beziehungen thematisiert. Hier wurde im Interventionsdiskurs nach dem offiziellen Kriegsende sozusagen der Diskurs der Versöhnung in den transatlantischen Beziehungen begonnen. Dabei ist es auch interessant zu betrachten, wer auf welche Weise repariert. Schröder beispielsweise, „bezeichnet die Irak-Krise in Evian für beendet.“³⁴³ Bush und Chirac „erklären ihre Streitigkeiten für in der Sache als begründet, aber in der Form als beendet.“³⁴⁴ Die Worte, Symbole und Gesten der Versöhnung werden auf dem G8-Gipfel sehr intensiv beobachtet. Die Medien setzen sich intensiv damit auseinander, beurteilen die Reparatur der transatlantischen Krise aber sehr unterschiedlich. In den britischen Medien werden während des G8-Gipfels die transatlantischen Beziehungen als nach wie vor sehr belastet dargestellt: „relations between the G8 family strained as never before.“³⁴⁵ Auch

³⁴³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.06.2003, G8 zuversichtlich über Weltwirtschaft, besorgt über Iran Moskau fordert von Teheran Abkommen über Brennstäbe / Chirac kritisiert wieder den Irak-Krieg.

³⁴⁴ Süddeutsche Zeitung, 03.06.2003, Das entkernte Europa.

³⁴⁵ The Guardian, 31.05.2003, G8 summit: Strains behind smiles at the family reunion: Relations: Vague pledge on growth the best hope.

wenn versucht wird, die Beziehungen zwischen dem so genannten „alten Europa“ und den USA zumindest rhetorisch zu reparieren, sind die Haltungen weiter unvereinbar. Spannungen werden hinter der freundlichen Fassade sichtbar. *„Strains behind smiles at the family reunion.“*³⁴⁶ Anders als diese negativen Deutungen in den britischen Medien, versucht Schröder die positiven Beziehungen zu den USA zu betonen, stellt Deutschland als verlässlichen Verbündeten dar und versucht somit, die Beziehungen zu den USA zu reparieren:

*„Deutschland sei ein zuverlässiger Partner Amerikas, der etwa in Afghanistan zur Friedenssicherung beitrage. Deutschland leiste in internationalen Fragen Erhebliches. ‚Wir sind stolz darauf, und Amerika weiß, dass es sich auf uns verlassen kann.‘“*³⁴⁷

In den spanischen Medien werden die Möglichkeiten der Versöhnung im Zuge des G8-Gipfels auch positiv gedeutet, indem beispielsweise gesagt wird, dass *„EEUU y la UE celebran la ‚cumbre de la reconciliacion‘“*³⁴⁸

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Deutungen der Krise in den transatlantischen Beziehungen ein unterschiedliches Legitimationspotenzial im Interventionsdiskurs entfalten. Ebenso gibt es unterschiedliche Verursacher der Krise, die je nach strategischem Interesse eingeschätzt werden.

4.7 Legitimation durch die Konstruktion von Allianzen

Bestimmte bi- und multinationale Zuschreibungen tauchen im Interventionsdiskurs signifikant häufig auf, wie beispielsweise die gemeinsame Position Frankreichs und Deutschlands oder die Verwendung der Begriffe „altes Europa“, „neues Europa“ und „der Westen“. Im Interventionsdiskurs sind auch neue Allianzen konstruiert worden, wie die „Koalition der Willigen“ oder die „Achse des Bösen“, die teilweise auch in abgewandelter Form im Diskurs neu konstruiert bzw. umgedeutet worden sind.

³⁴⁶ The Guardian, 31.05.2003, G8 summit: Strains behind smiles at the family reunion: Relations: Vague pledge on growth the best hope.

³⁴⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.06.2003, G8 zuversichtlich über Weltwirtschaft, besorgt über Iran Moskau fordert von Teheran Abkommen über Brennstäbe / Chirac kritisiert wieder den Irak-Krieg.

³⁴⁸ El Mundo, 26.06.2003, EEUU y la UE celebran la 'cumbre de la reconciliacion'.

Im Folgenden werde ich untersuchen, wie diese bi- und multinationalen Zuschreibungen und identitären Konstruktionen im Interventionsdiskurs Verwendung gefunden haben, und analysieren, inwiefern die identitären Zuschreibungen ein Legitimationspotenzial entfaltet haben und strategisch eingesetzt worden sind, um außenpolitisches Verhalten zu erklären und zu begründen.

4.7.1 Koalition der Willigen

Hinter dem Begriff „Koalition der Willigen“ verbirgt sich eine Allianz von Staaten, die eine Intervention im Irak politisch und militärisch unterstützen. Dem Code „Koalition der Willigen“ (n=68) wurden Textstellen zugeordnet, die den Begriff „Koalition der Willigen“ enthalten oder in denen auf die große Unterstützerzahl hingewiesen wird. Aus der Perspektive der USA ist es gar nicht unbedingt notwendig, dass Europa als einheitlicher außenpolitischer Akteur auftritt.

„Für Amerika ist Europa eine nützliche Ressource für die Unterstützung amerikanischen Handelns – ein Ort, an dem man komplementäre Fähigkeiten sucht, um Ad-hoc-Koalitionen der Willigen und irgendwie Fähigen zu bilden.“ (Daalder & Lindsay 2003: 15)

Im Folgenden werde ich die Verwendung des Begriffs der „Koalition der Willigen“ im Interventionsdiskurs darstellen. Dieser Begriff entfaltet zunächst eine legitimierende Wirkung, da er auf eine große Unterstützerzahl verweist. Vor allem im Vorfeld des Krieges zeigt sich die Bush-Administration überzeugt, eine große Zahl von Willigen finden zu können, die eine gleiche Position wie sie haben. Darüber wird eine legitimierende Sicht auf das eigene Vorgehen entfaltet, wie das folgende Beispiel zeigt wird:

„As the White House was quick to argue today, the American president has friends and admirers among the leading politicians in several Western European countries, starting with Britain, Italy and Spain, and spreading east to Poland.“³⁴⁹

³⁴⁹ The New York Times, 24.01.2003, To Some in Europe, The Major Problem Is Bush the Cowboy.

Wie wichtig die Unterstützung der Europäer oder zumindest eines Teils der Europäer für die Legitimation des außenpolitischen Handelns der USA ist, wird in folgendem Zitat deutlich, in dem die arabischen Länder ihre Position von der Haltung der Europäer abhängig machen.

„‘The Arab countries have been saying they would be with us as long as the Europeans are going along,’ said an administration official. ‘Now they’re saying that if the Europeans aren’t with you, we’re going to have a rough time here on our streets.’“³⁵⁰

Unterstützer aus dem „neuen Europa“ haben bereits Erfahrungen mit dem Terror gemacht und sind deshalb auch für eine Intervention. Diese Zuschreibung wirkt ebenfalls sehr legitimierend, da diese Behauptung impliziert, dass die so genannten „Unwilligen“ die Brutalität und Gefahren des Terrors unterschätzen.

„Gerade Staaten, in denen die Erinnerung an Diktaturen noch wach seien, befänden sich unter den Nationen, die willig seien, sich den neuen Bedrohungen zu stellen, welche die Weltgemeinschaft herausforderten.“³⁵¹

Die von den Amerikanern gesuchte „Koalition der Willigen“ wird aber auch mit negativen Bezügen in Zusammenhang gebracht. Es wird den Amerikanern unterstellt, dass es ihre neue Strategie sei, je nach eigenen nationalen Interessen sich ad hoc Koalitionen zu suchen, oder dass die Koalitionen unter Druck zustande gekommen sind und sich Länder aus Angst vor amerikanischen Sanktionen der „Koalition der Willigen“ anschlossen haben.

„Wenn wir nicht an Bord kommen, handeln sie mit anderen. Das ist die Koalition der Willigen: Die Unwilligen werden eingeschüchtert oder verführt. Damit sind die USA in einer besseren Position, die WTO-Runde voranzutreiben, zumindest was kleine Staaten angeht.“³⁵²

Diese Ansicht wirkt eher delegitimierend für das Vorgehen der USA, da die Koalition nicht aus der Überzeugung für das richtige Vorgehen und außenpolitische Handeln, sondern aus Angst vor Sanktionen zustande gekommen ist.

³⁵⁰ The New York Times, 29.01.2003, State of the Union: Diplomacy; Powell Will Press U.S. Case in Security Council Next Week.

³⁵¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.06.2003, Rumsfeld lobt Führungsrolle der neuen Verbündeten.

³⁵² Süddeutsche Zeitung, 01.04.2003, Die Welthandelsorganisation steht an einem Wendepunkt.

Für eine legitimierende Kraft der „Koalition der Willigen“ spricht auch nicht, dass sich laut Umfragen die Öffentlichkeit in diesen Ländern gegen einen Krieg geäußert hat. Diese Tatsache wirkt delegitimierend, auch wenn sich die Regierungschefs mit ihrer außenpolitischen Haltung zu einer „Koalition der Willigen“ bekennen.

„Polls show that most Europeans firmly oppose the war, even in countries the White House lists among the ‚coalition of the willing‘. European news coverage of war is often highly critical, or plays down accounts of Iraqis happily greeting Americans.“³⁵³

In den britischen und amerikanischen Medien findet eine kleine Abwandlung des Begriffs statt. Dort werden Deutschland und Frankreich auch als *„coalition of the unwilling“*³⁵⁴ bezeichnet. Im Diskurs geht es grundsätzlich um die diskursive Generierung der „Willigen“ und „Unwilligen“. Hier tauchen Zuschreibungen der „Unwilligen“ als undankbar, feige, alt und bedeutungslos auf. Auf der anderen Seite werden die „Willigen“ als dankbar, mutig und erfahren beschrieben. Interessanterweise sind die „Anderen“ von denen sich die gemeinsame „Koalition der Willigen“ abgrenzt nicht in erster Linie der Irak, sondern vor allem die „Unwilligen“ aus den Reihen der Alliierten und Partner, die von einer irakischen Bedrohung nicht überzeugt sind.

4.7.2 Von der „Achse des Bösen“ zur „Achse der Feiglinge“

Der Begriff „Achse“ bezeichnete im Zweiten Weltkrieg den Zusammenschluss Deutschlands, Italiens und Japans, also die Kriegsgegner der Alliierten. Bei der „Achse des Bösen“ handelt es sich um eine Begriffsneuschöpfung aus „Achse“ und „Reich des Bösen“. Eine Assoziation mit dem „Reich des Bösen“ schwingt in der Begriffsneuschöpfung mit. Die Bezeichnung „Reich des Bösen“ wurde von Ronald Reagan während des Kalten Krieges für die Sowjetunion verwendet. Die „Achse des Bösen“ (Axis of Evil) wird am 29. Januar 2002 in einer Rede zur Nation von Bush erstmals erwähnt und ist danach zu einem prägenden Begriff geworden. Dort stellte er

³⁵³ The Washington Post, 05.04.2003, European Journalists’ Tart Queries Reflect Powell’s Tough Task.

³⁵⁴ The New York Times, 15.02.2003, Envoys Abandon Scripts on Iraq And Bring Emotion to U.N. Floor. Diese Bezeichnung taucht auch noch in folgendem Artikel auf: The Guardian, 30.04.2003, Iraq: after the war: France, Germany deepen UK rift.

die Länder Nordkorea, Iran und Irak in einen gemeinsamen Kontext: *„Staaten wie diese, und die mit ihnen verbündeten Terroristen, bilden eine Achse des Bösen, die aufrüstet, um den Frieden der Welt zu bedrohen.“* Somit ist die „Achse des Bösen“ eine Identitätskonstruktion, die im Vorfeld des Irak-Krieges Verwendung gefunden hat, um die neue Bedrohungssituation deutlich zu machen. Nach der Auflösung des „Reichs des Bösen“ stellt die „Achse des Bösen“ die neue Bedrohung für die USA dar.

Der Achsenbegriff wird im untersuchten Diskurs sehr häufig (n=76) eingesetzt und findet unterschiedliche Verwendung, bzw. wird strategisch unterschiedlich zur Legitimation des außenpolitischen Verhaltens eingesetzt. Im Diskurs findet der Begriff sowohl in legitimierenden als auch in delegitimierenden Zusammenhängen strategische Verwendung. Besonders auffällig ist in der britischen Presse die Abwandlung des Begriffs in „Achse der Feiglinge“³⁵⁵, womit Frankreich und Deutschland im Vorfeld des Krieges bezeichnet wurden. Diese Bezeichnung entkräftet die Position Deutschlands und Frankreichs und unterstellt beiden Staaten „Feigheit“ als Handlungsmotiv, was sehr delegitimierend wirkt und gleichzeitig die eigene, britische Position stärkt.

*„The New York Post led the attack with a front page that branded Chirac and Schroder the „axis of weasel“.“*³⁵⁶

Die Bestrebungen des so genannten Kerneuropa, sich während des Pralinengipfels über eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik zu beraten, wurde ebenfalls als Bemühungen der „Achse der Feiglinge“ abgetan.

*„Yesterday's Daily Mail called the new Franco-German-Belgian- Luxembourgish defence alignment an ‚axis of weasels‘. ‚The enemy would be quaking the first time the European surrender-monkey army went into action,‘ jeered the Sun. ‚Not with fear but with laughter.‘“*³⁵⁷

Im Vorfeld des Irak-Krieges wird in den amerikanischen Medien Deutschland zur „Achse des Bösen“ gezählt und in einem Atemzug mit dem Irak und dem Iran genannt. Durch diese Zuschreibung wird Deutschland dem feindlichen Lager zugerechnet. Es gehört nicht mehr zum Lager der traditionellen Verbündeten, da es seine bedingungslose,

³⁵⁵ The Times, 16.02.2003, US offensive on the jokes front hides real anger.

³⁵⁶ Ebd.

³⁵⁷ The Guardian, 01.05.2003, Grumpy old men: Britain and France, the opposite poles of a divided Europe, need a new Entente Cordiale.

unhinterfragte Hilfe verwehrt hat. Durch dieses rhetorische „Othering“, die gemeinsame Zuschreibung als „Andere“ und Kriegsgegner, wird die eigene Position legitimiert:

„[...] Rumsfeld [...] lumped Germany with Libya and Cuba as countries that have ruled out any role in a U.S.-led attack or postwar reconstruction of Iraq. ‚I believe Libya, Cuba and Germany are ones that have indicated they won’t help in any respect, I believe,‘ said Rumsfeld[...].“³⁵⁸

Kurz vor Kriegsbeginn bekennt sich Russland zu der gemeinsamen Haltung Deutschlands und Frankreichs gegen den Irak-Krieg. In diesem Diskursabschnitt werden die drei Länder als deutsch-französisch-russische Achse bezeichnet, auch als Achse Paris-Berlin-Moskau. Der Achsenbegriff, vorbelastet durch die „Achse des Bösen“, ist in diesem Kontext irreführend, da sich diese „Achsen“-Länder gegen eine militärische Intervention aussprechen. Durch die Verwendung des Achsen-Begriffs geht von den Kriegsgegnern geradezu eine neue Art der Bedrohung aus. Die Kriegsgegner, die nicht ihre bedingungslose Unterstützung anbieten, werden als gefährlich eingestuft. In dieser Zuschreibung drückt sich auch die Angst vor einer Gegenmachtbildung gegen die USA aus. Ein politischer Linksruck im Kerneuropa, das sich mit Russland solidarisiert und gegen die Amerikaner Politik betreibt, ist in der Verwendung des deutsch-französisch-russischen Achsenbegriffs subtil enthalten.

„There has always been a strong tradition in the mainstream of European integration, the Gaullist tradition, which saw a strong Europe, in close partnership with Russia, as a counterbalance to the hegemony of ‚les Anglo-Saxons.‘ In the Iraq crisis, aided by a weak and confused German leadership, Jacques Chirac produced a crude, reach-me-down version of this Gaullist vision, in the Paris-Berlin-Moscow axis of refusal. But there are deeper forces pushing in this direction too.“³⁵⁹

Dieses negative „Othering“, die Zuschreibung der beiden Länder mit dem Begriff „Achse“ hat gleichzeitig eine legitimierende Wirkung für die eigene Position. Der Achsenbegriff wird aber im Diskurs andererseits auch positiv aufgeladen. So wird im Untersuchungsdiskurs vor allem in den deutschen und spanischen Medien auch von der „Achse der Guten“³⁶⁰ oder der „Achse des Friedens“³⁶¹ gesprochen. Dieser folgende

³⁵⁸ The Washington Post, 06.02.2003, Powell Lays Out Case Against Iraq.

³⁵⁹ The New York Times, 30.05.2003, Are You With Us? Are We Against You?

³⁶⁰ Süddeutsche Zeitung, 24.02.2003, Das Pfeifen im dunklen Keller.

Textabschnitt kommt einem Appell an andere Länder nahe, sich nicht an einem Irak-Krieg zu beteiligen.

„Sollten die USA im Alleingang ihre Interessen auf diesem Weg verfolgen, so ist zu wünschen, dass sich der kubanisch-libysch-deutschen Sicht interessierte Staaten anschließen und diese neue Achse des Guten dem Präsidenten und Ölmagnaten George Bush in seiner speziellen Irak-Beziehung sämtliche Hilfe verweigern.“³⁶²

Die gemeinsame Haltung Deutschlands und Frankreichs wird in den Medien häufig als deutsch-französische Achse bezeichnet (n=10). Die Ablehnung eines Krieges hat beiden Ländern den irreführenden Begriff der „Achse“ eingebracht, da er eine gewisse Kriegsbereitschaft im Diskurs um Intervention suggeriert. Der Begriff wird auch im Kontext europäischer Machtfragen verwendet und es wird vor der „Achse Berlin-Paris“³⁶³ gewarnt:

„Außerdem entwickelte sich als Grundkonstante der italienischen Europa-Politik, die Berlusconi nach der Entlassung von Außenminister Ruggiero in eigener Regie führte, dass alle anderen achtsam sein müssten gegen die ‚Achse Berlin-Paris‘, gegen eine deutsch-französische Vorherrschaft in der Union.“³⁶⁴

Die gemeinsame Haltung von Frankreich und Deutschland hat somit sowohl im transatlantischen Verhältnis als auch in der europäischen Gemeinschaft Irritationen ausgelöst. Somit wird der Brief der Acht nicht nur als Solidaritätsbekundung mit den USA, sondern auch als ein Dokument gegen die deutsch-französische Initiative gewertet:

„Der proamerikanische Brief der acht europäischen Staats- und Regierungschefs, ein Signal gegen die deutsch-französische Irak-Achse, gehört dazu.“³⁶⁵

Die häufige Verwendung des Achsenbegriffs im Interventionsdiskurs suggeriert, dass die Kriegsgegner Frankreich und Deutschland auf der gleichen Stufe stehen wie die der „Achse des Bösen“ zugeordneten Länder, von denen eine Terrorgefahr für die USA ausgeht.

³⁶¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.02.2003, Fischer widerspricht Trittin: Öl nicht im Mittelpunkt.

³⁶² Süddeutsche Zeitung, 24.02.2003, Das Pfeifen im dunklen Keller.

³⁶³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.01.2003, Die Freunde Amerikas erheben ihre Stimme.

³⁶⁴ Ebd.

³⁶⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.02.2003, Vieles ist offen, und Schröder bleibt nur die Hoffnung.

4.7.3 Vilnius-Gruppe als Legitimationsressource

Die Vilnius-Gruppe umfasst zehn osteuropäische NATO-Kandidatenstaaten³⁶⁶, die wenige Tage nach dem Erscheinen des Briefs der Acht und nachdem der amerikanische Außenminister Colin Powell am 5.02.2003 dem UN-Sicherheitsrat scheinbare Beweise für die Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak vorgelegt hatte, sich in einer gemeinsamen Erklärung hinter die Position Amerikas stellten und die Beweise als glaubwürdig anerkannten. Diesem Vorgang wurde sogar im Titel einiger Zeitungsartikel Beachtung geschenkt, wie beispielsweise in der spanischen *El Pais* mit „*Diez Paises de Europa del Este apoyan a EE UU en una declaration sobre Irak*“³⁶⁷ und der deutschen FAZ mit dem Titel „*Vilnius-Gruppe unterstützt Amerika*“³⁶⁸ und „*Auf Distanz zur Vilnius-Gruppe*“³⁶⁹ Die Erklärung der Vilnius-Gruppe hatte eine legitimierende Wirkung für das Vorgehen der Bush-Administration und verlieh den vorgelegten Beweisen eine größere Glaubwürdigkeit, da sich weitere Länder im Anschluss an den Brief der Acht hinter die amerikanische Position stellten.

Im Zusammenhang mit der Vilnius-Gruppe wurde ein weiterer Aspekt, nämlich die eigenen historischen Erfahrungen mit dem Terror, betont. Die Vilnius-Gruppe sprach sich in ihrer Erklärung für eine Intervention im Irak aus. Diese außenpolitische Position wurde mit dem nationalen Selbstverständnis in Verbindung gebracht und mit der eigenen nationalen Erfahrung mit dem Terror gerechtfertigt. Das Vorgehen wurde mit Blick auf die eigene jüngste Vergangenheit gerechtfertigt, also aus nationaler Sicht und aufgrund von national Erlebtem.

Der Vilnius-Erklärung wird teilweise unterstellt, dass sie in Washington verfasst wurde, also diskursiv strategisch zu diesem Zeitpunkt als legitimierende Maßnahme seitens der Amerikaner initiiert wurde:

³⁶⁶ Albanien, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Rumänien, die Slowakei und Slowenien und die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen.

³⁶⁷ *El Pais*, 05.02.2003, *Diez Paises de Europa del Este apoyan a EE UU en una declaration sobre Irak*.

³⁶⁸ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 07.02.2003, *Vilnius-Gruppe unterstützt Amerika*.

³⁶⁹ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.02.2003, *Auf Distanz zur Vilnius-Gruppe*.

„Then 10 east European states issued the Vilnius declaration, also backing America's war. But that statement was written in Washington and caused ructions in the countries which signed it.“³⁷⁰

Andererseits wird die Vilnius-Erklärung auch als „*Show der Loyalität zu den Vereinigten Staaten*“³⁷¹ kommentiert. Hier wird also eine gewisse Strategie unterstellt, die zum Ziel hat, die Position Amerikas zu stärken. Dieses der Vilnius-Gruppe unterstellte Handlungsmotiv wirkt eher delegitimierend, da es hier nicht um wirkliche Überzeugungen geht, sondern um Loyalitätsbekundungen, denen ein anderes nationales Interesse zugrunde liegt.

Chirac wirft der Vilnius-Gruppe vor, sie habe eine „*gute Gelegenheit verpasst den Mund zu halten*“³⁷², was zu einer Irritation in den osteuropäischen Ländern führt und in der *New York Times* als ein „*Schlag ins Gesicht der osteuropäischen Länder*“³⁷³ bewertet wird.

Die Vilnius-Erklärung hat durch demonstrative Solidarität mit den USA und durch die Anerkennung der vorgetragenen Beweise vor dem UN-Sicherheitsrat eine legitimierende Wirkung. Durch die Verknüpfung mit den eigenen historischen Erfahrungen mit Terror ist diese unterstützende Haltung verstärkt worden.

4.7.4 „Altes und neues Europa“ als Legitimationsressource

Im Falle der Zuschreibungen des „alten“ oder „neuen Europa“ kann man mit Gamson von „signature elements“ (Gamson & Lasch 1983: 399) sprechen, da allein die Verwendung der Begriffe eine Geschichte vom gespaltenen Europa erzählt und an das auslösende Diskursereignis erinnert. Die weitere signifikant häufige Verwendung der Begriffe „altes Europa“ und „neues Europa“ ist ein Indiz dafür, dass es sich bei der

³⁷⁰ The Guardian, 28.04.2003, New Europe gets shock lesson in realpolitik: Eastern Europeans admire America, but know their living depends on the EU.

³⁷¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.02.2003, Auf Distanz zur Vilnius-Gruppe.

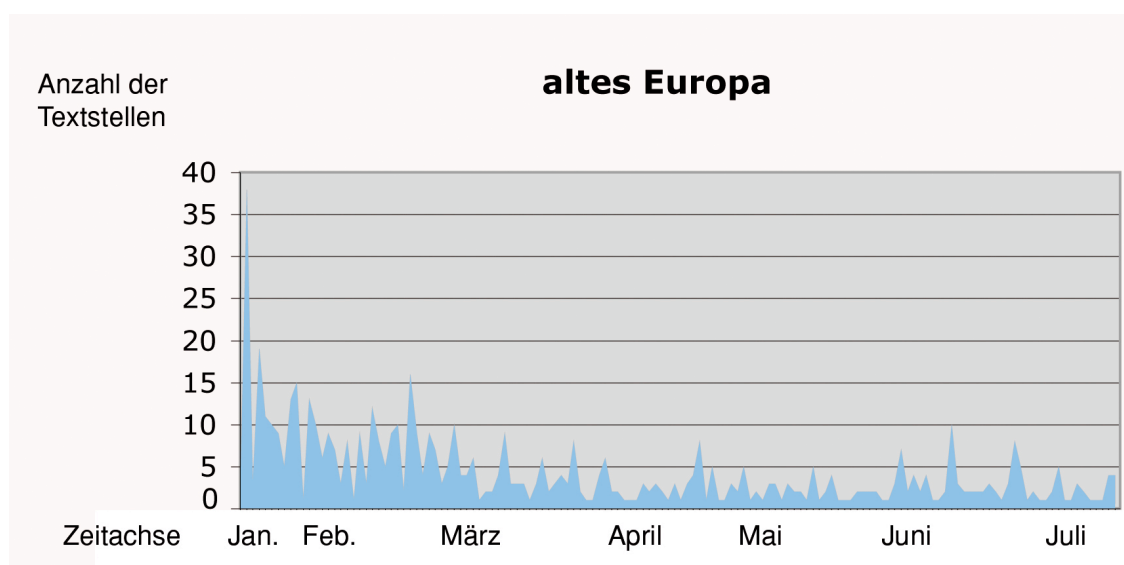
³⁷² Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.02.2003, Streit über Irak-Kompromiß - Chirac rügt Kandidaten.

³⁷³ „Mr. Chirac's comments were a slap in the face to many in the east, and they are going to be hard to forget in the countries that have applied for membership in that European club, the European Union.“ In: New York Times, 22.02.2003, Artists fell Chirac's Slap, but heristate to take sides.

Rumsfeld-Äußerung tatsächlich um ein bedeutendes, diskursives Ereignis im Vorfeld des Irak-Krieges handelt.

„Altes Europa“ oder „neues Europa“ taucht im Untersuchungsdiskurs am häufigsten als identitäre Zuschreibung auf (n=727). Je nach strategischem Interesse werden diesen Begriffen verschiedene Deutungen zugeschrieben oder sie werden als identitäre Zuschreibung unterschiedlich verwendet. Der gesamte Untersuchungsdiskurs dreht sich vorwiegend um diese beiden Zuschreibungen, die auch das gesplante Europa in ein anti-amerikanisches „altes Europa“, das sich gegen den Krieg positioniert, und in ein pro-amerikanisches „neues Europa“, das sich an die Seite Amerikas stellt, diskursiv zum Ausdruck bringt.

Abb. 14: Auftreten des Begriffs „altes Europa“ im Diskursverlauf



Durch folgende Bemerkung von Rumsfeld wurde das diskursive Ereignis ausgelöst:

„Wenn Sie Europa meinen, dann denken Sie an Deutschland und Frankreich. Ich nicht. Ich denke, das ist das ‚alte Europa‘... Deutschland ist ein Problem gewesen, und Frankreich ist ein Problem gewesen... Aber sehen Sie sich die riesige Zahl anderer Länder in Europa an. Sie sind nicht auf der Seite Frankreichs und Deutschlands in dieser Sache, sie stehen auf der Seite der Vereinigten Staaten.“³⁷⁴

Rumsfeld behauptet, dass die meisten europäischen Länder in der Irak-Krise zu den USA stehen. Die Metaphern für diese gesplante Haltung innerhalb Europas, die seitens

³⁷⁴ Süddeutsche Zeitung, 24.01.2003, Stolz auf das alte Europa.

der USA auch durch die EU-Erweiterung prognostiziert wird, kristallisieren sich in den Zuschreibungen „altes Europa“ und „neues Europa“ heraus und ziehen sich durch den gesamten Interventionsdiskurs. Fast in jedem weiteren Artikel findet sich einer der beiden Begriffe. Sie werden dann in den nachfolgenden Artikeln von Akteuren und Autoren unterschiedlich aufgeladen und haben je nach Kontext eine entweder legitimierende oder delegitimierende Funktion. Beispielsweise wird das „alte Europa“ vom französischen Außenminister Jacque Villepin mit *„Erfahrung und Weitsicht und Kreativität“*³⁷⁵ in Verbindung gebracht, mit einer positiven Selbstzuschreibung, die das eigene außenpolitische Verhalten legitimieren soll. Der deutsche Außenminister Joschka Fischer weist darauf hin, dass Europa in der Tat alt sei, nämlich in Bezug auf die Kulturen und die Staatenbildung.³⁷⁶ Die Reaktionen auf die Rumsfeld-Äußerung finden in den Medien eine große Resonanz. Der SPD-Außenpolitiker Hans-Ulrich Klose sagt beispielsweise folgendes: *„Die Amerikaner können nicht Länder zum Problem erklären, nur weil diese die Position der Amerikaner nicht teilen.“*³⁷⁷

Eine ganze Reihe von Intellektuellen antwortet auf diese Äußerung. Unter ihnen ist auch Habermas mit dem Artikel *„Neue Welt Europa“*, in dem er betont, dass *„es nicht die schlechtesten Geister waren, die sich von diesem Pathos des neuen Anfangs haben anstecken lassen - erst recht seit 1945.“*³⁷⁸ Peter Schneider schreibt in der FAZ, wenn Rumsfeld

*„mit dem Titel ‚altes Europa‘ all diejenigen anspricht, die gegen einen Alleingang der Vereinigten Staaten sind, dann darf man mehr als die Hälfte der Amerikaner zu den Alteuropäern rechnen.“*³⁷⁹

Somit wird die abwertende Zuschreibung dadurch erklärt, dass das „alte Europa“ sich gegen den Krieg stellt und deshalb getadelt wurde. Die anderen, friedliebenden Amerikaner sind hier ein Teil des Eigenen. Der Schriftsteller Thomas Hettche schreibt, dass

³⁷⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.01.2003, Empörung in Berlin und Paris über Washington.

³⁷⁶ Süddeutsche Zeitung, 24.01.2003, Stolz auf das alte Europa.

³⁷⁷ Ebd.

³⁷⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.01.2003, Neue Welt Europa.

³⁷⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.01.2003, Realitätsverluste.

„UN wie Völkerrecht, sind Ideen des alten Europa, die es nun (wieder einmal) mit aller Macht gegen die Barbarei zu verteidigen gilt.“³⁸⁰

Hier sind die Barbarei und Amerika das „Andere“ von dem man sich abgrenzen muss. In der FAZ wird auch berichtet, dass sich die Partei „Die Grünen“ an der Äußerung erfreuen und T-Shirts mit der Aufschrift „altes Europa“ verkaufen. Sie interpretieren die Äußerung positiv, nämlich,

„dass die Widerstandskraft Europas gegen die fatale US-Irak-Politik größer ist, als die USA erwartet hatten. Dieses indirekte Eingeständnis freut uns. Wir werden weiter beweisen, wie kraftvoll und jung das ‚alte Europa‘ sein kann.“³⁸¹

Der Begriff „altes Europa“ wird positiv aufgeladen und im Rahmen der Demonstrationen gegen den Krieg eingeführt. Dadurch wird er ein Teil der deutschen Protestkultur.³⁸²

Für Amerika hat das „alte Europa“ keine bedeutende Rolle mehr: *„[...] in the Bush White House, they no longer mattered.“³⁸³* Hier wird die Entwertung noch einmal unterstrichen. In den amerikanischen Medien wird die Äußerung der französischen Finanzministerin zitiert, dass Europa sehr ausdauernd ist und die Fähigkeit hat zurückzuschlagen.³⁸⁴ Hier ist die Antwort auf die Rumsfeld-Äußerung eine positive Selbstzuschreibung Europas. In seiner Rede vor dem UN-Sicherheitsrat bringt der französische Außenminister Villepin Europa mit den historischen Erfahrungen in Bezug auf Krieg, Besatzung und Barbarei in Verbindung, wovon es sich jetzt aber abgrenzen möchte, da es aus diesen leidvollen Erfahrungen gelernt hat. Die negative Zuschreibung „alt“ im Sinne von „überholt“ wird positiv umgedeutet in „alt“ im Sinne von „erfahren“:

„This message comes to you today from an old country, France, from a continent like mine, Europe, that has known war, occupation, barbarity.“³⁸⁵

³⁸⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.01.2003, Der Ernstfall.

³⁸¹ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.01.2003, Giftige Freude über Rumsfelds Kritik am „alten Europa“

³⁸² Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.02.2003, Che Guerhard, Keine Ästhetik des Widerstands: Die große Demonstration.

³⁸³ The New York Times, 24.01.2003, To Some in Europe, The Major Problem Is Bush the Cowboy.

³⁸⁴ Vgl. The New York Times, 24.01.2003, The Allies; Europeans Try to Stem Anti-U.S. Anger.

³⁸⁵ The Washington Post, 16.02.2003, Forceful Tactics Catch Up With U.S..

Das Eigene in der negativen geschichtlichen Erfahrung dient als das „Andere“, von dem man sich jetzt bewusst abgrenzt, und entfaltet eine handlungsleitende und identitätsbildende Wirkung.

Diese Beispiele zeigen, dass im Diskursverlauf die beiden Metaphern „altes Europa“ und „neues Europa“ unterschiedlich identitätsrhetorisch aufgeladen werden, um sie dann strategisch in die Diskussion einzusetzen und die eigene Position glaubwürdiger erscheinen zu lassen bzw. die andere als unglaubwürdiger.

Im medialen Diskurs wird die Bezugnahme auf das Diskursereignis der Rumsfeld-Äußerung noch weiter fortgesetzt. Auch noch Jahre später wird auf die Metaphern „altes Europa“ und „neues Europa“ zurückgegriffen, um das außenpolitisches Selbstverständnis zu definieren. So hat es der britische Premierminister Brown auf dem G-20 Gipfel in London wie folgt zum Ausdruck gebracht.

„Freunde, heute gibt es kein altes Europa, kein neues Europa, kein Ost- oder Westeuropa. Ich bin stolz, ein Brite und ein Europäer zu sein, der ein Land vertritt, das sich im Zentrum Europas sieht.“³⁸⁶

„Altes Europa“ wird zur diskursdominierenden Metapher. Dieser Begriff wird je nach außenpolitischem Interesse identitätsrhetorisch unterschiedlich aufgeladen und interpretiert.

4.7.5 „Der Westen“ als Legitimationsressource

Die Identität „des Westens“ konnte in der Vergangenheit durch die Bedrohung der Sowjetunion begründet, legitimiert und aufrechterhalten werden (Diez 2008: 196). Mit dem Wegfall dieser Bedrohung und der offensichtlich unterschiedlichen Bedrohungswahrnehmung der westlichen Verbündeten durch den Irak wird im Diskurs auch die kollektive Identität „des Westens“ thematisiert und neu verhandelt. Die irakischen Massenvernichtungswaffen sahen 86 Prozent der Amerikaner als kritische Bedrohung ihrer vitalen Interessen, jedoch nur 57 Prozent der Europäer (vgl. Szukala 2003: 31).

³⁸⁶ Taz, 26.03.2009, Zeit der lahmen Enten.

Die Krise der transatlantischen Beziehungen wird im Interventionsdiskurs in Bezug auf „den Westen“ thematisiert. Das Verhalten der USA wird als „*schlimmste moralische Niederlage des Westens seit dem Aufkommen der faschistischen Regimes*“³⁸⁷ interpretiert. Grundsätzlich wird durch die Verwendung der Begrifflichkeit „des Westen“ bereits von einem gemeinsamem „Wir“, einer „westlichen Wertegemeinschaft“ ausgegangen, beispielsweise titelt die FAZ „*Wir, der Westen*“³⁸⁸ und fordert, dass sich die Vereinigten Staaten und Europa in ihrem Verhalten wieder annähern sollen. Also enthält die Verwendung des Begriffs „der Westen“ bereits ein identitätsstiftendes „Wir“, das problematisiert wird und zur Debatte steht, jedoch immerhin vorhanden ist. „*Die Amerikaner sollten Legitimität als strategisches Gut schätzen lernen und wir unsere militärische Interventionsfähigkeit erhöhen*“³⁸⁹, sind die vorgeschlagenen „Entgiftungsversuche“³⁹⁰, um „den Westen“ nicht weiter zu gefährden. Die unterschiedliche Vorgehensweise im Irak „spaltet die westliche Welt“³⁹¹. Deutschland werde mit seiner Position jedoch auch als Verteidiger des westlichen Wertebündnisses gesehen.³⁹² Die aktuelle amerikanische Politik, bspw. der Umgang mit Ressourcen und die zunehmende Armut in Amerika, wird als Ursache für die sich vergrößernde „Kluft des Westens“ gesehen.³⁹³ Deutschland selbst sieht sich als Verteidiger der westlichen Werte gegen die Bush-Administration, die sich mit ihrer Politik nicht mehr im westlichen Wertekanon befindet. Dieses Selbstverständnis der westlichen Werte und der westlichen Wertegemeinschaft delegitimiert das außenpolitische Vorgehen der Bush-Administration. Dabei werden auf ideelle Faktoren, die gemeinsamen westlichen Werte zurückgegriffen, um das außenpolitische Verhalten der Bush-Administration zu delegitimieren. In einem Artikel wird konstatiert, dass „die Geschlossenheit der westlichen Welt verloren

³⁸⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.05.2003, Wie kapituliere ich am besten? Blick in französische Zeitschriften: Jetzt gilt es, den Frieden zu gewinnen

³⁸⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.05.2003, Wir, der Westen.

³⁸⁹ Ebd.

³⁹⁰ Ebd.

³⁹¹ Süddeutsche Zeitung, 25.01.2003, Wir laufen den Amerikanern nicht brav hinterher.

³⁹² Vgl. Süddeutsche Zeitung, 29.01.2003, Andere Situation als 1938.

³⁹³ Vgl. Ebd.

gegangen ist.³⁹⁴ Ein gemeinsames „Wir“ der westlichen Welt wird hier stark in Frage gestellt.

Im Diskurs werden Veränderungen im westlichen Bündnissystem auch auf die veränderte Bedrohungswahrnehmung nach dem Zerfall der Sowjetunion zurückgeführt.³⁹⁵ In einem britischen Artikel verweist der Autor darauf, dass seit langem ein Abnutzungskrieg gegen die Kernwerte des Westens stattfindet, indem behauptet wird, dass es keine absolute Moral gebe und alle Kulturen gleich viel wert seien.³⁹⁶ In einem anderen Artikel wird darauf hingewiesen, dass die Vorstellungen von einer Zukunft des Westens zwischen Washington und Europa, aber auch innerhalb der UN stark auseinandergehen.³⁹⁷ Das wird sogar von denjenigen prognostiziert, die gewöhnlich die Position Amerikas unterstützen, *„that a war would not only harm America’s image but also injure the interests of the West.“*³⁹⁸ Diese Sichtweise wirkt insofern delegitimierend, da durch einen Krieg sehr großer Schaden für das Image der USA entstände und auch den Interessen des Westens widerspräche. Hier werden also ideelle Faktoren herangezogen, um den Krieg zu delegitimieren. Aber auch die französische Position gegen einen Krieg wird in der britischen Presse für die Spaltung des Westens verantwortlich gemacht: *„French resistance widens divisions in the West.“*³⁹⁹ Hier geht es wieder um die Verantwortlichkeiten für die entstandene Krise in der westlichen Wertegemeinschaft: Wer fügt wem einen Schaden zu? Diese Zuschreibung delegitimiert das außenpolitische Verhalten Frankreichs, da es „dem Westen“ Schaden zufügt. An anderer Stelle wird gefragt, *„why war between ourselves“*⁴⁰⁰ und damit die transatlantischen Auseinandersetzungen sogar als Krieg bezeichnet. Chirac wird in diesem Kontext von der Verantwortlichkeit für ein westliches Zerwürfnis entlastet:

³⁹⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.02.2003, Vom Empfang der Gäste zur Demo Wehrkunde unter anderen Vorzeichen.

³⁹⁵ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.04.2003, Bekenntnis zu Amerika Rumänien ist transatlantische Skepsis fremd.

³⁹⁶ Vgl. The Times, 31.01.2003, The rumblings of war.

³⁹⁷ Vgl. The Times, 02.02.2003, Come on in: the Anglosphere is freedom’s new home.

³⁹⁸ The Times, 17.02.2003, A continent’s thinkers give voice to their doubts.

³⁹⁹ The Times, 09.03.2003, French resistance widens divisions in the West.

⁴⁰⁰ The Times, 30.03.2003, Literary lion on the warpath.

„Chirac is irresponsible to endanger western friendship.“⁴⁰¹ Kriegsgegnern, wie Robin Cook⁴⁰² wird unterstellt, dass „they hate the West. They hate, in fact, themselves.“⁴⁰³ Auch in diesem Artikel wird auf ideelle Erklärungen zurückgegriffen, um die Haltung der Kriegsgegner zu entkräften. Die Notwendigkeit, die westliche Allianz zu erhalten, wird auch mit wirtschaftlichen Interessen begründet: „Our future prosperity clearly lies with a strong Western alliance.“⁴⁰⁴

4.7.6 Gemeinsame Position von Deutschland und Frankreich

Auffällig ist die Häufigkeit von Argumenten, die im Diskursverlauf von der gemeinsame Position Deutschlands und Frankreichs ausgehen (n=221). Vor allem ausgelöst durch die Feierlichkeiten der deutsch-französischen Freundschaft am 22.01.2003 in Versailles, wird in den Medien von einem „hohen Maß an grundsätzlicher deutsch-französischer Übereinstimmung“⁴⁰⁵, vom „engen Schulterschluss“⁴⁰⁶, dem „deutsch-französischen Motor“⁴⁰⁷, vom „deutsch-französischen Vorhaben“⁴⁰⁸, den deutsch-französischen „Privilegien“⁴⁰⁹ oder dem „deutsch-französischen Tandem“⁴¹⁰ gesprochen.

Diese demonstrative Haltung Deutschlands und Frankreichs gegen eine militärische Intervention im Irak, die ohne Abstimmung mit den anderen europäischen Ländern zustande kam, hatte eine irritierende Wirkung auf die anderen EU-Mitgliedsstaaten, die dann auch später den Brief der Acht als Antwort auf diesen Alleingang der beiden rechtfertigte. Die Amerikaner sahen durch die ablehnende Haltung der zwei mächtigen

⁴⁰¹ The Times, 30.03.2003, Literary lion on the warpath.

⁴⁰² Ab 2001 war Robin Cook Fraktionsführer der Labour-Partei im britischen Unterhaus, bis er am 17. März 2003 aus Protest gegen den Kurs der britischen Regierung im Irak-Konflikt zurücktrat.

⁴⁰³ The Times, 01.04.2003, Self-haters who want the West to decline and fall.

⁴⁰⁴ The Times, 03.04.2003, Way forward for the coalition leaders.

⁴⁰⁵ Süddeutsche Zeitung, 23.01.2003, Chirac und Schröder vereint gegen Irak-Krieg.

⁴⁰⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.02.2003, Grüntlich- Frankreich nach dem Vorstoß der „anderen“ Europäer.

⁴⁰⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.03.2003, Ernstfall für Europa.

⁴⁰⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.05.2003, Der wundersame Aufstieg eines maroden Landes. Polen hofft, von dem festen Bündnis mit Amerika auch in der EU zu profitieren.

⁴⁰⁹ Ebd.

⁴¹⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.06.2003, Die Halbstarcken.

europäischen Staaten ihren Einfluss auf Europa in Gefahr und, falls sich dieses Position in Europa durchsetzen sollte, ihre „Koalition der Willigen“ und europäischen Unterstützer in einem Irak-Krieg, schwinden. Hierbei ging es nicht so sehr darum, dass sich die USA nicht in der Lage sahen auch im Alleingang den Irak zu besiegen, sondern vielmehr darum, den Krieg durch zahlreiche unterstützende Regierungen glaubwürdiger erscheinen zu lassen. Wie bereits erwähnt, zeigten Umfragen in den USA, dass die Amerikaner einen Krieg nur mit Hilfe anderer Allierter unterstützen wollen: *„vast majority of Americans opposing action without the support of allies.“*⁴¹¹ Da sich die beiden europäischen Länder öffentlich von einer Irakpolitik distanziert hatten und dadurch häufig das Argument *„einer fehlenden Koalition“* im Irakdiskurs angeführt wurde, mussten diese beiden Länder in den Medien diskreditiert werden, um dieses Argument vor der eigenen amerikanischen Öffentlichkeit abzuschwächen (Jäger 2008: 144). Deutschland und Frankreich wird vor allem in den amerikanischen Medien Anti-Amerikanismus vorgeworfen. Hier schwingt mit, dass die Haltung gegen einen Krieg dem Anti-Amerikanismus geschuldet sei und es keine objektiven Gründe gebe, nicht in den Irak zu ziehen. Der Vorwurf des Anti-Amerikanismus hat eine legitimierende Wirkung für das eigene Vorgehen der Bush-Administration. Großbritannien ist durch den engen Schulterschluss zwischen Deutschland und Frankreich verunsichert und fürchtet, mit der eigenen Position innerhalb Europas isoliert zu werden. Großbritannien fürchtet auch, dass das europäische Mächteverhältnis dadurch außer Balance geraten könnte. Ebenso fürchten die Amerikaner, durch diesen engen Schulterschluss könnte ihr Einfluss auf Europa verringert werden.

4.7.7 Zusammenfassung

Grundlage für die qualitative Analyse in Kapitel 4.7 bildeten die im Interventionsdiskurs dominant auftauchenden bi- und multinationalen Zuschreibungen. An ausgesuchten Textstellen wurde exemplarisch das Legitimationspotenzial von bi- und multinationalen Zuschreibungen untersucht. Wie aus der inhaltlichen Analyse der Textstellen hervorgeht,

⁴¹¹ The New York Times, 23.01.2003, U.S. set to demand that Allies agree Iraq is defying U.N..

werden auf die bi- und multinationalen identitären Zuschreibungen und neuen Identitätskonstruktionen, wie beispielsweise „Achse Berlin-Paris“ und „altes und neues Europa“, zurückgegriffen, um außenpolitisches Verhalten zu rechtfertigen. Der Begriff „Koalition der Willigen“ verweist auf eine große Unterstützerzahl und entfaltet dadurch ein Legitimationspotenzial für eine Intervention im Irak. Im Diskurs wird das Zustandekommen der „Koalition der Willigen“ aber auch sehr kritisch reflektiert, wodurch sich dieses Legitimationspotenzial wieder relativiert, da die Mehrheit der Öffentlichkeit selbst in den Ländern, die zur „Koalitionen der Willigen“ gehören, nicht für eine militärische Intervention im Irak ist. Das heißt, dass die „Koalition der Willigen“ und somit das in der militärischen Intervention handelnde „Wir“ im Diskurs auch kritisch reflektiert wird. Die Vilnius-Gruppe entfaltet ihr legitimierendes Potenzial analog zur „Koalition der Willigen“ durch ihre unterstützende Position. Der Verweis auf die zahlreichen unterstützenden Länder birgt ein Legitimationspotenzial. Es wird jedoch im Diskurs auch eingeschränkt oder negiert, da die Unterstützer auch als „Vasallen“ der USA bezeichnet werden. Bezogen auf die Unterstützer existieren im Diskurs je nach strategischem Interesse differierende Deutungen.

Der Achsenbegriff findet ebenso Verwendung, um das eigene außenpolitische Verhalten zu legitimieren bzw. das der anderen zu delegitimieren. In den britischen Medien werden Frankreich und Deutschland als „Achse der Feiglinge“ bezeichnet, wodurch deren außenpolitisches Verhalten auf rein rhetorischer Ebene mit Hilfe von identitären Zuschreibungen delegitimiert wird. Die kriegablehnenden Länder werden im Diskurs signifikant häufig mit dem Achsenbegriff in Verbindung gebracht, so wird auch von der „deutsch-französisch-russischen Achse“ und der „deutsch-französischen Achse“ gesprochen. Diese identitäre Zuschreibung wirkt ebenfalls delegitimierend.

Die Metaphern „altes Europa“ und „neues Europa“ stehen im Interventionsdiskurs für die unterschiedlichen Positionen, die Europa in Bezug auf die Vorgehensweise im Irak entwickelt. Die Verwendung dieser Begriffe verweist auf die differierenden Positionen und auf das uneinige Europa in der Irakfrage und birgt dadurch ein subtiles Legitimationspotenzial. Offensichtlicher sind jedoch solche Zuschreibung, die das „alte Europa“ als anti-amerikanisch und das „neue Europa“ als pro-amerikanisch werten.

Ebenso werden positive Selbstzuschreibungen als Antwort auf das „alte Europa“ gezielt eingesetzt, um das eigene außenpolitische Verhalten mit Hilfe von positiven identitären Zuschreibungen zu legitimieren.

Auch der rhetorische Verweis auf „den Westen“ taucht in den Medien als Legitimationsressource auf. So darf beispielsweise eine unterschiedliche Vorgehensweise im Irak „den Westen“ nicht gefährden.

Auf die gemeinsame kriegablehnende Position Deutschlands und Frankreichs wird im Diskurs dominant eingegangen. Deutschland und Frankreich treten als gemeinsamer außenpolitischer Akteur auf, der den Krieg unter allen Umständen vermeiden will. Wie wir im Folgenden sehen werden, gibt es natürlich auch nationale Positionen im Diskurs auf, jedoch tritt Deutschland als Akteur vor allem gemeinsam mit Frankreich auf.

4.8 Nationale Zuschreibungen als Legitimationsressource

In meinem Untersuchungsdesign wurden auch die nationalen Zuschreibungen der ausgewählten Untersuchungsländer erfasst. In Kapitel 4.4 bin ich ausführlich auf die quantitativen und qualitativen Selbst- und Fremdzuschreibungen Amerikas eingegangen. Es konnte gezeigt werden, welche enorme Legitimationsressource diese identitären nationalen Zuschreibungen für außenpolitisches Handeln im Interventionsdiskurs liefern.

Die Zuschreibungen Amerikas und Europas sind im Untersuchungsdiskurs dominant. Das jeweilige nationale Selbstverständnis der europäischen Nationen scheint eher eine untergeordnete Rolle zu spielen. Wie in Kapitel 4.7.6 gezeigt wurde, tritt Deutschland als Akteur im Diskurs dominant an der Seite Frankreichs auf. Die gemeinsame Position der beiden Länder und ein gemeinsames außenpolitisches Selbstverständnis sind im Diskurs dominant. Sie treten im Diskurs überwiegend nicht als nationale Akteure auf, sondern als gemeinsame Diskursteilnehmer. Abgesehen von den signifikant häufig auftretenden Fremd- und Selbstzuschreibungen Amerikas, werden ansonsten die nationalen Positionen im Interventionsdiskurs wenig thematisiert. Das heißt, vor allem Amerika tritt als national agierender Akteur im Diskurs auf.

Im Folgenden werde ich nun auf die nationalen Selbst- und Fremdzuschreibungen meiner Untersuchungsländer eingehen, um die Frage zu beantworten, welche nationalen Zuschreibungen im Interventionsdiskurs erscheinen und inwieweit sie als Legitimationsressource gedient haben. Allein aufgrund der Häufigkeit der diskursiven nationalen Zuschreibungen kann jedoch gesagt werden, dass die nationalen außenpolitischen Positionen eine untergeordnete Rolle im Interventionsdiskurs spielen.

Bei der Analyse der nationalen identitären Zuschreibungen liegt der Fokus auf dem dadurch entstehenden Legitimationspotenzial, das durch solche Zuschreibungen entsteht.

4.8.1 Zuschreibungen Deutschlands

Wie ich in Kapitel 4.6 über die Zuschreibungen der transatlantischen Beziehungen gezeigt habe, entfaltet sich das delegitimierende Potenzial des außenpolitischen Verhaltens Deutschlands vor allem durch die Krise in den deutsch-amerikanischen Beziehungen. Es werden im Diskurs dominant die Gefahr und die negativen Konsequenzen thematisiert, die eine solche außenpolitische Haltung für das deutsch-amerikanische Verhältnis hat. Der Verweis auf ein deutsches nationales Selbstverständnis dient weniger als identitäre (De-) Legitimationsressource und taucht in dem untersuchten Diskursausschnitt kaum auf.

In Deutschland sind die Regierungsparteien und die Oppositionsparteien über ein Vorgehen im Irak uneinig. Schröder erteilt eine klare Absage an eine mögliche Intervention im Irak und verspricht „keiner Resolution zuzustimmen, die einen Krieg legitimiere.“⁴¹² Diese Haltung wird in den Medien als wahlstrategische Machtpolitik und als Anti-Amerikanismus verurteilt.

Die deutsche Opposition positioniert sich ganz klar an der Seite der USA. Angela Merkel betont im Vorfeld des Irak-Kriegs bei ihrem Besuch in den USA: „*Schröder*

⁴¹² Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.01.2003, Europa soll handeln oder in Zukunft lieber schweigen.

*doesn't speak for all Germans.*⁴¹³ Zudem sieht Merkel die von Colin Powell vorgelegten Beweise als glaubwürdig an und sagt, sie hätte den Brief der Acht unterzeichnet. Durch die Solidaritätsbekundungen der deutschen Opposition entsteht eine nach außen hin differenzierte Position Deutschlands. Nicht nur die europäische Position ist eine uneinheitliche, sondern auch die deutsche Position ist durch die Haltung der Opposition nach außen hin sehr uneinheitlich. Die Bush-Administration weiß die unterschiedlichen Haltungen der deutschen Parteien für sich strategisch zu nutzen und empfängt die Oppositionspolitiker in den USA königlich,⁴¹⁴ um die unterstützende Haltung der deutschen Opposition vor der eigenen amerikanischen Öffentlichkeit zum Ausdruck kommen zu lassen. So wird auch der hessische Ministerpräsident Roland Koch in den USA empfangen. Die Bush-Administration setzt klare Signale, da sie sich im Vorfeld des Irak-Krieges nicht mehr mit deutschen Regierungsmitgliedern trifft, sondern nur noch Oppositionspolitiker empfängt, die deren Haltung in der Irak-Politik unterstützen. Für die Bush-Administration ist die uneinheitliche Position Deutschlands, bzw. die klare Positionierung der CDU zum Vorgehen der USA von Vorteil, da es das eigene Vorgehen legitimiert.

In den britischen Medien wird Deutschlands neues Selbstverständnis einer friedliebenden und kriegverachtenden Nation thematisiert. Dort wird die seit Ende des Zweiten Weltkrieges grundsätzlich gewollte Entwicklung eines friedliebenden deutschen Selbstverständnisses im Zusammenhang mit dem Irak-Konflikt beklagt.

*„For what could be more reassuring than a peace-loving, war-hating Germany? This is what we spent most of last century praying for; now that we have it, all we do is complain.“*⁴¹⁵

Die kontrastierende Folie mit der aus britischer Sicht das neue deutsche Selbstverständnis reflektiert wird, ist die kriegerische Nazivergangenheit. Von diesem kriegerischen Selbstverständnis der Deutschen sei nichts übrig geblieben. Das Gegenteil

⁴¹³ The New York Times, 26.02.2003, U.S. Gives German Opposition Leader Royal Treatment.

⁴¹⁴ Ebd.

⁴¹⁵ The Guardian, 01.02.2003, Lets hear it for the Germans.

ist der Fall: „*Almost 60 years since the end of the second world war, no traces of the old Nazi expansionis survive. The Germans have become pussycats.*“⁴¹⁶

Zwar enthält der Diskurs vereinzelt nationale Zuschreibungen, jedoch dominiert die Diskussion der Konsequenzen für die deutsch-amerikanischen Beziehungen, die aus dem außenpolitischen Handeln Deutschlands abgeleitet werden.

4.8.2 Zuschreibungen Großbritanniens

Wie schon an den Zuschreibungen der transatlantischen Beziehungen in Kapitel 4.6 deutlich wurde, sieht sich Großbritannien selbst in einer Vermittlerrolle zwischen den USA und Europa. Daraus zieht Großbritannien vorwiegend die Legitimation für sein außenpolitisches Verhalten. Auch in den amerikanischen Medien wird Großbritannien fast immer mit dem Attribut „engster Verbündeter“ genannt. Allerdings gibt es auch kritische Stimmen in Europa, vor allem in den deutschen Medien, die diese enge Verbindung und die klare Position Großbritanniens zu den USA kritisieren und von Vasallentum sprechen oder ironisch anmerken, dass Großbritannien konsequenterweise Aufnahme in eine USA-Union beantragen müsste. Großbritannien wird in den Medien vorwiegend in seiner engen Verbindung zu Amerika thematisiert und tritt kaum als eigenständiger außenpolitischer Akteur in Erscheinung. Kritische Stimmen in den Medien richten sich nicht gegen Großbritannien, sondern kritisieren direkt Blairs Verhalten.

Wie aus der Veröffentlichung in den britischen Medien hervorgeht wird auch die Gefahr einer britischen Isolation gesehen: „*US-Europe spat threatens to isolate Britain.*“⁴¹⁷ Die Auseinandersetzung zwischen Amerika und der gemeinsamen Position von Deutschland und Frankreich hat zur Konsequenz, dass Großbritannien sich mit seiner Position weiter von Kerneuropa entfernt und somit die Hoffnung auf ein starkes einiges Europa als Gegenmacht zu den USA begraben werden kann.

⁴¹⁶ The Guardian, 01.02.2003, Lets hear it for the Germans.

⁴¹⁷ The Times, 25.01.2003, US-Europe spat threatens to isolate Britain.

„The looming American showdown with France and Germany over Iraq is turning into a test that could push Britain further from the core of the EU and jolt European hopes of uniting as a power to balance the United States.“⁴¹⁸

Blairs kriegbefürwortende Haltung zum Irak-Krieg, auch ohne eine Unterstützung des UN-Sicherheitsrates den Irak anzugreifen, ist innenpolitisch sehr umstritten. Mit dieser Haltung zieht er sogar den Ärger seiner eigenen Partei auf sich und sieht sich zunehmend mit Anti-Kriegsdemonstrationen im Land konfrontiert: *„Blair faces angry Labour Party and anti-war march in London.“⁴¹⁹* Auch in den deutschen Medien äußert sich Kritik am Vorgehen Großbritanniens in Kritik an der Person Blairs, der als Hasardeur bezeichnet wird, der sich entgegen den eigenen nationalen und europäischen Interessen in ein amerikanisches Abenteuer stürzt. Mit dieser Haltung zieht er sogar die Kritik aus den Reihen seiner besten Parteifreunde auf sich. In den amerikanischen Medien hingegen werden Kriegsbefürworter wie Blair als Politiker mit Mut bezeichnet:

„In the long run, political courage may have a political payoff. Blair and his colleagues may come out of this stronger for having the guts to take an unpopular stand now. Let's just pray they survive the effort.“⁴²⁰

Diese Zuschreibung legitimiert die eigene Position der USA und die der britischen Kriegsbefürworter, die sich mit einem wachsenden Widerstand aus der eigenen Bevölkerung gegen einen Irak-Krieg konfrontiert sehen. Auf lange Sicht hat sich das angeblich mutige Verhalten Blairs nicht ausgezahlt, da er als Quittung für den Alleingang in den Irak abgewählt wurde und Blair in einem britischen Untersuchungsausschuss vorgehalten wird, dass er die britische Öffentlichkeit bewusst getäuscht habe.

Diese Beispiele zeigen, dass die Haltung Blairs in den Medien unterschiedlich beurteilt worden ist und seine Position im Irak-Konflikt in den amerikanischen Medien Unterstützung gefunden hat. In den deutschen und britischen Medien wird Blairs Alleingang kritisch betrachtet und entfaltet dadurch eine delegitimierende Wirkung.

⁴¹⁸ The Times, 25.01.2003, US-Europe spat threatens to isolate Britain.

⁴¹⁹ The Times, 15.02.2003, Trench warfare over Iraq's destiny.

⁴²⁰ The Washington Post, 31.01.2003, Politicians With Guts.

4.8.3 Zuschreibungen Spaniens

Die nationale Position Spaniens wird in den britischen, amerikanischen und deutschen Medien relativ wenig thematisiert. Die außenpolitische Haltung Spaniens und seine außenpolitischen Beziehungen werden vorwiegend im Zusammenhang mit der Person Aznars gesehen.

In dem Artikel „Spanisches Selbstbewusstsein“⁴²¹ wird analysiert, warum sich Aznar gegen die spanische Öffentlichkeit positioniert hat, die zu 95% gegen den Krieg gewesen ist. Dort wird Aznar unterstellt, dass seine Haltung im Irak-Krieg von dem mittel- und langfristigen nationalen Interesse geleitet ist, ein „*innereuropäisches Gegengewicht zu der französisch-deutschen ‚Achse‘*“⁴²² aufzubauen, das „*zielgerichtet auch ein Bündnis mit Großbritannien einschließt*“⁴²³. Das außenpolitische Verhalten Aznars war aus Sicht dieses Artikels auch durch die Durchsetzung eines neuen innereuropäischen Mächteverhältnisses motiviert.

Spaniens außenpolitische Position ist personifiziert durch Aznar, zumindest in den deutschen Medien. In den britischen Medien findet die spanische Position bzw. Aznar ebenfalls kaum Erwähnung. Aznar legitimiert den Krieg gegen den Irak unter anderem mit der Terrorerfahrung seines eigenen Landes, indem er behauptet, „*that the case for removing a rogue regime to safeguard global security should be unquestionable in a country such as Spain, which has fought terrorism for decades.*“⁴²⁴ Jedoch scheint auch diese Argumentationsweise die spanische Bevölkerung in ihrer negativen Haltung zum Irak-Krieg nicht zu beeinflussen.

Während des Azoren-Gipfels, einem Treffen zwischen Bush, Blair und Aznar am 16.03.2003, wo der Kriegsbeschluss bekannt gegeben wird, bestätigt sich die neue Position Spaniens an der Seite von Bush und Blair. Rückwirkend wird Aznar Mut bescheinigt und seine Haltung positiv bewertet.

⁴²¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.05.2003, Spanisches Selbstbewusstsein.

⁴²² Ebd.

⁴²³ Ebd.

⁴²⁴ The Times, 08.04.2003, Why victory looks bleak for Aznar.

*„Jose Maria Aznar’s place alongside Bush and Blair at the Azores summit confirmed Madrid’s new status. Spain used its position on the UN Security Council to confirm its place as a force for modernisation in the EU, and a genuine Atlantic power. Aznar’s bravery means the benefits to Spain will outlast his premiership.“*⁴²⁵

In den amerikanischen Medien wird thematisiert, dass Aznar seine Position zum Irak-Krieg gegen erhebliche innere Widerstände durchsetzen muss. Zum einen gegen die Meinung der spanischen Öffentlichkeit, da Umfragewerte zeigen, dass *„more than 70 percent of Spaniards oppose intervention in Iraq“*⁴²⁶, andererseits gegen die spanische Opposition, die ihm Vasallentum unterstellt.⁴²⁷

In der Irak-Krise hat Spanien auch ein ganz neues außenpolitisches Selbstverständnis entwickelt. Spanien sieht sich wie Großbritannien in einer Vermittlerrolle zwischen den europäischen Staaten und den USA. Diese neue Vermittlerrolle im spanischen Selbstverständnis drückt sich in einer Äußerung in den amerikanischen Medien aus, in der sich die spanische Außenministerin Ana Palacio zuversichtlich zeigt, dass man in ein paar Wochen einen bedeutenden Teil der Europäer von einem militärischen Eingreifen überzeugen könne: *„...she believes a few weeks can make a difference in winning significant European backing for the use of force.“*⁴²⁸ Zusätzlich wirkt eine solche Aussicht auf zusätzliche Unterstützung aus Europa legitimierend für die Vorgehensweise der Amerikaner im Irak.

In den spanischen Medien setzt man sich ausführlich mit dem neuen spanischen außenpolitischen Selbstverständnis auseinander. Es hat mit der alten und bewährten Rolle der Neutralität gebrochen: *„Digamos que en esto si es nueva, y no vieja: Espana fue neutral en todas las guerras europeas del siglo.“*⁴²⁹ Aznar suchte eine Allianz mit Bush und Blair, obwohl es an der Seite der deutsch-französischen Achse für Spanien immer sehr gut gegangen ist.⁴³⁰ Die spanischen Medien kritisieren Aznar, da diese neue

⁴²⁵ The Times, 10.04.2003, Iraq war winners: Countries.

⁴²⁶ The New York Times, 11.02.2003, Bush and Aznar New, if Unlikely, Allies.

⁴²⁷ Vgl. The New York Times, 11.02.2003, Bush and Aznar New, if Unlikely, Allies.

⁴²⁸ The Washington Post, 26.01.2003, In Europe, Powell Seeks Support for War.

⁴²⁹ El Pais, 25.01.2003, Este titulo es, creo, espanol: lo empleo Azorin.

⁴³⁰ Vgl. El Pais, 26.01.2003, Divocio transatlantico.

Außenpolitik Spaniens eine unipersonale Position ist, die Aznar gegen das spanische Parlament und gegen die spanische Bevölkerung durchsetzt.

„En este sentido, afirmo que Aznar no solo esta apoyando una postura unilateral, sino que ni escucha la opinion mayoritaria de los ciudadanos espanoles ni al Parlamento: ‚Es que no es solo seguir una politica unilateral, sino que es desde una actuacion unipersonal, sin contar con nadie, ni con el Parlamento, ni con la opinion de los espanoles‘, apunto.“⁴³¹

Insgesamt lässt sich für den Interventionsdiskurs feststellen, dass die nationalen Positionen in den Medien eher eine untergeordnete Rolle spielen.

In den amerikanischen Medien wird Schröders Verhalten als wahlstrategisch delegitimiert. Dort dominieren Sprecher der deutschen Opposition, die das Vorgehen der Amerikaner unterstützen. Das britische außenpolitische Selbstverständnis sieht sich in der Vermittlerrolle, wobei diese Vermittlerrolle vor allem in den deutschen Medien auf Kritik stößt. Spanien selbst setzt sich kritisch mit seiner neuen außenpolitischen Rolle und mit dem unipersonellen Vorgehen Aznars auseinander, was beides eher eine delegitimierende Wirkung entfaltet.

4.9 Legitimation durch historische Bezüge

Wie bereits gezeigt wurde, enthält der Code „Europa – nie wieder Krieg“ (4.4.7) ein Legitimationspotenzial für die außenpolitischen Positionen Deutschlands und Frankreichs über ein historisch gewachsenes europäisches Selbstverständnis, auf welches im Interventionsdiskurs Bezug genommen wird. In meinem induktiven Codierungsverfahren wurden darüber hinaus alle historischen Bezüge unter dem Code „historische Bezüge“ erfasst. Dieser Code enthält Textstellen, die sich auf ein bereits abgeschlossenes historisches Ereignis in der Vergangenheit beziehen, wie beispielsweise der Jugoslawienkrieg, der Kalte Krieg oder der Zweite Weltkrieg. Insgesamt sind im Diskurs 304 historische Bezüge enthalten, 185 davon erscheinen vor Kriegsbeginn. Dieser Code enthält vorwiegend historische Narrationen, die sich auf eigene positive

⁴³¹ El Mundo, 31.01.2003, Malestar en la Union Europea. Zapatero: „Aznar divide y facciona“. Rechaza la carta de 8 paises de la UE y apoyara marchas por la paz.

geschichtliche Erfahrungen beziehen, aus denen sich das nationale Selbstverständnis bildet und auf die Gegenwart übertragen wird. Der quantitative Befund allein ist jedoch nicht sehr aussagekräftig, deshalb werden im Rahmen dieser Untersuchung einige aussagekräftige Beispiele herausgefiltert, in denen ein außenpolitisches Selbstverständnis zum Ausdruck kommt bzw. die als Legitimationsressource dienen.

In den historischen Bezügen schwingen wichtige Argumentationen mit, die sich auf die historischen Beziehungen der Staaten und Nationen beziehen. Mit Hilfe dieser geschichtlichen Bezüge werden moralische Beweggründe, wie Dankbarkeit, Schuld, Verantwortung oder Lehren aus der Geschichte, für die gegenwärtige Situation abgeleitet.

Ein legitimierender historischer Bezug, der in den Medien hergestellt wird, ist die eigene deutsche Geschichte. Mit Hilfe der amerikanischen Unterstützung konnte Deutschland wieder aufgebaut werden. Ein ähnliches Konzept wird für den Nahen Osten gefordert, wie folgendes Beispiel zeigt:

„Nötig ist eine Art Marshall-Plan für den Nahen Osten. Deutsche und Franzosen haben vor über fünfzig Jahren selbst erlebt, wie dieses großzügige amerikanische Konzept zum Wiederaufbau des Kontinents bisherige Feinde zur Zusammenarbeit gezwungen hat. Ohne diesen wohlmeinenden Druck von außen wäre Europa als Einheit kaum entstanden.“⁴³²

In diesem Beispiel werden die positiven Erfahrungen der Integration Europas nach dem Zweiten Weltkrieg mit den jetzigen Zielen der amerikanischen Politik, der Demokratisierung und Befriedung des Nahen Ostens verglichen und liefern über den historischen Vergleich eine Begründung für eine Intervention.

Ein weiteres Legitimationspotenzial liefert der Hussein-Hitler-Vergleich. Die politische Situation von damals wird auf die heutige Situation übertragen und daraus die Notwendigkeit für eine Intervention abgeleitet. Nur durch ein entschlossenes Eintreten der Alliierten konnte Hitler besiegt werden, deshalb ist auch im jetzigen neuen Konflikt ein entschlossenes Eintreten einer großen Koalition erforderlich.

„Verteidigungsminister Ivan Simko sagte in der Debatte, Saddam Hussein spiele ‚das gleiche Spiel wie Adolf Hitler‘ vor 1939. Das Prager Außenministerium fordert den Sicherheitsrat dazu

⁴³² Süddeutsche Zeitung, 29.01.2003, Europa muss mehr wagen.

*auf, im Interesse der eigenen Glaubwürdigkeit nicht endlos zuzusehen, wie der Irak die Resolutionen missachte.*⁴³³

Auch Hitler-Deutschland wurde befreit und anschließend eine Demokratie aufgebaut, deshalb ist auch eine Befreiung und Demokratisierung des Irak möglich. Es werden also Best-Practice-Beispiele aus der Vergangenheit herangezogen, um das aktuelle Vorgehen zu legitimieren. In meinem Untersuchungsdiskurs sind die historischen Bezüge zum Zweiten Weltkrieg und zum Kalten Krieg in allen Medien dominant und liefern das größte Legitimationspotenzial. In den historischen Bezügen zum Kalten Krieg geht es um Dankbarkeit. Die USA boten den Europäern Schutz, jedoch revanchieren sich die undankbaren Europäern jetzt nicht, da sie nicht mit den Amerikanern in den Krieg ziehen.

In den deutschen Medien tauchen vorwiegend historische Bezüge zum Zweiten Weltkrieg, zum Kosovokrieg und zum Kalten Krieg auf, ansonsten finden einzelne Bezüge zum Vietnamkrieg, der Friedens- und Antiatomkraftbewegung in den 80-iger Jahren und zum Ölembargo in den 70-iger Jahren Verwendung. Die historischen Bezüge zum Zweiten Weltkrieg und zum Kalten Krieg sind jedoch sehr vielseitig und variieren sehr. Beispielsweise stellt Friedbert Pflüger, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, einen historischen Bezug von der derzeitigen Konfliktlage zur Auschwitz-Problematik her:

*„Mit scharfen Worten hat der CDU-Politiker Friedbert Pflüger die Erklärung europäischer und US-amerikanischer Kirchenvertreter zum Irak-Konflikt kritisiert. Auschwitz sei durch Soldaten befreit worden und nicht durch laute gesinnungsethische Friedensbekenntnisse, schreibt der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag in der ‚Welt‘.*⁴³⁴

Hier wird das Vorgehen der Amerikaner gerechtfertigt und ein Krieg legitimiert. Über diesen historischen Bezug wird indirekt ein völkerrechtliches Argument angeführt, weil im Irak ein Diktator vergleichbar mit Hitler sein Volk unterdrückt. In den deutschen Medien wird durch den slowakischen Verteidigungsminister Ivan Simko ein Vergleich Hussein mit Hitler gezogen. Dieser historische Bezug hat eine legitimierende Wirkung für das Vorgehen der USA.

⁴³³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.02.2003, Vilnius-Gruppe unterstützt Amerika.

⁴³⁴ Süddeutsche Zeitung, 08.02.2003, Pflüger kritisiert Appell der Kirchen.

„Verteidigungsminister Ivan Simko sagte in der Debatte, Saddam Hussein spiele ‘das gleiche Spiel wie Adolf Hitler’ vor 1939.“⁴³⁵

In den deutschen Medien wird aber auch auf historische Bezüge verwiesen, um den Krieg zu delegitimieren. Beispielsweise wird die Sonderrolle der Franzosen während des Vietnam-Krieges in einem Artikel thematisiert. Die Franzosen widersetzten sich schon im Vietnam-Krieg den Amerikanern. Das französische außenpolitische Selbstverständnis wird durch den folgenden historischen Bezug deutlich hervorgehoben.

„Wann hat sich seit de Gaulle je ein Verbündeter der Vereinigten Staaten auf eine solche Kraftprobe eingelassen? [...] De Gaulle war der Erste, der den Vietnam- Krieg verurteilte, und lange der Einzige, der im israelisch-arabischen Krieg Verständnis für die Unterlegenen zeigte. Seither haben de Gaulle und seine Nachfolger eine Art Sonderstellung für Frankreich in Europa und in der Nato behauptet.“⁴³⁶

Wie die Lehren aus der Geschichte zeigen, wirkt der historische Bezug zum Vietnam-Krieg delegitimierend für die Vorgehensweise der Amerikaner im Irak und rechtfertigt die außenpolitische Haltung der Franzosen.

In den deutschen Medien wird auch der historische Bezug zum ersten Golfkrieg und zum Ende des Kalten Krieges hergestellt. Mit diesen historischen Bezügen wird erklärt, warum es immer schwieriger ist, die Menschen in Europa von einem kriegerischen Vorgehen zu überzeugen, da die Bedrohungswahrnehmung seit Ende des Kalten Krieges nachgelassen hat.

„Deutschland ist, wie Helmut Kohl es mit seiner Europa-Politik projektierte, nur noch von Freunden umgeben. Anders als 1991, beim ersten amerikanischen Golfkrieg, liegt mittlerweile auch der Kalte Krieg lange genug zurück, um jeden habituellen Bellizismus ersterben zu lassen.“⁴³⁷

In den amerikanischen Medien liefern zwei historische Bezüge das größte Legitimationspotenzial für eine militärische Intervention im Irak. Aus den historischen Bezügen zum Zweiten Weltkrieg und zum Kalten Krieg werden ganz klare Forderungen an das gegenwärtige und zukünftige Verhalten der Verbündeten abgeleitet. Wegen der Befreiung am Ende des Zweiten Weltkrieg und des gebotenen Schutzes während des

⁴³⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.02.2003, Vilnius-Gruppe unterstützt Amerika.

⁴³⁶ Süddeutsche Zeitung, 12.02.2003, Der Erbe des Generals.

⁴³⁷ Süddeutsche Zeitung, 20.01.2003, Der Pazifismus ist sprachlos.

Kalten Krieges wird vor allem von Frankreich, aber auch Deutschland Dankbarkeit erwartet, woraus eine Beteiligung am Irak-Krieg abgeleitet und sogar gefordert wird. Die Europäer wurden in der Vergangenheit von den Amerikanern beschützt und unterstützt, deshalb wird jetzt eine Gegenleistung in Form eines solidarischen Handelns an der Seite der USA eingefordert.

Gerade diese historischen Bezüge wirken sehr legitimierend, da sie auf Erfolge der amerikanischen Außenpolitik verweisen und das amerikanische Selbstverständnis von einer Frieden und Demokratie bringenden Nation widerspiegeln.

„For 50 years, the western half of Germany was the closest and, in some respects, the most dependent ally of the United States, the country most directly threatened by Soviet tanks and missiles, and thus most directly protected by American power.“⁴³⁸

Im Zitat aus dem Brief der Acht werden die positiven Eigenschaften der USA, wie Mut, Großzügigkeit und Scharfsinn, durch den historischen Bezug auf zwei geschichtliche Ereignisse zum Ausdruck gebracht:

„This was nothing compared with the unabashed pro-Americanism of their declaration. The eight European leaders actually wrote of ‚American bravery, generosity and farsightedness‘ in setting Europe free from Nazism and communism in the last century and in keeping the peace in Europe for the past six decades. By using the word ‚generosity‘, they even implied that Europeans might now owe the United States a little generosity in return.“⁴³⁹

In den britischen Medien liefert die Befreiung Frankreichs durch die Amerikaner im Zweiten Weltkrieg das größte Legitimationspotenzial für ein kriegerisches Vorgehen. In diesem Zusammenhang wird Frankreich Undankbarkeit vorgeworfen. Diese Vorwürfe werden jedoch seitens des französischen Außenministers bestritten, wie folgendes Beispiel zeigt.

„Stung by US and British media headlines alleging that France had ‚forgotten‘ US help in the second world war, Mr de Villepin retorted: ‚(Mine is) a country that does not forget, and is fully aware of what it owes to freedom fighters from America and elsewhere. (But) true to its

⁴³⁸ The New York Times, 22.02.2003, A Heritage of Protest.

⁴³⁹ The Washington Post, 31.01.2003, Politicians With Guts.

values, it wants to act resolutely together with all the members of the international community.“⁴⁴⁰

Die Franzosen setzen sich durch ihre Haltung zum Irak-Krieg Vorwürfen seitens der Amerikaner aus. Ihnen wird Undankbarkeit, aber auch Naivität vorgeworfen, da sie die Gefahrenlage nach Einschätzung der Amerikaner nicht genügend berücksichtigen.

In den spanischen Medien sind die historischen Bezüge sehr vielfältig und reichen von den Napoleonischen Kriegen, der Isolation Spaniens unter Franco bis hin zum Zweiten Weltkrieg. Hier wird unter anderem der Bezug zu sämtlichen europäischen Kriegen hergestellt, in denen Spanien sich neutral verhalten hat. Aus dieser Neutralität, *„la comoda, grata, dulce neutralidad“*⁴⁴¹, bezieht Spanien sein außenpolitisches Selbstverständnis. Diese außenpolitische Strategie der Neutralität hat sich in der Vergangenheit bewährt. Mit diesem historischen Bezug und dem daraus resultierenden Selbstverständnis wird das jetzige Vorgehen im Irak eher delegitimiert.

*„España fue neutral en todas las guerras europeas del siglo, hasta con Franco, y ni el primer Hitler -el que se llamo a si mismo Hitler, porque su verdadero apellido, Schickelgruber, sonaba comico y un poco judio- consiguio arrastrar al mediocre militar a la batalla. La nueva España si va mandando fragatitas, piquetes, parejas de guardias, legionarios pacifistas, y algun peligroso avion, y ahora mandara tropas, una vez que los bombardeos hayan acabado con Irak. En realidad, ya estamos en guerra.“*⁴⁴²

Wie diese Beispiele zeigen, tauchen im Interventionsdiskurs unterschiedliche historische Bezüge auf, mit Hilfe derer das außenpolitische Verhalten legitimiert bzw. delegitimiert wird. Sie sind im Diskurs zwar nicht sehr dominant, spiegeln jedoch teilweise das jeweilige außenpolitische Selbstverständnis wider, das sich aus den Erfahrungen mit der Geschichte ausgebildet hat. Historische Bezüge lassen sich, wie wir gesehen haben, für oder gegen eine bestimmte Vorgehensweise als Legitimationsgrundlage instrumentalisieren.

⁴⁴⁰ The Guardian, 15.02.2003, Threat of war: Anti-war axis: Blix gives doves no reason to back war: France leads call for further inspections.

⁴⁴¹ El País, 02.03.2003, Por Fin, Entre los Grandes.

⁴⁴² El País, 25.01.2003, ohne Titel.

4.10 Interdependente Identitätszuschreibungen

Interdependente Identitätskonstruktionen werden in Abhängigkeit voneinander konstruiert. Die Identität x bildet sich in Abhängigkeit zur Identität y, wobei beides voneinander abhängige Variablen sind. Im untersuchten Interventionsdiskurs tauchen interdependente Identitätskonstruktionen unterschiedlicher Art auf. Am deutlichsten werden die interdependenten Identitätsvorstellungen im Code „Europa in Abgrenzung zu den USA“ sichtbar, der im Kapitel 4.4.4 ausführlich dargestellt und analysiert wurde. In diesem Code wird auch der konstruktivistische und interdependente Charakter der europäischen Identität deutlich, da zum einen von der Notwendigkeit gesprochen wird, sich von den USA abzugrenzen, um eine Europäische Identität zu bilden, zum anderen auch die Gefahr gesehen wird, eine europäische Identität in Abgrenzung zu den USA zu konstruieren. Beide Deutungen gibt es im Diskurs und sie werden strategisch eingesetzt.

Auch im Zusammenhang mit dem Code „Europa GASP“ (Kapitel 4.4.3) wird der interdependente Charakter des europäischen Selbstverständnisses deutlich. Dort wird davor gewarnt, dass eine GASP nicht in Konkurrenz zu den USA oder als Gegengewicht aufgebaut werden darf, da dies die Europäische Union schwächen könnte. Andererseits wird auch von der Notwendigkeit gesprochen, eine GASP zu entwickeln, um dem hegemonialen Unilateralismus etwas entgegenzusetzen.

Rumsfeld's Fremdzuschreibung von außen in ein „altes und neues Europa“ und die Reaktionen darauf verweisen ebenfalls auf den interdependenten Charakter der europäischen Identitätsbildung. Der konstatierte Vorwurf an die Amerikaner, schuldig an der europäischen Krise zu sein, verweist ebenfalls auf interdependente Identitätszuschreibungen und impliziert auch, dass die USA einen großen Einfluss auf die Konstruktion Europas hat. Andererseits taucht in den amerikanischen Medien auch die Deutung auf, in denen solche Spaltungsabsichten abgestritten werden. „*A divided Europe is not in our interest or yours.*“⁴⁴³

⁴⁴³ The New York Times, 27.04.2003, How the West Can Be One.

Hier wird die interdependente Konstruktion in Abhängigkeit von den Interessen Amerikas thematisiert. Der interdependente Charakter wird auch in folgendem Zitat deutlich:

„Die neue europäische Debatte [...] ist allein schon ein Beweis dafür, zu welchem Maß an Gemeinsamkeit sich die Europäer unter äußerem Druck, diesmal ausgelöst durch den Dissens mit den USA über den Irak-Krieg, zusammenzurufen vermögen.“⁴⁴⁴

Transatlantische Spannungen waren für eine europäische Auseinandersetzung förderlich und hatten dadurch auch eine identitätsbildende Funktion. Auch in einem weiteren Artikel taucht die Deutung auf, dass sich in konflikthaften Auseinandersetzungen mit den USA das europäische Selbstbewusstsein herausbilde.

„Wohl aber könnten sich in klug begrenzten Konflikten mit den Vereinigten Staaten die europäische Selbständigkeit und das europäische Selbstbewußtsein weiterentwickeln.“⁴⁴⁵

Diese Deutung in den Medien unterstützt die These, dass gerade in Konflikten Identitäten neu verhandelt werden und sich eine europäische Identitätsbildung in Abgrenzung zu den USA entwickelt.⁴⁴⁶

Die Ursache der europäischen Krise wird auch auf die unterschiedlichen Positionen zurückgeführt, die die europäischen Nationalstaaten zur NATO haben. Europas Selbstverständnis wird im Diskurs abhängig von den transatlantischen Beziehungen verhandelt. Durch die unterschiedlichen nationalen Vorstellungen in Europa ist das einheitliche Auftreten schwierig und stets gefährdet. Amerika ist eine feste Größe, wohingegen Europa durch die unterschiedlichen nationalen Positionen in konfliktreichen Auseinandersetzungen eher fragil ist.

„As Europe struggles to define its position toward Iraq, the debate is generating not an Iraq problem but a Europe problem, a growing split between nations like France and Germany that are defending a narrower, European interest and those looking to a broader, North Atlantic alliance.“⁴⁴⁷

⁴⁴⁴ Süddeutsche Zeitung, 25.06.2003, Vive l'Europe; Außenpolitik missverstanden.

⁴⁴⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.06.2003, Laßt Amerika stark sein!

⁴⁴⁶ Ebd.

⁴⁴⁷ The New York Times, 31.02.2003, Who Stands With U.S.? Europe Is of Two Minds.

Die Interdependenz der europäischen Identitätsbildung wird im Interventionsdiskurs über den Irak sehr deutlich. Wenn sich europäische Nationalstaaten zu den USA positionieren, hat das auch Konsequenzen für die Einheit bzw. Identität Europas. Diese Sichtweise kommt auch in folgendem Zitat zum Ausdruck.

„But what really splits Europe between signers and nonsigners of the letter is not so much Iraq, as what attitude to take toward the United States.“⁴⁴⁸

Die Beispiele zeigen, dass im Interventionsdiskurs interdependente Identitätskonstruktionen sehr relevant sind und dass Amerika und Europa in Abhängigkeit voneinander thematisiert werden.

⁴⁴⁸ The New York Times, 31.02.2003, Who Stands With U.S.? Europe Is of Two Minds.

5 Thesen zur Legitimation außenpolitischen Handelns

Der Konstruktivismus geht davon aus, dass ideelle Faktoren ein großes Potenzial haben, um außenpolitisches Handeln zu erklären und zu rechtfertigen. Insbesondere spielen dabei Identitäten eine große Rolle. Ein außenpolitischer Akteur muss zuerst das handelnde „Wir“ definieren, bevor er als außenpolitischer Akteur agieren kann. Gerade im Kontext von Kriegen muss das außenpolitische Selbstverständnis vor der jeweiligen Öffentlichkeit kommuniziert bzw. das außenpolitische Verhalten legitimiert werden.

Die forschungsleitende Aufgabe war es, zu untersuchen, wie Identitätsrhetoriken oder andere ideelle Faktoren zur Legitimation außenpolitischen Verhaltens herangezogen werden. Es bot sich an, diese Fragestellung anhand der Diskussion um den Irak-Krieg zu untersuchen, gerade weil dieser identitätsrhetorisch sehr aufgeladene Diskurs viele identitäre Zuschreibungen enthält, die von den Akteuren zur Legitimation außenpolitischen Handelns strategisch benutzt worden sind.

Was bedeuten die in Kapitel 4 dargestellten Ergebnisse für die Legitimation außenpolitischen Verhaltens mit Hilfe ideeller Faktoren, wie beispielsweise Identitätsrhetoriken? Und was bedeuten sie für die Identitätsbildung, die durch die Verwendung von identitären Zuschreibungen entstanden sein könnte?

5.1 Relevanz der Pro- und Contra-Argumente als Legitimationsressource

Die Untersuchung hat gezeigt, dass in dem gewählten Untersuchungsausschnitt die Contra-Argumente über den gesamten Diskursverlauf hinweg dominieren und in etwa dreimal so häufig vorzufinden sind wie die Pro-Argumente. Also sind die Pro-Argumente im Diskurs signifikant unterrepräsentiert. Die Übersicht über die Verwendung rein sachlicher Argumente sollte als kontrastierende Folie zu den ideellen bzw. identitären Legitimationen im Mediendiskurs dienen. Der relativ geringe Befund von Pro-Argumenten legt nahe, dass im Interventionsdiskurs im Irak zur Erklärung und Legitimation außenpolitischen Handelns von einem bestimmten Zeitpunkt des Diskurses an vorwiegend auf identitäre Zuschreibungen zurückgegriffen wurde.

Der Verweis auf die Existenz von Massenvernichtungswaffen und die Gefahren des Terrorismus bzw. auf das Leiden der irakischen Bevölkerung unter der Diktatur Saddam Husseins waren die dominantesten Pro-Argumente im Interventionsdiskurs. Die am häufigsten im Diskurs aufzufindenden Pro-Argumente waren jedoch unsachliche Behauptungen. Es wurde bspw. einfach eine Bedrohung konstatiert, ohne weitere Argumente und Begründungen anzuführen. Die Überzeugungskraft weiterer Pro-Argumente entsteht durch erwartete Konsequenzen eines militärischen Vorgehens, wie Demokratie zu bringen und altruistischer Absichten, wie das irakische Volk von Terror zu befreien. Auch in scheinbar rein sachlichen Argumentationen werden ideelle Faktoren transportiert.

In meinem Untersuchungsdiskurs dominieren eindeutig die Argumente, die gegen einen Krieg sprechen. Somit konnten die Kriegsbefürworter mit ihren Pro-Argumenten keine Deutungshoheit im Diskurs erzielen. Die von den Kriegsbefürwortern angeführten Pro-Argumente wurden alle entkräftet und es kamen noch zusätzliche Argumente hinzu, um eine militärische Vorgehensweise zu delegitimieren.

Nationale Unterschiede manifestieren sich auch im Gebrauch der Contra-Argumente. In den spanischen Medien stellt die Meinung der Öffentlichkeit die größte Legitimationsressource gegen eine Beteiligung Spaniens im Irak dar. Die völkerrechtlichen Argumente eines Präventivkrieges dominieren in den deutschen Medien als Legitimationspotenzial gegen eine Intervention. In den kriegführenden Ländern spielen sie dagegen kaum eine Rolle, sondern ein Präventivkrieg wird dort als legitimes Mittel der „Verteidigung“ angesehen. Eine länderspezifische Verwendung von Argumenten wird auch in der vergleichenden Untersuchung von Meyer/Zdrada (2006) in polnischen und britischen Medien festgestellt und lässt auf unterschiedliche „strategic cultures“ schließen. Der Gebrauch und die Anschlussfähigkeit von Argumenten sind also auf eine unterschiedliche Bedrohungswahrnehmung sowie auf kulturelle Besonderheiten und Sichtweisen im jeweiligen nationalen Selbstverständnis zurückzuführen.

5.2 Relevanz der identitären Zuschreibungen als Legitimationsressource

Die Ergebnisse zeigen, dass es sehr viele identitäre Zuschreibungen gibt. Diese weisen Länderunterschiede auf und zeigen, dass mit Hilfe der identitären Zuschreibungen hauptsächlich eigenes außenpolitisches Verhalten legitimiert oder das Verhalten anderer delegitimiert wurde. So lassen sich signifikante Unterschiede im Gebrauch der Zuschreibungen feststellen, die teilweise auch auf eine strategische Verwendung schließen lassen und die konstruktivistische Theorie bestätigen, dass Ideen erst Handlungsspielräume und Strategien ermöglichen (Krell 2004: 348).

Grundlegend für die Legitimation außenpolitischen Handelns ist ein positives, nationales Selbstverständnis. Positive Zuschreibungen Amerikas erscheinen in meinem Untersuchungsausschnitt nur in geringer Zahl. Amerika hat das Selbstverständnis eines unilateralen Hegemons entwickelt, der sein außenpolitisches Verhalten aus sich selbst heraus legitimiert und dafür weder Verbündeter noch anderer Instanzen oder Institutionen, wie beispielsweise des UN-Sicherheitsrates, bedarf. Dieses Selbstverständnis der Bush-Administration wurde vor allem in den europäischen Medien kritisch reflektiert. Amerika bzw. der Bush-Administration werden in den Medien weitgehend negative Eigenschaften zugeschrieben, was auf das außenpolitische Handeln der USA eine delegitimierende Wirkung hat. Vor allem das unilaterale Vorgehen der Amerikaner bzw. der Bush-Administration wird in den Medien negativ bewertet. Im Interventionsdiskurs konnten die Amerikaner durch die Vermittlung eines positiven Selbstverständnisses keine legitime Sicht auf das beabsichtigte Vorgehen durchsetzen, da ein negatives Amerikabild den Diskurs bestimmte. Das im Diskurs entwickelte amerikanische Selbstverständnis wurde nicht intersubjektiv geteilt und erfuhr relativ wenig Anerkennung in den anderen europäischen Medien. Identitäten entfalten jedoch vor allem dann ihre legitimierende Wirkung, wenn sie intersubjektiv von den Diskursteilnehmern geteilt werden. Im Diskurs gibt es eine unterschiedliche Verteilung der negativen Fremdzuschreibungen Amerikas. In den deutschen und spanischen Medien tauchen die negativen Fremdzuschreibungen am häufigsten auf. Ein eigenes militärisches Vorgehen Spaniens an der Seite der USA wird mit Hilfe negativer Fremdzuschreibungen

des im Krieg Verbündeten delegitimiert und findet dort deutlich häufigere Verwendung als in den britischen Medien. Dieser Befund ist darauf zurückzuführen, dass die Briten transatlantischer ausgerichtet und von daher mit Kritik an Amerika zurückhaltender sind als die anderen europäischen Vergleichsländer. Auch in den deutschen Medien sind die negativen Zuschreibungen dominanter als in Großbritannien, was sicherlich mit der generellen kriegablehnenden Haltung Deutschlands zu tun hat. Negative Fremdzuschreibungen in den Medien korrelieren also mit dem außenpolitischen Selbstverständnis und den kulturellen Hintergründen bzw. mit dem Zustandekommen einer außenpolitischen Haltung wie der Spaniens, die ja von der spanischen Öffentlichkeit nicht geteilt wird. Diese Skepsis an einem militärischen Vorgehen spiegelt sich in den Medien unter anderem auch durch die dominante Verwendung der negativen Fremdzuschreibungen Amerikas wider.

Europa wird im untersuchten Diskurs im Kontext der Krise diskutiert, einer Krise, die durch die unterschiedlichen nationalen Einstellungen über die Vorgehensweise im Irak entstanden ist. Die Untersuchung kann somit die allgemeine Aussage von Risse und Kantner (2004: 5) über den Zusammenhang von Debatten um militärische Auslandseinsätze und Selbstverständigungsprozesse belegen, indem sie empirisch aufzeigt, dass auch der Irak-Krieg Selbstverständigungsdiskurse ausgelöst hat. Die USA werden als Hauptverantwortliche für die entstandene europäische Krise ausgemacht. Den USA wird unterstellt, dass es zu ihrer Strategie gehört, Europa zu teilen. Zudem entfaltet das Offenbarwerden der europäischen Krise eine legitimierende Wirkung für das Vorgehen der USA, da die europäischen Nationen keine gemeinsame Haltung entwickelten.

In den amerikanischen Medien wird die kriegablehnende Haltung einiger europäischer Länder so dargestellt, dass diese Länder eine grundsätzlich problematische Haltung zu den USA einnehmen und es weniger um die Irak-Krise geht. Unterschiedliche Auffassungen über Bündnisverpflichtungen sind eine Ursache für die europäische Krise. Die Uneinigkeit der Europäer über das richtige Vorgehen im Irak verursacht die europäische Krise, die dann im Zuge des Interventionsdiskurses intensiv diskutiert wird. In diesen Diskussionen wird nach Lösungen gesucht, um solche Krisen zukünftig zu

vermeiden. Die Konsequenzen aus der europäischen Krise werden schon während des Interventionsdiskurses gezogen. Jedoch werden auch hier Unterschiede im jeweils nationalen Diskurs sichtbar. In den britischen Medien wird vor allem im Zuge des Pralinengipfels davor gewarnt, eine europäische Verteidigung in Konkurrenz zur NATO aufzubauen. In den deutschen Medien wird der Aufbau einer GASP als Weg aus der europäischen Krise gesehen und als Notwendigkeit betrachtet, den amerikanischen Unilateralismus einzugrenzen. Auch in den Vorstellungen der Ausgestaltung der GASP kommen unterschiedliche nationale Vorstellungen zum Tragen, übereinstimmend mit den bestehenden innereuropäischen Konfliktlinien bezüglich einer richtigen Vorgehensweise im Irak. Analog zu den Konfliktkoalitionen zwischen den europäischen Ländern im Vorfeld des Irak-Krieges (Frankreich und Deutschland versus Großbritannien und Spanien), setzen sich die unterschiedlichen Ansichten bei der Ausgestaltung der GASP fort. Im Zuge der Diskussion um die GASP wird deutlich, dass Europa nach wie vor gespalten ist, in ein transatlantisches und ein europäisches Europa. Die Auseinandersetzungen um die GASP machen deutlich, dass die Krise während des Irak-Krieges noch nicht bereinigt werden konnte. Stattdessen setzten sich die europäischen Differenzen in der Ausgestaltung der GASP analog zu den innereuropäischen Konfliktlinien wegen der richtigen Vorgehensweise im Irak-Krieg fort, weshalb darüber und über das Auftreten als einheitlicher außenpolitischer Akteur nur sehr eingeschränkt eine identitätsbildende Wirkung entfaltet werden konnte. Europäische Identitätsbildung entsteht jedoch nach Risse und van de Steeg (2003: 20) durch „arguing and debating“. Eine europäische Identitätsbildung im Sinne eines produktiven Selbstverständigungsdiskurses kann demnach vor allem im Rahmen von Debatten und im Austausch von unvereinbaren Argumenten und außenpolitischen Sichtweisen entstanden sein, da diese den Diskurs bestimmen. Eine europäische Identitätsbildung durch das sichtbare Auftreten als einheitlicher außenpolitischer Akteur fand jedoch nur durch ein rhetorisches Festlegen auf eine gemeinsame Position, wie beispielsweise im Zuge des EU-Sondergipfels vor Kriegsbeginn, situativ statt.

Um dem amerikanischen hegemonialen Führungsanspruch etwas entgegenzusetzen, entwickelt Europa noch in seiner Krise, die sich in der Uneinigkeit im außenpolitischen Handeln offenbart, ein neues Selbstverständnis, das sich vorrangig in Abgrenzung von

Amerika herauskristallisiert bzw. zumindest in diesem Kontext diskutiert wird. Das europäische Selbstverständnis wird dominant in Bezug auf Amerika diskutiert. Amerika ist der „Andere“ im Interventionsdiskurs, von dem man sich in Zukunft mehr abgrenzen muss oder nicht abgrenzen darf. Insofern kann dem Interventionsdiskurs auch eine identitätsbildende Funktion durch Abgrenzung zugesprochen werden (vgl. Delanty 1999: 269). Im Irak-Konflikt gab es somit vor allem eine konfliktreiche Auseinandersetzung mit den Verbündeten, die zu einer Identitätsbildung geführt haben könnte. Vor allem im kriegablehnenden Deutschland wird als Lösung und Konsequenz der europäischen Krise die Herausbildung einer europäischen Identität in Abgrenzung zu den USA diskutiert. Ausgelöst durch den Habermas-Artikel „Die Wiedergeburt Europas“⁴⁴⁹ wird in den deutschen Medien ein europäischer Selbstverständigungsdiskurs in Abgrenzung zu den USA begonnen. Unterschiedliche Deutungen tauchen in den Medien auf. Die Deutungen reichen von der Notwendigkeit, dem amerikanischen Unilateralismus etwas entgegenzusetzen, bis hin zu der Gefahr, die durch eine Identitätsbildung Europas in Abgrenzung zu Amerika gesehen wird. Hauptthema im Interventionsdiskurs ist das Kräfteverhältnis zwischen Europa und den USA sowie die angestrebte Gegenmachtbildung vor allem durch das so genannte „alte Europa“. Das heißt, in der Kontextualisierung und Deutung Europas geht es um Machtfragen und das Kräfteverhältnis zwischen Europa und Amerika - Themen, die auch einhergehen mit Fragen der europäischen Identitätsbildung in Abgrenzung zu den USA.

Das Thema eines europäischen Anti-Amerikanismus findet in den Medien unterschiedliche Erwähnung. In den amerikanischen Medien kann man von einem strategischen Gebrauch dieser Zuschreibung sprechen. Dort tritt das Thema des Anti-Amerikanismus vor Kriegsbeginn dominanter auf und spielt nach Kriegsbeginn keine Rolle mehr, wobei vor allem Frankreich und Deutschland Anti-Amerikanismus unterstellt wird und dadurch deren Haltung zum Krieg delegitimiert wird. Im Vergleich dazu wird in den spanischen Medien der Anti-Amerikanismus eher auf der Metaebene verhandelt oder auch differenzierter betrachtet und beispielsweise als Anti-Bushismus

⁴⁴⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.05.2003, Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas.

interpretiert. In den spanischen und deutschen Medien taucht die konkrete Zuschreibung eines französischen und deutschen Anti-Amerikanismus im Gegensatz zu den britischen und amerikanischen Vergleichsländern nicht auf, was auf eine Abwertungsstrategie in diesen Ländern schließen lässt, um das außenpolitische Handeln des so genannten „alten Europas“ zu delegitimieren. Die Auseinandersetzung mit dem Anti-Amerikanismus beginnt in den deutschen Medien erst mit dem Habermas-Artikel „Die Wiedergeburt Europas“⁴⁵⁰. Die Einschätzung von Habermas, dass sich eine europäische Identität in Abgrenzung zu den USA ausbilden müsse, wird in den deutschen Medien anschließend auch im Kontext des Anti-Amerikanismus verhandelt. Es konnte gezeigt werden, dass im Interventionsdiskurs das Thema Anti-Amerikanismus in den Medien unterschiedlich bewertet und teilweise auch eingesetzt wird, um außenpolitisches Verhalten zu erklären.

Der Appell, dass Europa mit einer Stimme sprechen soll, ist in den deutschen Medien signifikant stärker vertreten als in den britischen oder amerikanischen Medien. Eine Erklärung dafür könnte sein, dass für die britischen Medien ein geschlossenes, einheitliches europäisches Vorgehen nicht oberste Prämisse außenpolitischen Handelns ist und deshalb diesem Aspekt nicht so viel Bedeutung beigemessen wird. Diese Schwäche Europas, nicht mit einer Stimme zu sprechen, wird in den Medien unterschiedlich eingeschätzt und zeigt, dass dies in den britischen Medien möglicherweise gar nicht so sehr als Schwäche wahrgenommen wird. Das Gleiche gilt für die Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik, der zumindest im britischen Interventionsdiskurs eine nicht so hohe Priorität eingeräumt wird. Dort wird häufiger die Gefahr thematisiert, diese Strukturen könnten in Konkurrenz zur NATO aufgebaut werden.

In allen untersuchten Medien wird das europäische Selbstverständnis mit den leidvollen Erfahrungen des Krieges in Verbindung gebracht und ein kriegerisches Vorgehen im Irak darüber delegitimiert oder zumindest die europäische Haltung damit erklärt. Hier wird deutlich, dass im Diskurs um Intervention ideelle Faktoren herangezogen werden. Der Vorsatz von „Nie wieder Krieg“ hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg tief in das

⁴⁵⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.05.2003, Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas.

europäische Bewusstsein eingegraben. Der Diskurs um Intervention hat somit auch einen identitätsbildenden Charakter, da hierbei auf den Gründungsmythos der Europäischen Union Bezug genommen wird, der als Argument gegen den Krieg fungiert.

Diese europäische Selbstzuschreibung von „Nie wieder Krieg“ wurde vor allem von Schröder und Villepin verwendet. Sie reagierten auf die Rumsfeld-Äußerung mit positiven Selbstzuschreibungen der europäischen Identität in Anlehnung an den europäischen Gründungsmythos und legitimierten darüber ihre außenpolitischen Vorstellungen. Der Bezug auf das europäische Selbstverständnis „Nie wieder Krieg“ entspricht nach dem Zweiten Weltkrieg den europäischen Grundwerten und hat somit auch eine gewisse Verbindlichkeit für die anderen europäischen Länder, die sich zu diesem Zeitpunkt an die Seite der USA gestellt haben.

Die transatlantischen Beziehungen werden im Diskurs dominant im Kontext einer Krise diskutiert, jedoch wird die Krise in den jeweils nationalen Medien unterschiedlich gedeutet. Die Ursache für die transatlantische Krise wird in den amerikanischen Medien in unterschiedlichen Wertvorstellungen gesehen, aus denen die transatlantischen Differenzen in der Bewertung der Irak-Krise resultierten. Die Differenzen sind also weniger auf unterschiedliche Interessen oder auf die Überzeugungskraft der sachlichen Argumente zurückzuführen, sondern vielmehr auf grundlegende Wertvorstellungen. In den amerikanischen Medien wird Deutschland und Frankreich auch illoyales Verhalten vorgeworfen und mangelnde Bündnistreue als Ursache für die Verschlechterung der transatlantischen Beziehungen angesehen.

Seitens deutscher und französischer Regierungsvertreter wird versucht, die transatlantische Krise zu verharmlosen. Sie leiten aus ihrer kriegablehnenden außenpolitischen Haltung keine negativen Konsequenzen für die transatlantische Wertegemeinschaft ab. Auch hier kann von einer strategischen Deutung der transatlantischen Beziehungen gesprochen werden. Negative Konsequenzen für die transatlantische Wertegemeinschaft, die durch das eigene außenpolitische Vorgehen verursacht werden, wirken eher delegitimierend auf das eigene Handeln und sind vor der eigenen nationalen Öffentlichkeit erklärungsbedürftig. Im Gegensatz dazu wird in amerikanischen und britischen Medien die Haltung Deutschlands und Frankreichs am häufigsten als Ursache

für die Krise in den transatlantischen Beziehungen verantwortlich gemacht. Diese negativen Auswirkungen delegitimieren die außenpolitische Position der beiden Verbündeten, da sie als Verursacher der transatlantischen Krise angesehen werden. In den britischen Medien sieht sich Großbritannien in diesem transatlantischen Konflikt selbst als Vermittler zwischen Europa und den USA. Durch die Betonung der Bedeutung der transatlantischen Wertegemeinschaft wird vor allem im Zuge des „Briefs der Acht“ in den britischen Medien ein solidarisches Vorgehen mit den Amerikanern legitimiert.

Nach dem offiziellen Kriegsende wird die Krise in den transatlantischen Beziehungen zumindest rhetorisch wieder repariert, wie beispielsweise auf dem G8 Gipfel in Evian. Direkt nach Kriegsende ist die Bereitschaft auf beiden Seiten des Atlantiks vorhanden, die transatlantische Krise zu beenden und wieder aufeinander zuzugehen.

Als Legitimationspotenzial haben die nationalen Zuschreibungen abgesehen von den Zuschreibungen Amerikas kein großes Gewicht. Diese negativen Zuschreibungen Amerikas entfalten jedoch eine stark delegitimierende Wirkung. Der nationalen Identität Spaniens wird in den anderen Medien wenig Bedeutung beigemessen. Sie wird so gut wie gar nicht thematisiert. Spanien bezieht sich im Diskurs auf das eigene Selbstverständnis der außenpolitischen Neutralität, womit es in der Vergangenheit sehr gute Erfahrungen gemacht hat, was eher eine delegitimierende Wirkung auf den von Aznar eingeschlagenen Kurs in der Außenpolitik hat. Die klare Schuldzuschreibung, die Schröders außenpolitisches Verhalten für die Verschlechterung der deutsch-amerikanischen Beziehungen verantwortlich macht, delegitimiert das außenpolitische Verhalten Deutschlands. Vor allem in den amerikanischen Medien kommen im Diskursverlauf viele deutsche Oppositionspolitiker zu Wort, die sich mit ihrer Haltung an die Seite der USA stellen. Dies hat eine legitimierende Wirkung auf das Vorgehen der USA und delegitimiert die Haltung Schröders vor der amerikanischen Öffentlichkeit. Großbritannien zieht aus seiner Vermittlerrolle in den transatlantischen Beziehungen sein legitimierendes Potenzial im außenpolitischen Handeln. In Europa für amerikanische Interessen und in Amerika für europäische Interessen einzutreten, ist das Credo des britischen außenpolitischen Selbstverständnisses. An der Seite der USA kann auch deren Politik beeinflusst werden.

Somit konnte gezeigt werden, dass identitäre Zuschreibungen im Interventionsdiskurs ein Legitimationspotenzial für außenpolitisches Verhalten entwickeln. Handlungsoptionen werden erst über das jeweils vorhandene Selbstverständnis oder Fremdverständnis geschaffen und bestätigen somit die konstruktivistische Perspektive auf das Akteurverhalten in der Außenpolitik (vgl. Krell 2004: 348).

5.3 Relevanz der Ergebnisse für den Interventionsdiskurs

Der Interventionsdiskurs wandelte sich von einem zunächst sachlichen Diskurs zu einem identitären Krisendiskurs, in dem vorwiegend die Konsequenzen thematisiert werden, die sich aus den unterschiedlichen nationalen Vorstellungen eines „gerechten“ Krieges ergeben haben. Die Konsequenzen manifestierten sich in einer transatlantischen und europäischen Krise.

Die Medien setzten sich vor allem mit den entstandenen Krisen auseinander, die innerhalb Europas und in den transatlantischen Beziehungen entstanden sind. Die Deutung, Ursachen, Konsequenzen der Krise, Schuldzuschreibungen, Beschwichtigungen und Reparaturversuche entfalten abgesehen von den rein sachlichen Argumenten ein zusätzlich legitimierendes oder delegitimierendes Potenzial für das jeweilige außenpolitische Verhalten. Die Begriffe „altes Europa“ und „Brief der Acht“ entwickeln sich durch die häufige Verwendung als „signature element“ (Gamson & Lasch 1983) im Interventionsdiskurs. Allein die Begriffe verweisen subtil auf das gesplante Europa. Die häufige Verwendung der Begriffe spricht auch dafür, dass die Auseinandersetzung mit der europäischen Krise sehr intensiv verlaufen ist und diese Thematik den Interventionsdiskurs bestimmt hat.

Folgende Indikatoren sprechen dafür, dass die Krise der transatlantischen Beziehungen und die Krise Europas diskursbestimmend sind. Zunächst einmal fällt die Häufigkeit der Textstellen auf, die sich mit den beiden Krisen im Interventionsdiskurs befassen. Die Thematisierung der transatlantischen und europäischen Krise wird bereits in den Überschriften zahlreicher Artikel sichtbar, woraus deutlich die Priorisierung dieser Thematik hervorgeht und die Auseinandersetzung mit sachlichen Argumenten in den

Hintergrund der Debatte tritt. Die geringe Zahl der Pro-Argumente im Diskurs spricht dafür, dass es zu einem bestimmten Zeitpunkt des Diskurses nicht mehr darum geht, die Kriegsgegner mit Hilfe von sachlichen Argumenten zu überzeugen. Die Konfliktlinien sind im Gegenteil in den Reihen der Verbündeten so unvereinbar und verhärtet, dass diese identitäre Krise und die daraus entstehenden Konsequenzen in den Vordergrund des Interventionsdiskurses rücken. Identitätsrhetoriken werden im Diskurs zunehmend eingesetzt, nachdem sich die Unvereinbarkeit der sachlichen Argumente offenbart hat.

Im Interventionsdiskurs angesichts des Irak-Kriegs konnte gezeigt werden, dass ideelle Faktoren in Form von identitären Zuschreibungen zur Erklärung außenpolitischen Verhaltens eine wichtige Rolle spielen. Vor allem identitäre Zuschreibungen bergen ein Legitimationspotenzial in der Auseinandersetzung für oder gegen eine Kriegshandlung und werden von den Kriegsgegnern und Kriegsbefürwortern strategisch eingesetzt. Für den strategischen Gebrauch der identitären Zuschreibungen spricht beispielsweise, dass je nach außenpolitischem Interesse unterschiedliche Verursacher der Krise angenommen werden. Die deutsche Opposition gibt beispielsweise Schröder die Schuld an der transatlantischen Krise, auch in den amerikanischen Medien wird Schröder als Verursacher der Verschlechterung in den deutsch-amerikanischen Beziehungen gesehen. Diese Schuldvorwürfe entwickeln ein delegitimierendes Potenzial gegenüber der Haltung Schröders zum Irak-Krieg, da er mit seiner Position die transatlantischen Beziehungen belastet. Ein weiteres Beispiel ist die Diskreditierung der Kriegsgegner als „alt“ und „unbedeutend“. Die amerikanische Administration war darum bemüht, ein positives Selbstbild zu zeichnen, sie versuchte Europa zu spalten und wertete diejenigen Europäer als „altes Europa“ ab, die gegen den Krieg waren. Mit dem „Brief der Acht“ wird die Krise innerhalb Europas offenbar. Die Auseinandersetzung mit dieser europäischen Krise und die Diskussion von Lösungsvorschlägen bestimmen den Interventionsdiskurs von diesem Zeitpunkt an zumindest in den europäischen Medien. In den amerikanischen Medien wird die europäische Krise vorwiegend unter dem Aspekt thematisiert, dass sich die Europäer uneinig sind und ein Teil der Europäer auf der Seite der Amerikaner steht. Die Uneinigkeit der Europäer wurde strategisch zur Legitimation des eigenen militärischen Vorhabens verwertet. Der weitere Umgang mit der europäischen Krise findet nach Kriegsbeginn in den amerikanischen Medien keine große Erwähnung mehr,

was ebenfalls für einen strategischen Gebrauch spricht. Ebenso spielt das Thema Anti-Amerikanismus in den kriegführenden Ländern ab diesem Zeitpunkt keine Rolle mehr, was ebenfalls auf eine strategische Verwendung dieses Vorwurfs verweist.

Was Tendenzen der Identitätsbildung im Zuge des Interventionsdiskurses anbelangt, so lässt sich aufgrund der im empirischen Material vorgefundenen Zuschreibungen schließen, dass „der Andere“, von dem sich Europa in seiner Identitätsbildung im Interventionsdiskurs abgrenzt, Amerika ist. Dies ist eine der häufigsten Zuschreibungen Europas, die in den Textstellen „Europa in Abgrenzung zu den USA“ zusammengefasst codiert wurden. In den britischen Medien wird eher vor der Gefahr gewarnt, die entsteht, wenn sich Europa als Gegengewicht und in Abgrenzung zu den USA definiert. In Deutschland wird die Diskussion der europäischen Identitätsbildung in Abgrenzung zu den USA durch Habermas nach dem offiziellen Kriegsende ausgelöst. Die Mehrheit der europäischen Öffentlichkeit war gegen eine Intervention. Dies hatte nach Ansicht von Habermas einen identitätsbildenden Charakter. Als Reaktion tauchten auch Haltungen anderer Intellektueller auf, die ein solches Verständnis der Identitätsbildung kritisch sahen. Entscheidend für die Bildung einer europäischen Identität ist jedoch, dass Amerika als „der Andere“ gesehen wird, von dem man sich abgrenzen muss oder nicht abgrenzen darf (vgl. Delanty 1999, Giesen 1999). Diese Deutung ist im deutschen Diskurs am dominantesten, möglicherweise, weil es das einzige kriegablehnende Land war und das identitäre Abgrenzungsbedürfnis dort am stärksten war.

Der Interventionsdiskurs machte sichtbar, dass das außenpolitische Verhalten nach wie vor von nationalen Interessen geprägt ist. Auch die Ausgestaltung der GASP ist von unterschiedlichen nationalen Interessen geleitet, so dass sich die Diskussion um die GASP als europäische identitätsstiftende Kraft im Diskurs nur insofern eignet, als man den öffentlichen Debatten und den diskursiven Auseinandersetzungen über die Ausgestaltung einer europäischen Außenpolitik eine identitätsstiftende Kraft beimisst. Dieser europäische außenpolitische Selbstverständigungsdiskurs im Sinne einer rhetorischen Schadensbegrenzung, setzt schon mit dem Offenbarwerden der unvereinbaren nationalen Positionen bezüglich einer Intervention im Irak ein.

Die Analyse macht deutlich, dass es in diesem Abschnitt des Interventionsdiskurses vordergründig um die Bildung des außenpolitisch agierenden „Wir“ ging. Das außenpolitisch agierende „Wir“ musste medial vermittelt werden. Dies geschah unter anderem durch den „Brief der Acht“ und durch die Vilnius-Erklärung, worin die Beteiligung an einem militärischen Vorgehen identitätsrhetorisch begründet wurde, indem auf die gemeinsamen Werte verwiesen wurde.

Die durch meine Samplingstrategie erhaltenen Diskursereignisse bilden im Diskursverlauf eine Geschichte des europäischen und transatlantischen Zerwürfnisses und ein beginnendes Sich-wieder-Vertragen. Vor allem auf dem Gipfeltreffen in Evian werden zumindest auf rhetorischer Ebene die transatlantischen Beziehungen wieder repariert.

Der innereuropäische Streit um den Irak-Krieg könnte einerseits als Zeichen für die außenpolitische Zerstrittenheit der Europäer angesehen werden, andererseits jedoch auch als reinigende Krise. Folgende Indikatoren sprechen dafür, dass die konfliktreiche Auseinandersetzung eine reinigende Krise für Europa war:

- Auf dem europäischen Sondergipfel kurz vor dem Irak-Krieg fanden die europäischen Nationalstaaten zu der gemeinsamen europäischen Position, den „Krieg als letztes Mittel“ zu akzeptieren. Vor Kriegsbeginn war es den Europäern wichtiger, zumindest nach außen hin mehr auf Geschlossenheit als auf nationale Positionen zu setzen. Kritisch wird in den Medien jedoch auch über diesen Sondergipfel berichtet, da er zwar auf rhetorischer Ebene Einigkeit demonstriert, was aber der praktizierten Außenpolitik der EU nicht entspricht und vorwiegend initiiert wurde, um nicht das Gesicht zu verlieren.
- In dem Artikel von Habermas wird die europäische Öffentlichkeit, die gegen den Krieg war, als Geburtsstunde Europas gewertet. Europa soll sich seiner Ansicht nach in Abgrenzung zu den USA konstruieren. Dieser Artikel ist das stärkste Indiz dafür, dass die Auseinandersetzung im Rahmen des Irak-Konflikts zumindest in den deutschen Medien als eine reinigende Krise für die Europäer gewertet wird. Hierbei wird der Öffentlichkeit eine identitätsbildende Kraft in Form von praktizierter demokratischer Teilhabe beigemessen (vgl. Habermas 1994: 13), was in den Medien (Code: Europa Öffentlichkeit) deutlich reflektiert worden ist.

-
- In den europäischen Medien tauchen ähnliche diskursive Muster auf. Mit Kriegsausbruch im Irak ist das Thema Europa in den amerikanischen Medien fast nicht mehr existent, in den europäischen Medien geht die Auseinandersetzung jedoch weiter, was für eine gesamteuropäische Öffentlichkeit spricht, die durch die „kollektive Aushandlung eines ‚Gemeinsamen‘“ (Eder/Kantner 2002: 85) ein identitätsstiftendes Element darstellen kann.
 - Auf rhetorischer Ebene wird die europäische Krise schnell wieder repariert.
 - Die USA werden als Hauptschuldiger der europäischen Krise in den Medien genannt und es entwickelt sich im Diskursverlauf ein europäisches Selbstverständnis, in dem Amerika der „Andere“ ist, von dem sich Europa diskursiv abgrenzt. In den amerikanischen Medien wird dieser Diskurs über das europäische Selbstverständnis in Abgrenzung zu den USA ausgeblendet.

Die Differenzen in der Beurteilung der Krise und die unterschiedlichen Vorstellungen von der Ausgestaltung der GASP sprechen jedoch andererseits zumindest dafür, dass die Differenzen nicht so leicht bereinigt werden können und dies nur auf rhetorischem Weg stattgefunden hat.

Die Samplingstrategie hat sich bewährt, weil dadurch identitär hoch aufgeladene Artikel, die mit den entscheidenden Diskursereignissen zu tun haben, entdeckt werden konnten und die Vielzahl der Artikel in diesem Untersuchungszeitraum auf ein für eine qualitative Analyse praktikables und zu bewältigendes Maß gebracht werden konnte.

Der gewählte Diskursausschnitt in der entscheidenden Phase der Legitimierung, kurz vor Kriegsbeginn, lässt über die Verwendung sowohl sachlicher als auch identitätsrhetorischer Argumente differenzierte Aussagen zu. Die mithilfe der Samplingstrategie gefundenen Artikel sind bis zum Kriegseintritt in den Irak von einer enorm hohen Dichte und zumindest in der entscheidenden Phase unmittelbar vor Kriegsbeginn sehr aussagekräftig. Aufgrund dieser Samplingstrategie wurden mitunter bewusst kleine „bias“ in Kauf genommen. Es war beispielsweise zu vermuten, dass Habermas in den nichtdeutschen Medien kaum oder gar thematisiert wird. Da es sich

aber insgesamt nur um 30 Artikel handelt, die auf diese Weise in den deutschen Medien gesampelt wurden, sind die Verzerrungen verschwindend gering. Gleichzeitig kann dieser Befund auch als Ergebnis interpretiert werden, dass der deutsche Intellektuellendiskurs in den anderen Vergleichsländern keinerlei Bedeutung hatte.

Durch die induktive Vorgehensweise der Kodierungen der Artikelbasis wurde gewährleistet, dass ausgehend von der empirischen Datenbasis die für die Analyse relevanten Codes erhoben wurden.

Die Kombination aus quantitativem und qualitativem Analyseverfahren hat sich als sehr ergiebig herausgestellt, da die quantitativen Ergebnisse teilweise sehr aussagekräftig waren und durch die qualitative Analyse feine Unterschiede im strategischen Gebrauch von identitären Zuschreibungen in den Medien analysiert werden konnten.

Mit der Diskursanalyse konnte gezeigt werden, dass der „Brief der Acht“ und die „Rumsfeld-Äußerung“ identitär hoch aufgeladene Diskursereignisse waren, die nach ihrem Auftreten weiter diskursbestimmend waren. Weiter konnte dargestellt werden, dass im Interventionsdiskurs identitären Zuschreibungen eine wichtige Rolle zur Legitimation außenpolitischen Verhaltens zukommen. Teilweise konnte auch ein strategischer Gebrauch von Identitätsrhetoriken aufgezeigt werden, wie beispielsweise die Abwertungsstrategie durch die Rumsfeld-Äußerung und die Reaktion darauf, Europa wieder mit positiven, europäischen Selbstzuschreibungen, wie „Nie wieder Krieg“, der negativen Fremdzuschreibung etwas zu entgegen und damit gleichzeitig die eigene Haltung zu legitimieren. Ein weiteres Beispiel ist die von der deutschen und französischen Regierung herangezogene Beschwichtigungsstrategie mit dem Ziel, die transatlantische Krise als nicht dramatisch darzustellen.

Die vorliegende Arbeit analysierte einen Ausschnitt des medialen Diskurses um die Intervention im Irak. Insofern sollten die oben diskutierten Ergebnisse immer vor dem Hintergrund des vorliegenden Untersuchungssamples gesehen werden. Mit dieser Analyse kann festgestellt werden, dass identitäre Zuschreibungen in Interventionsdiskursen eine große Rolle spielen und es in den jeweils nationalen Medien auch erhebliche Unterschiede im Gebrauch gibt.

Folgende Rückschlüsse auf die Theorien zur Legitimation außenpolitischen Verhaltens lassen sich aus den Ergebnissen ableiten. Die Analyse des Interventionsdiskurses über den Irak-Krieg hat gezeigt, dass bei der Legitimation außenpolitischen Verhaltens ideelle Faktoren eine erhebliche Rolle spielen und ab einem bestimmten Zeitpunkt des Diskurses dominieren. Der unterschiedliche Gebrauch von sachlichen Argumenten in den nationalen Diskursarenen, lässt darauf schließen, dass er dominant vom jeweiligen nationalen kulturellen Selbstverständnis und von der Anschlussfähigkeit in der jeweiligen nationalen Öffentlichkeit geprägt ist. Somit steht die mediale Artikulation von sachlichen Argumenten immer im Kontext von ideellen Faktoren. Die im Diskurs eingesetzten identitären Konstruktionen sind sehr kontingent und werden strategisch zur Begründung außenpolitischen Verhaltens herangezogen.

Aus dieser Arbeit lassen sich auch Rückschlüsse auf die grundlegenden Mechanismen europäischer Identitätsbildung ziehen. Es bedarf freilich weiterer Forschung über größere Zeitrahmen hinweg, um abschließende Aussagen treffen zu können.

6 Literatur

- Anderson, Benedict (1988): Die Erfindung der Nation. Frankfurt am Main, Campus Verlag.
- Bahr, Egon (2003): Der deutsche Sonderweg. Selbstverständlich und normal. München, Karl Blessing Verlag.
- Barnett, Michael (1999): Culture, Strategy and Foreign Policy Change: Israel's Road to Oslo. In: *European Journal of International Relations* 5:1, 5-26.
- Beck, Ulrich (2004): Das kosmopolitische Europa. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Berger, Peter L./Thomas Luckmann (1980): Die gesellschaftliche Konstruktion von Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt am Main, Fischer Taschenbuch Verlag.
- Boekle, Henning / Nadoll, Jörg (2003): Identität und Diskurs. In: Joerissen, Britta/Stahl, Bernhard (Hrsg.): Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Münster, Lit Verlag.
- Bonacker, Thorsten (1996): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorie. Eine Einführung. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bubner, Rüdiger (1990): Dialektik als Topik. Bausteine zu einer lebensweltlichen Theorie der Rationalität. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Checkel, Jeffrey T. (1998): The Constructivist Turn in International Relations Theory. *World Politics* 50 (2): 324-348.
- Checkel, Jeffrey T. (2008): Constructivism and Foreign Policy. In: Steve Smith et al. (Hg.): *Foreign Policy. Theories-Actors-Cases*. Oxford University Press, 71-82.
- Czempiel, E.-O. (1999): Europa und die Atlantische Gemeinschaft. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 1-2, 12-21.
- Czempiel, E.-O. (2004): Europa und die USA im Streit. In: Helmut König/ Manfred Sicking (Hrsg.): *Der Irak-Krieg und die Zukunft Europas*. Bielefeld, transcript Verlag.
- Daalder, Ivo H./ James M. Lindsay (2003): Scheideweg oder Neubeginn. Die transatlantischen Beziehungen sind an einem Wendepunkt angelangt. In: *Internationale Politik*, 5, 9-20.
- Delanty, Gerard (1999): Die Transformation nationaler Identität und die kulturelle Ambivalenz europäischer Identität. Demokratische Identifikation in einem post-nationalen Europa. In: R. Viehoff/ R. Segers (Hrsg.): *Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion*. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.

-
- Dembinski, Matthias/ Wolfgang Wagner (2003): Europäische Kollateralschäden. Zur Zukunft der europäischen Außen- und Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach dem Irak-Krieg. In: *Aus Politik und Zeitgeschehen B* 31-32/ 2003.
- Dembinski, Matthias (2004): Der Irak-Krieg als Bewährungsprobe der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik: Positionen und Perspektiven. In: Hans-Georg Ehrhart/ Burkard Schmitt (Hrsg.): *Die Sicherheitspolitik der EU im Werden*. Baden-Baden, Nomos Verlagsgesellschaft, 91-105.
- Diez, Thomas (2008): Die Konflikttheorie postmoderner Theorien internationaler Beziehungen. In: Thorsten Bonacker: *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Dijk, Teun A. van (1993): *Elite discourse and racism*, Newbury Park, Calif.: Sage Publications.
- Dirks, Una (2008): Die Mediatisierung der Kriegsgründe im Irak-Konflikt: Story Telling und evidenzbasierte Diskursfragmente im Widerstreit. Ein Vergleich der deutschen und US-amerikanischen ‚Qualitäts‘-Presse. In: Heinz Bonfadelli/ Kurt Imhof/ Roger Blum/ Otfried Jarren (Hrsg.): *Seismographische Funktion von Öffentlichkeit im Wandel*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Dirks, Una (2010): *Der Irak-Konflikt in den Medien. Eine sprach-, politik- und kommunikationswissenschaftliche Analyse*. Konstanz, UVK Verlagsgesellschaft.
- Ecker-Ehrhardt, Matthias (2006): *Argumente, Koalitionen, Kognitionen – Konstruktivistische Diskursanalyse am Beispiel der deutschen Debatte über die Osterweiterung der Europäischen Union*. (veröffentlicht auf der Webseite der Freien Universität Berlin)
- Eder, Klaus (1999): *Integration durch Kultur*. Rien T. Segers/ Reinhold Viehoff (Hrsg.): *Kultur, Identität, Europa*. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Eder, Klaus (2006): *Transnationale Kommunikationsräume und die Entstehung einer europäischen Gesellschaft*. In: Robert Hettlage (Hrsg.): *Die europäische Gesellschaft*. Konstanz, UVK Verlagsgesellschaft.
- Eder, Klaus/ Cathleen Kantner (2002): *Interdiskursivität in der europäischen Öffentlichkeit*. In: *Berliner Debatte Initial*, 13 (5), 79-88.
- Fehl, Caroline (2005): *Europäische Identitätsbildung in Abgrenzung von den USA? Eine Untersuchung des deutschen und britischen Mediendiskurses über das transatlantische Verhältnis*. Berlin, Lit Verlag.
- Ferry, Jean-Marc (2000): *La question de l'État Européen*. Paris, Fayard.
- Foucault, Michel (1998): *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit*. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Gamson, William A. (1992): *Talking Politics*. Cambridge, MA: Cambridge University Press.

-
- Gamson, William A./ Andre Modigliani (1989): Media Discourse and Public Opinion: A Constructionist Approach. In: American Journal of Sociology, 95, 1, S.1-37.
- Gamson, William A./ Kathryn Lasch (1983): The Political Culture of Social Welfare Policy. In: S. E. Spiro/ E. Yuchtman-Yaar: Evaluating the Welfare State: Social and Political Perspectives. New York: Academic Press.
- Giesen, Bernhard (1993): Die Intellektuellen und die Nation. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Giesen, Bernhard (1999a): Kollektive Identität. Die Intellektuellen und die Nation 2. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Giesen, Bernhard (1999b): Europa als Konstrukt der Intellektuellen. In: Rien T. Segers/ Reinhold Viehoff (Hrsg.): Kultur, Identität, Europa. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Giesen, Bernhard (2002): Europäische Identität und transnationale Öffentlichkeit. In: M. Kirsch Kaelble/ A. Schmidt-Gernig (Hrsg.): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main, Campus Verlag.
- Giddens, Anthony (1984): The Constitution of Society. Outline of the Theory of Structuration. Cambridge: Polity Press.
- Goldstein, Judith/ Robert O. Keohane (1993): Ideas and Foreign Policy. An Analytical Framework. In: Judith Goldstein/ Robert O. Keohane (Hrsg.): Ideas and Foreign Policy. Beliefs, Institutions, and Political Change. Ithaca, NY: Cornell University Press, 3-30.
- Goldstein, Judith/ Robert O. Keohane (2003): Ideas & Foreign Policy. Cornell University Press.
- Grieco, Joseph M. (2002): Starke Gemeinsamkeiten bei der Lösung globaler Fragen – Ein zuversichtlicher Blick auf die euro-atlantische Kooperation. In: Reinhard C. Meier-Walser/ Susanne Luther (Hrsg.): Europa und die USA, Transatlantische Beziehungen im Spannungsfeld von Regionalisierung und Globalisierung. München, Olzog Verlag.
- Grieswelle, Detlef (2000): Politische Rhetorik, Macht der Rede, öffentliche Legitimation, Stiftung von Konsens. Deutscher Universitäts-Verlag, Wiesbaden.
- Habermas, Jürgen (1974): Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden? In: Jürgen Habermas/ Dieter Henrich: Zwei Reden. Aus Anlass des Hegel-Preises, S. 25-75, Frankfurt am Main.
- Habermas, Jürgen (1981): Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Habermas, Jürgen (1994): Staatsbürgerschaft und nationale Identität. Überlegungen zur europäischen Zukunft. In: Nicole Dewandre/ Jaques Lenoble (Hrsg.): Projekt

-
- Europa. Postnationale Identität: Grundlage für eine europäische Demokratie?
Berlin, Schelzky+Jeep.
- Haftendorn, Helga (2001): Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung. Stuttgart/München, Deutsche Verlags-Anstalt (DVA).
- Hall, John A. (1993): Ideas and the Social Science. In: Judith Goldstein & Robert O. Keohane (ed.): Ideas & Foreign Policy. Cornell University Press.
- Hall, Stuart (1994): Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. Hamburg/ Berlin.
- Hellmann, Gunther (2006): Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Henze, Arnd (2008): „Medienmacht und Biotop-Diskurse: Das Gemeinwohl als Herausforderung in einer globalisierten Öffentlichkeit.“ In: Thomas Jäger (Hrsg.): Die amerikanische Regierung gegen die Weltöffentlichkeit? Theoretische und empirische Analysen der Public Diplomacy zum Irakkrieg. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hill, Christopher and William Wallace (1996): Introduction: Actors and Actions. In: Christopher Hill (ed.): The Actors in Europe's Foreign Policy. New York: Routledge, 1-18.
- Hochgeschwender, Michael (2003): „God's Own Nation“: der gerechte Krieg im Selbstbild der USA. In: Nikolaus Buschmann (Hrsg.): Der Krieg in den Gründungsmythen europäischer Nationen und der USA. Frankfurt/ Main, Campus Verlag.
- Hönicke, Moore (2002): Absichten und Ambivalenzen in der amerikanischen Europapolitik. In: Reinhard C. Meier-Walser, Susanne Luther (Hrsg.): Europa und die USA. Transatlantische Beziehungen im Spannungsfeld von Regionalisierung und Globalisierung. München, Olzog Verlag.
- Höse, Alexander (2008): Selling America: Die Public Diplomacy der USA vor dem Irakkrieg 2003. In: Thomas Jäger (Hrsg.): Die amerikanische Regierung gegen die Weltöffentlichkeit? Theoretische und empirische Analysen der Public Diplomacy zum Irakkrieg. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hülsemeyer, Axel (2003): Die (In-) Signifikanz der Irak-Krise. In: WeltTrends 40, 36-40.
- Jachtenfuchs, Markus (1995): Ideen und internationale Beziehungen. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 2:2, 417-442.
- Jäger, Siegfried (1993): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Duisburg: DISS.
- Jäger, Siegfried (2001): Diskurs und Wissen. In: Reiner Keller (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftlicher Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. Opladen, Leske + Budrich.

-
- Jäger, Thomas (2008): Die amerikanische Regierung gegen die Weltöffentlichkeit? Theoretische und empirische Analysen der Public Diplomacy zum Irakkrieg. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kantner, Cathleen (2006): What is a European Identity? The Emergence of a Shared Ethical Self-Understanding in the European Union. EUI Working Paper RSCAS No. 2006/28. Florence: European University Institute. Robert Schuman Centre of Advanced Studies.
- Kantner, Cathleen/ Amelie Kutter (2011): How to get rid of the noise in the corpus: cleansing large samples of digital newspaper texts. The International Relations Online Working Paper 2011/ 2.
http://www.unistuttgart.de/soz/ib/forschung/IRWorkingPapers/IROWP_Series_2011_2_Kantner_Kutter_Analysis_Newspaper_Texts.pdf
- Kantner, Cathleen/ Amelie Kutter/ Swantje Renfordt (2008): The Perception of the EU as Emerging Security Actor in media Debates on Humanitarian and Military Interventions (1990-2006). RECON Online Working Paper 08/19, Arena Oslo, Oslo.
<http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/international/europa/forschung/gasp/index.html>
- Kargan, Robert (2003): Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung. Berlin, Siedler.
- Kargan, Robert (2004): America's Crisis of Legitimacy. Foreign Affairs. Volume 83 No.2, 65-88.
- Katzenstein, Peter J. (1996): Introduction: Alternative Perspective on National Security. In: Peter J. Katzenstein (Hrsg.): The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics. New York: Columbia University Press, 1-32.
- Keck, Otto 1991: Der neue Institutionalismus in der Theorie der Internationalen Politik, in: Politische Vierteljahresschrift 32: 4, 635-653.
- Kirste, Knut (1998): Rollentheorie und Außenpolitikanalyse. Die USA und Deutschland als Zivilmächte. Frankfurt am Main, Peter Lang.
- Kohler-Koch, Beate (2004): Europäische Integration – Europäisches Regieren. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- König, Helmut (2004): Der Irak-Krieg und die Zukunft Europas. Bielefeld, transcript Verlag.
- Kratochwil, Friedrich (2002): Sand im Getriebe des transatlantischen Motors. In: Reinhard C. Meier-Walser/ Susanne Luther (Hrsg.): Europa und die USA. Transatlantische Beziehungen im Spannungsfeld von Regionalisierung und Globalisierung. München, Olzog Verlag.
- Krell, Gerd (2004): Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen. Baden Baden, Nomos Verlagsgesellschaft.

- Kupchan, Charles A. (2002): Amerika und die Verteidigung Europas. In: Reinhard C. Meier-Walser/ Susanne Luther (Hrsg.): Europa und die USA. Transatlantische Beziehungen im Spannungsfeld von Regionalisierung und Globalisierung. München, Olzog Verlag.
- Llanque, Marcus (2000): Demokratisches Denken im Krieg. Die deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg. Berlin, Akademie Verlag.
- Martens, Stephan (2005): Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 38-39.
- Mautner, Gerlinde (2000): Der britische Europa-Diskurs. Wien, Passagen Verlag.
- Mayring, Philipp (2007): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim und Basel, Beltz Verlag.
- Mead, Georg Herbert (1991): Geist, Identität und Gesellschaft aus der Sicht des Sozialbehaviorismus. Frankfurt am Main.
- Meyer, Christoph O./ Adrian Zdrada (2006): Unpacking the ‚Coalition of the Willing‘: A comparative Analysis of Norms in British and Polish Press Debates on Iraq Invasion. In: European Security, Vol.15, No. 1, pp. 23-45.
- Müller, Harald (1994): Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln. Zur Kritik der utilitaristischen Handlungstheorie. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen. 1:1, 15-45.
- Münch, Richard (1993): Das Projekt Europa: Zwischen Nationalstaat, regionaler Autonomie und Weltgesellschaft. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Münch, Richard (1999): Europäische Identitätsbildung. In: Rien T. Segers/ Reinhold Viehoff (Hrsg.): Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2006): Die Europäische Union als Akteur in den Internationalen Beziehungen. In: Stefan Kadelbach (Hrsg.): Die Außenbeziehungen der Europäischen Union. Baden Baden, Nomos Verlagsgesellschaft, S. 19-47.
- Münkler, Herfried (1996): Reich, Nation, Europa. Modelle politischer Ordnung. Weinheim.
- Münkler, Herfried (1997): Politische Mythen und Institutionenwandel. Die Anstrengungen der DDR, sich ein eigenes kollektives Gedächtnis zu verschaffen. In: Gerhard Göhler (Hrsg.): Institutionenwandel. Leviathan-Sonderheft 16/1996. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 121-142.
- Münkler, Herfried (2002): Die neuen Kriege. Reinbeck bei Hamburg, Rowohlt Verlag.
- Münkler, Herfried (2003): Der neue Golfkrieg. Reinbeck bei Hamburg, Rowohlt Verlag.

-
- Pfetsch, Frank R. (2006): Verhandeln in Konflikten. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pollak, Johannes (1998): Zur politischen Identität der europäischen Staatengemeinschaft. Frankfurt am Main.
- Regelsberger, Elfriede (2004): Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP). Konstitutionelle Angebote im Praxistest 1993-2003. Baden Baden, Nomos Verlagsgesellschaft.
- Renfordt, Swantje (2010): How International Law Standards Pervade Discourse on the Use of Armed Force: Insights into European and US Newspaper Debates between 1990 and 2005. KFG Working Paper Series, No. 13, Kolleg-Forscherguppe (KFG) „The Transformative Power of Europe“, Freie Universität Berlin. http://www.polsoz.fu-berlin.de/en/v/transformeurope/publications/working_paper/index.html
- Reese-Schäfer, Walter (1999): Identität und Interesse. Der Diskurs der Identitätsforschung. Opladen, Leske + Budrich.
- Risse, Thomas (2003a): Konstruktivismus, Rationalismus und die Theorie internationaler Beziehungen – Warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde. In: Gunther Hellmann/ Klaus Dieter Wolf/ Michael Zürn (Hrsg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland. Baden-Baden, S. 99-132.
- Risse, Thomas (2003b): Die neue Weltordnung: US-amerikanische Hypermacht – europäische Ohnmacht? In: WeltTrends Nr.39, S. 110-119.
- Risse, Thomas/ Marianne van de Steeg (2003): An Emerging European Public Sphere? Empirical Evidence and Theoretical Clarifications (= Konferenzpapier, „The Europeanization of Public Spheres“). Berlin.
- Risse, Thomas/ Cathleen Kantner (2004): Forschungsantrag: Auf der Suche nach einer Rolle in der Weltpolitik. Die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik (GASP/ESVP) im Lichte massenmedial ausgetragener kollektiver Selbstverständigungsdiskurse.
- Risse, Thomas (2007): Deutsche Identität und Außenpolitik. In: Sigmar Schmidt (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 49-61.
- Rittberger, Volker (1999): Normen und Außenpolitik: Konstruktivistische Außenpolitiktheorie. Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung Nr. 34.
- Samson, Ivo (2003): Between „Old Europe“ and Transatlanticism. In: WeltTrends 40, S. 65-70.
- Schöllgen, Georg (2001): Der Auftritt: Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne. Ullstein-Verlag, München.

-
- Schulze, Hagen (1995): Europäische Identität aus historischer Sicht. In: Wilhelm Henrichsmeyer/ Klaus Hildebrand/ Bernhard May (Hrsg.): Auf der Suche nach europäischer Identität, Bonn 1995, S. 17-44.
- Schwabe, Klaus (2006): Weltmacht und Weltordnung, Amerikanische Außenpolitik von 1898 bis zur Gegenwart – eine Jahrhundertgeschichte. Paderborn, Verlag Ferdinand Schöningh.
- Schwab-Trapp, Michael (2001): Diskurs als soziologisches Konzept. In: Reiner Keller (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. Opladen, Leske + Budrich. S. 261- 283.
- Schwab-Trapp, Michael (2002): Kriegsdiskurse. Die politische Kultur des Krieges im Wandel 1991-1999. Opladen, Leske + Budrich.
- Schwab-Trapp, Michael (2007): Kampf dem Terror. Vom Anschlag auf das World Trade Center bis zum Beginn des Irakkrieges. Köln, Rüdiger Köppe Verlag.
- Schwarz, Hans-Peter (2003): Von Elefanten und Bibern. Gleichgewichtsstörung deutscher Außenpolitik. In: Internationale Politik, 5, S. 21-30.
- Seidendorf, Stefan (2006): Europäisierung nationaler Identitätsdiskurse? Ein Vergleich französischer und deutscher Printmedien. Baden Baden, Nomos Verlagsgesellschaft.
- Sieg, Hans Martin (2004): Weltmacht und Weltordnung: Der Krieg im Irak, die amerikanische Sicherheitspolitik, Europa und Deutschland. Münster, Lit Verlag.
- Sielschott, Stephan (2009): Der Diskurs über eine Beteiligung Großbritanniens am Irakkrieg. Eine Argumentations-Analyse der Berichterstattung der britischen Tageszeitung The Guardian. Conflict & communication online, Vol. 8, No.1.
- Snow, D.A./ R.D. Benford (1992): Master frames and cycles of protest. In: A.D. Morris/ C.M. Clurgh Müller (Eds.): Frontiers in a Social Movement Theory. (pp. 133-155). New Haven, CT: Yale University Press.
- Stahl, Bernhard/ Sebastian Harnisch (2009): Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identität. Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt 1996-2008. Baden Baden, Nomos Verlagsgesellschaft
- Szukala, Andrea (2003): Medien und öffentliche Meinung im Irak. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24-25, 25-34.
- Tatur, Melanie (2009): Nationales oder kosmopolitisches Europa? Fallstudien zur Medienöffentlichkeit in Europa. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Tietz, Udo (2002): Die Grenzen des „Wir“. Eine Theorie der Gemeinschaft. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Viehrig, Henrike (2008): Die öffentliche Kommunikation der Entscheidung zum Irakkrieg in den USA. In: Thomas Jäger (Hrsg.): Die amerikanische Regierung gegen die Weltöffentlichkeit. Theoretische und empirische Analysen der Public

-
- Diplomacy zum Irakkrieg, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 135-159.
- Waever, Ole (1995): Identity, Integration and Security. Solving the Sovereignty Puzzle in EU Studies. In: *Journal of International Affairs*, 48, 2, 389-431.
- Waever, Ole (1996): *European Integration and National Adaptions: A theoretical Inquiry*. New York, Nova Science Publishers.
- Wagner, Helmut (2006): *Bezugspunkte europäischer Identität. Territorium, Geschichte, Sprache, Werte, Symbole, Öffentlichkeit- Worauf kann sich das Wir-Gefühl der Europäer beziehen?* Berlin, Lit Verlag.
- Walzer, Martin (2006): *Just and unjust wars. A moral argument with historical Illustrations*. New York, Basic Books.
- Weber, Max (1992): *Soziologie. Universalgeschichtliche Analysen. Politik*. Stuttgart, Alfred Kröner Verlag.
- Weldes, Jutta (1996): Constructing national interests. In: *European Journal of International Relations*, 2(3), 275-318.
- Weller, Christoph (2005): Perspektiven eines reflexiven Konstruktivismus für die Internationalen Beziehungen. In: Cornela Ulbert/ Christoph Weller: *Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wendt, Alexander E. (1987): The Agent-Structure Problem in International Theory. In: *International Organization*, 41(3), 335-370.
- Wendt, Alexander E. (1994): Collective Identity Formation and the International State, in: *American Political Science Review*, 88, 2, 384-396.
- Wendt, Alexander E. (1999): *Social Theory of International Politics*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Widdicombe, Sue (1998): *Identities in Talk*. London, Sage Publications.
- Wodak, Ruth (1998): *Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität*. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Wolf, Reinhard (2002): Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen. In: *Europa und die USA. Transatlantische Beziehungen im Spannungsfeld von Regionalisierung und Globalisierung*, (Hrsg.) Reinhard C. Meier-Walser, Susanne Luther. München, Olzog Verlag.
- Wood, Stephen (2002): Kooperation oder Integration – Europa kann keine Union „unsouveräner Staaten“ sein. In: Reinhard C. Meier-Walser/ Susanne Luther (Hrsg.): *Europa und die USA. Transatlantische Beziehungen im Spannungsfeld von Regionalisierung und Globalisierung*. München, Olzog Verlag.
- Zimmermann, H. D. (1972): *Die politische Rede. Der Sprachgebrauch Bonner Politiker*. Stuttgart u.a., W. Kohlhammer Verlag.

Zitierte Zeitungen

Die Tageszeitung, 26.03.2009, Zeit der lahmen Enten.

Der Tagesspiegel, Politik 31.1.2003, Europa ist geteilt – acht stehen zu Bush.

Der Spiegel, 30.1.2005, Kriegsdiplomatie: Bush spaltet Europa.

Der Spiegel, 30.1.2005, Europäische Unterstützung für Bush: Die acht Musketiere.

Der Spiegel, 28.02.2003, Eine neue Freundin in den USA.

El Mundo, 25.01.2003, Alemania y Rusia apoyan la propuesta alternativa de Francia.

El Mundo, 26.01.2003, Cuidado con los Cambronnes.

El Mundo, 26.01.2003, Las misteriosas razones de Bush.

El Mundo, 26.01.2003, Armas de „distraccion” masiva. La Casa Blanca lanza una nueva oficina de propaganda en la antesala de la guerra contra Irak.

El Mundo 31.01.2003, Malestar en la Union Europea. Zapatero: „Aznar divide y fracciona”. Rechaza la carta de 8 paises de la UE y apoyara marchas por la paz.

El Mundo, 01.02.2003, (Sin)razones para una guerra.

El Mundo, 12.02.2003, El primer asalto es para Bush.

El Mundo, 17.02.2003, Francia lidera la oposicion a EEUU contra la guerra.

El Mundo, 04.03.2003, Este presidente es un impostor que esta destruyendo el sueno americano.

El Mundo,, 07.05.2003, Estados Unidos respondera de manera muy positiva al respaldo de Espana a la guerra.

El Mundo, 26.06.2003, EEUU y la UE celebran la „cumbre de la reconciliacion”.

El Pais, 25.01.2003, Este titulo es, creo, espanol: lo empleo Azorin.

El Pais, 26.01.2003, Divocio transatlantico.

El Pais, 31.01.2003, La Carta de nueve Lideres en apoyo de Buah divide aun mas a Europa.

El Pais, 31.01.2003, Cisma en Europa por la crises de Irak.

El Pais, 28.01.2003, El PSPV pide que las cortes apoyen las protestas contra la guerra en Irak.

El Pais, 05.02.2003, Diez Paises de Europa del Este apoyan a EE UU en una declaration sobre Irak.

-
- El Pais, 09.02.2003, Bernard-Henri Levy - el filosofo mas destacado y conciencia publica de Francia -, entre cuyas obras se encuentra la fundamental Barbarie de rostro humano, escribe en la actualidad un libro sobre Daniel Pearl y Pakistan titulado Quien mato a Daniel Pearl.
- El Pais, 11.02.2003, Evitar la Guerra.
- El Pais, 16.02.2003, La guerra avanza.
- El Pais, 02.03.2003, Por Fin, Entre los Grandes.
- El Pais, 10.03.2003, Ulrich Beck es profesor de Sociologia de la Universidad de Munich, autor, entreo tros libros, de La sociedad del riesgo global.
- El Pais, 23.03.2003, Mas divididos que nunca.
- El Pais, 14.04.2003, Una nueva era en las relaciones transatlantica.
- El Pais, 31.05.2003, La hora del tango entre Europa y Estados Unidos.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.01.2003, Neue Welt Europa.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.01.2003, Realitätsverluste.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.01.2003, Der Ernstfall.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.01.2003, Postheroische Politik.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.01.2003, Einig im Nichtstun.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.01.2003, Empörung in Berlin und Paris über Washington.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.01.2003, Europa soll handeln oder in Zukunft lieber schweigen.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.01.2003, Abschied von einer Illusion
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.01.2003, Giftige Freude über Rumsfelds Kritik am „alten Europa“.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.01.2003, Mahnungen zur Einigkeit spalten die Europäische Union in der Irak-Politik.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.01.2003, Die Freunde Amerikas erheben ihre Stimme.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.02.2003, Grünstich- Frankreich nach dem Vorstoß der „anderen“ Europäer.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.02.2003, Vom Empfang der Gäste zur Demo Wehrkunde unter anderen Vorzeichen.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.02.2003, Vilnius-Gruppe unterstützt Amerika.

-
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.02.2003, Gewinner Putin.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.02.2003, Che Guerhard, Keine Ästhetik des Widerstands: Die große Demonstration.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.02.2003, Auf Distanz zur Vilnius-Gruppe.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.02.2003, Streit über Irak-Kompromiß - Chirac rügt Kandidaten.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.02.2003, Fischer widerspricht Trittin: Öl nicht im Mittelpunkt.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.02.2003, Vieles ist offen, und Schröder bleibt nur die Hoffnung.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.03.2003, Letzte Etappe der Entfremdung Paris, Berlin und das Veto.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.03.2003, „Den Boden des internationalen Rechts verlassen.“ Chirac kritisiert Washington und London.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.03.2003, Ernstfall für Europa.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.04.2003, Neu-Europa Sieger des Irak-Krieges wird die Weltmacht der Zukunft sein.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.04.2003, Bekenntnis zu Amerika. Rumänien ist transatlantische Skepsis fremd.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.04.2003, Was bedeutet der Denkmalsturz? Die normative Autorität Amerikas liegt in Trümmern.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.04.2003, Der Gewahrsam – Ausnahmezustand als Weltordnung.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.04.2003, „So geht es nicht weiter.“ Rom warnt vor einer Spaltung der EU. Außenminister Frattini ruft zur Entspannung mit Amerika auf.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.05.2003, Der wundersame Aufstieg eines maroden Landes Polen hofft, von dem festen Bündnis mit Amerika auch in der EU zu profitieren.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.05.2003, Amerikas Autorität. Eine Antwort auf Habermas.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.05.2003, Wie kapituliere ich am besten? Blick in französische Zeitschriften: Jetzt gilt es, den Frieden zu gewinnen.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.05.2003, Wir, der Westen.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.05.2003, Elefanten und Biber.

-
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.05.2003, Spanisches Selbstbewusstsein.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.05.2003, Nach dem Krieg. Die Wiedergeburt Europas.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03.06.2003, Sind wir denn vernünftig? Zivilisation im Test: Das Modelleuropa von Jürgen Habermas Eine politische Struktur auf der Suche nach einer Idee: Europa.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.06.2003, G8 zuversichtlich über Weltwirtschaft, besorgt über Iran Moskau fordert von Teheran Abkommen über Brennstäbe / Chirac kritisiert wieder den Irak-Krieg.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.06.2003, Neueuropäergetue.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.06.2003, Rumsfeld lobt Führungsrolle der neuen Verbündeten.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.06.2003, Die Halbstarke, Habermas traut Europa zuviel zu.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.06.2003, Laßt Amerika stark sein!
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.06.2003, Von der Verunreinigung der Ideen. Kein Versöhnlerturn zwischen Wert und Interesse: Jürgen Habermas diskutiert in Berlin seine Europa-Initiative.
- Frankfurter Rundschau, 31.01.2003, Europas Spaltung
- Süddeutsche Zeitung, 20.01.2003, Der Pazifismus ist sprachlos.
- Süddeutsche Zeitung, 23.01.2003, Chirac und Schröder vereint gegen Irak-Krieg.
- Süddeutsche Zeitung, 24.01.2003, Stolz auf das alte Europa
- Süddeutsche Zeitung, 24.01.2003, Berlin und Paris empört über Rumsfeld.
- Süddeutsche Zeitung, 25.01.2003, Wir laufen den Amerikanern nicht brav hinterher.
- Süddeutsche Zeitung, 25.01.2003, Die Einsamkeit des Demonstranten.
- Süddeutsche Zeitung, 29.01.2003, Europa muss mehr wagen.
- Süddeutsche Zeitung, 29.01.2003, Andere Situation als 1938.
- Süddeutsche Zeitung, 29.01.2003, Washington reagiert auf UN-Waffenbericht
- Süddeutsche Zeitung, 31.01.2003, Berliner Scherbenhaufen.
- Süddeutsche Zeitung, 03.02.2003, Europa braucht einen starken Präsidenten.
- Süddeutsche Zeitung, 05.02.2003, Vom europäischen Traum.
- Süddeutsche Zeitung, 08.02.2003, Pflüger kritisiert Appell der Kirchen.

- Süddeutsche Zeitung, 10.02.2003, Zeit der Einsamkeit; Die Amerikaner machen der deutschen Delegation brutal klar, dass ihre Haltung in der Irak-Frage in die politische Bedeutungslosigkeit führt.
- Süddeutsche Zeitung, 12.02.2003, Der Erbe des Generals.
- Süddeutsche Zeitung, 24.02.2003, Der Texaner lobt den braven Amigo.
- Süddeutsche Zeitung, 24.02.2003, Das Pfeifen im dunklen Keller.
- Süddeutsche Zeitung, 27.02.2003, Bush und Blair isoliert, nicht Schröder.
- Süddeutsche Zeitung, 14.03.2003, Ein drittes Rom; Die neue Glaubensspaltung.
- Süddeutsche Zeitung, 21.03.2003, Europa als Amerikas Rosinenkuchen.
- Süddeutsche Zeitung, 28.03.2003, EU braucht gemeinsame Außenpolitik.
- Süddeutsche Zeitung, 01.04.2003, Die Welthandelsorganisation steht an einem Wendepunkt.
- Süddeutsche Zeitung, 04.04.2003, Meister der Doppeldeutigkeit. In der Nachkriegs-Debatte will es der britische Premier Tony Blair wieder einmal allen recht machen.
- Süddeutsche Zeitung, 15.05.2003, Die große Abrechnung; Warum alle guten Europäer Gaullisten sind.
- Süddeutsche Zeitung, 31.05.2003, Demütigung oder Solidarität.
- Süddeutsche Zeitung, 03.06.2003, Das entkernte Europa.
- Süddeutsche Zeitung, 03.06.2003, Außenpolitik missverstanden; Europa schwelgt in gefährlicher Sehnsucht.
- Süddeutsche Zeitung, 14.06.2003, Von der Krise träumen; Warum Todds Nachruf auf Amerikas Wirtschaft so heikel ist.
- Süddeutsche Zeitung, 23.06.2003, Taten statt Worte; Kern-Europa braucht keine Philosophie.
- Süddeutsche Zeitung, 25.06.2003, Vive l'Europe; Außenpolitik missverstanden.
- Süddeutsche Zeitung, 27.06.2003, Stärke der USA ist Schwäche Westeuropas.
- Süddeutsche Zeitung, 30.06.2003, Krieg mit anderen Mitteln
- Süddeutsche Zeitung, 05.07.2003, Die Erneuerung Europas. Antwort auf Habermas.
- The Guardian, 24.01.2003, Threat of war: Anger at Rumsfeld attack on 'old Europe': Transatlantic row Berlin and Paris hit back at US defence chief.
- The Guardian, 31.01.2003, Dismay in Brussels at break in ranks: EU is further divided by gang of eight.

-
- The Guardian, 01.02.2003, Lets hear it for the Germans.
- The Guardian, 01.02.2003, Threat of war: Divided EU may hold emergency summit.
- The Guardian, 03.02.2003, Europe? Frankly, America doesn't give a damn...: The 'cowboys' in the White House were raised in an anti-European culture.
- The Guardian, 03.02.2003, Beginning of the end: The US is ignoring an important lesson from history - that an empire cannot survive on brute force alone.
- The Guardian, 11.02.2003, Threat of war: Blair caught in the US-Europe crossfire: No 10 goes into denial in rows over peace plan and Nato veto.
- The Guardian, 11.02.2003, Russia: Old Europe v new US: Putin supports everyone, but for how long?
- The Guardian, 15.02.2003, Threat of war: Anti-war axis: Blix gives doves no reason to back war: France leads call for further inspections.
- The Guardian, 21.02.2003, A trap set for protesters.
- The Guardian, 25.02.2003, A trigger for war? New axis of peace throws UN into chaos.
- The Guardian, 07.03.2003, Inside story: Monty's legacy: His famous desert triumph over Rommel.
- The Guardian, 26.04.2003, Thanks, Mr President: Bush's actions are helping Europe to fashion a new sense of identity.
- The Guardian, 28.04.2003, New Europe gets shock lesson in realpolitik: Eastern Europeans admire America, but know their living depends on the EU.
- The Guardian, 30.04.2003, Iraq: after the war: France, Germany deepen UK rift.
- The Guardian, 30.04.2003, The gaping hole in Iraq: Occupation has brought social collapse, Bloody Sunday shootings and the waking of a Shi'ite giant.
- The Guardian, 30.04.2003, The message from Moscow: We are not with you and we don't believe you.
- The Guardian, 01.05.2003, Grumpy old men: Britain and France, the opposite poles of a divided Europe, need a new Entente Cordiale.
- The Guardian, 23.05.2003, Postwar World: We don't do war: In the last in our series on global institutions, we look at how the EU can move forward without trying to compete with the United State.
- The Guardian, 31.05.2003, G8 summit: Strains behind smiles at the family reunion: Relations: Vague pledge on growth the best hope.
- The Guardian, 31.05.2003, G8 summit: Bush pays lip service to rapprochement: Post Iraq: American president not ready to forgive and forget Franco-German opposition to war, but sends warmer signals to Russians.

The New York Times, 14.01.2003, Rebuffing 2 Allies, U.S. pushes demand that Iraq disarm.

The New York Times, 23.01.2003, U.S.set to demand that Allies agree Iraq is defying U.N.

The New York Times, 24.01.2003, To Some in Europe, The Major Problem Is Bush the Cowboy.

The New York Times, 24.01.2003, The Allies; Europeans Try to Stem Anti-U.S. Anger.

The New York Times, 29.01.2003, State of the Union: Diplomacy; Powell Will Press U.S. Case in Security Council Next Week.

The New York Times, 30.01.2003, Bush's Moral Rectitude is a Tough Sell in Old Europe.

The New York Times, 31.01.2003, Why Today's Europeans Object to America's Worldview.

The New York Times, 31.01.2003, Who Stands With U.S.? Europe Is of Two Minds.

The New York Times, 31.01.2003, Bush warns Iraq it has only weeks to yield weapons.

The New York Times, 04.02.2003, Schroder's Team Not Telling Full Story on Iraq, Foes Say.

The New York Times, 08.02. 2003, News Summary.

The New York Times, 09.02.2003, Rumsfeld rebukes the U.N. and NATO on Iraq approach.

The New York Times, 10.02.2003, Surprising Germany

The New York Times, 11.02.2003, The Wimps of War.

The New York Times, 11.02.2003, Bush and Aznar New, if Unlikely, Allies.

The New York Times, 12.02.2003, Pass the Duct Tape, Osama bin Laden came to the rescue of George W. Bush yesterday.

The New York Times, 15.02.2003, Envoys Abandon Scripts on Iraq And Bring Emotion to U.N. Floor.

The New York Times, 19.02.2003, Chirac Scolding Angers Nations That Back U.S..

The New York Times, 22.02.2003, A Heritage of Protest.

The New York Times, 23.02.2003, With Iraq Stance, Chirac Strives for Relevance.

The New York Times, 23.02.2003, Foreign Policy's Big Moment Looks for a Big Idea.

The New York Times, 23.02.2003, The French Lesson

The New York Times, 25.02.2003, France and Germany Call for Long Inspections.

The New York Times, 26.02.2003, U.S. Gives German Opposition Leader Royal Treatment.

The New York Times, 31.02.2003, Who Stands With U.S.? Europe Is of Two Minds.

The New York Times, 05.03.2003, Americans Are From Mars, Europeans From Venus.

The New York Times, 13.04.2003, Rebuilding the Alliance to Rebuild Globalization.

The New York Times, 27.04.2003, How the West Can Be One.

The New York Times, 30.05.2003, Are You With Us? Are We Against You?

The Times, 23.01.2003, France and Germany turn against Washington's world view.

The Times, 25.01.2003, US-Europe spat threatens to isolate Britain.

The Times, 26.01.2003, Paris and Berlin: the axis of weasel.

The Times, 30.01.2003, Most Germans oppose conflict.

The Times, 30.01.2003, Eight leaders rally 'new' Europe to America's side.

The Times, 31.01.2003, The rumblings of war.

The Times, 01.02.2003, Chirac will use meeting with Blair to save face over Iraq.

The Times, 02.02.2003, Countdown to war as time slips away.

The Times, 02.02.2003, Come on in: the Anglosphere is freedom's new home.

The Times, 02.02.2003, Preparing for action.

The Times, 06.02.2003, Mon Dieu! Blair secretly agrees with the French.

The Times, 07.02.2003, Police braced for Munich protest against Rumsfeld.

The Times, 11.02.2003, US considers cutting its forces at German bases.

The Times, 11.02.2003, Palmerston versus pirates, pacifists and parasites

The Times, 12.02.2003, The future lies in these bodies' ability to change.

The Times, 15.02.2003, Trench warfare over Iraq's destiny.

The Times, 15.02.2003, Weapons report reinforces divisions among big players.

The Times, 16.02.2003, US offensive on the jokes front hides real anger.

The Times, 17.02.2003, A continent's thinkers give voice to their doubts

The Times, 19.02.2003, Now, the great divide.

The Times, 25.02.2003, Iraq exposes economic and political vulnerability of EU.

-
- The Times, 06.03.2003, No 10 fails to recognise how its stance has hurt Europe.
- The Times, 09.03.2003, French resistance widens divisions in the West.
- The Times, 13.03.2003, The EU still has a lot more than the US to offer Britain.
- The Times, 18.03.2003, War could mean the end of the economic world.
- The Times, 30.03.2003, Literary lion on the warpath.
- The Times, 30.03.2003, Winds of war are blowing Britain away from Europe.
- The Times, 31.03.2003, After Saddam, can Blair rescue us from Europe?
- The Times, 01.04.2003, Self-haters who want the West to decline and fall.
- The Times, 03.04.2003, The future of Britain and the European Union; conflict and humanity; the lessons of history.
- The Times, 03.04.2003, Way forward for the coalition leaders.
- The Times, 08.04.2003, Why victory looks bleak for Aznar.
- The Times, 10.04.2003, Iraq war winners: Countries.
- The Times, 13.04.2003, Europe still hasn't learnt the lesson of US power.
- The Times, 28.04.2003, Paris and Berlin prepare alliance to rival Nato.
- The Times, 30.04.2003, Blow to Nato is old Europe's payback time.
- The Times, 13.06.2003, Rumsfeld's threat to Belgium over war crimes law.
- The Washington Post, 24.01.2003, Powell „Confident” of Allies' Support for War.
- The Washington Post. 24.01.2003, „Old Europe” Reacts To Rumsfeld's Label.
- The Washington Post, 26.01.2003, Transatlantic Chill? Blame Europe's Power Failure.
- The Washington Post, 26.01.2003, In Europe, Powell Seeks Support for War.
- The Washington Post, 27.01.2003, Concern Grows Over U.S. Need for Allies.
- The Washington Post, 29.01.2003, Here Comes the New Europe.
- The Washington Post, 31.01.2003, 8 Leaders In Europe Back Bush On Iraq.
- The Washington Post, 31.01.2003, Politicians With Guts.
- The Washington Post, 31.01.2003, Bush Acts To Bolster Support of Iraq Action; Administration Courts Hill and Foreign Leaders.
- The Washington Post, 06.02.2003, Speech Fails to Budge Europeans From Their Divergent Positions.
- The Washington Post, 06.02.2003, Powell Lays Out Case Against Iraq.

The Washington Post, 16.02.2003, Forceful Tactics Catch Up With U.S..

The Washington Post, 23.02.2003, NATO Blocked On Iraq Decision; France, Germany Lead Opposition to War.

The Washington Post, 24.03.2003, War's Gruff „Composer” Strikes Confident Chord.

The Washington Post, 30.03.2003, Credibility Can't Win Hearts and Minds Without It, Leeds, U.K.

The Washington Post, 05.04.2003, European Journalists' Tart Queries Reflect Powell's Tough Task.

The Washington Post, 07.05.2003, EU and Whose Army?

The Washington Post, 22.05.2003, Bush Lashes Out at Europe.

Wall Street Journal, 30.1.2003, Europa und Amerika müssen zusammen stehen.